perspektiven des demokratischen sozialismus
Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik
30. Jahrgang 2013 Heft 1
ISBN 978-3-89472-589-1
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher, Helga Grebing, Leo Kißler und Karl Theodor Schuon

Redaktion: Bernhard Claußen, Klaus Faber, Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder, Jens Kreibaum, Thomas Meyer, Roland Popp, Walter Reese-Schäfer, Hans-Joachim Schabedoth, Klaus-Jürgen Scherer, Joachim Spangenberg.

Redaktionsleitung:
Roland Popp
eMail: rpopp-perspektiven@email.de

HDS-Geschäftsstelle:
c/o Kulturforum
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Weitere Informationen unter:
www.hds-perspektiven.de
www.perspektiven-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu perspektiven ds und zum Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden Sie im Internet: www.schueren-verlag.de
Die perspektiven ds erscheinen zweimal im Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 € incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Gruner-Druck, Erlangen

Der demokratische Sozialismus bleibt für uns die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, deren Verwirklichung für uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip unseres Handelns ist die soziale Demokratie.

Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Bundestagswahl 2013

perspektivends

1/13

INHALT

Editorial 4

THEMENSCHWERPUNKT: BUNDESTAGSWAHL 2013

Hans-Joachim Schabedoth
Nach Schwarz-Gelb – Der politische Kurswechsel ist fällig 6

Wolfgang Schroeder
Soziale Marktwirtschaft 2.0 13

Oliver Schmolke
Deutschland 2020 – Was auf uns zukommt 22

Michael Müller
Ein brückenloser Abgrund. Warum die Energiewende eine Chance ist 28

Edelgard Bulmahn
Zukunft der Hochschulen sichern. Grundfinanzierung stärken und international sichtbare Spitzenforschung ermöglichen 35

Ursula Engelen-Kefer
Zur Wiedergewinnung des verlorenen Vertrauens in die Politik 41

Klaus-Jürgen Scherer
Sozialdemokratie und Kulturpolitik. Kleine historisch-programmatische Skizze 48

Christian Demuth
Demokratie und Partizipation bei einer neuen Bundesregierung 56

Andrea Wicklein / Klaus Faber
Nach der Bundestagswahl: Neuer Start für Bildung und Wissenschaft 63

BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN

Roland Roth
Für eine Demokratie-Enquete des Deutschen Bundestages 67

Horst Heimann
Keine Zukunft – ohne Geschichte. Peter Brandts und Detlef Lehnerts eindrucksvolle Studie über die Geschichte der Sozialdemokratie von 1830 bis 2010 73

Reinhard Hildebrandt
Staat, Markt, Individuum: Zivilgesellschaftliches Engagement und seine Begrenzungen 86

Lars Rensmann
Demokratie und Gerechtigkeit zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus. Zur Rekonstruktion sozialdemokratischer Menschenbilder in Geschichte und Gegenwart 99

Yves Clairmont
Vom Neoliberalismus zu viel und immer das Gleiche. Die Autoren des «Kulturinfarkt» fordern mehr Markt statt Musikschulen 113

Denis Newiak
Das Ende des Mangels. Warum der technologisch-wissenschaftliche Fortschritt ein neues Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell einfordert 119

Tobias Kühne
Eine kleine Ergänzung zu den Anmerkungen und Fragen des lesenden Sozialisten Horst Heimann 133

BERICHTE UND REZENSIONEN

Joachim H. Spangenberg
Bericht vom Internationalen Kongress der IG Metall «Kurswechsel für ein gutes Leben» in Berlin vom 5.–7.12.2012 137

Helga Grebing
Rezension zu Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte 140

Helga Grebing
Rezension zu Timm Genett: Der Fremde im Kriege. Zur politischen Theorie und Biographie von Robert Michels 1876–1936 142

Autorinnen und Autoren 145

EDITORIAL

Seit ihrem Wahlsieg von 2009 hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nichts «Gescheites» zustande gebracht. Zumindest für die meisten Bürger dieses Landes. Bei den großen Aufgaben, bei denen etwas im positiven Sinne auf den Weg gebracht wurde, hat sich die CDU/CSU-FDP-Regierung zumeist an Positionen der SPD angehängt. Positionen, die von der Merkel-Regierung vor Jahren noch heftig bekämpft wurden, die aber nach und nach in das Regierungshandeln so eingeflochten wurden, als wären es eigene politische Konzepte. Man erinnere sich nur an die Debatte um die Finanzmarkttransaktionsteuer, von der SPD gefordert und von der Merkel-Regierung zunächst abgelehnt. Und heute: Selbst Merkel will nun die anderen (noch skeptischen) europäischen Staaten von einer Variante der Finanzmarkttransaktionssteuer überzeugen. Dass ein SPD-Landesminister dies nun wieder zurückdrehen möchte, ist mehr als ein Bonmot! Man erinnere sich an die Einführung eines Mindestlohns, auch hier das gleiche Spiel: Von der SPD (und den Gewerkschaften) gefordert, von der Merkel-Regierung abgelehnt. Und heute: Von der Merkel-Regierung mit einem etwas anderen Namen versehen, sind CDU und sogar die FDP versucht, das zunächst als «Teufelszeug für die Wirtschaft» denunzierte Instrument der Mindestlöhne zumindest teilweise einzuführen.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung steht in der Bevölkerungsmeinung ziemlich schlecht da. Aber paradoxerweise genießt Angela Merkel breite Sympathien, auch bei jenen Bürgerinnen und Bürgern, die nicht zur Union tendieren. Offensichtlich gefällt vielen der politische Habitus, mit dem Merkel moderierend, manchmal bedächtig und abwartend, ihre Politik vertritt.

Was bleibt aber jenseits der Politik, so wie sie uns Merkel immer gerne präsentiert? Die politischen Kampfzonen zeigen da ein anderes Bild: Immer mehr Bürger empfinden und kritisieren, dass die Balance der sozialen Gerechtigkeit in den letzten Jahren zunehmend im Schwinden ist. Lebensperspektiven lassen sich für viele Menschen nicht vernünftig organisieren, Lebens-Sicherheiten, die etwas den Alltagsdruck dämpfen, sind schwierig in einer sozialen Marktwirtschaft, die eher vom Leitbild geprägt ist: «Wer hat, dem wird gegeben.» Gleichzeitig gibt es eine wohlhabende Mittelschicht (von den Superreichen ganz abgesehen), die sich auf ein beruhigendes materielles Polster stützen kann. Was sich hier also immer weiter entwickelt, sind Parallelwelten der Kampfzonen und der Komfortzonen. Anschlussfähigkeiten, würde es in der Sprache der Systemtheorie heißen, sind nicht mehr gegeben.

Es ist unbestritten: Deutschland ist wirtschaftlich ein mächtiges Land in Europa. Aber das ist nur zum geringsten Teil auf die Merkel-Regierung zurückzuführen, deren schönrednerisches Erfolgstrallala durch vier einfache Wahrheiten in die Schranken gewiesen werden muss. Die gegenwärtige wirtschaftliche Stärke Deutschlands resultiert aus (1) demografischen Entwicklungen, (2) innovativen Veränderungsprozessen in

der Wirtschaft, (3) der Fachkompetenz vieler Arbeitnehmer und den (4) sozialpolitischen Neuorientierungen, die vielen Bürgern viel abverlangt haben und noch weiter abverlangen. Die Agenda 2010 war in diesem Sinne «giftig, aber in Teilen wirksam» (so überschrieb die Süddeutsche Zeitung einmal die eingegangenen Leserbriefe zu «Zehn Jahre Agenda 2010»).

Sicherlich wird bei der Bundestagwahl 2013 auch darüber abgestimmt, ob die Bürgerinnen und Bürger der Sozialdemokratie Vertrauen entgegenbringen, ob das teilweise Eingeständnis über so manche Fehlentwicklungen, die sie in ihrer Regierungszeit zu verantworten hat, als glaubwürdig empfunden wird. Bis heute erscheint die leichte Selbstkritik vielen (gerade sozialdemokratisch orientierten Menschen) als zu zaghaft, zu vorsichtig, nicht radikal und deutlich genug. Die Frage ist also auch eine Frage nach der Glaubwürdigkeit der SPD im Jahre 2013. Glaubt man dieser SPD, wenn sie eine auf grundsätzliche Gerechtigkeitsprinzipien orientierte Politik ankündigt?

Die Beiträge in unserem Schwerpunkt «Bundestagswahl 2013» verfolgen in unterschiedlicher Perspektive und in unterschiedlichen Politikfeldern, was es mit der sozialen Wirklichkeit im Jahr 2013 auf sich hat. Zwar wird jede Wahl immer auch von Personen mit ihren Eigenheiten und Besonderheiten geführt, und diese Bundestagwahl ist auch eine Auseinandersetzung zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück. Aber sie ist, neben der Personenauseinandersetzung, auch eine Auseinandersetzung über eine Politik der sozialen Gerechtigkeit.

Viele Anregungen beim Lesen wünscht
Roland Popp

THEMENSCHWERPUNKT
Bundestagswahl 2013

Hans-Joachim Schabedoth

Nach Schwarz-Gelb – Der politische Kurswechsel ist fällig

Man täusche sich nicht: Mehr als über die diplomatischen Künste des SPD-Kanzlerkandidaten empören sich die Bürgerinnen und Bürger über den Rückzug der Politik von der Aufgabe, soziale Gerechtigkeit organisieren zu sollen. 64 Prozent der repräsentativ Befragten sind der Auffassung, die soziale Gerechtigkeit bei uns habe in den letzten drei bis vier Jahren abgenommen. 69 Prozent konstatieren eine Gerechtigkeitslücke. Was die meisten verdienen, das sei im Großen und Ganzen nicht gerecht. Was soziale Gerechtigkeit ist, darüber scheint es eine nahezu einheitliche Auffassung zu geben. Für 91 Prozent der Bürgerinnen und Bürger bedeutet das, man müsse von dem Lohn für seine Arbeit gut leben können. 90 Prozent erwarten, alle Kinder sollten die gleichen Chancen auf eine gute Schulbildung nutzen können. Der Staat solle für eine gute Grundsicherung sorgen, damit niemand in Not gerät. Das erwarten 77 Prozent. Drei von vier Befragten sind überzeugt, die Politik könne viel tun, um Gerechtigkeit voranzubringen, unterlasse es aber (Institut für Demoskopie Allensbach 2013). Im Fortgang dieser Politik droht der Gesellschaft mehr denn je eine Spaltung.

Zerstörte Ordnung auf den Arbeitsmärkten

Den deutlichsten Spaltungstrend erleben wir tagtäglich in der Arbeitswelt.

- In Deutschland arbeiten mittlerweile zehn Millionen Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen, Leiharbeit oder Minijobs.
- Über Werkverträge wird an der Lohndumpingschraube kräftig weitergedreht.
- Knapp acht Millionen Menschen sind Niedriglöhner und verdienen im Durchschnitt weniger als sieben Euro pro Stunde.

Die Bundesregierung duldet diese Entwicklung und fördert sie sogar noch. Denn die Verdienstgrenze für Minijobs wurde von 400 auf 450 Euro angehoben. Die Zahlen zur schleichenden Prekarisierung der Arbeitswelt sprechen nicht nur für den Zerfall des Zusammenhangs von Arbeit, sozialer Sicherheit und gesellschaftlicher Integration. Mit der Ausweitung von prekären Beschäftigungsformen verliert die Arbeit Stück für Stück ihre gesellschaftliche Integrationskraft und Altersarmut wird vorprogrammiert. Das Ergebnis ist eine vertiefe gesellschaftliche Spaltung. Es gibt jene, die

über eine halbwegs sichere und angemessen entlohnte Arbeit verfügen. Und es gibt immer mehr, die davon nur noch träumen können.Es hilft eben nicht weiter, wenn die Politik sich nur über die höhere Erwerbsbeteiligung freut, den Trend minderer Arbeitsqualität aber ignoriert.

Es ist nie richtig gewesen, dass alles, was Arbeit schafft, auch noch irgendwie sozial sei. Dieser leichtfertige Spruch ignoriert systematisch den Wert und die Würde der Arbeit. Er ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die nur so billige Löhne wie möglich zahlen wollen, und sich möglichst recht- wie schutzlose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wünschen.

Schieflagen in der Vermögensverteilung

Gesellschaftliche Spaltungstendenzen sind allerdings nicht nur ablesbar an den Entwicklungen auf den Arbeitsmärkten. Die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse und Armutslöhne von heute programmieren die Altersarmut von morgen. Und die Schieflage bei der Vermögensverteilung hat sich inzwischen noch weiter verschärft.

Man kann das quasi amtlich dem aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht entnehmen. Er liefert eine Bilanz der politischen Fehlentwicklung der vergangenen Jahren. Im Vorwort zum ersten Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung ist noch die denkwürdige Passage zu lesen: «Die Bundesregierung prüft, ob und wie über die Progression in der Einkommenssteuer hinaus privater Reichtum für die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.» Das wäre eine späte Einsicht, aber immerhin eine richtige Schlussfolgerung gewesen. Doch Ministerin Ursula von der Leyen hat sich damit kräftige Klassenkeile eingehandelt. Das sei «Linksrhetorik pur!» oder: «Das ist das ganze Gegenteil von dem, was wir im Koalitionsvertrag beschlossen haben.» So musste sie sich aus dem eigenen Lager belehren lassen. Schließlich wurde die bessere politische Einsicht auf dem Altar ideologischer Dogmatik der Konservativen geopfert. Frau von der Leyen ließ klarstellen: Die umstrittene Formulierung solle reiche Menschen «zum Spenden für gemeinnützige Zwecke» bewegen. Einmal mehr überholte die reale Politik die Satire.

Die konservative Verhöhnung von Steuergerechtigkeit

Wo von Steuergerechtigkeit und Sozialpflichtigkeit des Eigentums gesprochen werden müsste, loben Marktradikale die Spendenbereitschaft der Reichen und verhöhnen die Opfer von Ausgrenzungspolitik. Symptomatisch für diese Geisteshaltung war der US-Präsidentschaftskandidat der Republikaner Mitt Romney. Er sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, selbst überhaupt keine Steuern zu zahlen. Um sich von diesem Vorwurf zu entlasten, teilte er schließlich mit, er verdiene im Jahr 14 Millionen Dollar und zahle darauf immerhin 14 Prozent Steuern. Das wird alle besonders erfreut haben, die weit weniger als 100.000 Dollar im Jahr verdienen, dafür aber mehr als den doppelten Steuersatz zahlen. Nicht nur in den USA, auch in unserem Land steht die Frage: In welcher Welt leben diese Leute, die ein gerechtes Steuersystem, einen steuerungsfähigen Staat, eine Verpflichtung auf das Allgemeinwohl als eine Einschränkung der eigenen Freiheiten begreifen, vor der sie die Politik zu schützen habe? Wer so etwas hinterfragt, dem droht die Argumentationskeule, er schüre «Neiddebatten». Wäre wirklich jeder Handtaschendieb schon mo-

ralisch entlastet, der zu seiner Verteidigung vorbrächte, nicht 1000 Euro, sondern bloß 250 Euro gestohlen zu haben?

FDP Wirtschaftsminister Philipp Rösler und die Bundeskanzlerin sind sich schnell einig geworden, aus dem Armuts- und Reichtumsbericht keine Schlussfolgerungen für die Steuerpolitik zu ziehen. Bekanntlich wollte die FDP-Bundesjustizministerin sogar den Ankauf von CDs mit den Portfoliodaten deutscher Steuerhinterzieher unter Strafe stellen. Und haben die Regierungsparteien wirklich erst ein halbes Jahr vor dem Wahltermin von Steueroasen gehört? So präsentiert sich die Politik einer Reichtumsverteidigungsliga. Sie wollen Ludwig Erhards Botschaft vom «Wohlstand für alle!» schon lange nicht mehr als Verpflichtung der marktwirtschaftlich verfassten Demokratie verstehen.

Auch dem geschönten und nun regierungsamtlichen Armuts- und Reichtumsbericht ist noch zu entnehmen, wie sehr die oberen Einkommenssegmente von der Gewinnexplosion der Wirtschaft profitiert haben, während die Einkommen in den nicht tarifpolitisch gesicherten Segmenten der Wirtschaft stagnierten oder sich sogar noch durch die Preisentwicklung minderten.

Inzwischen verdient das Vorstandsmitglied eines Konzerns nicht mehr nur das 20-fache eines Arbeiters. Es wird mittlerweile oft mehr als das 200-fache vereinnahmt.

Soziale Spaltung auch im Bildungssystem

Bei einer Bestandsaufnahme von Zuflussquellen für soziale Spaltung darf das im Vergleich mit vielen anderen Ländern vormoderne Bildungssystem unseres Landes nicht ausgeklammert werden.

- Jahr für Jahr verlassen 70.000 junge Menschen die Schulen ohne Abschluss.
- Einem Aufsteiger im Schulsystem stehen nach jüngsten Untersuchungen mindestens zwei Absteiger gegenüber.
- Vor allem die Talente von Einwandererkindern werden unzureichend gefördert.
- Die soziale Stellung der Eltern ist immer noch maßgeblich für den Bildungserwerb der Kinder.
- Und für das Industrieland Deutschland höchst alarmierend: Die naturwissenschaftlich/technische Hochschulausbildung bleibt hinter absehbaren quantitativen und auch qualitativen Anforderungen immer mehr zurück.
- Schließlich liegt auch im oft gerühmten beruflichen Ausbildungssystem vieles im Argen. Das fängt schon beim ungenügenden Angebot qualifizierter Ausbildungsstellen an und hört bei der so oft verweigerten Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung noch nicht auf.

Noch immer versprechen Marktradikale neue Konjunkturaufschwünge, würde man die Steuern weiter senken und damit die Marktkräfte stimulieren. Jede Wirtschaftskrise hat gezeigt, wie selbstbetrügend es ist, den Versprechen entfesselter Märkte zu vertrauen. Die skandalöse Reichtumsverteilung in unserem Land lässt sich durch Tarifpolitik allein nicht korrigieren. Ohne eine kompensatorische Steuerpolitik wird es eine gerechte Gesellschaft nicht geben.

In Gesellschaften, die dem Gerechtigkeitsziel verpflichtet sind, gibt es nachweislich weniger sozialen Sprengstoff. Es gibt weniger Kriminalität, Rassenhass, Drogenkonsum, vererbbare soziale Deklassierungen und so weiter. (Vgl. Wilkinson/Pickett 2010)

Den Kapitalismus zügeln

Mit der Leitorientierung «Soziale Gerechtigkeit» ist nicht nur ein besserer Staat zu machen. Auch eine kapitalistische Marktwirtschaft kann sich nur mit sozialer Bindung mehr zum Segen als zum Fluch entwickeln. Folgerichtig ist es ein gewerkschaftliches Grundanliegen, den ungezügelten Kapitalismus in die Schranken einer sozialen Demokratie zu zwingen. Die IG Metall thematisiert das mit ihrer Orientierung auf gute Arbeit und gutes Leben. Sie will damit Vorstellungen wecken, wie es anders gehen könnte auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die insgesamt fairer ist. Und klar ist in den gewerkschaftlichen Debatten die Notwendigkeit eines grundlegenden Kurswechsels – weg vom entfesselten Marktradikalismus hin zu einer sozialen Demokratie. (Huber 2010)

Das verlangt unter anderem als Lehre aus der noch unbewältigten Finanzmarktkrise die Regulierung der Finanzmärkte, eine Herausforderung, die von der amtierenden Regierung nur rhetorisch und bloß marginal durch praktische Politik angegangen worden ist.

Aufgabenstellungen für eine andere Politik

Böcke und Schafe lassen sich in der Wahlauseinandersetzung 2013 an der Haltung zu Aufgabenstellungen wie folgt unterscheiden: Es geht vor allem um gute Arbeit mit besseren Löhnen und mehr Sicherheit für alle. Nötig ist eine neue Ordnung auf den Arbeitsmärkten. Das beinhaltet auch altersgerechte Arbeitsplätze und flexible Übergänge in die Rente, bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und nicht zuletzt mehr Demokratie in der Arbeitswelt.

Zu den wichtigsten politischen Herausforderungen zählt zudem ein gerechtes Steuersystem. Und schließlich ist ein offener Zugang zur Bildung für alle eine Notwendigkeit, soll die Spaltung der Gesellschaft gemindert werden.

Was nicht geliefert wurde

Inzwischen haben mehr und mehr Wählerinnen und Wähler, das zeigen die Landtagswahlergebnisse der letzten Jahre, Sensibilität dafür entwickelt, dass sie gar nicht gemeint waren, als Philipp Rösler so fröhlich in die Welt krähte, es solle nun geliefert werden. Bis heute gibt es

- keine gesetzlichen Mindestlöhne,
- keine irgendwie hinreichende Versorgung mit vorschulischen Bildungseinrichtungen,
- keine Grenzziehungen für das Schalten und Walten der Banken und Hedgefonds in der Finanzwelt.
- Und es gibt auch keine plausible Konzeption zur Auflösung der Eurokrise.

Spaltung in Europa

In Spanien sind über 50 Prozent der Jugendlichen arbeitslos. Angela Merkel und ihre konservativen Amtskollegen finden es angemessen, wenn darauf mit drastischen Ausgabekürzungen der öffentlichen Haushalte sowie mit reduziertem Kündigungsschutz geantwortet wird. Was nutzt es wirklich, wenn in den Südländern der europäischen Union die öffentliche Infrastruktur kollabiert, Rentner auf Wasser und Brot gesetzt würden und die Arbeitnehmer «für n' Appel und n' Ei» arbeiten, während die Reichen des Landes weiterhin keine oder zu wenig Steuern zahlen? Und wem nützt es, wenn die Menschen, die noch erwerbstätig sind, ein paar Jahre später in Rente gehen, die Jugend aber länger arbeitslos bleibt? Auf solche Fragen weiß die amtierende Ko-

alition keine Antwort. Für sie ist die Europäische Union eine bloße Freihandelszone und kaum noch eine Basis für eine Wohlstandsentwicklung, die allen Menschen im vereinigten Europa nutzt. (Vgl. Neiman, Gabriel 2013) Deshalb fürchtet sie sich davor, dass Fragen dieser Art überhaupt gestellt werden. In der Wahlauseinandersetzung dieses Jahres sollte das nicht verschwiegen werden, obwohl der Merkel-Kurs «Deutschland zuerst!» in Zeiten der Euro-Krise bei Fortdauer weitgehend unregulierter Finanzmärkte scheinbar der populärste ist. Für die Kanzlerin ist die «marktkonforme Demokratie» Leitwert. Im Kontrast dazu zielen die sozialdemokratischen wie auch die gewerkschaftlichen Antworten auf Herausforderungen durch Finanzmarktkrise und Energiewende darauf, die Wirtschaft demokratiekonform, sozial und ökologisch zu gestalten. Auch deshalb ist ein politischer Kurswechsel gefordert.

Betrugsmanöver der Bundeskanzlerin

Der politische Journalist Stephan Hebel hat den Widersprüchen zwischen den politischen Erwartungen und den konkreten Ergebnissen der schwarz-gelben Politik ausführlicher nachspürt. (Hebel 2013) Er befindet, die Beliebtheit der Bundeskanzlerin beruhe auf einem groß angelegten Betrugsmanöver: Sie betreibe eine neoliberale und rückwärts gewandte Politik, mit der sie sich und Deutschland bei vielen Europäern längst blamiert habe. Hinter nebulösen Äußerungen und vermeintlich zögerlichem Handeln verberge sich eine Politik, die strikt an den Interessen der Wirtschaft und auf Erhalt von Macht ausgerichtet sei. Nur wir Deutschen nehmen ihr mehrheitlich immer noch ab, sie sei außer konservativ auch modern und sozial, urteilt der Autor. Nie sei «es einem Politiker in Deutschland gelungen, derart konsequent auf Kosten der Mehrheit zu handeln und zugleich die Sympathie dieser Mehrheit zu gewinnen», so Hebel über die Merkel-Politik der letzten Jahre. Doch beruht diese Politik wirklich nur auf einem Verbergen wahrer Absichten? Ist alles ein gigantischer Wählerbetrug, wie dies Hebel leichter Hand suggeriert? Das «System Merkel» lässt sich sicher nicht auf einen solchen einfachen Nenner bringen. Knochentrockene konservative Politik, kruder Neoliberalismus verkaufen sich einfach nicht mehr gut. Eine Kanzlerin, die es bleiben will, wäre nicht gut beraten, die öffentlichen Erwartungen nach aufgeklärterer, problembezogener und zeitgemäßer Politik zu missachten. Angela Merkel hat dies versucht und den Helmut-Kohl-Konservatismus Schritt für Schritt entsorgt, und deren letzte Protagonisten gleich mit. Zuerst vier Jahre mit einem sozialdemokratischen Hilfsmotor (Vgl. Schabedoth 2009) und bis zuletzt in der vorgeblichen Traumkonstellation mit einer erst siegenden und dann siechenden FDP, eine unberechenbare CSU-Parteischwester zur Seite.

Angela Merkel – ohne Kompass und ohne Kurs

So sinnvoll es ist, nach dem ökonomischen Nutzen dieser Politik zu fragen und die Förderung von wirtschaftlichen Interessen als ein Motiv zu identifizieren, bliebe es doch eine unzulässige Versimpelung politischer Interessengeflechte, Angela Merkel als bloße Erfüllungsgehilfin wirtschaftlicher Interessen zu identifizieren. Vielmehr kommt diese Frau unideologisch und pragmatisch daher. Wie sie oft selbst sagte, fährt sie eben nur auf Sicht. Wer ihr beim Fahren zuschaut, der kann allerdings unschwer erkennen, dass hier jemand ohne Kompass und

Kursweisung unterwegs ist. Wer immer nur auf Sicht fährt, dem geht leicht die Übersicht verloren. Er mag das Auto zwar schadlos halten, hat aber sein Ziel verfehlt. Es sei denn – dieser Verdacht sollte in der Wahlauseinandersetzung sorgsam geprüft werden – das eigentliche Ziel sei gar nicht so sehr, den Schaden vom deutschen Volk abzuhalten und dessen Nutzen durch politische Entscheidungen zu mehren. Ein solches Anliegen könnte eigentlich ohnehin mehr oder weniger schlecht als recht als Kollateralnutzen einer Politik abfallen, bei der das «Dranbleiben», und damit die Wiederwahl das eigentlich Erstrebte ist. Mag sein, dass hier das treibende Motiv für die amtierende Kanzlerin liegt. Mag aber auch sein, dass man ihr mit diesem Urteil nicht gerecht wird. Dass sich eine ganze Volkspartei hinter einer Politikerin versammelt, die ein engagierter journalistischer Beobachter für eine «Mutter Blamage» hält und eine weniger begnadete Journalistin in Anlehnung an Sprachbilder der Mafia für eine «Patin», die Deutschland umbaut (Höhler 2012), scheint eher der Lust an der Zuspitzung des Urteils geschuldet als einer gerechten Würdigung. Vielleicht werden im Abstand zur Zeitgenossenschaft der Merkel-Regierung manche Analytiker günstiger urteilen als der zeitgenössische Beobachter. Davon profitieren schließlich auch schon ihre drei Vorgänger.

Vertane Jahre mit einer schweren Hypothek

Eines scheint jedoch jetzt schon sicher: Vier Jahre Schwarz-Gelb, das waren vier Jahre ungenutzter Chancen für die deutsche und europäische Entwicklung hin zu einer Gesellschaft, die das Miteinander wichtiger nimmt als das Gegeneinander. Und es waren auch verlorene Jahre für soziale Gerechtigkeit und das Überbrücken gesellschaftlicher Gegensätze. (Vgl. Schabedoth 2013) Die Erben dieser Politik sind mit der schweren Hypothek einer gewachsenen sozialen Spaltung konfrontiert. Zeit und Chancen für den sozio-ökologischen Umbau der Gesellschaft wurden verplempert. Und dennoch gilt: Das bislang Versäumte muss nicht auf alle Zeiten hin bloß beklagt werden. Couragierte Politik kann aufgelaufene Versäumnisse ausgleichen. Es gibt keinen Zwang zum Taktieren und Durchregieren. Es gibt auch die Chance, für den politischen Kurswechsel zu begeistern und gegen aufgelaufene Widrigkeiten eine Politik für die Menschen und für den gesellschaftlichen Nutzen zu befördern. Dabei dürfte es dann weniger eine Rolle spielen, ob es die Akteure dieser Politik verstehen, geschmeidig zwischen den unterschiedlichsten Interessen irgendwie beliebt zu bleiben. Was mehr zählt, das sind Werte für das Zusammenleben der Menschen. Man kann es gute Arbeit oder gelingendes Leben nennen. (Vgl. FES 2013) In beiden Fällen ist das bedeutsamer als die so hoch geschätzten – aber doch völlig überschätzten – Entertainmentqualitäten in der Politik.

Literatur

FES (2013), Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Fortschrittsforum. So wollen wir leben! Ideen und Handlungsempfehlungen aus dem Fortschrittsforum.

Hebel, Stephan (2013): Mutter Blamage. Warum die Nation Angela Merkel und ihre Politik nicht braucht, Frankfurt/M.

Höhler, Gertrud (2012): Die Patin: Wie Angela Merkel Deutschland umbaut, Zürich.

Huber, Berthold (2010): Kurswechsel für Deutschland. Die Lehren aus der Krise, Frankfurt/M.

IG Metall Vorstand, FB Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik (2013): Kurswechselkongress Berlin, Frankfurt/M

Institut für Demoskopie Allensbach (2013): Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und –Wahrnehmung der Bürger, Allensbach.

Neiman, Susan/Gabriel, Sigmar (2013): Wie wäre es mit Aufklärung?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.April, S.27

Schabedoth, Hans-Joachim (2009): Angela Merkel – Regieren mit SPD und Union. Bilanz der großen Koalition, Marburg.

– (2013): Angela Merkel verwaltet – Deutschland verliert. Chronik und Bilanz schwarzgelber Politik, Marburg.

Wilkinson, Richard/ Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück .Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, 2.Auflage, Berlin.

Wolfgang Schroeder

Soziale Marktwirtschaft 2.0

Es gibt fast kein Thema, das die aktuellen politischen Debatten in Deutschland derart dominiert, wie die Frage nach der Gerechtigkeit im deutschen Modell der sozialen Marktwirtschaft. Die infolge der Liberalisierungstendenzen der vergangenen zwei Jahrzehnte nun schon seit 2008 anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrisen haben scheinbar den Glauben an das deutsche Modell in seinen Grundfesten erschüttert und Kapitalismuskritikern wie der Occupy-Bewegung Auftrieb verliehen. Allenthalben ist die Rede von den Grenzen des Wachstums; die Suche nach neuen Indikatoren für wirtschaftliche Performance jenseits alt hergebrachter Wachstumskennziffern. Doch ist tatsächlich die Gesamtarchitektur der sozialen Marktwirtschaft, mit ihrer Allianz aus wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ordnung sanierungsbedürftig? Sind es vielleicht lediglich einzelne Mechanismen, Akteure und Strukturen, die die Kritik am System hervorgerufen haben und die es nun zu korrigieren gilt? Oder ist es gar eher eine «gefühlte Ungerechtigkeit», die dem Blick auf die Fakten kaum standhalten kann?

Ein Blick auf die Ergebnisse aktueller Meinungsumfragen legt den Verdacht nahe, dass es weniger das System in Gänze, wohl aber einzelne Aspekte sind, die einer Reform bedürfen: Nach einer Umfrage des Institutes für Demoskopie Allensbach genießt das System der sozialen Marktwirtschaft in der deutschen Bevölkerung eine hohe Akzeptanz, gleichwohl diese Akzeptanz sehr vom ökonomischen Erfolg der deutschen Volkswirtschaft und den vorhandenen Verteilungsspielräumen abhängt. Noch 2005 waren 55 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass das Wirtschaftssystem nicht leistungsfähig genug ist, 59 Prozent kritisierten die Risiken eines freiheitsbetonten Wirtschaftssystems. Im Jahr 2009, unter dem Eindruck von Wirtschafts- und Finanzkrise, reduzierte sich der Anteil der Zweifler am Wirtschaftssystem auf 14 Prozent, Anfang 2012 waren es dann nur noch 8 Prozent. Gleichwohl werden wichtige Bestandteile dieses Wirtschaftssystems, wie das Risiko des Arbeitsplatzverlustes (rund die Hälfte der Bevölkerung halten den in unserem Wirtschaftssystem nicht garantierbaren Arbeitsplatz für ein Defizit des Systems), den Leistungsdruck in einem erfolgsorientierten marktwirtschaftlichen System sowie die Entwicklung von Einkommensunterschieden als belastend empfunden.[1] Da die Debatte über Systemalternativen zum Kapitalismus, trotz tiefgreifender und täglich bestätigter Strukturdilemmatas, derzeit eher noch auf kleinere Zirkel und das Feuilleton begrenzt zu sein scheint, konzentriert sich die Suche nach neuen Perspektiven auf neuerliche Zähmungspolitiken. Dabei ist offensichtlich, dass es nicht nur um Mitbestimmung und Kontrolle im Kontext der nationalen Realökonomien gehen kann,

1 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach (2012): Wirtschaftliches Verständnis und ordnungspolitische Positionen der Bevölkerung.

sondern auch um eine Zähmung des internationalen Finanzmarktsektors.

I. Die Grundphilosophie: Das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft

Braucht es damit also keinen grundlegenden Wandel, sondern lediglich ein paar kleinerer Korrekturen um dem Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit Genüge zu tun? Für eine umfassende Bewertung und die Einordnung dieser öffentlichen Wahrnehmung, bedarf es zunächst eines Blickes auf die Grundphilosophie der sozialen Marktwirtschaft: Das deutsche Modell zeichnet sich durch prägnante Besonderheiten hinsichtlich der Wechselbeziehungen zwischen Märkten, Organisationen und Staat aus. Mit dem Modell Deutschland wird eine institutionell flankierte Produktions- und Wachstumskonstellation beschrieben, die nicht nur durch ausgeprägte Selbstkoordinationsformen der Wirtschaft geprägt ist, sondern ebenso durch vielfältige Koordinationsstrukturen zwischen Ökonomie und Staat. Wesentliches Moment dieser Koordination ist die staatliche Sicherung des sozialen Ausgleichs als Korrektiv kapitalistischen Wirtschaftens. Ein konstitutiver Eckpfeiler des Modells ist der kooperative Prozess des Interessensausgleichs durch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zur Gestaltung der Arbeitsbeziehungen.

Die soziale Marktwirtschaft ist mithin ein vielschichtiges Gebilde, dessen konstituierendes Element die Vorstellung einer gerechten Gesellschaft ist. Insofern liegt es nahe, gerade an dieser Stelle eine mögliche Schwäche des Systems auszumachen. Im Folgenden sollen verschiedene Gerechtigkeitsaspekte daraufhin näher beleuchtet werden.

II. Erosionssymptome der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland

1.) Einkommens- und Vermögensverteilung

Im aktuellen «Armuts- und Reichtumsbericht» der Bundesregierung wurde die Aussage gestrichen, dass die Einkommensverteilung das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung verletzte und den sozialen Zusammenhalt gefährde. Tatsächlich sind aktuell 69 Prozent der Bürger überzeugt, dass Einkommen und Vermögen in unserem Lande nicht gerecht verteilt sind und soziale Gerechtigkeit eher auf dem Rückzug ist. 64 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass soziale Gerechtigkeit in den letzten 3 bis 4 Jahren abgenommen hat. Dazu gehört die Vorstellung, dass die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten größer werden und befürchtet wird, dass ein Teil der Bevölkerung zurückbleibt und wirtschaftlich sowie sozial nicht mehr mithalten kann. Soweit beispielhaft Dimensionen sozialer Gerechtigkeit in die Befragung einbezogen werden, offenbart sich die Mehrdimensionalität des Gerechtigkeitsempfindens der Bevölkerung: Für eine überwältigende Mehrheit von 91 Prozent bedeutet soziale Gerechtigkeit, von dem Lohn für seine Arbeit leben zu können. Eine ähnliche große Zustimmung von 90 Prozent erreicht die Gestaltung von Chancengerechtigkeit bei der Schulbildung. 77 Prozent der Bevölkerung sprechen dem Staat die Aufgabe einer Grundsicherung zu, damit niemand in Not gerät.[2] Diese hohe Zustimmung betont nicht zuletzt die Bedeutung der staatlichen sozialen Sicherungssysteme für das Sicherheitsempfinden der Bevölke-

2 Vgl. Umfrage des Institutes für Demoskopie Allensbach (2013): Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung der Bürger.

rung neben den Möglichkeiten der Vorsorge aus eigenen finanziellen Ressourcen und der Unterstützung durch die Familie.

So viel zur Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit aus Sicht der Bevölkerung. Angesichts der Debatten um das Auseinanderdriften der sozialen Schichten in Deutschland ist dies mehr als ein Alarmsignal. Doch wie steht es um die die «harten Fakten», welche Bewertung lässt sich auf Grundlage von Einkommens-, Vermögens- und Verteilungsindikatoren vornehmen?

Als wichtigste Einkommensquelle der privaten Haushalte in Deutschland gilt die Erwerbstätigkeit. Rund 23 Prozent aller abhängig Beschäftigten beziehen einen Bruttostundenlohn, der unterhalb von zwei Dritteln des mittleren Stundenlohnes liegt (9,54 €/h West, 7,04 €/h Ost). Aktuell beträgt die Anzahl an Niedriglohnbeschäftigten rund 8 Millionen, wobei diese im Zeitraum zwischen 1995 und 2010 um 2,33 Millionen gestiegen ist. Diese Steigerung ist im Besonderen auf die Entwicklung in Westdeutschland zurückzuführen. Der Anstieg betrug hier, bezogen auf die westspezifische Mindestlohnschwelle 2,4 Millionen bzw. knapp 58 Prozent. Im Osten war dagegen ein Anstieg um knapp 250.000 Niedriglohnbeschäftigte bzw. gut 24 Prozent zu verzeichnen.[3]

Eine Untersuchung des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Schluss, Deutschland täte nicht nur «aus Gerechtigkeitsgründen, sondern auch im Interesse makroökonomischer Stabilität» gut daran, «das Rad der Umverteilung hin zu hohen Einkommen und Vermögen» zurückzudrehen. Die Feststellung basiert u.a. auf der Tatsache, dass die Wachstumsraten der Binnennachfrage (2005 bis 2008) deutlich hinter denen der Exportwirtschaft zurückblieben und die Gründe hierfür in der Einkommensverteilung zu finden sind. Während Einkünfte aus Gewinnen und Vermögen bis zum Ausbruch der Finanzkrise steil anstiegen, fielen hingegen die realen Löhne und Sozialversicherungsbeiträge bis 2005 und erreichten erst 2011 wieder das Niveau der Jahrtausendwende. Zwar erfuhren die Einkünfte des oberen Viertels merkliche Zuwächse, jedoch hat dagegen das untere Viertel verloren und verfügt nun über weniger als ein Zehntel der Gesamteinkommen. Zusätzliches Einkommen wird vor allem gespart. Das Zehntel der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen erreicht eine Sparquote von 17 Prozent, wogegen die unteren 10 Prozent gerade mal 2 Prozent ihres Einkommens sparen können.[4]

Die Ungleichverteilung der Vermögen in Deutschland wird auch durch die Auswertungen des Vierten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung, der selbst Gegenstand der Gerechtigkeitsdebatte in Deutschland geworden ist, eindrucksvoll belegt: Danach verfügen die Haushalte in der unteren Hälfte der Verteilung nur über gut ein Prozent des Nettovermögens, während die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich vereinen.[5]

3 Vgl. Thorsten Kalina; Claudia Weinkopf (2012): Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. Duisburg: Institut für Arbeit und Qualifikation. IAQ-Report Nr. 2012/01.

4 Vgl. Karl Brenke, Gert G. Wagner (2013): Ungleiche Verteilung der Einkommen bremst das Wirtschaftswachstum. In: Wirtschaftsdienst 2/2013

5 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland – Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn. S. 344.

2.) Ungleiche Verteilung von Bildungschancen

Im Diskurs um eine neue Gerechtigkeit in der sozialen Marktwirtschaft ist in den vergangenen Jahren der Aspekt der Chancengerechtigkeit verstärkt thematisiert worden. In der Rangfolge der Gerechtigkeitsdimensionen rangiert bei den Deutschen die Chancengerechtigkeit mit Abstand auf dem vordersten Platz.[6] Bei der Chancengerechtigkeit geht es «nicht um die Verteilung von Gütern und Lasten, sondern um die Verteilung der Möglichkeit und Fähigkeit, Güter zu erwerben und Lasten zu vermeiden. Nach dieser Regel sollen diese Möglichkeiten allen Mitgliedern der Gesellschaft gleichermaßen offenstehen».[7] Wichtigster Schlüssel zur Herstellung von Chancengerechtigkeit ist ein für alle Mitglieder der Gesellschaft offener Zugang zu Bildung, die die Menschen befähigt, ihre Lebenschancen entsprechend ihrer Neigungen umfassend zu verwirklichen. In Deutschland entscheidet heute immer noch zumeist die Herkunft statt der Begabung oder Leistung über Zukunftschancen. Zu diesem Schluss kommt auch der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. So zeigt beispielsweise die Auswertung der Lesekompetenzen der PISA-Studie 2009, dass noch immer dreimal so viele Jugendliche über schwache Lesekompetenzen verfügen, deren Eltern an- und ungelernte Arbeiterinnen und Arbeiter sind wie Jugendliche mit Eltern aus der obersten sozialen Gruppe.[8] Gerade diese international durchgeführten Vergleiche der Lese-Schreib-Kompetenz der Schülerinnen und Schüler offenbaren deutlich den Zusammenhang zwischen der Ungleichheit einer Gesellschaft und schulischen Leistungen.

Jährlich kommen immer noch rund 295.000 junge Menschen nach der Schule nicht in eine Ausbildung, sondern in das sogenannte «Übergangssystem». Betroffen sind insbesondere Jugendliche ohne Schulabschluss (2010: Anteil 20,6 Prozent) oder mit Hauptschulabschluss (2010: Anteil 52,0 Prozent). Ihr Anteil an den Neuzugängen im Übergangssystem hat zwischen 2000 und 2010 sogar um sechs Prozentpunkte zugenommen. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass trotz des demografisch bedingten Rückgangs der Ausbildungsplatznachfrage keine Verbesserung der Übergangssituation dieser Jugendlichen eingetreten ist.[9]

Befragt nach der Einschätzung, wie gut in unserer Gesellschaft Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich oder am Arbeitsmarkt verwirklicht ist, sehen 51 Prozent der Befragten im Bildungsbereich und 58 Prozent am Arbeitsmarkt Chancengerechtigkeit nur weniger gut realisiert. Gerade das Empfinden am Arbeitsmarkt benachteiligt zu sein, hängt in hohem Maße von der beruflichen Qualifikation ab. Von angelernten Arbeitern haben 46 Prozent den Eindruck bei der Arbeitssuche benachteiligt zu sein, bei Facharbeitern jeder Vierte, von leiten-

6 Vgl. Umfrage des Institutes für Demoskopie Allensbach (2013): Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und –wahrnehmung der Bürger.

7 Thomas Ebert (2010): Soziale Gerechtigkeit. Ideen, Geschichte, Kontroversen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 52.

8 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland – Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn. S. XV.

9 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland – Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn. S. 177–178.

den Angestellten nur jeder Elfte.[10] Ursächlich sind vor allem nicht erreichte Schul- und Ausbildungsabschlüsse. Im Januar 2012 betrug der Anteil der arbeitslosen Jüngeren, die keinen Schulabschluss hatten, 13,4 Prozent; die Hälfte der arbeitslosen Jüngeren verfügte über keinen Berufsabschluss.[11]

3.) Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Gerade auf dem Arbeitsmarkt hat die zunehmende Flexibilisierung die Sorge um den sozialen Abstieg bis hinein in die Mittelschicht genährt. Ursächlich hierfür ist eine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die vor allem durch eine Erosion der Normalarbeitsverhältnisse gekennzeichnet ist. Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse an allen Beschäftigungen liegt aktuell bei rund 60 Prozent, vor 15 Jahren betrug der Anteil noch rund zwei Drittel. Heute ist fast jede zweite Neueinstellung befristet (46 Prozent, ohne Auszubildende). Vor zehn Jahren war es weniger als jede dritte. Derzeit gibt es in Deutschland rund 2,7 Millionen befristet Beschäftigte und damit rund eine Million mehr als Mitte der neunziger Jahre. Die Teilzeitbeschäftigung hat – ohne die geringfügige Beschäftigung – um 4,35 Millionen auf 8,7 Millionen zugenommen und sich damit in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Seit 1999 hat die Anzahl der geringfügig Beschäftigten um mehr als 1,1 Millionen auf 4,8 Millionen zugenommen. Die Leiharbeit hat sich seit 1994 mehr als verfünffacht. 1994 gab es in Deutschland rund 140.000 Leiharbeiter, 2008 knapp 800.000, mittlerweile nähern wir uns der Million. Der Trend zur atypischen Beschäftigung ist zudem bei den Frauen deutlich stärker als bei den Männern zu beobachten. Von letzteren sind auch heute noch zwei Drittel in einem Normalarbeitsverhältnis tätig. Bei den Frauen liegt der Anteil dagegen nur bei 50 Prozent.[12] Trotz der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit ist der ihr immanente hoher Teilzeitanteil im Sinne einer Korrektur der Verteilung des Faktors Arbeit ein wichtiges Interventionsfeld. Fast die Hälfte der regulär teilzeitbeschäftigten Frauen und zwei Drittel der Mini-Jobberinnen würden die vereinbarte Arbeitszeit gern ausweiten. Ein durchaus beachtliches Arbeitszeitpotential, das sich auf diese Weise erschließen ließe.[13]

76 Prozent der Bevölkerung bewerten es im Übrigen als ungerecht, wenn Geringverdiener nur unwesentlich mehr Geld bekommen als Arbeitslose. Für 70 Prozent gilt es zudem als ungerecht, wenn Manager ein Vielfaches von dem verdienen, was einfache Arbeiter erhalten.[14] Gerade diese Einschätzung ist jedoch keineswegs typischer Ausdruck der deutschen Arbeitsgesellschaft. Vielmehr sind es die Schweizer, die mit ihrer Volksabstimmung gegen überzogene Erfolgs-Boni für Banker und zu hohe Gehälter für Manager beispielgebend für die Mobilisierung der Bevölkerung gegen eine wachsende Kluft der sozialen Schich-

10 Vgl. Umfrage des Institutes für Demoskopie Allensbach (2013): Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung der Bürger.

11 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland – Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn. S. 184.

12 http://www.iab.de/1406/view.aspx

13 Susanne Wanger (2011): Viele Frauen würden gern länger arbeiten. IAB-Kurzbericht 9.

14 Vgl. Umfrage des Institutes für Demoskopie Allensbach (2013): Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung der Bürger.

ten aufgrund ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung wirken.

Volksabstimmungen über Manager-Gehälter und gesetzliche Mindestlöhne dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Schwäche des korporativen Modells der Arbeitsbeziehungen in Deutschland dazu beigetragen hat, dass sich der Niedriglohnsektor in Deutschland überhaupt ausweiten konnte. Gewerkschaften und Arbeitsgeberverbände stehen in Deutschland seit mehreren Jahren vor erheblichen strukturellen Herausforderungen, die durch den ökonomischen, sozialen, gesellschaftlichen und demografischen Strukturwandel bedingt sind und ihre Handlungsfähigkeit geschwächt haben. Im Jahr 2011 war nur jeder fünfte ostdeutsche Betrieb (21 Prozent) tarifgebunden (Branchen- oder Haustarifvertrag), in Westdeutschland traf dies auf jeden dritten Betrieb (34 Prozent) zu. Damit werden in Ostdeutschland 49 Prozent und in Westdeutschland 61 Prozent aller Beschäftigten nach einem Tarifvertrag entlohnt. Im Jahr 1996 waren immerhin noch 60 Prozent der westdeutschen und 43 Prozent der ostdeutschen Betriebe tarifgebunden, mithin lässt sich bezogen auf den Anteil der tarifgebundenen Betriebe seit Mitte der 1990er Jahre in etwa eine Halbierung konstatieren.[15] Aber auch auf Arbeitgeberseite ist festzustellen, dass die Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband im Laufe vor allem der vergangenen zwei Jahrzehnte vom Regel- zum Ausnahmefall geworden ist. Beispielsweise hat sich der Mitgliederorganisationsgrad in den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie in Westdeutschland seit der Wiedervereinigung von etwa 42 Prozent auf unter 20 Prozent reduziert– im Osten der Republik ist der Rückgang (von 55 auf 5 Prozent) noch weit dramatischer. Hinzukommt eine starke Tendenz zur Relativierung verbandlichen Handels durch den Aufbau sogenannter OT-verbände bzw. OT-Mitgliedschaften. Die Zahlen und die beschriebene Entwicklung verdeutlichen eindringlich den Handlungsbedarf angesichts der Tatsache, dass ein revitalisiertes Modell der sozialen Marktwirtschaft nicht ohne starke Akteure, sowohl auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseite auszukommen vermag.

15 Vgl. Vera Dahms, Marek Frei, Monika Putzing (2012): IAB-Betriebspanel Ost. Ergebnisse der 16. Welle 2011. Berlin, S. 90–91.

III. Diagnose

Die dargestellten vielfältigen (Fehl-)Entwicklungen verdeutlichen, dass die Bundesregierung und andere maßgebliche politische Akteure ihre Ressourcen zur positiven Rahmung einer gerechten Gesellschaft nicht hinreichend nutzen. Es kann nicht einfach als «gefühlte Ungerechtigkeit» abgetan werden, wenn die Zugangschancen so ungleich verteilt sind, sondern die von den Bürgern wahrgenommenen Ungerechtigkeiten und Befürchtungen haben mit den wesentlichen Fehlentwicklungen innerhalb des Systems der sozialen Marktwirtschaft zu tun.

Auch wenn die wahrgenommene öffentliche Diskussion vor allem durch aktuelle wissenschaftliche Veröffentlichungen zum Thema Verteilungsgerechtigkeit zugenommen hat, so steht das Thema nicht erst seit heute auf der politischen Agenda. Insofern ist es durchaus legitim zu fragen, was die schwarz-gelbe Bundesregierung bisher unternommen hat, um den Gerechtigkeitsaspekt des deutschen marktwirtschaftlichen Systems zu befördern. Die Antwort ist al-

lemal ernüchternd. Die Bundesregierung nimmt die Herausforderung, ökonomische Ungleichheiten, ungleiche Verteilung von Lebens- und Teilhabechancen und soziale Unsicherheiten zu hinterfragen und zu eliminieren, nicht an. Sie agiert vielmehr defensiv und marktorientiert, dreht höchstens vereinzelt an ausgewählten Stellschrauben. Ansätze finden sich bei dem ohnehin konsensualen Thema der Fachkräftesicherung sowie bei den Themen Rente und Mindestlohn, jedoch ohne bisher überzeugende und innerhalb der Koalition insgesamt durchsetzungsfähige Konzepte vorlegen zu können.

Selbst in der unbestrittenen Notwendigkeit des Kita-Ausbaus als Grundlage für eine Egalisierung von Bildungsungleichheiten durch frühkindliche Förderung wurden zwar ehrgeizige Ziele gesteckt, jedoch diese wurden bis heute nicht erreicht: Das Ziel des Kinderförderungsgesetzes von Ende 2008, insgesamt 30 Prozent der neu zu schaffenden Betreuungsplätze in Kindertagespflege bereit zu stellen, konnte bislang nicht erreicht werden. Zwischen März 2009 und März 2012 entstanden zum Beispiel in Westdeutschland lediglich 20 Prozent der neuen Betreuungsplätze bei einer Tagesmutter oder einem Tagesvater.[16]

IV. Ziele und Interventionen

Folgt man Kate Pickett und Richard Wilkinson mit ihrem Buch «Gleichheit ist Glück», so ist der ausschlaggebende Faktor für eine gerechte Gesellschaft eine Einkommensverteilung, die Ungleichheiten zwischen den sozialen Schichten weitestgehend nivelliert. Als Weg dorthin schlagen Picket und Wilkinson ein soziales Steuersystem, die Einführung von Mindestlöhnen sowie nachhaltiges und ökologisches Wachstum vor. Es geht ihnen um gesellschaftlichen und ökonomischen Ausgleich gleichermaßen. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: nachhaltiges Wachstum gelingt nur über eine Revitalisierung der Verteilungspolitik, die die bestehenden und prognostisch ansonsten zunehmenden sozialen und ökonomischen Ungleichheiten egalisiert. Hierzu gehören ordnungspolitische Korrekturen am Arbeitsmarkt ebenso wie eine soziale Steuerpolitik, die mittlere und untere Einkommensschichten entlastet sowie Investitionen in eine auf Chancengerechtigkeit ausgerichtete vorsorgende Sozial- und Gesellschaftspolitik. Hierzu gehört aber auch eine Strategie zur Stärkung der sozialpartnerschaftlichen Akteure, damit diese die ihnen zukommende Rolle im korporativen Modell der sozialen Marktwirtschaft wieder auszufüllen vermögen.

Dabei resultiert aus der Schwäche der aktuellen Bundesregierung die Chance für die Sozialdemokratie, eine neue Ordnung für Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft 2.0 zu realisieren. Das sozialdemokratische Engagement muss dabei gleichermaßen einer solidarischen Gesellschaft und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft gelten. Das sind die Grundlagen für die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft. Zentrales Anliegen ist dabei eine auf Sicherheit und gute Arbeit gestützte Politik der Lebenschancen. Aber auch jenseits des Zieles einer arbeitsgesellschaftlichen Integrationsperspektive müssen Teilhabe und Beteiligung gefördert werden.

16 Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 382 vom 06.11.2012. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/11/PD12_382_225.html.

1.) Eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt

Ausgangsbasis für die Herstellung einer neuen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist die Idee von einer inklusiven Arbeitsgesellschaft. Gemeint ist eine Gesellschaft, in der soziale Teilhabe auch in Zukunft vor allem über Erwerbsarbeit ermöglicht wird. Gesellschaftliche Teilhabe vollzieht sich dabei auf drei Ebenen: als Fähigkeit und Gelegenheit zur ökonomischen Existenzsicherung, in Gestalt der Zugehörigkeit zu sozialen Beziehungsnetzen und als reale Chance zur persönlichen Entfaltung durch Qualifizierung und beruflichen Aufstieg.[17]

Aktuell fehlt es dafür an einer hinreichenden ordnungspolitischen Flankierung, um dieses gesellschaftliche Konzept in Gänze verwirklichen zu können. So führt der Weg zurück zu einer Dominanz des Normalarbeitsverhältnisses nur über ordnungspolitische Reformen in der Arbeitspolitik. Diese muss auf eine Re-Regulierung atypischer Beschäftigung zielen und die vor allem im Bereich von Minijobs, Leiharbeit und Werkverträgen eingetretenen unerwünschten Wirkungen redigieren. Eine weitere dringend erforderliche arbeitspolitische Intervention gilt dem Niedriglohnsektor. Die Einführung von Mindestlöhnen ist im Grundsatz über die politischen Lager hinweg inzwischen weitestgehend unbestritten. Entscheidend sind hier die Details. Nur ein gesetzlicher Mindestlohn, der eine untere Haltlinie von mindestens 8,50 € pro Stunde vorsieht und für tarifvertraglich gebundene wie ungebundene Unternehmen gleichermaßen gilt, kann eine echte Stütze für ein durch Sicherheit und gute Arbeit geprägtes Modell der sozialen Marktwirtschaft sein. Letztlich folgt dies dem gesellschaftlich unbestrittenen Grundsatz «Arbeit muss sich lohnen». Nicht zuletzt ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes aber auch ein wichtiges und probates Mittel, um die durch die Gewerkschaften derzeit nur unzureichende Wahrnehmung der Trägerschaft von Gleichheit und Gerechtigkeit zu kompensieren.

2.) Chancengerechtigkeit

Sowohl Befragungen als auch Befunde zur Gerechtigkeitsdebatte lassen die zentrale Bedeutung der Verwirklichung von Chancengerechtigkeit im Modell einer reformierten sozialen Marktwirtschaft erkennen. Ohne einen frühzeitigen Zugang zu Bildung unabhängig vom sozialen Hintergrund und Ressourcen wird auch der Zugang zu einer inklusiven Arbeitsgesellschaft nicht oder nicht hinreichend gelingen. Insofern ist es nur folgerichtig, mit einer vorsorgenden Gesellschafts- und Sozialpolitik so früh und wirkungsvoll wie möglich und unabhängig von den individuellen finanziellen und kulturellen Möglichkeiten Förderung zu leisten. Eine solche Interventionspolitik erfordert ein mehrdimensionales Handeln: Die Grundlage bildet ein leistungsfähiges integratives und inklusives Bildungssystem. Dieses allein genügt jedoch nicht, um sozialen Aufstieg, soziale Integration zu bewirken. Vielmehr bedarf es der Flankierung durch eine enge Verzahnung von Gesundheits-, Arbeits-, Bildungs- und Sozialpolitik, um eine verbesserte Qualität und Wirksamkeit sozialstaatlicher Leistungen zu erreichen. Dies muss ergänzt werden um eine verlässliche Kooperation zwischen Betroffenen und hauptamtlichen sowie ehrenamtlichen Ex-

17 Vgl. Ute Brümmer, Andrea Fischer, Frank Nullmeier, Dieter Rulff, Wolfgang Schroeder, Helmut Wiesenthal (2011): Zukunft der sozialen Sicherungssysteme: Wege in eine inklusive Arbeitsgesellschaft. Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin.

perten im Sinne lebenslaufbegleitender Hilfen für alle Lebensalter.

Eine vorsorgende Sozialpolitik gelingt jedoch nur mit der Befähigung seiner Akteure, d.h. der hauptamtlichen ErzieherInnen, AltenpflegerInnen, SozialpädagogInnen, LehrerInnen etc. als auch der ehrenamtlichen Kräfte. Wertschätzung und die Anerkennung ihrer Leistungen, auch ausgedrückt durch attraktive Bezahlung und professionelle Arbeitsbedingungen bilden hierfür die Grundlage.

3.) Wiederherstellung von «checks and balances»

Die anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrisen befördern die soziale Spaltung in Deutschland und Europa und erschüttern das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie. Eine Gegensteuerung gelingt nur mit einer reformierten sozialen Marktwirtschaft, die diese neuen institutionellen Herausforderungen aufzugreifen und ein neues förderliches System des Gleichgewichts, eine Wiederbelebung von checks and balances zu implementieren vermag. Neben Regelsetzungen für die internationalen Finanzmärkte sind es die vorweg beschriebenen notwendigen sozial- und ordnungspolitischen Korrekturen, die Zusammenführung ökonomischer und ökologischer Ziele sowie ein Erstarken der maßgeblichen Akteure, allen voran der Sozialpartner, die erforderlich sind, um eine nachhaltige soziale Marktwirtschaft zu gestalten.

V. Resümee

Ein sozialdemokratisches Projekt der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft darf sich nicht zwischen Ökonomie und Sozialpolitik, zwischen Gerechtigkeit und Solidarität entscheiden müssen. Dabei hat der Faktor Arbeit einen zentralen Stellenwert. Mehr als ein halbes Jahrhundert Erfahrung mit sozialer Marktwirtschaft widerlegt die einstige These Ludwig Erhards, dass Marktwirtschaft aus sich selbst heraus sozial ist. Die Wirtschafts- und Finanzkrisen der Jahre 2008 ff. haben gezeigt, dass ein neo-liberales Wirtschaftsmodell, das weitestgehend ohne ökonomische und soziale Spielregeln auszukommen versucht, keine Antworten auf die Herausforderungen unser Zeit bietet. Deshalb geht es um eine Weiterentwicklung des Modells Deutschland hin zu einer solidarischen und durch Chancengerechtigkeit und Sicherheit geprägten Gesellschaft. Es geht nicht um die komplette Neujustierung des Wechselspiels zwischen Staat und Markt, sondern um die Revitalisierung der Kräfte, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft notwendig sind und die in den vergangenen Jahren an Kraft und Mut verloren haben.

Nicht zuletzt geht es auch um die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in das Funktionieren der Ausgleichsmechanismen der sozialen Marktwirtschaft und damit auch des Glaubens an die Demokratie und Gestaltungskraft ihrer Akteure.

Oliver Schmolke

Deutschland 2020 – Was auf uns zukommt

Die Lage – gefährdete Stabilität, betäubte Politik

Ein nüchterner Blick auf die aktuelle Lage zeigt, dass Deutschland inmitten eines krisengeschüttelten Umfelds bemerkenswert stabil ist. Während der Euroraum in der Rezession steckt und viele Länder mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, erscheint Deutschland heute international als Vorbild ökonomischer Stärke. Die Arbeitslosigkeit ist auf 3 Millionen, die Langzeitarbeitslosigkeit auf rund 1 Million gesunken. Deutschland gehört zu den europäischen Ländern mit der niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit und zieht wieder Arbeitsmigration an. Die Beschäftigung ist von weniger als 38 Millionen Erwerbstätigen 1998 auf heute fast 42 Millionen gestiegen. Auch das Arbeitsvolumen hat wieder zugenommen, von 55 Milliarden Stunden vor zehn Jahren auf 57 Milliarden Stunden in 2012. Die Erwerbsbeteiligung ist von 65% (2000) auf 72% (2011) gestiegen. Große, wenn auch nicht ausreichende Fortschritte gibt es beim Erwerbszugang von Frauen und Älteren. Es stimmt, dass zu diesen Entwicklungen die gute Konjunktur seit 2006 beiträgt. Aber nicht nur. Das jahresdurchschnittliche Wachstum betrug zwischen 1994 und 2003 rund 2%. Zwischen 2003 und 2012 waren es 2,3%. Der Unterschied ist nicht so groß, dass er die Beschäftigungswirkung allein erklären könnte. In sozialdemokratischer Regierungszeit wurde vielmehr ein Trend gebrochen: Der Trend, dass nach jeder Rezession die Sockelarbeitslosigkeit anstieg.

Geschieht dies um den Preis der Prekarisierung? Wiederum sollte der Blick nüchtern sein: Es stimmt, dass der Anteil der Niedriglöhne an allen Beschäftigten zugenommen hat – aber vor den Agenda-2010-Reformen stärker als nach den Reformen (1997–2003 um 4%/2003–2009 um 1,5%). Zwar ist der Anteil der Bevölkerung, die in so genannten «atypischen» Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, von 10% auf 14% gestiegen. Doch eine flächendeckende Verdrängung des Normalarbeitsverhältnisses hat es nicht gegeben. Denn der Anteil der Menschen in Normalarbeit ist ebenfalls gestiegen: von 43% auf 44%. Der Beschäftigungszuwachs hat nicht nur im prekären Bereich stattgefunden. Auch die sozialversicherte Beschäftigung steigt an. Sie liegt im März 2013 bei knapp 29 Millionen Menschen. Mehr als 2 Millionen neue sozialversicherte Arbeitsplätze sind seit den Reformen entstanden.

Die Folgen für die öffentlichen Finanzen sind positiv: Steigende Steuereinnahmen und Überschüsse in den Sozialversicherungen haben den jahrzehntelangen Diskurs von Ausgaben- und Leistungskürzungen vorerst beendet. Gemeldet wurde 2012 in den Sozialkassen ein Saldo von sechs Milliarden Euro plus in den ersten drei Quartalen, mit Reserven von 28 Milliarden Euro in der Renten- und von 23 Milliarden Euro in der Krankenversicherung. Nur so ist zu erklären, dass wir wieder über Leistungsverbesserungen diskutieren. Auch bessere Tarifabschlüsse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, in den Bildungs- und Pflegeberufen wären gar nicht denkbar

ohne diese Erholung der gesamtstaatlichen Finanzen. Nicht zuletzt gilt: Niedrige Arbeitslosigkeit stärkt die Vertretungsmacht der Gewerkschaften. Heute hat die antigewerkschaftliche Stimmungsmache keine Kraft mehr. Auch das ist ein gutes Zeichen für die Stabilität des «Modells Deutschland» mit ausgeprägter Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft.

Der Erfolg sollte niemanden hochmütig oder leichtfertig machen. Deutschland hat *relative* Verbesserungen erreicht, die leichter verspielt sind, als sie gewonnen wurden. Große und bestimmende Zukunftsaufgaben sind nicht annähernd erledigt. Konfrontiert mit einer Regierung Merkel, die weder die Gründe für die Erfolge der Vergangenheit versteht, noch die Risiken für die Zukunft ernst nimmt, hat die SPD-Bundestagsfraktion das Zukunftsprojekt «Deutschland 2020» gestartet. Wir haben gefragt: Was muss eine neue Regierung anpacken? Wo liegen unsere sozialen und wirtschaftlichen Probleme? Wo lauern die Risiken der kommenden Jahre? Was kommt auf uns zu?

1. Finanzmarktkrise und Zerreißprobe Europas

Die erste Gefahr – wir stecken mittendrin – ist politische Dumpfheit aus ökonomischer Stärke. Die Regierung Merkel nährt eine fatale antieuropäische Stimmung, und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern viel stärker noch in den Ländern, die jetzt unter der Doppelkrise von Rezession und Verschuldung leiden. Ökonomische Stärke, die sich mit nationalem Hochmut gegen europäische Nachbarn paart, vergiftet ihre eigenen Wurzeln. Eine Berliner Regierung, die vermeintlich Schwächere in Europa demütigt und gegen sich aufbringt, treibt die Deutschen in eine Isolation, die sie seit der Nachkriegszeit nicht mehr erlebt haben. Noch wird Deutschland von vielen geachtet. Aber aus Bewunderung kann schnell Misstrauen, aus Misstrauen Furcht und aus Furcht neue Feindseligkeit entstehen. Die Alarmsignale sind unüberhörbar. Jüngste Berichte, denen zufolge das Gesundheitssystem in Griechenland, Spanien und Portugal zusammenbricht, Menschen, die es dringend brauchen, nicht mehr versorgt werden und Armutskrankheiten wieder auftauchen, sind die Spitze einer Entwicklung, die dem Mittelstand der Krisenländer das Kreuz zu brechen droht. Die politische Blindheit und beispiellose Fahrlässigkeit, mit der in der Nacht des ersten Zypern-Paketes europäisches Recht gebrochen, die Einlagensicherung ausgehebelt und die Masse der Kleinsparer zur Bankensanierung herangezogen werden sollte, wirft ein grelles Licht auf Merkels Europa, das als «Stabilitätsunion» propagiert wird, aber als politisches Chaos und ökonomisches Verarmungsprojekt zu enden droht.

Kanzlerin Merkel spricht von einer Staatsschuldenkrise. Doch vor 2008 waren in allen Euroländern außer Griechenland die Staatsschuldenquoten rückläufig. Die Zäsur der Finanzmarktkrise war es, die den Euroraum destabilisiert hat. Das Grundprinzip der Marktwirtschaft, wonach haftet, wer Risiken eingeht, wurde außer Kraft gesetzt: Gewinne werden privatisiert, Verluste hingegen sozialisiert. Die selbstverschuldete Machtlosigkeit der Politik gegenüber dem Finanzkapital und die Undurchschaubarkeit der Finanzmärkte verunsichern die Menschen und gefährden das Ansehen demokratisch legitimierter Institutionen. Die Krise hätte allerdings nicht so fatal wirken können, wenn nicht die ökonomischen Ungleichgewichte an industrieller Substanz, an Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit in der Währungs-

union so groß gewesen wären. Trotz vieler Beteuerungen sind die Lehren daraus nicht gezogen. Instabilität und Vertrauensverlust, aber auch die Inanspruchnahme des Steuerzahlers für Fehler der Finanzakteure und die daraus wiederum folgende öffentliche Verschuldung dauern an. Eine spürbare europäische Investitionsoffensive ist nicht in Gang gekommen. Strukturreformen von Verwaltung, Sozialstaat und Arbeitsmarkt sind aber nur erfolgversprechend, wenn sie begleitet werden durch massive, umfassende Investitionen in Bildung, Berufsqualifizierung, gewerbliche Modernisierung und neue Infrastrukturen. Stattdessen heißt Austerität heute, dass die Investitionshaushalte stranguliert werden. Europas Ausstrahlungskraft nach 1989 war die einer Aufbaugemeinschaft des gemeinsamen Wohlstands. Heute wird der Name Europa zum Synonym eines Abrissunternehmens mit Verelendung und Deindustrialisierung. Das ist das Bild, von dem die Generation der heute arbeitslosen Jugendlichen geprägt wird.

Die Risiken, die mit der Abwärtsspirale aus Rezession, Arbeitslosigkeit und Verschuldung im Euroraum verbunden sind, fallen letztlich auf Deutschland zurück. Im ersten Halbjahr 2012 schlitterte die Eurozone in die Rezession. Deutschland, das 2011 noch stark genug war, gegen den Trend zu wachsen, beginnt, den Sog der Abwärtsbewegung zu spüren: Im letzten Quartal 2012 drehte Deutschlands Bruttoinlandsprodukt ins Minus. Die Wachstumsprognose für 2013 hat der Sachverständigenrat gerade auf 0,3% halbiert. Seit Monaten steigt die Arbeitslosigkeit auch in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr wieder an – weitgehend unkommentiert durch die betäubten Medien. Wird die Rezessionsspirale in Europa nicht durchbrochen, ist außerdem die Rückzahlung der gewährten Hilfskredite in Gefahr. Deutschland wird dann nicht nur durch seine übertriebene Exportabhängigkeit getroffen, sondern auch durch Ausfälle im System der Zentralbanken und der europäischen Rettungsschirme.

Mit Sparprogrammen allein wird es nicht gelingen, die Krise zu überwinden. Europa braucht eine Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft und einen Investitions- und Aufbaufonds, um nachhaltiges Wachstum anzuregen. Die Finanztransaktionssteuer muss konzertiert in möglichst vielen Ländern eingeführt werden, damit aus ihrem Aufkommen ein wesentlicher Investitionsimpuls finanziert werden kann.

2. Der industrielle Wohlstandsmotor muss auf Hybrid umschalten

Ein wesentlicher Grund für den stabilen Wohlstand Deutschlands ist die starke industrielle Basis. Doch Deutschland muss die Energiebasis seiner Industrie verändern. Der industrielle Motor muss lernen, Hybrid zu fahren: mit mehr Erneuerbaren Energien und mit mehr Steuerungsintelligenz im System, das es erlaubt, konventionelle Energieträger an- und abzuschalten. Eine zentrale Aufgabe der notwendigen Modernisierung besteht darin, die Ressourceneffizienz und Energieproduktivität so weit zu steigern, dass Wachstum vom Ressourcen-, Flächen- und Energieverbrauch weitgehend entkoppelt werden kann. Die Energiewende jedoch, vor einem Jahrzehnt vorausschauend mit dem Atomkonsens begonnen, droht heute im Chaos stecken zu bleiben. Der Umbau unseres Energiesystems hin zu einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Versorgung durch erneuerbare Energien ist eine gesamtgesellschaftliche Herkulesaufgabe für die nächsten Jahre und Jahrzehn-

te. Ihr Gelingen entscheidet nicht nur darüber, ob wir die Ziele zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes, zum Schutz des Weltklimas und für ein neues, nachhaltiges Wirtschafts- und Wachstumsmodell erreichen. Das Gelingen der Energiewende entscheidet über die zukünftige Stärke der deutschen Industrie.

Die Modernisierung des Industriestandortes erfordert massive Investitionen in die Infrastruktur. Deutschland hat Nachholbedarf. Das gilt für den Ausbau der Energie- ebenso wie für Investitionen in Kommunikationsnetze, in die bauliche Infrastruktur und die Verkehrsinfrastruktur, einschließlich Knotenpunkten und Engstellen wie Bahnkreuzen, Flughäfen, Seehäfen, Brücken und Tunnelbauwerken. Neue Infrastrukturen werden unser Land verändern. Eine vollständig eingriffslose Modernisierung, die das Landschaftsbild unberührt lässt, ist kaum denkbar. Auch die ökologische Moderne ist mit Natureingriffen verbunden. Deshalb ist es unverzichtbar, einen neuen Sozialvertrag zwischen Begünstigten und Belasteten der Infrastrukturmodernisierung zu begründen. Einen solchen «Infrastrukturkonsens», der die demokratische Beteiligung ausweitet, hat die SPD-Bundestagsfraktion vorbereitet.

3. Die soziale Spaltung – unter dem Stress des Wandels

Die ökonomischen Ungleichheiten und sozialen Unsicherheiten haben zugenommen. Dabei wirkt sich der Rückgang einfacher manueller Arbeit im Zuge der globalen Arbeitsteilung ebenso aus wie die fehlende Chancengleichheit im Bildungssystem. Instrumente der Arbeitsmarktreformen, die als Brücke in gesicherte Arbeit gedacht waren, wie Leiharbeit oder Minijobs, wurden missbraucht, um tarifliche Bestimmungen zu umgehen. Schließlich ist es das aggressive Verhalten von Finanzinvestoren und Finanzvorständen, die überzogene Ziele der Kapitalrendite in gesunden Unternehmen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen, das die stagnierende Reallohnentwicklung mitverursacht. Die Einkommensschere geht auseinander. Die Angst vor dem sozialen Abstieg hat die Mitte der Gesellschaft erreicht. Viele haben die Hoffnung auf sozialen Aufstieg durch Leistung verloren und sorgen sich um die Zukunftschancen ihrer Kinder. Es besteht die Gefahr, dass immer mehr Menschen den Anschluss verlieren und vom wirtschaftlichen Aufschwung und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben abgekoppelt werden.

Obwohl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Großteil des Wohlstandes hart erarbeiten, bekommen sie zu wenig ab: Seit Jahren sinkt der Anteil der Löhne am Bruttosozialprodukt. Während Gewinne und Kapitaleinkünfte steigen, ist das inflationsbereinigte Lohnniveau in den letzten Jahren gesunken. Schaut man die Statistik genauer an, wird außerdem erkennbar: Wer unbefristet, sozialversichert und vollzeit gearbeitet hat, hatte auch anständige Reallohnzuwächse. Das muss nicht zuletzt zur Ehrenrettung der gewerkschaftlichen Tarifabschlüsse gesagt werden. Wer aber in unsicheren Jobs hängen geblieben ist, wurde aus dem Wohlstandszuwachs ausgeschlossen.

Der Arbeitsmarkt ist gespalten – in gute Arbeit mit steigenden Reallöhnen und unsichere Beschäftigung mit geringen Erwerbschancen, in Fachkräftemangel und noch immer zu hoher Langzeitarbeitslosigkeit. Viele Milliarden Euro gibt der Staat für ergänzende Transferleistungen aus, weil der Lohn nicht zum Leben reicht – und subventioniert damit das Lohndumping von Un-

ternehmen. Ungleiche Bezahlung gleicher Arbeit verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen, ist aber für viele an der Tagesordnung. Ein Drittel der Leiharbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer verdienen weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen aus der Stammbelegschaft. Frauen bekommen im Schnitt durchschnittlich 22 Prozent weniger Lohn als Männer. Und im Osten Deutschlands liegen die Löhne auch mehr als zwanzig Jahre nach der Vereinigung noch immer unter Westniveau.

Die Lebens- und Teilhabechancen klaffen auseinander. Nicht Begabung und Leistung, sondern Herkunft entscheidet über Zukunft. Das ist eine fundamentale Verletzung von Freiheit und Gerechtigkeit. In keinem vergleichbaren Land sind die Chancen auf höhere Bildung so abhängig von der sozialen Herkunft wie in Deutschland.

Deutschland hat eine starke Mittelschicht und eine solidarische Mehrheit, die gegen die Privatisierung aller Lebensrisiken steht. Eine Selbstverständlichkeit für die Zukunft ist das nicht. Schon heute gibt es beunruhigende Tendenzen der Entsolidarisierung, wachsende Ressentiments gegenüber Arbeitslosen und gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Soziale Verunsicherung ist ein Nährboden für kulturelle Konflikte, für Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Tendenzen. Die drohende soziale Spaltung unserer Gesellschaft gefährdet den sozialen Frieden und die Demokratie.

4. Die Demografie – soziale Revolution auf Samtpfoten

Drei Trends prägen die demografische Zukunft der Gesellschaft: *Erstens* werden wir weniger. Seit Anfang der 1970er Jahre werden in Deutschland weniger Kinder geboren, als es für eine gleichbleibende Bevölkerungszahl notwendig wäre. Bis 2060 wird die Einwohnerzahl Deutschlands weiter sinken – von derzeit rund 82 auf circa 65 bis 70 Millionen Menschen. Der Rückgang betrifft vor allem die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und Mitte 60. Sie schrumpft in den nächsten vier Jahrzehnten dramatisch von rund 50 auf etwa 36 Millionen – das sind rund fünf Millionen weniger als heute erwerbstätig sind. *Zweitens* führt der medizinische Fortschritt zu einem längeren Leben. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt in allen Altersgruppen. Damit wird sich die Altersstruktur der Gesellschaft verändern. Heute ist einer von drei Menschen älter als 65 Jahre. 2060 werden es zwei von drei sein. Das bedeutet auch: Die Zahl der Rentenbezieherinnen und Rentenbezieher nimmt zu, die Dauer des Rentenbezugs wird länger. Die Inanspruchnahme der Rentenversicherung wird steigen, während die Zahl der berufstätigen Frauen und Männer, die Beiträge zahlen, abnimmt. Die Frage, wie dies insbesondere nach 2030 in ein Gleichgewicht gebracht werden kann, ist nicht beantwortet. Mit einer zunehmenden Zahl von Menschen im hohen Lebensalter steigt zudem der gesellschaftliche Bedarf an Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen. Nur ein Teil davon kann privat finanziert werden. Ein erheblicher Zuwachs an Finanzmitteln wird über die Sozialversicherungen und die öffentlichen Haushalte erbracht werden müssen. *Drittens* leben immer mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft in Deutschland. Der Anteil der Einwanderer an der Bevölkerung nimmt zu, und mit ihnen die Bedeutung des Islam. Die Zumutungen der kulturellen Differenz werden wachsen. Lebensweisen, Familienformen und Rollenmuster verändern sich. Familien werden kleiner und mobiler. Binationale

Ehen nehmen zu, Kinder wachsen mehrsprachig und mit mehr als nur einer nationalen Bindung auf. Immer häufiger leben Eltern ohne Trauschein zusammen. Trennungen werden häufiger. Es gibt mehr Alleinerziehende, aber auch mehr Paare, die kinderlos bleiben. Die Menschen wechseln häufiger den Wohnort. Familiäre Bindungen und nachbarschaftliche Beziehungen werden loser. In einem Satz: *Deutschland wird nie wieder so sein, wie es war.* Und die Politik muss, statt Ängste zu schüren, die Bereitschaft stärken, diesen Wandel des Alltags mitzumachen. Ein starker Rechtsstaat ist erforderlich, um über alle Unterschiede der sozialen oder kulturellen Identität hinweg, Toleranz, Sicherheit und Freiheit zu garantieren. Ein stabiler Sozialstaat ist notwendig, um existenzielle materielle Sicherheit zu bieten und vorsorgend in Teilhabe zu investieren. Ein leistungsfähiger Bildungsstaat schließlich ist der Dreh- und Angelpunkt für Chancengleichheit und Emanzipation.

5. Die Staatsverschuldung – das verschleierte Risiko

Wir brauchen einen modernen Staat, um die soziökonomische Modernisierung stemmen zu können, ohne dass die Gesellschaft in ihre Einzelteile zerfällt. Vor diesem Hintergrund ist es relevant, dass Deutschland mit über zwei Billionen Euro verschuldet ist. Die Schuldenquote beträgt – als Folge der Finanzmarktkrise – über 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Schuldendienst ist nach den Ausgaben für Soziales der zweitgrößte Ausgabenposten im Bundeshaushalt. Gegenwärtig sind Deutschlands Zinsen historisch niedrig, weil Anleger aus den südlichen Eurostaaten fliehen und sichere Anleihen suchen. Der Finanzminister fährt einen Gelegenheitsgewinn der Krise ein, auf den sich niemand etwas einbilden sollte. Andere Eurostaaten müssen unter dem Refinanzierungsjoch umso stärker ächzen. Und steigt der Zins nur um wenige Punkte, steigt der Schuldendienst um Milliarden von Euro. Die steigende Verschuldung erdrosselt die Haushalte, erhöht die Abhängigkeit des Staates von den Finanzmärkten und schränkt die Möglichkeiten ein, Zukunftsaufgaben zu finanzieren. Die Regierung Merkel hat seit 2010 die Neuverschuldung Deutschlands um 100 Milliarden Euro erhöhnt – bei rekordverdächtig steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Sozialausgaben. Sie hat die ererbte Rendite verpulvert. Sie hat nie aufgehört, trotz neuer Schulden für ausgewählte Klientelgruppen Steuer- und Subventionsgeschenke auszureichen. Diese Klientelpolitik auf Pump hat Länder und Kommunen mit der «Merkel-Hypothek» belastet. All die Polemik von Schwarz-Gelb gegen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Anhebung der Kapitalertragssteuer und die Wiedererhebung einer Abgabe auf Vermögen, die SPD und Grüne ankündigen, wird den Geruch der Verlogenheit nicht los. Wir brauchen einen Staat, der souverän investieren kann, ohne sich zum Knecht schlechter Ratings und nervöser Gläubiger zu machen. Die Steuerpolitik muss maßvoll sein, um die solidarische Mehrheit der Gesellschaft nicht gegen sich aufzubringen. Sie muss aber ebenso ehrlich und seriös sein, um den großen Zukunftsaufgaben angemessen finanzierte Haushalte gegenüber zu stellen.

Michael Müller

Ein brückenloser Abgrund

Warum die Energiewende eine Chance ist

Eine radikal veränderte Welt

Das kulturelle Unbehagen über den Verfall der bürgerlichen Gesellschaft, das zu Beginn des letzten Jahrhunderts in den Kaffeehäusern in Wien, Berlin oder Paris weit verbreitet war, wurde zu einem «brückenlosen Abgrund», der in den Ersten Weltkrieg führte. Diese Zeit wurde Fin de Siecle genannt.[1] Die Intellektuellen in Europa beklagten den geistigen Zustand der Gesellschaften, ohne das Radar für eine friedliche Welt zu haben. In einem fiktiven Brief – bezeichnenderweise an den Aufklärer und Naturphilosophen Francis Bacon, dessen Leitidee «Wissen ist Macht» zur zentralen Botschaft der europäischen Moderne wurde – ließ Hugo von Hofmannsthal den aufstrebenden Schriftsteller Lord Chandos die damalige Unfähigkeit beklagen, die Welt mit Hilfe der Sprache zu ordnen: «Die abstrakten Worte, deren sich die Zunge naturgemäß bedienen muss, zerfallen mir im Munde wie modrige Pilze».[2]

Das heraufziehende Unheil wurde nicht erkannt. Wirtschaftliche Spannungen und ein überschäumender Nationalismus und Militarismus führten zum Zusammenbruch des europäischen Staatensystems. Es kam zum Jahrhundert der Extreme mit Weltkriegen und Weltwirtschaftskrise. Der Wiener Wirtschaftsanthropologe Karl Polanyi sah die entscheidende Ursache für diese großen Katastrophen in der «Marktgesellschaft», unter der er die Verselbständigung oder «Entbettung» der Ökonomie aus sozialen und politischen Bindungen verstand.[3] Tatsächlich ist die Frage der sozialen Bändigung von Kapitalmacht zur entscheidenden Frage, ob es zu wirtschaftlichen Krisen oder gesellschaftlichem Fortschritt kommt.

Finanzkapitalismus, Klimawandel, Peak-Oil oder soziale Ausgrenzungen: Kommt es heute in neuen Formen und mit neuen Gesichtern zum Fin de Siecle? Damit stellen sich die Fragen: Sind wir fähig, Ursachen, Triebkräfte und Zusammenhänge für Krisen und Erschütterungen zu deuten? Sind wir in der Lage, Orientierung zu geben und neue Perspektiven zu finden? Erleben wir eine Anpassungsphase in der Entwicklung der Gesellschaft oder einen tiefen Bruch in der Moderne, weil sich – nicht zuletzt durch die nachholende Industrialisierung und das anhaltende Bevölkerungswachstum – die Welt radikal verändert? Der Befund ist eindeutig: Die Entwicklung ist nicht nachhaltig:

- Die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums werden erreicht. Ökologisch sind sie zum Teil schon überschritten;[4]

1 Erstmals als Begriff benutzt in der französischen Zeitschrift Le Décadent (1886). Zwei Jahre später wurde ein gleichnamiges Theaterstück mit dem Titel uraufgeführt. Paris

2 Hugo von Hofmannsthal: Ein Brief, 2. Teil, Berlin 1902, S. 465.

3 Karl Polanyi: The Great Transformation, New York 1944.

4 Dennis Meadows u.a.: Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.

ökonomisch werden sie in allen Industriegesellschaften deutlich[5] und damit verschärfen sie auch die sozialen Probleme.[6] Aber wirtschaftliches Wachstum ist das Goldene Kalb unserer Zeit, dogmatisch angebetet als unbedingte Voraussetzung für Fortschritt und Wohlstand. Dadurch sind wir gefangen in einer Pfadabhängigkeit, die von ökonomischen Interessen und Zwängen bestimmt wird.

- Das Ende des fossilen Kapitalismus rückt schnell näher. Nach der Internationalen Energieagentur (IEA) wurde Peak-Oil, der Höhepunkt der Ölförderung, schon 2008 erreicht. Seitdem sind wir auf dem Plateau.[7] Angesichts der Massenmotorisierung in den bevölkerungsreichsten Ländern der Erde, China und Indien, wird die Nachfrage sogar stark zunehmen. Aus den sich abzeichnenden Verteilungskonflikten können Ressourcenkriege werden. Die hoch gejubelten unkonventionellen Angebote – Fracking und light tight oil – könnten nur für wenige Jahre einen Ausgleich schaffen, verursachen jedoch gewaltige ökologische Folgeschäden. Für ihre Nutzung müssen zahlreiche Umweltgesetze außer Kraft gesetzt werden.
- Ähnliche Zuspitzungen erleben wir durch die Überlastung der natürlichen Senken, die in den anthropogenen Klimawandel führen, oder die Zerstörung der Biodiversität, die nicht nur die wirtschaftliche und biologische Leistungskraft massiv gefährdet, sondern auch die Schönheit der Erde, oder durch die Zunahme des sozialen Ungleichgewichts, das sich im neuen europäischen Mezzogiorno der Mittelmeerstaaten zeigt.
- Seit den letzten drei Jahrzehnten diktieren die Erwartungen der Finanzinstitute immer stärker die Entscheidungen in Politik und Gesellschaft und auch in der Wirtschaft selbst. Dieses ökonomische Einheitsdenken wird Tag für Tag verkündet[8] – auch von den öffentlichen Fernsehanstalten. In der ARD versteht sich Börse im Ersten als Welterklärer. Banker, Finanzanleger und Anlageberater verkünden immer dasselbe: Die Politik muss die Märkte beruhigen, ihren Interessen folgen und wirtschaftliches Wachstum steigern. Dieses Pensée unique ist die ideologische Klammer des Neoliberalismus und Finanzkapitalismus, eine zentrale Ursache der heutigen Krisen.

Die Ursachen sind die rastlose Verwertung des Kapitals und die maßlose Nutzung des Naturkapitals, insbesondere der fossilen Rohstoffe. Vor diesem Hintergrund wächst das Unbehagen über die Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft. Erneut scheinen wir nicht fähig zu sein, die Ursachen zu erkennen und die Zusammenhänge zu verstehen. Tatsächlich erleben wir einen doppelten Bruch in der Moderne, der im Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» als «Multiple Krisen» beschreiben ist.[9] Zwei

5 Friedrich Hinterberger/Elke Prigmaier: Die ökonomischen Grenzen des Wachstums, Wien2009.

6 Fred Hirsch: Die sozialen Grenzen des Wachstums, Reinbek 1991 [Social Limits to Growth, London 1977].

7 Michael Müller: Das Ende des Ölzeitalters, Berlin 2013.

8 Pierre Bourdieu: Warnung vor dem Modell Tietmeyer. In: Die Zeit 45/1996.

9 Deutscher Bundestag. Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft» – Be-

grundlegende Veränderungen von historischer Bedeutung kommen zusammen, die eng mit den verdrängten ökologischen Herausforderungen verbunden sind:

1. Das Holozän, die gemäßigte Warmzeit, die das Leben auf unserem Planeten in den letzten 10.000 Jahren geprägt hat, ist vorbei. Der Mensch ist zum entscheidenden Treiber geo-ökologischer Zerstörungen geworden. Deshalb plädierte der Chemienobelpreisträger Paul Crutzen dafür, unsere Zeit in Anthropozän umzubenennen[10] Im Menschenzeitalter wird sogar die ökologische Selbstzerstörung möglich.
2. Die erneute Herauslösung der Marktprozesse aus gesellschaftlichen Bindungen, deren Folgen in der Nachkriegszeit durch den Sozialstaat entschärft werden konnte, hat wieder eine Große Transformation ausgelöst. Heute erleben wir aber nicht nur eine soziale, sondern eine soziale und ökologische Entbettung. Quantitatives Wachstum kann keine Antwort sein. Sie muss nicht nur national, sondern auch global gegeben werden. Der alte Pfad von Wachstum und Nationalstaat, der in der Nachkriegszeit Stabilität und Wohlstand für alle ermöglicht hat, ist vorbei.

Der Verlust an politischer Steuerungsfähigkeit

Wichtige Grundlagen für die stabile Nachkriegsentwicklung zwischen 1950 und 1975 waren in Westdeutschland der Sozialstaat, ein stabiler sozialer Korporatismus zwischen Kapital und Arbeit und hohes wirtschaftliches Wachstum. Sie ermöglichten eine Balance zwischen sozialer Sicherheit und Demokratie einerseits und kapitalistischen Märkten andererseits. Die soziale Marktwirtschaft hat das Verständnis von einer modernen Wirtschaft bis heute geprägt. Seit Mitte der 1970er Jahre ist diese Konstellation vorbei, Zug um Zug kam es zu einem Wandel hin zum globalen Arbitragekapitalismus.

Nach dem Zusammenbruch der Weltwirtschaftsordnung von Bretton Woods, vor allem der Deflation in den USA und Großbritannien und der deutlichen Abschwächung der Wachstumsraten sowie den beiden Ölpreiskrisen verlor der keynesianische Wohlfahrtsstaat seine hegemoniale Rolle. Die Internationalisierung der Märkte und die Verflechtungen in der europäischen Wirtschaftszone nahmen an Fahrt auf. Die soziale Marktwirtschaft geriet in die Defensive, weil es nicht zur Erweiterung zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft kam, obwohl schon damals die ökologischen und dann auch die sozialen Grenzen des Wachstums thematisiert wurden. Die Einsichten blieben folgenlos.

Die Restauration begann in den USA und Großbritannien. Margret Thatcher und Ronald Reagan waren die Haupttäter der Entmoralisierung der Wirtschaftsordnung. Und die amerikanische Regierung war nicht gewillt, die hohen Kosten des Vietnamkriegs zu bezahlen. Sie nutzte die starke Stellung des Dollars aus, um die Schulden durch eine Inflationierung der Weltwirtschaft auf andere Länder abzuwälzen. Der Aufstieg der Geldpolitik begann, die mit der Digitalisierung der Welt und der Globalisierung der Märkte weltweit Fahrt aufnahm. Die Investmentbanken setzten sich über alle Grenzen und

richt der Projektgruppe 3: «Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt – Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung» (2012).

10 Pau J.Crutzen: Geology of mankind. In: Nature 415/2002.

bewährten Formen der Wirtschaft hinweg. Unterstützt mit billigem Geld – ausgegeben von den Staatsbanken – trimmte das Finanzkapital Unternehmen auf schnelle Gewinne und unterwarf den öffentlichen Sektor betriebswirtschaftlichen Kriterien. Durch Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung verlor die Politik ihre Steuerungskraft, Investmentbanken übernahmen das Kommando. Es kam zu einem Regime der Kurzfristigkeit. Nichts langfristiges, so lautete das Diktat.[11] Manager feierten Bereicherungsorgien ohne Beispiel. Die Spekulation pumpte eine Blase nach der anderen auf. Die Gewerkschaften wurden geschwächt, der Wohlfahrtsstaat demontiert und der Neoliberalismus durchgesetzt. Begründet mit dem Ziel, zu höheren Wachstumsraten zu kommen, trieb der Neoliberalismus den Finanzkapitalismus voran.

Helmut Schmidt war der letzte Bundeskanzler, der die kapitalistischen Märkte steuern wollte, aber er unterschätzte die Tragweite des Umbruchs und ignorierte die ökologischen Herausforderungen. Die Mechanismen, mit denen der Wohlfahrtsstaat im zwanzigsten Jahrhundert die Gerechtigkeitsfrage bearbeitet hatte, funktionierten immer weniger. Durch den Rückzug der Politik aus der aktiven Gestaltung haben sich die Verhältnisse umgekehrt, aus wirtschaftlicher Macht wurde politische Macht. Ganz so wie von Alfred Döblin beschrieben in seiner düsteren Geschichtsvision Berge, Meere und Giganten: «Es verstrich kein Jahrzehnt, da hatten die Regierungen den Industriekörpern Platz gemacht. Scheinparlamente liefen neben ihnen her».[12] Tatsächlich geriet die Demokratie immer stärker in die Geiselhaft der Finanzmärkte. Dennoch erwies es sich als Illusion, zu den Wachstumsraten der 1960er-Jahre zurückzukehren. Für diese Illusion wurde die Demokratie massiv geschwächt.

Die Politik eilte seit den 1980er Jahren von einer Baustelle zur nächsten, ohne zu einer dauerhaften Lösung zu kommen. Die Politik geriet immer tiefer in die Sackgasse nur befristeter Problementschärfungen. Sie wechselte die Formen und Arenen der politischen und sozialen Auseinandersetzungen, nicht aber die Grundlinie der Anpassung an ökonomische Zwänge. Zuerst Inflation und Anstieg der öffentlichen Verschuldung, dann die Überflutung mit billigem Geld und private Verschuldung, schließlich die Staatsschuldenkrise und eine immer weitergehende Entstaatlichung und Schwächung des öffentlichen Sektors.

Solange der große Irrtum nicht beendet wird, dass nicht ökonomische Anpassung, sondern Umbau und mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft der Ausweg ist, rasen wir weiter auf den brückenlosen Abgrund zu. Eine nachhaltige Wirtschaftsordnung wird nur durch einen neuen Entwicklungspfad möglich, der die Sozial- und Umweltverträglichkeit zum entscheidenden Kriterium macht.

Dann geht es nicht mehr nur darum, z.B. einen Dieselmotor durch ein neues Einspritzverfahren effizienter zu machen, sondern das Verkehrssystem insgesamt zu revolutionieren. Dann heißt Energiewende nicht, das Gesetz zum Ausbau der Erneuerbaren Energien zu deckeln. Dann heißt Europa nicht, die Gesellschaften durch eine Austeritätspolitik zu spalten. Dann muss soziale Ungleichheit durch eine aktive Gestaltungspolitik überwunden werden. Dann gilt es, mehr Demokratie zu wagen, vor allem als europäische Aufgabe. Das ist die Weichenstellung,

11 Richard Sennett: Der flexible Mensch, Berlin 1998.

12 Alfred Döblin: Berge, Meere und Giganten, Berlin 1924.

wie sie im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD beschrieben ist: Entweder wird unser Jahrhundert ein Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und neuer Gewalt oder ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit[13].

Die Energiewende – Weichenstellung für eine nachhaltige Entwicklung

Der Energieeinsatz ist eine Schlüsselfrage der menschlichen Zivilisation. Der Philosoph Hans Jonas nutzte die Metapher vom entfesselten Prometheus, um die Janusköpfigkeit der Moderne zu beschreiben. Die massenhafte Nutzung fossiler und nuklearer Energie machte nicht nur Wohlstand, Beschäftigung und Lebensqualität möglich, sondern führt auch zu Atombombe, Klimawandel, Naturzerstörung und Ressourcenkriegen. Damit die Büchse der Pandora nicht geöffnet wird, forderte Jonas eine Ethik der Verantwortung: «Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden».[14] Daran entscheidet sich, ob die Menschheit, wie Themis, die griechische Göttin der Gerechtigkeit und Ordnung, prophezeit hat, dem Untergang geweiht ist oder Zukunftsverantwortung übernimmt.

Seit der Erfindung der Dampfmaschine wurde Energie mit Fortschritt gleichgesetzt. Rauchende Schornsteine bedeuteten wirtschaftliche Prosperität, Kraftwerke Wohlstand und Wirtschaftskraft. Öl wurde zum Schmierstoff der modernen Industriezivilisation, zur Basis der motorisierten Mobilität, die als Freiheit verstanden wurde. Energie- und Rohstoffkonzerne stiegen zu den stärkten Unternehmen der Welt auf. Die ökologischen Folgen der Verbrennung von Kohle, Gas und Öl wurden lange Zeit ebenso verdrängt wie heute die näher kommende Endlichkeit der natürlichen Ressourcen. Fest steht: Das bisherige Energiesystem ist umwelt- und klimaschädlich und nicht sicher. Es gibt keinen plausiblen physikalischen Grund, den anthropogenen Klimawandel zu bezweifeln. Er kommt mit der ganzen Härte der Naturgesetze auf uns zu, so dass ohne ein Gegensteuern vom Weltklimarat eine globale Erwärmung bis zum Ende unseres Jahrhunderts um rund 2,5 bis 3 Grad Celsius prognostiziert wird.[15]

Die fossilen Ressourcen sind begrenzt, ihre Lagerstätten durch eine Laune der Natur nur in einigen, oft politisch instabilen Weltregionen massenhaft verfügbar. Mit der Knappheit werden sich die Verteilungskonflikte verschärfen. Michael T. Klare befürchtet, dass aus der Weltmarktkonkurrenz um wichtige Ressourcen eine «neue Landkarte globaler Konflikte» entstehen wird.[16] Denn wer die Verfügung über Energie hat, der hat auch die Macht über die Welt. Aus der Verwundbarkeit der Öko-Systeme, der Abhängigkeit von Rohstoffen und der Ressourcenknappheit ergeben sich vier Herausforderungen in der Energiebereitstellung[17]:

13 SPD Parteivorstand (Hrsg.): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007.

14 Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt am Main 1979.

15 Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): Vierter Sachstandsbericht, Genf 2007 (= Weltklimarat der Vereinten Nationen).

16 Michael T. Klare: Resource Wars – The New Landscape of Global Conflict, London 2001.

17 Peter Hennicke/Michael Müller/Wolf-Dieter Glatzel und Nikolaus Supersberger: Weltmacht Energie: Herausforderung für Demokratie und Wohlstand, Stuttgart 2006.

- ökonomische Instabilität aus der Abhängigkeit vom Rohstoffbedarf;
- politische Verwerfungen durch absehbare Verteilungskonflikte um knapp werdende Ressourcen;
- ökologische Gefahren durch die Überlastung der Stoffkreisläufe;
- technische Risiken zum Beispiel durch Ölbohrungen in tiefen Meeresregionen.

Doch der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln vertieft sich, wie die Berichte der Internationalen Energieagentur (IEA) zeigen.[18] Die Weltmacht Energie diktiert nach wie vor die Verhältnisse, trotz des Kyoto-Vertrages zum Klimaschutz wurde 2010 mit 30,6 Gigatonnen ein neuer Rekordwert beim Ausstoß von Kohlendioxid seit Beginn der Messungen erreicht.[19] In Deutschland lag die Energieproduktivität, Maßstab für effizienten Energieeinsatz, zwischen 2000 und 2009 im Jahresdurchschnitt nur bei 1,1 Prozent, obwohl eine jährliche Steigerung um rd. 3,5 Prozent notwendig gewesen wäre, um das Klimaziel der Bundesregierung zu erreichen.[20]

Als Energiewende wird der Umbau in eine nachhaltige Energiebereitstellung bezeichnet. Die drei Säulen des Umbaus heißen Energieeinsparen, Effizienzsteigerung und Erneuerbare Energien. Bereits 1980 wurde das erste Wendeszenario veröffentlicht, eine vom Öko-Institut erarbeitete vollständige Abkehr von Atomkraft und Öl. Der Grundgedanke ist eine bedarfsorientierte Energiebereitstellung.[21] Energiepolitik wird als Dienstleistung verstanden, die den Bau neuer Kraftwerke nicht notwendig macht. Zentrales Ziel ist es, über die gesamte Prozesskette der Wandlung und Nutzung den Energieeinsatz so gering wie möglich zu halten.[22]

Schon 1990 hat die Enquete-Kommission «Schutz der Erdatmosphäre» des Deutschen Bundestages gezeigt,[23] dass zwischen 1990 und 2005 in den alten Bundesländern eine CO_2-Reduktion von mehr als 33 Prozent bei einem gleichzeitigen Ausstieg aus der Atomkraft möglich gewesen wäre. Insgesamt wurde ein technisches Einsparpotenzial von rund 42 Prozent des damaligen Energieumsatzes und weiteren acht bis zwölf Prozent durch gezieltes Einsparen ermittelt. Doch nach wie gibt es Blockaden, die viel mit Lobbyismus, Gier und Marktmacht zu tun haben. Dabei spricht alles dafür, dass der nächste Zyklus der wirtschaftlichen Entwicklung von der Überlastung und Knappheit des Naturkapitals bestimmt sein wird, also die Energiewende schnell erforderlich wird. Sie braucht ein Netzwerk aus gestaltendem Staat, engagierter Zivilgesellschaft, kreativen Ingenieuren, qualifizierten Arbeitnehmern und verantwortungsbewussten Unternehmen. Eine Klärung ist notwendig, welche «Systemvoraussetzungen» die Energiewende erfordert und wie sie durchgesetzt werden kann. Das betrifft besondere die Frage, wie ein innovativer Wettbewerb und mehr Dezentralität gegen die monopolartigen Strukturen der Energiewirtschaft durchgesetzt werden können.

18 Internationale Energieagentur (IEA): World Energy Outlook 2011, Paris 2011.

19 The Guardian vom 30. Mai 2011.

20 Umweltbundesamt: Daten zur Umwelt, Dessau 2011 Einzusehen unter http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2700.

21 Öko-Institut: Energiewende – Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran, Darmstadt 1980.

22 Michael Müller/Peter Hennicke: Mehr Wohlstand mit weniger Energie, Darmstadt 1995.

23 Deutscher Bundestag – Enquete-Kommission Schutz der Erdatmosphäre: Schutz der Erde, Bonn 1990.

Zudem muss geklärt werden, wie effiziente Energiedienstleistungen wirtschaftlich werden, die den unterschiedlichen Einsatz für Strom, Wärme und Mobilität miteinander kombinieren. Bisher wurden in erster Linie Mengen- und Größeneffekte im Kraftwerksbau für die Produktion von «billigen Strom» genutzt. Auf dieser Basis wurde eine energiewirtschaftliche Infrastruktur geschaffen, in der immer größere Erzeugungskapazitäten mit einem weitflächigen Leitungs- und Verteilungssystem verbunden wurden.[24]

Die Verbundwirtschaft ist nicht auf einen effizienten Umgang mit natürlichen Ressourcen ausgelegt, nicht auf die Berücksichtigung der natürlichen Senken, sondern auf Kostensenkungen (economics of scale), die sich bei der Effizienzsteigerung in der Wandlung und Nutzung von Energie als massive Innovationsbremse erweisen, den Wettbewerb blockieren und den längst überfälligen Strukturwandel erschweren. Eine zentrale Frage für den Umbau ist deshalb der Konflikt zwischen zentralen und dezentralen Strukturen. Bei der Energiewende geht es nicht nur um einen Austausch von Energieträgern und eine Modernisierung der bisherigen Infrastruktur. Weil dies nicht verstanden ist, kommt die konservative Bundesregierung bei der Energiewende nicht über Ankündigungen hinaus. Hinzu ist sie gelähmt durch die Zerstrittenheit und Trägheit der Ministerien und der Koalitionspartner.

Wichtige Zeit wurde bereits vertan, denn der globale Wettlauf um moderne Energietechnologien hat bereits begonnen. Aufschlussreich ist das auf chinesische Initiative 2011 erarbeitete Dokument von 16 asiatischen Akademien der Wissenschaften (AASA): «Towards a Sustainable Asia: Green Transition and Innovation».[25] Viel einsichtiger als von den meisten westlichen Ökonomen wird darin erkannt, dass es Grenzen des Wachstums gibt, die respektiert werden müssen. Das asiatische Wirtschaftswunder, das auf billigen Löhnen und Rohstoffen aufbaue, dürfe nicht fortgeführt werden. Vor allem China habe für einen ökologischen Umbau alle Chancen, denn bei «Systeminnovationen» könne Asien auf günstige Rahmenbedingungen wie einen starken Staatsapparat, den «größten potenziell grünen Verbrauchermarkt der Welt» und wachsende Innovationskraft setzen. Hervorgehoben wird auch die asiatische Kultur, die auf Sparsamkeit und Fleiß Wert legt, auf die «Harmonie von Mensch und Natur».

Deutschland kann bei der Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eine Vorreiterrolle einnehmen, wie in den letzten Jahren der Aufschwung der erneuerbaren Energien gezeigt hat. Sie können aber nur dann genutzt werden, wenn sie mit einer Reform der Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung und einem kulturellen und sozialen Wandel verbunden werden. Höhere Energiepreise kommen dann bei einem deutlich niedrigeren Verbrauch dem Nachfrager sogar günstiger.

Derzeit liegt pro Kopf der Verbrauch in Deutschland bei knapp 7.000 Watt. Das machbare Ziel, das ohne Einschränkungen in der Lebensqualität bis Mitte unseres Jahrhunderts erreicht werden kann, ist eine solare 2.000-Watt-Gesellschaft. Dann wäre unser Land führend bei dem Umbau zur Nachhaltigkeit und entfernt sich von dem brückenlosen Abgrund.

24 Peter Hennicke/Susanne Bodach: EnergieRevolution. Effizienzsteigerung und erneuerbare Energien als neue globale Herausforderung, München 2010.

25 Association of Academies in Science in Asia (AASA):Towards a Sustainable Asia, Peking 2011.

Edelgard Bulmahn

Zukunft der Hochschulen sichern

Grundfinanzierung stärken und international sichtbare Spitzenforschung ermöglichen

Angesichts von Klimawandel, Ressourcenknappheit und Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen auf unserem Planeten ist es offensichtlich, dass neue Wege eingeschlagen werden müssen, um ein neues Wohlfahrtsmodell zu entwickeln. Wir müssen umsteuern von einer Ressourcen vernichtenden Wirtschafts- und Lebensweise auf einen Kurs nachhaltiger Entwicklung, wie er bereits vor einem Vierteljahrhundert von der sogenannten Brundtlandkommission formuliert wurde: «Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftige Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.»

Die Erwartungen der Menschen an Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technik im Hinblick auf die Realisierung nachhaltiger Entwicklung sind in diesem Zusammenhang gewaltig. Wenn die Transformation unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsweise gelingen soll, müssen Wissenschaft und Forschung mehr leisten, als nur unseren Kenntnisstand über Ursachen, Wirkungen und Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zu verbessern. Nötig ist das Aufdecken von Defiziten im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung, die Erschließung von Handlungsoptionen, deren Realisierung und die kontinuierliche Beobachtung des Umbauprozesses im Hinblick auf die Erreichung der gesteckten Ziele.

Es geht um das Verstehen ökosystemischer Zusammenhänge, um die Bestimmung der Auswirkungen der Emissionen von Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und Haushalten auf Natur, Lebensbedingungen und menschliche Gesundheit. Es geht um das Aufdecken von Nachhaltigkeitsdefiziten, deren Bewertung und Hierarchisierung. Wo liegen die wesentlichen Nachhaltigkeitsprobleme global, regional und lokal? Wie lassen sie sich angemessen erfassen und bewerten? Welche Entwicklungstendenzen lassen sich feststellen, welche sind absehbar? Wo besteht dringlicher Handlungsbedarf?

Es geht um die Erforschung und die Gestaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nachhaltiger Entwicklung. Was befördert, was behindert nachhaltige Wirtschafts- und Produktionsweisen, nachhaltige Technologieentwicklungen? Wie beeinflussen Konsum- und Lebensstile Umwelt, Gesellschaft und Gesundheit? Wo bestehen Ansatzpunkte und Bereitschaft, das eigene Handeln am Leitbild der Nachhaltigkeit auszurichten?

Und es geht nicht zuletzt um die Entwicklung neuer Formen der Politik zur nachhaltigen Gestaltung globaler Zustände und Entwicklungen. Welche Formen «globaler Governance» brauchen wir? Wie sorgen wir für eine Weltverantwortungsgemeinschaft? Wie lassen sich globale Gefährdungen gemeinsam lösen? Wie schaffen wir

einen solidarischen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern? Wie schaffen wir faire Welthandelsbedingungen? Wie sorgen wir für Stabilität und Sicherheit?

Angesichts dieser Herausforderungen sind das Wissen und die Kompetenzen von Menschen die wichtigsten Schlüsselressourcen der Gegenwart. Wissen ist kein Luxus. Moderne Gesellschaften sind auf Bildung, Wissen und Kreativität für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes angewiesen. Gut ausgebildete und qualifizierte Menschen und ein leistungsfähiges Bildungs- und Wissenschaftssystem sind daher das A und O für die Bewältigung der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen.

Hochschulen haben eine herausragende Bedeutung für die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft unseres Landes.[1] Sie sind Ideenschmieden und Zukunftswerkstätten. Sie bringen wirtschaftlich erfolgreiche Innovationen hervor, entwickeln Konzepte für nachhaltiges Wirtschaften, die Bekämpfung von Krankheiten oder die Gestaltung des politischen und sozialen Wandels. Ihre Leistungsfähigkeit ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung unseres Landes insgesamt, seine Stabilität nach innen wie seine Konkurrenzfähigkeit nach außen. Und die Anforderungen und Erwartungen werden nicht geringer. Wenn 40–50% eines Jahrganges studieren, wenn wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen immer stärker von der Wissensgewinnung, -verarbeitung und -verbreitung abhängen, dann wächst auch die Bedeutung der Hochschulen für die gesamte Gesellschaft. Zudem werden die europäischen und internationalen Anforderungen nicht weniger, sondern nehmen ebenso zu.

Die Sozialdemokratische Wissenschafts- und Hochschulpolitik hat der deutschen Hochschullandschaft mit den Hochschulwissenschaftsprogrammen, einer besseren Studien- und Nachwuchsförderung, wie z.B. dem Emmy-Noether-Programm, der Juniorprofessur, den Wissenschaftlerinnenprogrammen, dem Ausbau und der Verbesserung der Graduiertenförderung, der Exzellenzinitiative und der erfolgreichen Weiterentwicklung des BAföG wichtige Impulse verliehen. An diese Politik müssen wir anknüpfen. Das Auslaufen des Hochschulpaktes und des Paktes für Forschung und Entwicklung 2015 sowie der Exzellenzinitiative 2017, vor allem aber die anhaltende Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen erfordern neue Entscheidungen und Maßnahmen.

Die Hochschulen werden ihre umfassenden Aufgaben für unsere Gesellschaft nur bewältigen können, wenn sie über ausreichende, verlässliche Finanzmittel verfügen, durch bildungs- und wissenschaftsfreundliche Rahmenbedingungen unterstützt werden und eine hohe gesellschaftliche Wertschätzung erfahren. Ohne eine entsprechende Finanzausstattung können sie weder eine in der Breite international anerkannte und renommierte Hochschulausbildung gewährleisten, noch Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung erbringen. Die Hochschulen müssen das Personal für eine angemessene Ausbildung und Betreuung der Studierenden bezahlen können. Sie benötigen eine leistungsfähige Wissenschaftsinfrastruktur. Und sie müssen in einem sich verschärfenden globalen Wettbewerb um die besten Köpfe mithalten können. Genau diesen An-

1 Siehe Edelgard Bulmahn: Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie. Hochschulfinanzierung 2020, Herbst 2011

forderungen können sie aber bei der jetzigen Finanzlage nicht gerecht werden!

Seit Mitte der 90er Jahre ist der Drittmittelanteil von 11% auf rd. 20% angewachsen. Die Grundfinanzierung dagegen nur um 6%. Drittmittel sind jedoch in erster Linie Forschungsmittel, die zudem die unmittelbaren Projektkosten abdecken, jedoch nur zu einem geringen Teil die indirekten Zusatzkosten wie die Nutzung der Hochschulinfrastruktur oder die Aufwendungen für die Antragstellung. Dies führt notgedrungen zu einer Umwidmung von Grundmitteln.

Die Unterfinanzierung der Hochschulen, insbesondere im Bereich der Grundfinanzierung, schwächt die Hochschulen ausgerechnet in ihrem Kernbereich, der qualifizierten Ausbildung der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Mangelnde Betreuung und hohe Abbrecherquoten sind die Folgen. Die wachsende Abhängigkeit der Hochschulen von Projektmitteln verwehrt den Hochschulen die nötige Planungssicherheit und erschwert eine langfristig angelegte Personalpolitik verbunden mit einem Anstieg befristeter Arbeitsverträge. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs werden die Karrierewege unkalkulierbarer und unsicherer. Auch die Anwerbung international besonders renommierter Wissenschaftler/innen kann den Hochschulen so nicht in ausreichendem Maße gelingen. Schließlich birgt die unzureichende Grundfinanzierung die Gefahr einer Vernachlässigung der sog. kleinen Fächer.

Die größte Herausforderung für die Wissenschaftspolitik besteht vor diesem Hintergrund in der Verstetigung der Hochschulfinanzierung, d.h. einer deutlichen Erhöhung der Grundfinanzierung verbunden mit der Schaffung verlässlicher Finanzierungsstrukturen.

Die Länder tragen bei der Finanzierung der Hochschulen die Hauptlast. Im Unterschied zum Bund verfügen sie allerdings über deutlich schlechtere Möglichkeiten, die nötigen Finanzmittel bereitzustellen. Das gilt vor allem für die finanzschwächeren Länder. Aber auch für die finanzstarken Länder stellt diese Aufgabe eine große Herausforderung dar. Zum einen bedeutet die strikte Schuldenbremse, die sich die Länder auferlegt haben, eine deutliche Einschränkung ihrer finanziellen Handlungsspielräume. Zum anderen haben sie so gut wie keine Möglichkeiten der eigenen Steuererhebung. Der Bund verfügt demgegenüber über die entsprechenden Gesetzgebungsmöglichkeiten und kann die Balance zwischen Ausgaben und Einnahmen insgesamt sehr viel besser steuern als die Länder. Eine Erhöhung des Anteils der Länder an der Mehrwert- oder Umsatzsteuer ist zwar denkbar. Sie gewährleistet jedoch nicht, dass die Mehreinnahmen auch tatsächlich den Hochschulen zugute kämen. Zudem würden sich dadurch die Finanzprobleme kleiner und zugleich finanzschwacher Länder nicht lösen lassen.

Für die zukunftsorientierte Weiterentwicklung des deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems ist die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern unabdingbar. Unstrittig ist zugleich, dass der Bund künftig einen deutlich höheren Finanzierungsanteil übernehmen sollte. Entscheidend ist dabei, dass der Bund sich nicht nur an der Finanzierung von zeitlich begrenzten Vorhaben beteiligt, sondern auch stärker zur Grundfinanzierung in der Breite beiträgt.

Ich schlage eine Doppelstrategie vor: [2]

2 Dieses Konzept wurde maßgeblich von Edelgard Bulmahn im Zusammenhang des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie entwickelt.

1. Hochschulzukunftspakt mit Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung:

Bund und Länder vereinbaren einen neuen Hochschulpakt, in dem sie verbindlich aufzeigen, wie die Unterfinanzierung der Hochschulen überwunden sowie Grundfinanzierung und Drittmittel in ein neues Gleichgewicht gebracht werden sollen.

In diesem Zusammenhang vereinbaren Bund und Länder eine neue Förderungsart, mit der der Bund sich *dauerhaft* an der Grundfinanzierung der Hochschulen beteiligt.

Mittels einer neuen Studierenden bezogenen Finanzierungskomponente weist der Bund den Hochschulen jährlich pro erfolgreichen Studienabschluss einen festen Betrag zu. Der Bund würde damit die Hochschulen in der Breite und erfolgreiche Studienabschlüsse anstelle von Studienanfängerplätzen fördern können. Dies wäre zugleich ein geeignetes Anreizsystem für einen bedarfsgerechten, länderübergreifenden Hochschulausbau und einer kontinuierlichen Qualitätsverbesserung der Lehre. Mögliche Fehlsteuerungen könnten hierbei überwunden werden, indem man die unterschiedlichen Studienkosten der einzelnen Fächer ebenso berücksichtigt, wie den Anteil ausländischer Absolventen und solcher ohne Abitur. Entscheidend ist, dass diese Förderart unbefristet, dauerhaft wäre. Nur so erhalten die Hochschulen die notwendige Planungssicherheit für die Schaffung unbefristeter Stellen. Darüber hinaus wird der notwendige Mentalitätswechsel an den Hochschulen unterstützt. Leistungen in der Lehre müssen das gleiche Ansehen in Wissenschaft und Öffentlichkeit genießen wie Erfolge in der Forschung.

Die Länder verpflichten sich im Gegenzug, den Grundfinanzierungsanteil an den Hochschulen gleichfalls zu erhöhen.

2. Overheadanteil in der Projektförderung erhöhen:

Der Bund beteiligt sich stärker an der Finanzierung der DFG. Aus diesem höheren Bundesanteil wird eine Erhöhung des Overheads realisiert, um ein international vergleichbares Niveau erreichen zu können. Parallel dazu trifft der Bund entsprechende Regelungen im Rahmen seiner eigenen Projektförderung.

3. Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation:

Der Pakt für Forschung und Innovation hat sich bewährt. Er sollte zwar in seiner Ausgestaltung immer wieder überprüft bzw. angepasst, insgesamt aber fortgesetzt werden.

4. Exzellenzinitiative weiterentwickeln:

Die Exzellenzinitiative wird in modifizierter Form unter Einbeziehung der Lehre weiterentwickelt. Bei der Neukonfiguration sollten einerseits die Förderzeiträume verlängert werden (10 Jahre) und andererseits der Bund die Möglichkeit erhalten, einzelne Verbünde zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gezielt dauerhaft zu fördern. Wenn wir an der Weltspitze mithalten wollen, wird uns dies nur gelingen, wenn wir attraktiv für die besten Köpfe weltweit sind. Für diese sind nur Einrichtungen von international herausgehobenem Renommee mit hervorragenden Arbeitsmöglichkeiten attraktiv. Exzellenz muss regelmäßig unter Beweis gestellt werden. Sie wird nicht einmal errungen und bleibt dann unverrückbar bestehen. Dabei sollten die unterschiedlichen Kooperationsformen möglich bleiben. Die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation setzten erfolgreich Anreize für eine verstärkte Zusammenarbeit von Hochschu-

len und außeruniversitären Einrichtungen. An einigen Standorten wurde diese Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren institutionalisiert. Die verschiedenen Kooperationsmodelle – z.B. der Göttingen *Research Council* (GRC), die Jülich-Aachen *Research Alliance* (JARA) und das Karlsruhe *Institute of Technology* (KIT) – zeigen eine neue Qualität und Dichte der Kooperation. Ein einheitlicher Finanzierungsschlüssel der kooperierenden außeruniversitären Einrichtungen wie er von der Expertenkommission Forschung und Innovation 2011 vorgeschlagen wurde, erleichtert den Aufbau effizienter Kooperationsmodelle.

5. Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen verbessern:

Die Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sollten über die im Rahmen der Exzellenzinitiative entwickelten Kooperationen hinaus ausgebaut, Zusammenschlüsse und Verbünde ermöglicht werden.

In diesem Zusammenhang ist die Vereinbarung eines Wissenschaftstarifvertrages überfällig. Auch hier sind zwei Wege möglich: ein Wissenschaftsvertrag oder eine Öffnungsklausel in bestehende Tarifverträge.

6. Wissenschaftliche Karrieremöglichkeiten verbessern und planbarer gestalten:

Wissenschaftliche Karrieren sind in Deutschland immer noch schlechter planbar als in anderen vergleichbaren Ländern. Nach einer inzwischen gut ausgebauten Nachwuchswissenschaftlerförderung (und der neuen Graduiertenförderung, Juniorprofessur, Emmy Noether) stockt oft genug der Karriereweg und mündet in befristete Anstellungen. So können wir auch im sich verschärfenden internationalen Konkurrenzkampf um die besten Köpfe nicht mithalten. Hinzu kommt der deutlich gestiegene Bedarf der Wirtschaft an gut qualifizierten Nachwuchswissenschaftlern. Und für die Hochschulen kommt noch die deutlich schlechtere Wettbewerbssituation gegenüber den außeruniversitären Forschungseinrichtungen hinzu.

Die Juniorprofessur sollte deshalb konsequent mit einem *tenure track* verbunden werden, um international üblichen Verfahren zu entsprechen. Bisher wird die Möglichkeit des *tenure-track* von den Universitäten sehr unterschiedlich genutzt.

Die Zahl der W2- und W3-Professuren muss dringend erhöht werden, um zum einen Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu eröffnen und zum anderen die Betreuungsrelationen in der Lehre deutlich zu verbessern.

Föderale Rahmenbedingungen

Für die zukunftsorientierte Weiterentwicklung des deutschen Hochschul- und Wissenschaftssystems ist die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern unabdingbar. Unstrittig ist zugleich, dass der Bund künftig einen deutlich höheren Finanzierungsanteil übernehmen sollte. Entscheidend ist dabei, dass der Bund sich nicht nur an der Finanzierung von zeitlich begrenzten Vorhaben beteiligt, sondern auch stärker zur Grundfinanzierung in der Breite und der Spitze beiträgt.

Die Umsetzung dieses Maßnahmenpakets sollten Bund und Länder umgehend gemeinsam angehen. Aus Gründen der Rechtssicherheit und zur Absicherung des Maßnahmenpaketes ist eine Klarstellung in Artikel 91b (1) sinnvoll. Dabei sollte dem

Bund ermöglicht werden, nicht nur Vorhaben an Hochschulen, sondern auch Hochschulen und Hochschuleinrichtungen zu fördern. Grundlage dafür sollten Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern sein, die jeweils einer qualifizierten Mehrheit der Länder bedürfen. Art 91b (1) könnte dann wie folgt lauten: «Bund und Länder können aufgrund von Vereinbarungen bei der Förderung von Hochschulen und sonstigen Einrichtungen der Wissenschaft zusammenwirken; das Nähere regelt die Vereinbarung, die der Zustimmung der Länder und des Bundes bedarf.»

Ein anderer Weg wäre die Aufhebung des bestehenden «Kooperationsverbotes» in der Verfassung durch einen neuen Grundgesetzartikel 104c über den dauerhafte Finanzhilfen des Bundes für Bildung ermöglicht werden, ohne die Bildungshoheit der Länder einzuschränken. Auch hier wäre eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Finanzhilfen und ihren Verwendungszweck notwendig, die einer qualifizierten Mehrheit der Länder bedarf.

Ursula Engelen-Kefer

Zur Wiedergewinnung des verlorenen Vertrauens in die Politik

Seit Jahrzehnten müssen die Menschen in Deutschland einen stetigen Abbau des Sozialstaates und damit die Zunahme sozialer Ungerechtigkeiten erfahren. Wie gerade wieder der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung deutlich gemacht hat, schreitet die Spaltung der Gesellschaft dramatisch voran: Die Einkommen der unteren sozialen Schichten gehen weiter zurück, während diejenigen der Wohlhabenden und Reichen zunehmen und immer größere Vermögen auf wenige Prozente der obersten sozialen Schichten konzentriert sind. Die Spaltung der Gesellschaft nimmt nicht nur bei Einkommen und Vermögen zu, sondern auch bei den Chancen für Erziehung, Bildung und sozialem Aufstieg. Auch die SPD hat es nicht vermocht, ihre grundsätzliche Werteorientierung als Partei für Bildung und sozialen Aufstieg fortzuführen. Die sozialen Ungerechtigkeiten werden verstärkt in den und durch die Finanzkrisen seit der Lehmann Pleite 2008: Initiatoren und Nutznießer sind vor allem die Eigentümer, Gläubiger und Top Manager der Finanzmächte, also nationaler und internationaler Banken, privater Versicherungen, Hedgefonds und Private Equity Fonds, sonstiger großer Finanzinstitute sowie der ihnen zuzuordnenden Finanzdienstleister.

Abbau des Sozialstaates

Begonnen hat der Abriss des Sozialstaates während der Erdölkrisen Ende der 1970er Jahre und wurde nach dem Fall der Mauer beschleunigt fortgesetzt. Dies sind keine Zufälligkeiten oder irgendeine ökonomische und demographische Zwangsläufigkeit- auch wenn dies immer wiedervorgeschoben wird. Jede Politikergeneration erfindet erst die Globalisierung und dann die Demographie – sozusagen als «Deus ex machina» zur Rechtfertigung des weiteren Sozialabbaus. Dabei wird immer klarer: Dies sind gezielte Angriffe der zunächst besonders diskret agierenden und daher «diffus» erscheinenden neoliberalen Kreise, die sich immer mehr und ungenierter als nationale und internationale Finanzmächte mit ihren Eigentümern, Gläubigern und Top Managern herausstellen. Ihr Ziel war und ist es, die solidarische Sozialversicherung zu zerstören und die großen Lebensrisiken der Menschen für ihre privaten Kapitalanalagen und natürlich Gewinnerzielung zu nutzen. Unterstützt werden sie dabei von Teilen der Arbeitgeber, die durch die Privatisierung der Sozialversicherung sowie den Abbau des Arbeits- und Sozialrechtes die Arbeitskosten reduzieren wollen. Dies sind keine ideologisch verbrämten Verschwörungstheorien, sondern sie spiegeln die tatsächlichen Machtverhältnisse in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wieder. Zumindest seit der Lehmannpleite2008 sowie den anschließenden internationalen und europäischen Finanzkrisen und der Billionen Euro schweren Umverteilung aus Steuermitteln der Bürger zur Rettung der maroden Banken wird dies immer deutlicher.

In den 1980er Jahren gab es bereits aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkei-

ten und unter der schwarz-gelben Wende- erhebliche Verschlechterungen im Arbeits- und Sozialrecht wie auch bei der sozialen Sicherung. Das wurde dann aber noch weit übertroffen von den Angriffen auf den Sozialstaat nach dem Wirtschaftsboom im Gefolge der Deutschen Einheit ab Mitte der 1990er Jahre. Als der wirtschaftliche Nachholbedarf in den Neuen Bundesländern gedeckt war, setzte das große Jammern ein: der Verlust der Ostmärkte in der ehemaligen DDR, wobei fünf bis sechs Millionen Arbeitsplätze verloren gingen, die Übertragung der Krise auf den Westen und der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Ost und West. Daraus resultierte bereits ein beschleunigter Abriss des Sozialstaates noch unter Schwarz-Gelb, der schließlich im Abbau der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gipfelte. Der Kündigungsschutz wurde eingerissen. Auch das Rentenniveau sollte damals weiter abgesenkt werden mit der Einführung des demographischen Faktors- das war die Rentenreform unter Norbert Blüm – sozusagen als Vorläufer der Riester-Reform -zwar harmloser, aber eben auch bereits mit der eindeutigen Zielrichtung der Reduzierung des Rentenniveaus; und es wurden damals schon die Zuzahlungen bei der Krankenversicherung erhöht.

Zum Sturz der schwarz gelben Bundesregierung mit Bundeskanzler Helmut Kohl hat maßgeblich beigetragen, dass die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall abgebaut wurde. Das hat auch die Gewerkschaften mobilisiert. Die IG-Metall hatte für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Arbeiter 1957 monatelang gestreikt; für Angestellte gab es sie bereits. Kohl hatte mit seinem Angriff auf die Lohnfortzahlung für Arbeiter eindeutig die Schmerzgrenze der sozialen Ungerechtigkeiten und des Vertrauensverlustes in die Bundesregierung überschritten.

Rot-Grüner Aufbruch

Mit den Bundestagswahlen 1998 erfolgte der Wechsel zu der rot grünen Bundesregierung mit Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD). Wie im Wahlkampf versprochen, hat die damalige Bundesregierung unter Gerhard Schröder die wesentlichen Verschlechterungen im Arbeits- und Sozialrecht sowie bei der Rentenversicherung zunächst zurückgenommen. Die gesetzliche Regulierung bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen sowie bei Scheinselbständigkeit wurden verschärft: Rot Grün hat 1999 die Sozialversicherungs- und Steuerfreiheit für Minijobs, die zusätzlich zu einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit geleistet wurde, aufgehoben und Arbeitgeber zu einer Pauschale von zunächst 25 und später 30 Prozent für Sozialversicherungsbeiträge und Steuern verpflichtet. Das minderte die Attraktivität dieser Beschäftigungsverhältnisse erheblich. Es gab damals zwar mit etwa 5,5 Mio. immer noch viel zu viele, aber weit weniger dieser Minijobs als heute mit 7,4 Millionen.

Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik

Begonnen hat der Paradigmenwechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik unter Rot Grün mit dem Platzen der New Economy 2000 und den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001. Die Weltkonjunktur verschlechterte sich. Die Arbeitslosigkeit begann auch in Deutschlandwieder zu steigen. Allerdings war dieser Politikwechsel der Regierung Schröder offenbar bereits von längerer Hand vorbereitet. Wie in dem gerade veröffentlichten Buch von Holger Balodis und Dagmar Hühne «Die

Vorsorgelüge»[1] eindrucksvoll dargestellt wird, war dies ein abgekartetes Spiel: Die sozialen Sicherungssysteme sollten abgebaut und der Finanzbranche zusätzliche Einnahmemöglichkeiten verschafft werden – mit dem damaligen Zweiten Vorsitzenden der IG Metall Walter Riester- nicht nur als willfährigem Arbeitsminister, sondern als «Überzeugungstäter». Bereits in den Gesprächen mit Walter Riester vor seiner «Inthronisierung» als Bundesarbeitsminister trug er regelmäßig sein Credo vor, die kapitalgedeckte Altersversorgung sowie die Tarif- und Betriebsrenten zu stärken.

Dies ist im Übrigen auch ein wesentlicher Bestandteil in dem jüngsten Rentenkonzept der SPD, das Parteivorsitzender Sigmar Gabriel zur Chefsache gemacht hatte und um das zwischen den verschiedenen « Flügeln» der SPD hart gerungen wurde. Gegen eine Stärkung der Tarif- und Betriebsrenten wäre nichts einzuwenden, wenn dies nicht zu Lasten der gesetzlichen Alterssicherung ginge. Dies ist aber weiter der Fall, da die Absenkung des Rentenniveaus in der Riesterreform auch in dem SPD-Konzept nicht zurückgenommen werden soll. Darüber hinaus führt die Stärkung der Tarif- und Betriebsrenten zu Ausfällen bei den Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern. Dies geht zu Lasten der großen Mehrheit der Beschäftigten in den kleineren Betrieben sowie den Dienstleistungssektoren, die niemals in den Genuss von Tarif- und Betriebsrenten kommen. Allerdings müssen sie mit ihren Beiträgen und Steuern sowie der Verschlechterung der gesetzlichen Altersrenten für die staatliche Förderung der tariflichen und betrieblichen Altersversorgung zahlen. Und hinzukommt, dass es bei der Riester-Rente ja schließlich nicht um die betriebliche, sondern um eine private Zusatzversicherung geht. Dies ist vor allem ein Gewinnmehrungsprogramm für die private Finanzwirtschaft, die mit übermäßigen Gebühren und hohen Anlagerisiken die Rendite der privaten Altersversorgung für die betroffenen Arbeitnehmer häufig vollständig aufzehrt. Mit der Riesterrenten-Reform erreichten Sozialabbau und soziale Ungerechtigkeit eine neue «Drehzahl». Die Solidarität wurde praktisch aufgekündigt durch den Paradigmenwechsel bei der Rente. Mit der «Riester-Formel» wurde die dynamische, lohnbezogene Rente außer Kraft gesetzt-mit der Folge der schlimmsten Verschlechterung des Rentenniveaus, die es je gegeben hat.

Bezeichnend ist die von Balodis zitierte Äußerung vom «Rentenpapst» Bert Rürup: «Das Rentenniveau kann ausfallen, je nachdem wie ich es berechne... (Es) ist also eine ziemlich manipulative Größe». So folgten denn auch dem Riesterfaktor weitere Manipulationen durch den Nachhaltigkeitsfaktor a la Rürup, der das Rentenniveau an die demographisch bedingte Verschlechterung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern anpasst – mit mittel- bis längerfristiger Tendenz nach unten, auch wenn derzeit infolge kurzfristiger konjunktureller Aufschwünge eine positive Entwicklung zu verzeichnen ist. Über den Rentnern und Rentenleistungen schwebt weiterhin das Damoklesschwert der sogenannten Nachholfaktoren, eingeführt vom ehemaligen Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, als Abschläge auf Rentensteigerungen dafür, dass die Riestertreppe nach unten für zwei Jahre vor den Bundestagswahlen 2009

1 Holger Balodis/Dagmar Hühne: Die Vorsorgelüge. Wie Politik und private Rentenversicherung uns in die Altersarmut treiben, Berlin 2012.

ausgesetzt war. Nicht nur für die Millionen Rentner und die Zukunft der Rentenversicherung, sondern auch für die Glaubwürdigkeit von Politikern und Politik ist es lebenswichtig, diese Manipulationen wieder zurückzunehmen.

Zwar beschwören CDU und SPD die Notwendigkeit, die Altersarmut zu bekämpfen. Aber ob Zuschussrente von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) oder Solidarrente von Sigmar Gabriel (SPD) – in beiden Fällen hängen die «Trauben» so hoch, dass die wirklich Bedürftigen sie gar nicht erreichen können. Außerdem ist dies nur die Reparatur nach dem Sündenfall der Riesterrente. An der massiven Absenkung des Rentenniveaus ändert dies nichts. Die Zukunft der solidarischen Rentenversicherung mit Pflichtbeiträgen bleibt weiterhin gefährdet, wenn das Netto- Rentenniveau vor Steuern bis 2030 auf 43 Prozent absinkt. Die private kapitalgedeckte Zusatzrente – ob Riesterrente oder nicht- kann hierbei keinesfalls einen Ausgleich für den Ausfall der gesetzlichen Altersrente bieten. Die am meisten von Altersarmut betroffenen und bedrohten Menschen können sich eine private Zusatzrente überhaupt nicht leisten- abgesehen davon, dass im Zuge der Finanzkrisen das Vertrauen der Menschen in die kapitalgedeckten Alterssicherung zurecht erheblich geschrumpft ist.

Die Erhöhung der Schlagzahl zum Abbau des Sozialstaates begann also 2001 mit der Riesterrente, der Manipulation des Rentenniveaus nach unten, dem Aussetzen der lohnbezogenen dynamischen Altersrente – und einer massive Verschlechterung der Erwerbsminderungsrenten. Bereits heute gibt es ein hohes Maß an Armut bei den Menschen, die in Erwerbsminderungs-Rente gehen müssen. Nicht nur, dass die Zugangsvoraussetzungen erheblich verschärft wurden – die Leute müssen schon mit dem Kopf unter dem Arm zum Amtsarzt kommen, um überhaupt als erwerbsgemindert begutachtet zu werden – sondern auch die Rentenleistungen sind durch Abschläge erheblich abgesenkt worden. Das heißt: Bei Eintritt vor dem 63. Lebensjahr in die Erwerbsminderungsrente müssen lebenslang Abschläge bis zu 10,8 Prozenthingenommen werden.

Dies alles wird verschärft durch die pauschale Heraufsetzung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre seit Januar 2012. Auch wenn dies in monatsweisen Heraufstufungen bis 2029 gestreckt wird, bedeutet dies für die große Mehrzahl der Arbeitnehmer/innen weitere Abschläge bei den Rentenleistungen. Bereits heute sind weit weniger als ein Drittel von ihnen überhaupt nur in der Lage bis zum 65. Lebensjahr in ihrer Arbeit durchzuhalten. Hierfür sind vor allem gesundheitliche Einschränkungen, Herausdrängung aus der Arbeit und mangelnde Chancen des beruflichen Einstiegs bereits ab 55 Jahren ausschlaggebend. Zwei Drittel von ihnen müssen mithin bereits vorzeitig in den Ruhestand gehen und entsprechende Abschläge von ihren Renten mit 3,6 Prozent pro Jahr hinnehmen. Dies wird sich trotz demographischer Alterung der Bevölkerung und damit auch der Beschäftigten sowie der medienwirksamen Propaganda eines generellen Arbeits- und Fachkräftemangels auch in den nächsten Jahren kaum wesentlich verändern. Für die SPD ist besonders belastend, dass die Einführung der «Rente mit 67» mit dem Namen ihres damaligen Bundesarbeitsministers und vormaligen Parteivorsitzenden, Franz Müntefering, verbunden ist. Dies hat zu weiteren Vertrauensverlusten der SPD

gerade bei ihrer «Stammklientel»- den Arbeitnehmer/innen- geführt. Die damalige und heutige Bundeskanzlerin Angela Merkel hat geschickt in den Hintergrund drängen können, dass die Einführung der «Rente mit 67»in der Großen Koalition maßgeblich von CDU und CSU vorangetrieben wurde.

Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt

Eine weitere Verschärfung der sozialen Ungerechtigkeiten verbunden mit einem großen Verlust an Glaubwürdigkeit erfolgte mit den Hartz Reformen – der groß angelegten Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Die von Bundeskanzler Schröder selbst eingesetzte Hartz -Kommission unter dem Vorsitzenden Peter Hartz, damals Personalvorstand im VW Konzern, legte ihre Ergebnisse im August 2002 vor – rechtzeitig vor den anstehenden Bundestagswahlen im September 2002. Damit sollte die Arbeitslosigkeit zumindest auf die Hälfte reduziert werden. Vorgeschlagen wurde vor allem eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Nach der gewonnenen Wahl 2002 erfolgte die gesetzliche Umsetzung dieser Deregulierung – um einiges schärfer, als von der Hartz Kommission vorgeschlagen – wie in der Agenda 2010 im März 2003 von Schröder vorgelegt.

Besonders gravierend sind die Ausweitung der Niedriglohnsektoren sowie der Armut bei Arbeit und im Alter. Maßgeblich dazu beigetragen hat die Deregulierung der Minijobs. Die vorherigen gesetzlichen Einschränkungen wurden abgeschafft. Seither gibt es keine Höchstarbeitsstunden mehr und auch keine Zusammenrechnung mit einem sozialversicherungspflichtigen Hauptjob für die Berechnung der Sozialversicherung. Daraufhin ist die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse wieder angestiegen auf inzwischen 7,4 Millionen. Wie die Erfahrung zeigt, ist dies inzwischen zu einer Armutsfalle bei Arbeit und Rente, vor allem für die Frauen, geworden.

Jetzt wird das gesetzliche «Scheunentor» von der schwarz-gelben Bundesregierung noch weiter aufgemacht. Sie hat gerade beschlossen, dass die Einkommensgrenze für die geringfügige Beschäftigung auf 450€ heraufgesetzt werden soll. In Zukunft gilt grundsätzlich die Rentenversicherungspflicht, von der sich die Betroffenen allerdings befreien lassen können. Auch in der Vergangenheit konnten von den Beschäftigten freiwillige Beiträge zur Rentenversicherung entrichtet werden, was allerdings nur in wenigen Fällen geschieht. Es bleibt mithin die Gefahr, dass sich viele Minijobber/innen von der Rentenversicherungspflicht befreien lassen. Zudem besteht nach wie vor das gravierende Problem der milliardenschweren Ausfälle bei der gesetzlichen Krankenversicherung, da keine Beiträge von den Beschäftigten zur gesetzlichen Krankenversicherung entrichtet werden. Die Fehlanreize und Missbräuche durch Aufstückelung von regulärer Vollzeit und Teilzeit in derartige Minijobs bleiben mithin grundsätzlich bestehen bzw. werden durch die Heraufsetzung der Einkommensgrenzen noch ausgeweitet.

Ähnliches gilt für die die Leiharbeit. Bestand zunächst noch die Verpflichtung für die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer beim Auslaufen des Leiharbeitsverhältnisses übernehmen zu müssen, also eine Beschäftigungspflicht, so wurde im Zuge der Hartz-Gesetze auch diese Hürde aufgehoben. Damit sind die Verleihagenturen grundsätzlich frei, die Leiharbeitnehmer zu entlassen, wenn das Leiharbeitsverhältnis beim Entleiher ausgelaufen ist. Die Leih-

arbeit ist seitdem auf die Millionengrenze angestiegen. Nach der medienwirksamen Darstellung der gravierenden Missbräuche der Leiharbeit bei Schlecker und Amazon wurden gesetzliche Einschränkungen vorgenommen und eine Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetzeingefügt (7,50€ im Westen und 7,10€ im Osten). Daraufhin weichen Arbeitgeber stärker auf die missbräuchliche Verwendung von Werkverträgen, vor allem aus dem osteuropäischem Ausland, aus. Dies geschieht vor allem im Baubereich, in Schlachthöfen, Bäckereien, Getränke- und Ernährungsbereich. Dazu werden eine Fülle von Tätigkeiten in allen Wirtschaftszweigen ausgelagert, wie z.B. die Logistik, Lagerarbeiten und ähnliches. Hierbei wird ein noch stärkeres Lohndumping betrieben als bei der Leiharbeit. Schätzungen zufolge liegen die Löhne für Werkvertragsarbeitnehmer in Schnitt um etwa 60 Prozent unter denen vergleichbarer Stammkräfte. Belgien und Niederlande habe bereits wegen des massiven grenzüberschreitenden Lohndumpings – beide Länder habe gesetzliche Mindestlöhne weit über 8 Euro in der Stunde – Gegenmaßnahmen angedroht.

Die politischen Folgen dieser Prekarisierung der Arbeit sind bekannt: Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit, die heute trotz erheblicher Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zwei Drittel der Arbeitslosigkeit ausmacht; Ausweitung der Niedriglohnsektoren auf über 20 Prozent; Anstieg der Anzahl der Menschen in der Armutsfalle von Hartz IV auf über 7 Millionen, davon 2 Millionen Kinder und Jugendliche; in den kommenden Jahrzehnten drohende massenhafte Altersarmut, um nur die wichtigsten Erscheinungsformen der sozialen Spaltung zu nennen.

Herausforderung für die Politik

Hierdurch hat die SPD bei der Bevölkerung stark an Vertrauen eingebüßt – bei dramatischem Abfall der Zahl von Mitgliedern und Wählern. Schließlich waren Agenda 2010 und vor allem die Einführung von Hartz IV der Steigbügel für den Aufstieg der Partei Die Linke. Dies alles hat dazu geführt, dass Rot- Grün die Wahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 verloren hat und auch bei den vorgezogenen Bundestagswahlen ein halbes Jahr später die Regierungsmehrheit abgeben musste und daraufhin die schwarz-rote Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel gebildet wurde. Merkel vermochte und vermag besonders geschickt auf der Klaviatur zu spielen, dass die Paradigmenwechsel in den Renten- und Arbeitsmarktreformen von Rot-Grün durchgezogen wurden und dabei in den Hintergrund zu rücken, dass die CDU/CSU genauso daran beteiligt waren. Die dramatischen Bundesratsverfahren zur Einführung von Hartz IV und deren Verschärfung durch den Unterhändler der CDU Roland Koch, damals Ministerpräsident von Hessen, konnten offensichtlich aus dem politischen Blickfeld von Medien, Bürgern und Wählern gebracht werden. Umgekehrt scheint es ihr eher zu gelingen, die erhebliche Verbesserung von Wirtschaft und Beschäftigung sowie den Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 2007 – trotz der Krisen 2008/2009 – auf das Konto ihrer Regierung zu verbuchen. Höchst fragwürdig bleibt die Strategie der SPD, das national und international gepriesene «zweite deutsche Beschäftigungswunder» auf die «Agenda 2010» von Ex-Bundeskanzler Schröder zurückzuführen. Wenn auch ohne Zweifel die erhöhte Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit beigetragen

hat, ist dies für beinahe ein Viertel der Arbeitnehmer mit hohen Lasten und sozialem Abstieg erkauft. Zudem weisen alle ernst zu nehmenden Untersuchungen und Erkenntnisse darauf hin, dass für die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt und die erfolgreiche Krisenbewältigung vor allem die gute Exportkonjunktur und die Zusammenarbeit der Tarifparteien beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente – insbesondere der Kurzarbeit – ausschlaggebend waren.

Dieser gravierende Paradigmenwechsel in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hat nicht nur die sozialen Ungerechtigkeiten verschärft, sondern auch das Vertrauen der Bürger in die Politik verringert. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat auch deutlich gemacht, dass das politische Engagement weiter abnimmt. Rechts und links spielen in diesem Zusammenhang immer weniger eine Rolle. Junge Leute, die heute häufig ohne Berufserfahrung in die Politik gehen, sehen den Politikbetrieb vorwiegend als Karriereleiter. Sie schlagen diesen Weg nicht mehr vorwiegend aus Idealismus oder aus politischem Engagement ein. Befördert wurde dies bereits mit der «geistig-moralischen Wende», die Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl in den 80er Jahren eingeleitet hat.

Entsolidarisierung, Vereinzelung, Ellenbogengesellschaft, Karriereorientierung – keine inhaltliche Ausrichtung und keine Werteorientierung setzen sich allerdings fort und haben auch die SPD erfasst. Dabei war gerade die jetzt 150 Jahre alte SPD von ihren Wurzeln und ihrer Entwicklung her die Partei, die auf einer umfassenden Wertebasis gründete und mit Willy Brandt auch einen Kanzler stellte, der dies überzeugend nach innen und außen zu vermitteln vermochte. Von der CDU hat man das trotz des «C» im Namen erst gar nicht mehr erwartet.

Für die SPD ist die entscheidende Herausforderung vor den im Herbst diesen Jahres anstehenden Bundestagwahlen, sich wieder glaubwürdig als Partei der sozialen Gerechtigkeit und des Vertrauens in die Politik darzustellen. Dazu muss sie nicht nur offensiv auch mit den gravierenden Defiziten ihrer Renten- und Agendapolitik umgehen, sondern vertrauens- und glaubwürdig alternative Konzepte in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellen. Eine «Vogel Strauß»-Politik und Ausrichtung ihres Wahlkampfes auf andere Baustellen – insbesondere der Familien-,Erziehungs-, Bildungs- und Steuerpolitik – so notwendig hier auch Reformen sind-wird nicht ausreichen, das verlorene Vertrauen und vor allem verlorene Wähler und Mitglieder wieder zu gewinnen.

Klaus-Jürgen Scherer

Sozialdemokratie und Kulturpolitik

Kleine historisch-programmatische Skizze[1]

In den meisten Darstellungen zur 150-jährigen Geschichte der SPD spielt vor allem die Bildungspolitik, natürlich ein wesentliches Element des Kulturellen, eine zentrale Rolle. Meistens wird Wilhelm Liebknecht zitiert, der 1872 in einer Rede das aufklärerische Motto des englischen Philosophen Francis Bacon (1561–1626) aufgriff: «Wissen ist Macht – Macht ist Wissen». Die Arbeiterklasse müsse auch deshalb die politische Macht erringen, um die bestehenden Schranken zu beseitigen, die großen Teilen der Bevölkerung den Zugang zu Wissen und Bildung verwehren.

Vom kulturellen Ursprungsimpuls zur Arbeiterkultur

Von der Kulturpolitik ist hingegen seltener die Rede. Dabei ging es, auch bei Wilhelm Liebknecht, gleichermaßen um den Zugang zu Kunst und Kultur. Die frühe sozialdemokratische Bewegung war eben nicht nur marxistisch und polit-ökonomisch, sie verstand sich auch als Kulturbewegung. Die politische und ökonomische Entwicklung wurde begriffen als Vorbedingung zur Erreichung einer neuen, durch die Freisetzung der schöpferischen Kräfte der Arbeiterschaft aufzubauenden Kultur.

Es ging um gegenseitige Hilfe und um Emanzipation in der Tradition der europäischen Aufklärung. Gegen Prozesse der Entwurzelung sollte die Autonomie des Einzelnen durch solidarische Praxis erkämpft werden. Auf der ethischen Basis gleicher Freiheit und des gleichen Respekts sollte die gesellschaftliche Arbeit so verändert werden, dass selbstbestimmtes Leben durch solidarisches Zusammenwirken möglich werde. Das Ziel der Autorenschaft des eigenen Lebens ist seitdem ein Motiv des kulturellen Selbstverständnisses der SPD.

Mit der Industriellen Revolution und wirtschaftlichen Expansion ging der schier unaufhaltsame Aufstieg zur Massenbewegung einher. Die Arbeiterbewegung des Kaiserreichs und (politisch gespalten) der Weimarer Republik beruhte auf drei Säulen: neben der Partei und den Gewerkschaften drittens auf der Arbeiterkultur. Als Reaktion auf Ausgrenzung und Verfolgung baute die Arbeiterbewegung eine faszinierende Parallelwelt auf, in der Prinzipien der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft wie Gemeinschaft, Solidarität, Demokratie, Bildung, Kunst und Sport jenseits der kapitalistischen Arbeitswelt bereits kulturell vorweggenommen werden sollten. Die Kulturorganisationen, seit 1925 durch den sozialistischen Kulturbund vertreten, mit Zeitschriften wie der «Kulturwille» (1924–1932), verstanden sich sowohl als legitime Erben der progressiven bürgerlichen Kul-

1 Mit Dank an Wolfgang Thierse. Viele Gedanken dieses Beitrages entstammen dem intensiven Austausch mit dem Vorsitzenden des Kulturforums der Sozialdemokratie.

tur (so beim Kult um Friedrich Schiller; Johann Wolfgang von Goethe findet sich im «Stammbaum des Sozialismus») wie auch als Voraussetzung zur Schaffung eigener proletarischer Verhaltens- und Kunstformen (u.a. Massenspiele, Arbeitersprechchöre, proletarische Freikörperkultur, Agitprop, proletarische Dokumentaristik).

Erinnert sei an die Genossenschaftsbewegung (Konsum-, Wohnungs- und Produktivgenossenschaften), oder an die eigenen Bibliotheken, Theatervorstellungen, an die Schaffung der «Freien Volksbühne», die Errichtung einer zentralen Arbeiterbildungsschule oder an die legendäre SPD-Parteischule. Es kam zu Organisationen im Arbeitersport und beim Radfahren, bei den Naturfreunden – nicht zu vergessen die proletarische Kleingartenbewegung, bei den Kinderfreunden, im Arbeiter-Esperanto, im Arbeiter-Schachbund, bei den proletarisch-revolutionären Schriftstellern, in den sozialistischen Buchklubs und schließlich in den proletarischen Verbänden für Fotographie, Film und Radio. Der Deutsche Arbeiter- Sängerbund (DAS) hatte bereits 1908 über 100.000 Mitglieder, zum Ende der Weimarer Republik waren dies dreimal so viele bei 50.000 aktiven Sängern in 4.500 Chören.

Natürlich wirkten Ideen der Arbeiterbewegung, allerdings besonders in ihrer radikaleren Variante, auf manche aus der schöpferischen bürgerlichen Intelligenz – von Bert Brecht über Ernst Barlach bis Alfred Döblin – anziehend. Die linken, linksliberalen und jüdischen Künstler und Denker gehörten nicht von ungefähr 1933 zu den ersten Opfern der Machtergreifung der Nazis. Aber welcher Künstler war schon eingeschriebenes SPD-Mitglied? Kurt Schwitters stellte da offensichtlich eine ziemliche Ausnahme dar.

Bruch und neue Kulturnähe der Nachkriegszeit

Mancher trauerte dieser separaten Arbeiterkultur nach. Doch dass im westdeutschen Nachkriegsdeutschland die Weimarer Kulturorganisationen nicht wiedererstanden, ist eigentlich Teil der Erfolgsgeschichte einer SPD, die sich der Modernisierung nicht verschloss. Die SPD, so Willy Brandt 1978, «hat ihren Hang zur Abkapselung überwunden und sich Staat und Gesellschaft gegenüber geöffnet. Es hat zugleich damit zu tun, dass es heute einen breiten demokratischen Konsens gibt»[2]. Man muss es nicht gleich wie Helmut Schelsky (1953) übertreiben, der von «nivellierter Mittelstandsgesellschaft» sprach. Doch lässt sich Integration und Anerkennung durch das Wachstum des neuen Konsumkapitalismus (Fresswelle, Massentourismus, Häuslebauen, Automobilisierung, modische Kleidung usw.), mit dem sich auch Schuld und Kriegsgreuel verdrängen ließen, nicht leugnen. Wirtschaftswunder und soziale Marktwirtschaft brachten für viele spürbare Wohlstandsmehrung – und oft sogar soziale Sicherheit und sozialen Aufstieg, letzteren allerdings zumeist erst durch die sozialdemokratische Reformpolitik nach 1969.

Das Godesberger Programm (1959) rückte an die Stelle von manchem marxistischen Lehrsatz des Heidelberger Programmes (1925) das Konzept des Kulturstaates ins Zentrum. Der Nazi-Rückfall in die Barbarei und die seit Hiroshima mögliche atomare Menschheitsvernichtung ließen sich nicht mehr einfach aus den inneren Widersprüchen des Kapitalismus ableiten. So dominierte im ersten Nachkriegsjahrzehnt

2 Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte. Hg.: Klaus Schönhoven, Bonn 2012, S.223.

die Diagnose einer grundsätzlichen Kulturkrise. Bereits die Kulturpolitische Konferenz der SPD, 1947 in Ziegenhain, hatte sich die Klärung des geistigen Standpunktes der Arbeiterbewegung zur Aufgabe gesetzt. Es war die Rede davon, dass der Sozialismus nicht länger auf die Forderung nach Sozialisierung der Produktionsmittel beschränkt bleiben dürfe, sondern im Geiste eines realistischen Humanismus nur dann geschichtsmächtig und kulturschaffend wirken könne, wenn er die gesamte Breite menschlichen Daseins zu erfassen vermag.

Aufbauend auf Überlegungen von Waldemar von Knoeringen und Adolf Arndt entwarf die SPD ein neues Konzept des Kulturstaates für die neue staatliche Ordnung. Im Godesberger Programm heißt es: «Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsstaatsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient».

Anschließend entwickelte sich eine historisch einzigartige Nähe von Schriftstellern und Autoren zur SPD im gesellschaftlichen Aufbruch der 1960er Jahre. Dies hatte mit dem herausragenden Charisma Willy Brandts, seinem «Mehr-Demokratie-wagen», der bildungspolitischen Offensive und der Ost- und Entspannungspolitik zu tun: Markierungspunkte waren das Buch «Die Alternative oder brauchen wir eine neue Regierung?» (1961), herausgegeben von Martin Walser, das «Wahlkontor deutscher Schriftsteller» (1965) und die legendäre Wahlkampfreise von Günter Grass im VW-Bus (1969); so zeigte sich, wie «Macht und Geist» und die junge Generation im «Willy-wählen»-Wahlkampf von 1972 zusammenkamen. Diese besondere Verbindung von SPD und Intellektuellen hing zusammen mit «68» und dem «roten Jahrzehnt» 1967–1977[3], mit dem utopischen Überschuss des Demokratischen Sozialismus. Sie wurde durch die Freundschaft zwischen Willy Brandt und Günter Grass befördert und hatte, bei allem intellektuellen Wankelmut, auch mit den jahrelangen Debatten der «Gruppe 47» zu tun.[4]

Neue sozialdemokratische Kulturpolitik

In den 1970er Jahren, im Zeitgeist des sozialdemokratischen Fortschritts, wurde die «neue Kulturpolitik» so etwas wie die kleine Schwester der Bildungsreform. Fragen nach der politischen und ideologischen Funktion von Kunst gerieten in den Mittelpunkt der Kritik, es ging gegen «öffentliche Armut» und um die aktive Gestaltung auf der Grundlage eines erweiterten Kulturbegriffs: einerseits um die Ausdehnung der kulturellen Versorgung als öffentliche Aufgabe (Museen, Theater, Opern, Orchester, Bibliotheken usw.) und andererseits um die spezifische Förderung von jetzt weiter gefassten künstlerischen Milieus und Personen (Künstlerförderung, Stadtteilkultur, kulturelle Bildung usw.).

Die damalige Grundorientierung der kultur- und bildungspolitischen Diskussion ist keineswegs überholt. Von Emanzipation, Kreativität, Partizipation, Kommunikation, Humanisierung und Identitätsfindung war die Rede. Soziokultur, aufgewertet neben der bürgerlichen Hochkultur; «Kultur für alle»

3 Vgl. Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001 und Roland Popp: Gründungsmythos 68 – Vom Ausbruchsgestus zum Einschließungsgestus, in: perspektiven ds, Jg. 25, 1/2013, S. 73–90.

4 Vgl. Hans-Werner Richter: Mittendrin. Die Tagebücher 1966–1972, München 2012; Helmut Böttiger: Die Gruppe 47. Als die deutsche Literatur Geschichte schrieb, München 2012.

(Hilmar Hoffmann) und das «Bürgerrecht Kultur» (Hermann Glaser); Demokratisierung der Kultur und «Kultur von unten»; Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik und Kulturpolitik als kommunale Pflichtaufgabe – so lauteten verbreitete Leitbegriffe. Statt konservativer Gesellschaftsferne der Kultursphäre und statt konservativer Fixierung auf etablierte Kulturinstitutionen, sei von Bürgernähe auszugehen und im Besonderen seien die Freiheitsrechte der Kulturberufe zu unterstützen.

Der Ausbau des *kulturellen* Wohlfahrtsstaates war erfolgreich. In den 1970/80er Jahren wurde eine deutliche Ausweitung des kulturellen Angebotes erreicht, 15-prozentige Zuwachsraten waren normal. Dennoch war die neue Kulturpolitik nicht vordergründig etatistisch; sie trug mit zur demokratischen Öffnung der Gesellschaft bei, insoweit die Kommunen Hauptakteure waren und die frei-gemeinnützige Kulturszene als wichtiger Akteur und als förderungswürdig anerkannt wurde. Jedoch verfestigte sich kulturelle Exklusion, etwa die Hälfte der Bevölkerung weiß bis heute mit den Angeboten der expandierenden Kulturinstitutionen nichts anzufangen. Umso wichtiger, dass die SPD weiterhin für inhaltliche Angebotsvielfalt und kulturelle Öffnung eintritt, dafür, die Bürgerinnen und Bürger als kulturell aktive Subjekte ernst zu nehmen und kulturpolitische Planung mit diesen zu entwickeln und auf diese auszurichten. Die kommunikative Teilhabe aller Menschen an der demokratischen Selbstgestaltung der Gesellschaft bleibt das große Ziel kultureller Emanzipation.

Vor allem die sozialdemokratische Durchsetzung der Künstlersozialkasse Anfang der 1980er Jahre, die endlich die elende soziale Lage des «armen Poeten» verbesserte, war ein reformpolitischer Meilenstein. Die Nähe vieler Kulturschaffender zur SPD hat bis heute auch mit dieser klaren Interessenvertretung zu tun, freischaffenden Künstlern und Publizisten Zugang zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, wobei sie lediglich die Arbeitnehmerbeiträge zahlen, zu ermöglichen.

Rot-grüner kulturpolitischer Aufbruch nach 1998

Aufwertung und Ausbau der bis heute im Bundeskanzleramt im Zentrum der Macht angesiedelten Bundeskulturpolitik ist Verdienst der rot-grünen Regierung Schröder. Der Bund tätigt zwar weniger als zehn Prozent der öffentlichen Kulturförderung, doch SPD-Kulturpolitik bekam nun mehr denn je bundesweit ein Profil und ein Gesicht. Die kulturpolitischen Zielsetzungen und Maßnahmen des Bundes konzentrierten sich im Rahmen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung vor allem auf drei zentrale Aufgaben: die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Kunst und Kultur; den Aufbau und die Förderung gesamtstaatlich bedeutsamer kultureller Einrichtungen sowie die Bewahrung und den Schutz des kulturellen Erbes.

Besondere sozialdemokratische Akzente gelangen in neuen kreativen Förderinstrumenten innovativer Gegenwartskunst und der kulturellen Bildung, hingewiesen sei auf die Arbeit der Kulturstiftung des Bundes und den vorbildhaften Hauptstadtkulturfonds. Auch die Erinnerungskultur erhielt, sei es das Gedenken an den Nationalsozialismus oder die Aufarbeitung der DDR-Diktatur, einen höheren Stellenwert. Vieles mehr, wie die Filmförderung, der Kampf um den Erhalt der Buchpreisbindung oder eine Auswärtige Kulturpolitik, die dem Kulturkampf widerspricht, wären zu nennen. Aktuelle Aufgaben bleiben, wie die Verteidigung des Urheberrechts unter digitalen Bedingungen oder die

Sicherung der Künstlersozialversicherung in einer Situation, in der Solo-Selbständigkeit und prekäre Lebenslagen von Künstlern und Kreativen zunehmen. Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007 finden sich Kernaussagen des von Wolfgang Thierse und dem Kulturforum der Sozialdemokratie formulierten Kulturbegriffes: Eigenwert der Kultur; kulturelle Teilhabegerechtigkeit; Kultur als öffentliches Gut; kulturelle Vielfalt; Kultur der Anerkennung (statt deutscher Leitkultur); Kulturförderung, nicht als Subvention, sondern als Investition in die Zukunft.

Acht Punkte zur aktuellen kulturpolitischen Positionierung

Zum Abschluss seien einige zugespitzte kulturpolitische Thesen formuliert, denen auch Argumente entnommen werden können im Vorfeld der Bundestagswahl 2013:

1. Bedeutungssteigerung von Kultur

Die Vielfalt des Kulturellen (vielleicht sollte es besser heißen des Soziokulturellen, wenn Lebensstil, ästhetischer Habitus, Milieuzugehörigkeit, Bildung usw. eingeschlossen sind) hat sich neben dem Wirtschaftlichen und dem Sozialen längst zu einer dritten Säule gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung entwickelt. Kunst und Kultur sind nicht mehr nur schmückendes Beiwerk. Die Programmatik sozialer Demokratie (und erst Recht eines visionären Demokratischen Sozialismus) braucht soziokulturelle Sichtweisen, Kulturkritik als Gesellschaftsanalyse, künstlerische Positionen und kulturpolitische Reformen.

2. Gestiegene Akzeptanz von Kulturpolitik

In den letzten Jahren schien die Zahl der Sozialdemokraten gewachsen zu sein, für die Kultur kein gänzlich nachrangiges Politikfeld mehr ist. Von mehr Spitzengenossen als früher ist offenbar erkannt, dass die SPD das besondere Verhältnis zu Künstlerinnen und Künstlern braucht, nicht nur zu Wahlkampfzeiten als Unterstützer, sondern dass sie auf deren (kulturpolitischen, wie allgemein politischen) Rat und auf die Multiplikatorenwirkung prominenter Stimmen ständig angewiesen ist. Auch in Zeiten des Internets bleiben Kulturschaffende und Intellektuelle Seismographen ihrer Zeit, ohne die die Entwicklung überzeugender politischer Antworten schwerer fallen würde.

3. Autonomie von Kunst und Kultur

Ausgangspunkt jeder Programmatik muss die Betonung des Eigenwerts von Kultur sein. Nicht alles darf der ökonomischen Verwertung untergeordnet werden. Kunst ist nicht erst dann förderungswürdig, wenn sie für wirtschaftliche, soziale oder politische Zwecke nützlich ist. Künstlerische Freiheit bedarf, damit die Logik der Marktgesellschaft, des Kunstmarktes oder der Kulturindustrie nicht alles beherrscht, der schützenden und gestaltenden Hand des Staates und der aktiven Zivilgesellschaft[5]. Das ist mit «Öffentlichem Gut» Kultur gemeint; die kulturpolitische Verantwortung des demokratischen Staates ist auch im derzeitigen krisenhaften Umbruch der Kulturpolitik nicht verhandelbar.

4. Wider den neoliberalen Irrweg

Natürlich ist Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik etwas anderes, als einfach fortzuschreiben, was schon immer gefördert

5 Scheytt sprach vor einigen Jahren von «aktivierender Kulturpolitik». Vgl. Oliver Scheytt: Kulturstaat Deutschland. Plädoyer für eine aktivierende Kulturpolitik, Bielefeld 2008.

wurde. Es geht um einen besseren, einen innovativen, gestaltenden und partizipatorischen, Kulturstaat; das ist das Gegenteil von der (späten, aber pauschalen) marktradikalen Attacke[6] des letzten Jahres auf den «Fetisch Kulturstaat». Wer zu hohe Ausgaben für die Kultur mit der Behauptung, wir hätten schon von allem zu viel und überall das Gleiche, beklagt, wer behauptet, öffentlich geförderte Kultur spalte die Gesellschaft, wer einen Rückbau der kulturellen Infrastruktur propagiert, wer nur diejenige Kultur idealisiert, die sich am angeblich freien Markt durchsetzt – der hat andere Werte als die soziale Demokratie. Obwohl natürlich Reformbedarf weiter drängt – hin zu Strukturentscheidungen einer kommunikativen und kooperativen Kulturförderung (wie etwa beim Kulturkonvent in Sachsen-Anhalt).

5. «Teilhabe» als erster kulturpolitischer Grundsatz

Kulturpolitik der SPD ist nicht paternalistisch und elitär, sondern zeichnet sich dadurch aus, dass sie *alle* Menschen mit ihren kulturellen Bedürfnissen, Erfahrungen und Potentialen in den Blick nimmt. Gegen die zunehmende – eben auch kulturelle – Spaltung unserer Gesellschaft geht es darum, anknüpfend an den Erfahrungsschatz jedes Einzelnen, Zugänge zu Kunst und Kultur *für alle* zu eröffnen. Denn Teilhabe ist nicht mehr nur eine sozialpolitische, sondern gleichermaßen eine kulturelle (und Bildungs-) Aufgabe. Kulturpolitik muss vielfältig und lernfähig sein und mehr denn je aus dem gesellschaftlichen Wandel – wie Exklusion, Migrationsmilieus, demographischem Wandel und Digitalisierung – Konsequenzen ziehen.

6. «Wert der Arbeit» als zweiter kulturpolitischer Grundsatz

Es hat mit ihrer Tradition als Partei der Arbeit zu tun, dass die SPD für die angemessene Bezahlung kreativer Leistung eintritt, was ein anderer Ansatz ist, als auf ein neues Mäzenatentum über Steuern und Umlagen (bedingungsloses Grundeinkommen, Kulturflatrate usw.) zu setzen. Für die Zunahme schlechter Bezahlung und prekären Lebens bei Soloselbständigkeit, bei «hybrider», befristeter und Teilzeit-Beschäftigung, bei Projektarbeit und neuen Formen der Tagelöhnerei müssen gerade für den Kulturbereich neue Antworten der Arbeits- und Sozialpolitik gefunden werden. Soziale Absicherung und auskömmliche Einkommen (Mindesthonorare. verpflichtende Vergütungen usw.) sollten auch jenseits des Normalarbeitsverhältnisses zur Regel werden. Besonders die Digitalisierung entwertet derzeit kulturelle Arbeit durch illegalen Download massiv. Gegen einen falschen Freiheitsbegriff und die im Internet propagierte Umsonst-Ideologie stellen Sozialdemokraten die Interessen von Künstlern und Kreativen in den Mittelpunkt, setzen sich für deren angemessene Vergütung ein und wollen das Urheberrecht auch im Internetzeitalter durchsetzungsfähig machen. Wobei die neue Netzpolitik zum Verbündeten werden kann, wo nicht die Verfolgung des Diebstahls geistigen Eigentums durch jüngere Nutzer im Mittelpunkt steht (hier ist vor allem Medienerziehung das Thema). Sondern, wo es um neue Bezahl- und Geschäftsmodelle im Internet geht, gegen die organisierte Kriminalität illegaler Plattformen, sowie um demokratie-

6 Bei aller Widersprüchlichkeit der Argumente überwog diese neoliberale Stoßrichtung: Dieter Haselbach, Arnim Klein, Pius Knüsel, Stephan Opitz: Der Kulturinfarkt. Von allem zu viel und überall das Gleiche. Eine Polemik über Kulturpolitik, Kulturstaat, Kultursubvention, München 2012.

gefährdende Machtkonzentrationen und Wissensmonopole in der Hand weniger Global Player von Google bis Amazon, von Facebook bis Apple.

7. Die Kreativwirtschaft steht nicht im Gegensatz zur Kulturpolitik, sondern ist ein Unterthema dieser; sie stellt darüber hinaus neue Verbindungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik her

Nicht erst, seit die SPD-Bundestagsfraktion ihren «Kreativpakt»[7], der mit Künstlern und Kreativunternehmern im SPD-Umfeld erarbeitet wurde, als wichtiges Zukunftsprojekt aufgelegt hat, erfährt die Kreativwirtschaft besonderes Interesse[8]. Es geht vor allem um digitale Zukunftsbranchen, denn wirkliches Wachstum finden wir weniger bei den traditionellen Kulturwirtschaften (Buch, Musik, Theater, Film usw.), sondern es wächst alles, was – bis hin zu den teilweise hochproblematischen Computerspielen – mit Software und Internet zu tun hat. Zudem geht es im Kreativpakt um Sicherheit, Sozialsysteme und geregeltes Einkommen angesichts neuer prekärer Lebenslagen; wobei unterstellt wird, dass die Kreativwirtschaft die (individualisierten, flexibilisierten, ästhetisierten, wissensgesellschaftlichen, computerisierten) Arbeitsbedingungen der Zukunft repräsentiere. Diese neuen Kreativbranchen sind nicht affirmativ, sondern kritisch-analytisch zu betrachten[9], um Fragen ihrer besseren Unterstützung, Förderung und sozialen Regulierung nachgehen zu können. Auch wenn aus kulturkritischer Sicht manche Töne zu wirtschaftsfreundlich und interneteuphorisch klingen, bleibt es doch ursozialdemokratisch, sich um Verdienstmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen der Kreativen unter den neuen technologischen Bedingungen zu kümmern. Und interessanterweise landen die Kapitel des Kreativpaktes, jenseits von Wirtschaftsförderung und Netzpolitik, am Ende doch wieder bei den bekannten Themen der Kulturpolitik: beim Urheberrecht, bei der sozialen Sicherung, bei der Kulturförderung und der kulturellen Bildungspolitik.

8. Es gibt sie durchaus, die kulturpolitischen Differenzen zwischen rot-grün und schwarz-gelb

Der Merkel'schen Strategie der Entpolitisierung und des Einlullens ist auch auf dem Feld der Kulturpolitik zu widersprechen. Es ist ein Vorurteil, alle Kulturpolitiker säßen, etwa gegen die vermeintlichen Sparzwänge, gegen die Haushälter und Finanzpolitiker, in einem Boot. Ebenso, wie es nicht stimmt, die Politik des BKM sei, bloß weil er die deutsche Filmindustrie nicht im Stich lasse, alternativlos. Es existieren sehr wohl benennbare wahlpolitische Unterschiede in der Bundeskulturpolitik:

7 SPD-Bundestagsfraktion: Reboot arbeit, update Urheberrecht, bildet soziale Netzwerke! Der Kreativpakt – ein Bündnis von Kultur, Wirtschaft und Politik, Broschüre Berlin (2012).

8 Siehe zuvor besonders die entsprechenden Abschnitte in: Deutscher Bundestag (Hg.): Schlussbericht der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland des deutschen Bundestages, Regensburg 2008, , S. 499 ff.; sowie den Leitantrag «Kultur ist unsere Zukunft», verabschiedet auf dem SPD-Parteitag in Hamburg 2007. Im Kulturforum der Sozialdemokratie erarbeiteten wir: Olaf Zimmermann, Gabriele Schulz: Zukunft Kulturwirtschaft. Zwischen Künstlertum und Kreativwirtschaft, Essen 2009.

9 Kreativität nicht nur als Wunsch, sondern auch als Zwang der spätmodernen Zeiten analysierte jüngst Andreas Reckwitz: Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung, Berlin 2012.

- Die SPD tritt an für eine kooperative, koordinierte und konzeptionelle gemeinsame Bund-Länder-Kulturpolitik; das ist etwas anderes als die willkürliche Beglückung nach Gutsherrenart durch den Staatsminister für Kultur.
- Die SPD tritt ein für eine umfassende Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die der Demokratie und dem kulturellen Zusammenwachsen Europas verpflichtet ist; das ist etwas anderes als die Verschiebung des Gedenkens, die NS-Erinnerung weniger wichtig zunehmen, Opfer und Täter zu vermischen und dem Lobbyismus der Vertriebenenverbände zu folgen.
- Die SPD setzt sich für die Erneuerung des Kulturstaates ein, für den umfassenden Erhalt des kulturellen Erbes als öffentlichem Gut, was eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen voraussetzt, die Aufwertung der Kultur zur Pflichtaufgabe und neue kulturpolitische Konzepte; das ist etwas anderes als prozentuale Pauschalkürzungen, Abwicklung und Zusammenlegung von Kulturinstitutionen und Qualitätsreduktionen.
- Die SPD tritt an, die soziale Lage der Kulturschaffenden und Kreativen zu verbessern; das ist etwas anderes als die Prekarisierungstendenzen laufen zu lassen und nicht einmal die längst überfällige Urheberrechtsreform auf den Weg zu bringen.
- Die SPD tritt an, die Kreativwirtschaft so zu gestalten, dass sie über bessere Arbeitsverhältnisse und Wachstumsbedingungen verfügt; eine derartige moderne, gewissermaßen postindustrielle Industriepolitik ist etwas anderes, als die humane Gestaltung des technologischen Strukturwandels zu vernachlässigen.

Zudem bleiben die soziokulturellen Modernisierungsbemühungen der Union, auch weil ihr konservativer Flügel bedient werden muss, in sich widersprüchlich. Es geht ums Frauenbild, um die Vereinbarkeit von Kinder und Beruf, um die Anerkennung von Migranten bis Homosexuellen, gegen eine unklare Haltung zum NPD-Verbot, gegen nationalistische Töne in der Euro-Krise, um ein demokratisches und soziales Europa als kulturelle Aufgabe. Auch hier kann die Opposition die Finger in manche Regierungswunde legen. Noch ist nichts verloren. Für den Herbst 2013 gilt: *Schaun mer mal...*

Christian Demuth

Demokratie und Partizipation bei einer neuen Bundesregierung

Ausgangslage

Noch 2012 dachten viele Beobachter, dass die Themen Demokratie und Transparenz zwei vielleicht sogar wahlentscheidende Themen des Bundestagswahlkampfes werden könnten. Dass die Piraten, welche zu der Zeit die Landtage durcheinanderwirbelten, mit ihren Themen in den Bundestag einziehen würden, war bereits eine in den Medien abgemachte Sache. Bei den Wahlen in Baden-Württemberg hatten die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 einen gehörigen Anteil an der Niederlage der CDU. Zehntausende Menschen protestierten gegen das internationale Handelsabkommen ACTA und ließen die Politik einknicken. Die Finanz- und Bankenkrise führte allen Beobachtern vor Augen, wie die «Märkte» die demokratischen Institutionen vor sich her trieben, während letztere ihrerseits unfähig schienen, die von ihnen in der marktradikalen Ära entfesselten Märkte wieder zu bändigen. In der Folge reagierten alle Parteien mit Beteiligungskampagnen sowie mit Ankündigungen, Bürger mehr im demokratischen Prozess zu beteiligen.

Doch ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl scheint die Flamme der Veränderungsbereitschaft wieder ausgetreten zu sein. Die Themen Demokratie und Transparenz spielen als Themen faktisch keine Rolle, wie allerdings überhaupt Inhalte bislang keine Rolle spielen. Die Forderung nach Transparenz wird allein von Medien oder Spin-Doktoren benutzt, um Politiker niederzuschreiben, inhaltliche Folge-Debatten wurden faktisch nicht geführt. Bestes Beispiel ist die Berichterstattung über Peer Steinbrück. Der Kanzlerkandidat der SPD legte nach Kritik seine Nebentätigkeiten offen. Dass Merkels Koalition im Anschluss aber schärfere Regeln für Abgeordnete genauso wie ein Gesetz gegen Abgeordneten-Bestechung oder ein Lobbyregister ablehnten, blieben Randnotizen.

Dass die Forderung nach Veränderungen blass geworden sind, hat mindestens fünf Gründe.

Erstens haben das eigenverschuldete Zerlegen und der Dilettantismus der Piraten dem Optimismus für Veränderungen an demokratischen Verfahrensweisen den Elan geraubt. Die Piraten haben jene enttäuscht, die sich einen radikalen Wandel aus Unzufriedenheit über die politischen Verhältnisse wünschten; sie führten zudem den politischen Interessierten vor Augen, dass die Piraten zwar vielleicht ein neues Betriebssystem für die Politik haben, wie Marina Weisband behauptete, dass aber dieses offensichtlich nicht funktioniert oder gar nicht funktionieren kann. Die Attraktivität von mehr Demokratie wurde durch die öffentlichen Verleumdungs- und Beleidigungsstürme unter den Piraten nicht gerade erhöht.

Zweitens wurde in Deutschland die Wut gegenüber dem Finanzkapitalismus aus-

gebremst. Merkel und ihrer Koalition ist es gelungen, einerseits durch marginale Regulierungsmaßnahmen, andererseits durch den Spin, die südeuropäischen Staaten für die Krise zu Hauptverantwortlichen der aktuellen Krise zu erklären und die Bändigung des Finanzkapitalismus in den Hintergrund treten zu lassen. Ferner hat – drittens und gerade im Rahmen der Energiewende – die Begeisterung für den Bürgerinitiativen gründenden «Wutbürger» stark nachgelassen, seitdem vielen bewusst wird, dass diese vermeintlichen «Repräsentanten des Volkes gegen die da oben» nichts anderes sind als Lobbyisten ihrer eigenen Interessen. Zwar sprechen sich in einer Infratest-Umfrage von Februar 2013 immer noch zwei Drittel der Deutschen für mehr Volksabstimmungen und andere direkte Beteiligungsformen aus.[1] Doch die Wucht der Forderungen nach Veränderungen der demokratischen Verfahrensweisen ist trotzdem spürbar verebbt.

Dies ist auch deshalb nicht überraschend, weil viele politischen Beobachter bei der Bewertung der Veränderungsforderungen – viertens – einem Missverständnis aufgesessen waren. Die Unterstützung für mehr Volksentscheide oder *Liquid democracy* basiert nämlich nur im geringeren Maße *auf dem Vertrauen in diese Instrumente*. Piraten oder Wutbürger sind hingegen viel mehr ein Zeichen für das *Misstrauen in die bestehenden demokratischen Institutionen*. In der oben bereits zitierten Umfrage stellt Infratest fest: «Die Skepsis gegenüber der Demokratie basiert auf mangelndem Vertrauen in die Bundesregierung (56 Prozent) und die Parlamente. Dem Bundestag bringt nur «jeder Zweite (46 Prozent) und beim Europäischen Parlament sogar nur jeder Vierte (28)» Vertrauen entgegen. «Noch weit kritischer stehen die Bürger den Parteien gegenüber: Nur 22 Prozent haben Vertrauen in sie als Vermittlungsinstanz zwischen Bürgerinteressen und Politik».

Dass die Forderungen nach mehr Partizipation und Transparenz nicht aus Begeisterung erfolgen, sondern aus Misstrauen, ist nicht banal. Dies beinhaltet nämlich keineswegs eine Pfadabhängigkeit hin etwa zu Volksentscheiden auf Bundesebene, wie manche dachten oder sich wünschten. Im Gegenteil ist nämlich die andere Seite der Medaille des Misstrauens gegen Parlamente und Politiker die Unterstützung einer (populistischen) «Führerfigur»: Weil Institutionen nicht mehr vertraut wird, sowohl für das Gemeinwohl zu stehen als auch die großen Probleme dieses Landes lösen zu können, wird das Vertrauen auf Einzelpersonen projiziert. Dies ist auch der fünfte Grund dafür, dass das Thema Demokratie aktuell keine Rolle mehr spielt: Angela Merkel hat es verstanden, zum einen durch ihr cleveres Agieren in der Europakrise Vertrauen auf ihre Person – nicht die Bundesregierung! – zu ziehen. Ihr persönlich wird vertraut, in der Eurokrise wenigstens grundsätzlich die Interessen Deutschlands zu vertreten oder ihnen wenigstens nicht zu schaden. Zum anderen – ein paradoxer Effekt – profitiert Merkel vom schlechten Ansehen der Politik: Sie selbst wird als integer angesehen, u.a. weil sie sich als «präsidiale, überparteiliche Kanzlerin» verkauft; und dass, obwohl sie selbst zur Politikverdrossenheit beitrug, indem sie laufend vormals «alternativlose» Meinungen änderte, die Mövenpick-Hotelsteuer absegnete, Ackermann im Kanzler-

1 Siehe: www.infratest-dimap.de/de/infratest-dimap/kooperationen/konferenz-buerger-und-parlamente-buerger-gegen-parlamente/buerger-fordern-mehr-beteiligung/#more5064, eingesehen am 3.4.2013.

amt zur Geburtstagsfeier einlud oder die Atom-Konzerne in Hinterzimmern traf. Die Wut der Bürger über die aktuelle Politik trifft CDU, FDP und vor allem die SPD. Ersterer ist es egal, sie hat ja Merkel.

Denn gerade die Wähler der SPD haben das Vertrauen in die demokratischen Institutionen verloren. Auf die Frage, «Glauben sie, dass die Abgeordneten in Berlin in erster Linie die Interessen der Bevölkerung vertreten oder andere Interessen, die ihnen wichtiger sind?», antworteten 39 Prozent, Politiker verfolgten vor allem persönlichen Interessen, 21 sagten, sie orientierten sich an den Interessen ihrer Partei, der Wirtschaft oder von Lobbyisten. Nur noch 20 Prozent der Deutschen glaubten, dass sich die Abgeordneten für die Interessen der Bevölkerung einsetzen würden. Vor zehn Jahren waren es noch 42 Prozent und 1978 sogar 55 Prozent, die eine Gemeinwohlorientierung der Parlamentarier annahmen.[2] Menschen aus einkommensschwächeren Schichten unterstellen dabei noch viel weniger als jene mit dem höchsten Haushaltseinkommen gemeinwohlorientierte Motive.[3] In der Folge gehen sie auch immer weniger zur Wahl. SPD (und im Osten die Linkspartei) erzielen aber in den Städten ihre besten Ergebnisse eben bei jenen einkommensschwachen Wählern und damit gerade dort, wo die Wahlbeteiligung niedrig ausfällt, während die CDU und insbesondere die FDP in besserverdienenden Vierteln mit hoher Wahlbeteiligung am besten abschneiden.[4]

2 Zahlen von Allensbach, Erhebung 28.10. bis 11.11.2011.

3 Schäfer 2008: 35.

4 Schäfer 2012.

Welche Herausforderungen bestehen also in der nächsten Wahlperiode?

Wenngleich eine inhaltliche Debatte über «Demokratie» nicht mehr stattfindet – letztlich kaum stattgefunden hat – und sich die Piraten selbst zerlegen, heißt dies aber nicht, dass die Ursachen für das Wutbürger-Jahr verschwunden wären.[5] Es ist weiterhin enormer Handlungsbedarf, «Mehr Demokratie zu leben», wie der auf dem Bundesparteitag 2011 überschriebene Beschluss der SPD lautet. Allerdings ist die zentralste aller Demokratiefragen in Deutschland bislang noch kaum wahrgenommen worden. Wir haben es in Deutschland nicht mit einer allgemeinen Krise der Demokratie oder Repräsentationskrise zu tun, wie dies die Medien, Publizisten und letztlich auch die Piraten behaupteten. Die entscheidende Bedrohung unserer demokratischen Ordnung besteht in der sozialen Spaltung der Demokratie. Der Zugang zu demokratischen Verfahrensweisen, Organisationsformen und Wissensbeständen ist genauso ungerecht verteilt wie Vermögen und Einkommen in Deutschland. Armut und Reichtum, Einkommen, Bildung und Zugehörigkeit zu einer Schicht entscheiden über den Einfluss in der Demokratie. Bei den letzten Bundestagswahlen 2009 waren in den deutschen Großstädten etwa in Hamburg 45 Prozentpunkte, in Nürnberg 40 Prozentpunkte und in Leipzig 33 Prozentpunkte Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen den armen und reichen Stadtteilen zu beobachten.[6] Wirkt sich die soziale Spaltung schon bei Parlamentswahlen derart aus, so zeigen alle Studien bei anderen Beteiligungsformen eine noch viel eindeutigere Ausgrenzung einkommensschwacher

5 Ausführlich siehe Demuth 2012 und 2011.

6 Schäfer 2012.

und bildungsferner Schichten. Geht es um Volksentscheide oder Bürgerbeteiligungs-Prozesse, beteiligt sich fast nur noch die gut gebildete Mittelschicht – der Volksentscheid über das Schulsystem in Hamburg hat das eindrücklich vor Augen geführt. Am stärksten wirkt die soziale Spaltung in der hoch gejubelten Zivilgesellschaft. Hier tummeln sich faktisch nur noch gut gebildete Mittelschichts-Eliten.

Eine Debatte hat dies bislang nicht ausgelöst, was nicht überraschend ist: einkommensschwache und bildungsferne Wähler haben in der Vergangenheit harte Reformen zu spüren bekommen bzw. wurden Verbesserungen – wie der Mindestlohn – verhindert. Noch nicht vor zu langer Zeit wurden sie «spätrömischer Dekadenz» (Westerwelle) und mangelnder Nützlichkeit (Sarrazin) bezichtigt, während sie gleichzeitig beobachten mussten, wie sich eine Minderheit bereichert. Die meisten politischen Beobachter – und hier auch die meisten Journalisten – sind trotz der zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich in Deutschland Mitglied einer bedrohten, aber noch bestens in den demokratischen Verfahrensweisen vernetzten Mittelschicht. Ferner hat in den letzten Jahren eine liberale Interpretation der Demokratie dominiert, welche die Verwirklichung demokratischer Freiheiten und Verfahrensweisen in den Mittelpunkt stellte, aber letztlich ignorierten, dass «Freiheit und Demokratie ihre dauerhaften Grundlagen vor allem in einer sozial sicheren, gerechten und solidarischen Gesellschaft finden».[7] Studien aus den USA haben hier deutlich gezeigt, dass nicht einfach dort demokratische Beteiligung zurück geht, wo viele einkommensschwache Menschen wohnen, sondern dort, wo der Unterschied zwischen Arm und Reich, also die soziale Spaltung am größten ist.[8]

Die zweite Herausforderung ist ungleich größer, jedoch eine Voraussetzung für die Lösung der Herausforderung Nummer Eins: Die Politik muss sich wieder als handlungsfähig zeigen, zentrale Probleme der Menschen zu lösen. Dazu gehört die Bändigung der Finanzmärkte sowie Maßnahmen, dass Politik wieder der Mehrheit der Bevölkerung nutzt und sich nicht eine Minderheit bereichert. Dass dies nicht einfach wird, hat Colin Crouch in seinem Buch «das befremdliche Überleben des Neoliberalismus» beschrieben,[9] doch wenn mittlerweile über 76 Prozent der Menschen in Deutschland die Fähigkeit der Politik, die dringendsten Probleme der nächsten Jahre zu lösen, als sehr oder eher niedrig und nur neun Prozent als eher hoch oder sehr hoch einschätzen,[10] hat die Demokratie eine offene Flanken für Populisten, die behaupten, endlich den gordischen Knoten der Demokratie zu durchschneiden.

Drittens geht es ganz konkret darum, Misstrauen in die Institutionen bei den Wählern abzubauen. Auch dies wird nicht einfach: polemische Kritik an Politik und Parteien ist chic. Alle sprechen gleich vom «System», von denen «da oben», welche nicht die Interessen «des Volkes vertreten», obwohl sie oftmals nur die eigenen egoistischen Interessen meinen, ganz im Sinne des gelernten marktradikalen Dogmas, jeder ist

7 Beschluss der SPD «Mehr Demokratie Leben», SPD-Parteitag Berlin, 4. Dezember 2011.

8 Siehe etwa Anderson/Beramendi 2008.

9 Vgl. Crouch 2011.

10 Vgl. www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_102347.htm, eingesehen 28.10. 11.

seines Glückes Schmied, nun aber unter dem Deckmantel des Gemeinwohls. Doch bei aller schlechten politischen Bildung sowie sich in den Medien erfolgreich verkaufenden und im täglichen Tratsch beliebten populistischen Sprechfiguren existieren eben auch gute Gründe, warum die Menschen den Eindruck haben, dass man die «unten hänge, die oben aber laufen lasse», und dass «Lobby und die Wirtschaft die Politik bestimmten, und nicht die Politik». Lobby-Gesetze wie die Mövenpick-Steuer der Regierung Merkel, der Druck der Märkte auf die Parlamente oder der Anschein, dass Banker und Finanzjongleure die Weltwirtschaft an den Abgrund führten, nun aber nicht dafür gerade stehen müssen, sind ja nicht falsch. Ganz im Sinne der Beschreibung Colin Crouchs einer Postdemokratie, gibt es eben auch Beispiele, dass Einzelinteressen und Lobbyismus regieren und nicht mehr die demokratisch legitimierte Politik, oder noch schlimmer, dass Wirtschaft, Lobbyisten und Politik hinter den Kulissen um politische Inhalte und Einflussnahme klüngeln.[11]

Viertens gibt es auch einen größeren Bedarf an mehr direkter Mitsprache. Die Bürgerinnen und Bürger sind heute besser informiert und wollen stärker einbezogen werden. Zudem ist die Komplexität moderner Gesellschaften derart gewachsen, dass die Politik und Verwaltung immer mehr auf die Zusammenarbeit mit und zwischen gesellschaftlichen Akteuren angewiesen sind, weil diese Wissen haben, welche Verwaltung und Politik nicht haben.

Weil die Gesellschaft – *fünftens* – spürt, dass das Gemeinwesen durch die zunehmende soziale Spaltung auseinanderdriftet, lassen sich einzelne gesellschaftliche Gruppen immer stärker gegeneinander ausspielen. Dies bedroht die Demokratie in ihrem Kern. Die auf marktradikalen Diskursen beruhende Einteilung von Menschen in «nützlich» und «nicht nützlich» führt zu einer Klasse von Menschen, die aus der Gesellschaft «ausgeschlossen» werden, denen kein Respekt und keine Anerkennung zuerkannt wird.[12] Es breitet sich ferner eine Menschenfeindlichkeit und besonders Islamfeindlichkeit aus sowie eine deutliche Ablehnung von sozial ausgleichender Unterstützung für Personengruppen am Rande der Gesellschaft. Über 30 Prozent stimmen der Aussage voll oder eher zu, «Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten» [13] – das ist der Nährboden antidemokratischen Denkens.

Was muss die SPD tun?

Es liegt nicht an mangelnden Antworten auf die oben beschriebenen Herausforderungen. Im Regierungsprogamm 2013 der SPD werden Transparenzregelungen wie ein Lobbyregister, die Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung sowie eine «legislative Fußspur» gefordert, aus der hervorgeht, «welchen signifikanten Beitrag externe Berater bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs geleistet haben». Zudem sollen auf Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide eingeführt werden, digitale Beteiligungsverfahren überall geprüft werden. Viel wichtiger sind aber jene Forderungen, die in anderen Kapiteln des Regierungsprogramms stehen: Die Zurückeroberung des Primats der Politik durch eine stärkere Bändigung der Finanzmärkte.

11 Vgl. Crouch 2008.

12 Für Großbritannien schildert dies exemplarisch und eindrücklich Jones 2012.

13 Klein/Heitmeyer, 2011.

Die höhere Besteuerung hoher Einkommen oder großem Kapital- und Vermögensbesitzes zur Senkung der Verschuldung für Investitionen in Bildung und letztliche eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen; strengere Schritte und Strafen gegen Steuerhinterzieher; Maßnahmen wie u.a. die Deckelung der Mieten, um eine Ghettoisierung in Arm und Reich in den Städten zu verhindern. Die Wiederauferstehung des Programms Soziale Stadt, das von der Regierung Merkel faktisch halbiert wurde.

All diese Forderungen sind richtig und gut – die SPD muss sich im Falle einer Regierungsbeteiligung an diesen Forderungen orientieren. Im Falle einer rot-grünen Regierung haben SPD und Grüne hier weitgehend deckungsgleiche Ideen formuliert. Dass sich bei einer Neuauflage von Schwarz-Gelb nichts ändern oder gar vieles verschlimmern wird, haben die letzten vier Jahre gezeigt. Die wichtigste Aufgabe fällt der SPD aber im Falle einer Großen Koalition zu. Wenig hat dem Ansehen der Politik und der SPD mehr geschadet als die Verteufelung der Forderung Merkels einer Mehrwertsteuer-Erhöhung um zwei Prozent in der Wahl 2005 und der anschließenden Zustimmung einer Erhöhung um drei Prozent. Die Ursache lag nicht in der Verlogenheit der Politik, wie die meisten Bürger meinten, sondern in einer in der Tat als postdemokratisch zu beschreibenden Situation, in der Spin-Doktoren einen Wahlkampf-Hit suchten und pragmatische Politiker in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU dieser auf einmal «alternativlosen» Kröte zustimmten. Die SPD muss, egal in welcher Verhandlungssituation, Alternativen formulieren und einem Pragmatismus idealistische Werte entgegensetzen – im Zweifel auch mit der Folge, dass man auf Macht verzichtet.

Aber wir brauchen nicht naiv zu sein: Vertrauen geht schnell verloren, aber der Wiederaufbau von Vertrauen dauert lang. Daher ist es zentral, dass die SPD ihren Weg seit 2009 fortsetzt. Sollte sie Teil der Bundesregierung werden, muss sie trotzdem den Bürgerdialog fortsetzen, genauso wie die Hausbesuche: Die Politik muss dann den Menschen direkt erklären, warum etwa Koalitionsverträge in welcher Form geschlossen wurden; sollten besonders große Kröten geschluckt worden sein, könnte über Einzelfragen ein Mitgliederentscheid oder Regionalkonferenzen durchgeführt werden. Ohne diesen «langen» Weg wird die SPD und damit die Demokratie nicht das Vertrauen zurückbekommen.

Literatur

Anderson, Christopher J./Beramendi, Pablo 2008: Income, Inequality, and Electoral Participation, in: Dies. (Hrsg.), Democracy, Inequality and Representation: A Comparative Perspective, New York 27.

Crouch, Colin 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt am Main.

– 2008: Postdemokratie, Frankfurt am Main.

Demuth, Christian 2011: Die dringende Suche nach Alternativen. Folgen und Lösungen der Legitimationsprobleme der repräsentativen Demokratie und die Defizite aktueller Alternativbewegungen, in: perspektiven ds 28, Heft 2: 9–38.

– 2012: Die Piraten: Alternativ-Bewegung zur etablierten Politik, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 1/2: 70–73.

Jones, Owen 2012: Prolls: Die Dämonisierung der Arbeiterklassen.

Klein, Anna/Heitmeyer, Wilhelm 2011: Demokratieentleerung und Ökonomisierung des Sozialen: Ungleichwertigkeit als Folge ver-

schobener Kontrollbilanzen, in: Leviathan 39: 361–383.

Schäfer, Armin 2008: Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie (MPIfG Discussion Paper 08/10), Köln: 35.

– 2012: Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten, in: Politische Vierteljahresschrift 53, 240–265.

Andrea Wicklein / Klaus Faber

Nach der Bundestagswahl: Neuer Start für Bildung und Wissenschaft

Erweiterte Bund-Länder-Kooperation, bessere Bildungsabstimmung zwischen den Bundesländern, positive Demografieentwicklung: Herausforderungen für die Politik im Bundesstaat

In Augsburg hat die Bundes-SPD am 14. April 2013 die Weichen gestellt, nicht nur für die Bundespolitik im engeren Sinne. Soziale Gerechtigkeit, auch in der Bildung und an den Hochschulen, der Ausbau des Wissenschaftsbereichs, die Förderung der Forschung, der Abbau des Fachkräftemangels sowie – auf Anregung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich an der SPD-Programmausarbeitung beteiligt haben – eine bessere Abstimmung der Bildungsentscheidungen zwischen den Bundesländern, das sind einige der Themen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, die im SPD-Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen werden.

Jeder Bundestags- und auch jeder Landtagswahlkampf berührt in den Themenbereichen von Bildung und Wissenschaft das Spannungsverhältnis, das auf diesen Gebieten zwischen dem Bund und den Ländern besteht. Ein offen deklariertes Hauptziel der im Rückblick überwiegend kritisch beurteilten Verfassungsreform von 2006 war es, die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern u.a. bei den Bundesratszustimmungsgesetzen sowie in Bildung und Wissenschaft zu «entflechten», wie das damals formuliert wurde. «Entflechtung» sollte zu mehr Transparenz bei der Zuordnung von politischer Verantwortung führen und damit den Parteienwettbewerb im Bundesstaat fördern.

Bei der Reduzierung der Bundesratszustimmungsgesetze sind die erwarteten Entflechtungswirkungen, so die Zwischenbilanz, nicht in dem gewünschten Umfang erreicht worden. Das zeigt sich vor allem dann deutlich, wenn es im Bundestag und im Bundesrat unterschiedliche politische Mehrheiten gibt.

In der Bildung hat die Föderalismusreform von 2006 ihr Entflechtungsziel weitgehend erreicht. Dort bestehen, wenn man unter «Bildung» vor allem den Schulbereich versteht, kaum noch Bundeszuständigkeiten. Allerdings verlangen viele auf der Bundesebene präsenten Parteien, auch die SPD, inzwischen eine Öffnung des sogenannten Kooperationsverbots der Verfassungsreform von 2006.

Dieses Kooperationsverbot lässt eine finanzielle Bund-Länder-Kooperation, anders als in der früheren Fassung des Grundgesetzes, nur noch dann zu, wenn der Bund auf diesem Gebiet über Gesetzgebungszuständigkeiten verfügt. Damit sind Programme wie die gemeinsame Bund-Länder-Förderung von Ganztagseinrichtungen im Schulbereich aus der rot-grünen Bundesregierungszeit nicht mehr möglich.

Im Bundestag gibt es wohl bereits jetzt und ebenso möglicherweise auch nach den Wahlen von 2013 eine Mehrheit für eine Aufhebung des Kooperationsverbots. Notwendig ist für die dafür erforderliche Grundgesetzänderung allerdings eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Ob diese Mehrheiten nach der Bundestagswahl erreicht werden können, ist vor allem im Bundesrat nicht sicher.

Im Wissenschaftssektor ist das Entflechtungsziel von 2006 nur in Teilbereichen umgesetzt worden. Die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wurde, auch aufgrund taktischer Fehler der Bundespolitik, abgeschafft, was zu spürbaren Negativentwicklungen geführt hat. Andererseits wurde im Zuge der damaligen Föderalismusreform vor allem auf Initiative der ostdeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten eine neue Bestimmung in das Grundgesetz eingefügt (in Art. 91 b), nach der Bund und Länder bei der Förderung von Vorhaben in der Wissenschaft zusammenwirken können, auch durch gemeinsame Finanzierung dieser Vorhaben. Die ostdeutschen Bundestagsabgeordneten, damals u.a. von SPD-Wissenschaftspolitikern unterstützt, konnten sich durchsetzen, weil ohne ihre Zustimmung die auch für die Föderalismusreform erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat gefährdet gewesen wäre.

Auf der neuen Grundgesetzregelung beruhen die milliardenschweren Bund-Länder-Hochschulpakte. Ohne dieses Instrument einer neuen Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe wäre die Bilanz der Hochschul- und Wissenschaftsentwicklung in Deutschland deutlich schlechter. Zu den positiven Signalen gehören auch die neuen Beschlüsse der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern vom 12. April 2013. Von 2011 bis 2015 werden viel mehr Studienanfänger an die deutschen Hochschulen strömen als bislang prognostiziert und erwartet. Deshalb wollen Bund und Länder den Hochschulpakt um insgesamt 4,4 Milliarden Euro erhöhen.

Außerdem sollen, so eine weitere Vereinbarung zur Sicherung der Mobilität über Ländergrenzen hinaus, die Bundesländer ihre Lehramtsabschlüsse gegenseitig anerkennen. Das ist übrigens eine Forderung, die bereits der Föderalismusbericht der sozialliberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt 1978 (!) erhoben hatte. Der Bericht wollte damals auf die Sicherung eines «Mindestmaßes an Einheitlichkeit» im deutschen Bildungs- und Wissenschaftssystem hinwirken – eine politische Zielsetzung, die auch heute noch aktuell, berechtigt und nicht nur in Ostdeutschland populär ist. Über eine grundlegende Bafög-Reform und -verbesserung ist in der Bund-Länder-Besprechung vom 12. April 2013 demgegenüber noch keine Einigung erzielt worden.

Die neuen Bund-Länder-Finanzierungsabsprachen für das Hochschulwesen leisten übrigens einen wichtigen Beitrag zur Eingrenzung des manchmal zu ungenau beschriebenen und definierten Fachkräftemangels. Denn ein großer Teil dieses Mangels bezieht sich nach wie vor auf fehlende Hochschulabsolventen, was manche Debattenteilnehmer gerne übersehen.

Die Entwicklung und die aktuelle politische Debatte um ein größeres Bundesengagement in der Hochschulfinanzierung zeigen, dass auch im Hochschul- und Wissenschaftsbereich die Entflechtungsorientierung der Föderalismusreform von 2006 problematisch war und ist. Sie entspricht ganz offensichtlich nicht den tatsächlichen

Bedürfnissen. Diese Bedürfnisse verlangen eine Kompetenzordnung im Bundesstaat, die bei einheitlich und länderübergreifend zu gestaltenden Fragen eine Bundesmitwirkung gewährleistet – möglichst auf der Grundlage einer Gesetzgebungskompetenz des Bundes, wie dies bereits der Föderalismusbericht der Bundesregierung von 1978 vorgeschlagen hatte. Auch unsere Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, wie die Forderungen an die SPD-Wahlzielsetzungen deutlich machen, welche die SPD jetzt in ihr Programm aufgenommen hat, dass die bessere Koordinierung zwischen den Bildungsentscheidungen der Länder auf die bundespolitische Debattenebene gehört. Wichtige Veränderungsschritte in Bildung und Wissenschaft sollten, wo immer möglich – vor allem unter Nachbarländern – abgestimmt werden. Das gilt auch für die Weiterentwicklung des Hochschulsystems, z.B. im Fachhochschulbereich.

Weitergehende Forderungen zur Öffnung der Bund-Länder-Kooperation gibt es ebenso für den Wissenschaftsbereich. SPD, Grüne und CDU/CSU sind sich im Bundestag zum Beispiel im Grundsatz, noch nicht im Detail, darin einig, durch eine Grundgesetzänderung zu sichern, dass Bund und Länder nicht nur «Vorhaben», sondern auch «Einrichtungen» der Wissenschaft fördern können, was in der Sache auf jeden Fall eine sinnvolle Öffnung wäre. Das könnte insbesondere für die gemeinsame Förderung von Hochschulen Bedeutung haben, die es allerdings, auf der Grundlage einer weiten Auslegung der vorhandenen Kompetenzen des Bundes, unter bestimmten Voraussetzungen auch jetzt schon gibt.

In anderer Hinsicht gibt uns die aktuelle Debatte über die unerwartet stark steigenden Studentenzahlen und die notwendigen Steigerungen in der Hochschulfinanzierung ebenso Anlass, bestimmte Positionen zu überdenken. Die Prognosen zur deutschen Bevölkerungsentwicklung, die sich dabei auf die Bundesstatistik bezogen haben, gingen zu Beginn der 2000er Jahre häufig davon aus, dass ab 2007 mit einem drastischen und zunehmenden Bevölkerungsrückgang in Deutschland zu rechnen sei. Eine ganze Reihe von Reduktionskonzepten, die auch Vorteile des angenommenen Bevölkerungsrückgangs zu schildern suchten und nebenbei, bewusst oder unbewusst, eine Kultur der Antidynamik pflegten, beruhen auf solchen Vorstellungen. Derartige Prognosen haben sich insgesamt als falsch erwiesen.

In den letzten zwei Jahren hat die Bevölkerung in Deutschland zugenommen; sie bleibt stabil über 82 Millionen und wächst weiter. Das ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen; auch eine leichte Zunahme der Geburtenhäufigkeit spielt dabei eine – insgesamt noch begrenzte – Rolle. Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem die neue Einwanderung aus Ostmittel- und Osteuropa, u.a., nach dem Auslaufen der Sperren für EU-Neumitglieder, aus Polen und aus Rumänien. Ebenso kommen Einwanderer aus Euro-Krisenländern, etwa aus Spanien, Griechenland und Italien. Die Einwanderer sind jünger und verfügen im Schnitt über höhere Bildungsabschlüsse als die deutsche Bevölkerung. Auch auf diese Weise wird übrigens ein Teil des Problems gelöst, das mit dem Begriff «Fachkräftemangel» beschrieben wird.

Auf ähnliche Weise wie bei den Bevölkerungsprognosen sind im Übrigen in Westdeutschland und nach 1990 in Deutschland insgesamt immer wieder, geradezu regelmäßig, die durchgehend zu niedrig an-

gesetzten Studentenzahlprognosen (auch diejenigen der KMK oder spezieller Prognoseinstitutionen) durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt worden. Es ist klar, dass die positive deutsche Bevölkerungsentwicklung auch Auswirkungen auf diesen Teilsektor und auf die Regionen haben wird. Die Auswirkungen werden um Berlin und Brandenburg keinen Bogen machen, auch wenn sie, selbstverständlich, in den einzelnen Teilregionen Brandenburgs unterschiedliche Folgen haben werden. Wir müssen freilich auch selbst etwas tun, um die damit verbundenen Chancen zu nutzen. Wir sollten damit anfangen, die früheren, unzureichenden Prognosen mit ihren pauschalen Negativszenarien zur Seite zu legen.

Die neue Entwicklung und die anderen Aufgabenfelder, die mit den nach wie vor vorhandenen Defiziten, z.B. im deutschen und spezifisch im ostdeutschen Hochschulwesen, zusammenhängen, erfordern unsere gemeinsamen Anstrengungen. Attraktive und der Nachfrage entsprechende Hochschulen sowie sonstige Wissenschaftseinrichtungen sind wichtig für die Infrastrukturentwicklung, aber auch für die schnelle Integration der Einwanderer. Das gilt in gleicher Weise für andere Bildungseinrichtungen. Die Bildungsabschlüsse der neuen Bürgerinnen und Bürger müssen unbürokratischer, als dies bislang in Deutschland geschieht, anerkannt werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht nur für Neueinwanderer, aber auch für sie zu sichern; statt eines unsinnigen Betreuungsgeldes bedarf es u.a. mehr Investitionen in Kita-Plätze. Die SPD hat mit ihrem Bundeswahlprogramm ein Gesamtkonzept vorgelegt, das auch für diese Aufgaben Orientierung gibt.

Es geht darum, nach der Bundestagswahl einen neuen Start für den weiteren Aufbau in Bildung und Wissenschaft zu sichern – gegen viele Widerstände und trotz schwieriger Umsetzungsprobleme in unserem Bundesstaat.

BEITRÄGE UND DISKUSSIONEN

Roland Roth

Für eine Demokratie-Enquete des Deutschen Bundestages[1]

Manchmal muss die Wirklichkeit erst zur Idee drängen, damit sie ihre Chance bekommt. Der nachfolgende Vorschlag für eine Demokratie-Enquete des Deutschen Bundestags wurde erstmals vor mehr als vier Jahren formuliert. Bürgerprotest und Bürgerbeteiligung haben seither einen Boom erfahren. Kommunen und einige Bundesländer haben das Thema inzwischen zu ihrer Sache gemacht. Auch der Bund hat sich in Sachen Bürgerbeteiligung bei der Genehmigung von großen Infrastrukturprojekten bewegt. Die Zahl der Kommunen, die sich wie Heidelberg, Leipzig oder Filderstadt eine lokale Beteiligungssatzung gegeben haben, nimmt zu. Das Modell «Bürgerkommune» erlebt aktuell eine Renaissance, wobei heute der Akzent heute stärker auf der Bürgerbeteiligung liegt. Das grün-rot regierte Baden-Württemberg hat eine Staatsrätin für «Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung» installiert und inzwischen eine ganze Reihe von demokratiepolitischen Initiativen gestartet. Im Landtag von Rheinland-Pfalz arbeitet seit mehr als einem Jahr eine Enquete-Kommission «Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie», deren Ergebnisse mit Spannung erwartet werden. Auch einige andere Bundesländer wollen «mehr Demokratie wagen». Die Zahl der Experimentierbaustellen von der EU (Stichwort «Europäische Bürgerinitiative») bis zu den Kommunen hat deutlich zugenommen. Über ihre Ergebnisse herrscht Unsicherheit. Wird es nur zu Beteiligungsgirlanden an einem Bauwerk aus repräsentativem Beton kommen? Bieten neue Formen der Beteiligung wirklich Antworten auf die großen Herausforderungen – von der Euro-Krise bis zu den kommunalen Haushalten? Wird es am Ende nur zu vielfältigen Enttäuschungen kommen, weil Beteiligungsformate nicht passend oder nicht ernst gemeint waren? Führt mehr Bürgerbeteiligung auch wirklich zu mehr Demokratie oder wird sie dadurch nur noch sozial exklusiver? Können wir von Beispielen lernen, wo es – wie in einigen brasilianischen Bürgerhaushalten oder benachteiligten Quartieren der Sozialen Stadt – gelungen ist, politik- und beteiligungsferne Gruppen überproportional anzusprechen? Worauf ist zu achten, damit der

1 Ausführliche Begründungen, Nachweise und vertiefende Passagen finden sich in meiner Streitschrift «Bürgermacht», die 2011 in der edition Körber Stiftung bzw. in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Band 1229) erschienen ist.

Ausbau von Beteiligungsangeboten nicht die repräsentativen Institutionen schwächt, sondern belebt und verbessert? Dies sind nur einige der zusätzlichen Fragen, die in den aktuellen Beteiligungsdebatten eine Rolle spielen. Mehr werden hinzu kommen, wenn sich die Beteiligungspraxis ausbreitet. Es gibt also genügend Stoff für eine Enquete-Kommission des Bundestages nach den kommenden Wahlen, die erstmals seit 1949 eine zeitgemäße Neuinterpretation der demokratischen Grundregel «Volkssouveränität» nach Artikel 20, 2 Grundgesetz zu leisten hätte: «Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus». Dafür sprechen einige längerfristige Trends:

Gute Gründe

(1) Die Funktions- und Zukunftsfähigkeit westlicher Demokratien steht vor schwerwiegenden Herausforderungen. Dies gilt auch für Deutschland. An seriösen Krisendiagnosen herrscht kein Mangel. Bereits 2002 widmete sich der Human Development Report der Vereinten Nationen umfassend dem Thema «Deepening democracy in a fragmented world» (UNDP 2002) und benannte zentrale Krisenzonen demokratischer Zukunftsentwicklung (wie z.B. politische Korruption, Parteien- und Wahlkampffinanzierung, Verfassung der medialen Öffentlichkeit, Missachtung demokratischer Grundrechte), die uns bis heute umtreiben. Es ging in diesem Bericht nicht nur um die Festigung neuer Demokratien, sondern gleichzeitig um die Überwindung demokratischer Defizite in konsolidierten westlichen Demokratien und eine Vertiefung demokratischer Politik auf globaler Ebene. Die neuere Debatte über eine heraufziehende «Postdemokratie» ist nur eine Ausdrucksform einer allgemeinen «demokratischen Rezession», die nach einer Welle der Demokratisierung nach dem Ende des Kalten Krieges durch eine Rückkehr autoritärer bzw. illiberaler Regime, aber auch sinkender demokratischer Unterstützung und Demokratiezufriedenheit in vielen Ländern gekennzeichnet ist, die ihre demokratischen Strukturen erhalten konnten. Die Verunsicherung reicht vom Machtzuwachs transnationaler Institutionen, die nicht demokratisch verfasst sind (wie jüngst die «Troika», die über die Bedingungen von Verschuldung bzw. Konsolidierung im südlichen Europa entscheidet) bis zum Aufschwung rechtspopulistischer und rechtsextremer Bewegungen, die antidemokratische Stimmungen aufgreifen und verstärken. In einigen Ländern Westeuropas sind Regierungen bereits von deren Duldung abhängig oder sie haben selbst Regierungspositionen erobert. In anderen Nachbarländern verstärken sich auch jenseits der organisierten Rechtsradikalen die Anzeichen für «Involutionen» (Johannes Agnoli) in Richtung auf demokratische Substanzverluste (ausländerfeindliche Referenden in der Schweiz, Pressegesetze in Ungarn etc.).

Nicht nur junge Menschen, sondern gesellschaftliche Mehrheiten haben heute den Eindruck, dass die vorhandenen politischen Institutionen und Verfahren nicht ausreichen, um globale Gegenwarts- und Zukunftsprobleme vom Klimawandel bis zu Armut und Hunger erfolgreich anzupacken.

(2) Gleichzeitig sind die gesellschaftlichen Potentiale demokratischer Beteiligung stärker geworden. Eine prominente Politikwissenschaftlerin spricht in einer international vergleichenden Studie sogar von einem «demokratischen Phönix» (Pippa Norris). Die Klage über Krisen sollte die neu entstandenen Formen der Beteiligung und die wach-

sende Bereitschaft in der Bevölkerung, sie auch zu nutzen, nicht überdecken. Politisches Interesse, Engagement in Initiativen und sozialen Bewegungen – bürgerschaftliches Engagement insgesamt – haben eher zu- als abgenommen, ohne dass die klassischen Institutionen der politischen Interessenvermittlung (Parteien, Verbände, Gewerkschaften) daraus dauerhaften Nutzen ziehen konnten. Der deutliche Zuwachs an tertiärer Bildung, aber auch die Kommunikationsmöglichkeiten von Internet und «social media» können zu Treibern verstärkter demokratischer Ansprüche werden.

(3) Zum Gesamtbild gehört auch eine Vielfalt von Suchbewegung, die eine Qualitätssteigerung der demokratischen Prozesse anstreben. Dies gilt z.B. für den Ausbau direktdemokratischer Verfahren auf allen Ebenen der Staatsorganisation, der keineswegs abgeschlossen ist. Das Streben nach mehr Deliberation und Partizipation, im Sinne rationaler, argumentativ begründeten Entscheidungsfindung, ist in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu spüren.

Bürgerräte, Bürgerkommune, Bürgerhaushalt, Demokratie-Bilanz, Demokratie-Audit, die verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Wahlalterabsenkung bis zur Ausgestaltung von Beteiligungsrechten in Schulen und Gemeinden), die politischen Mitwirkungsrechten von Zuwanderern aus Drittstaaten sind einige Stichworte dieser Bewegung in Richtung «mehr Demokratie wagen».

(4) Es gehört zu den positiven Effekten gegenwärtiger Globalisierungsprozesse, dass demokratiefördernde Instrumente und Formen leicht den Weg über die nationalen Grenzen finden. Nicht selten liegen die Ursprungsorte im globalen Süden, wie z.B. bei der partizipativen Haushaltsplanung oder den Sozialforen. Weltweit werden heute zwischen 60 und 100 demokratische Erfindungen beschrieben, die einen deutlichen Schwerpunkt bei deliberativen Verfahren und Konsultationen haben.

Noch viel zu vereinzelt wird auch in der Bundesrepublik von diesen Instrumentarien Gebrauch gemacht. Eindrucksvoll war z.B. der Großversuch in Rheinland-Pfalz, eine Kommunal- und Verwaltungsreform auf Bürgerbeteiligung zu stützen.

(5) Auch wer sich einzelne Krisendiagnosen, Potentialbeschreibungen oder Instrumente nicht zu eigen macht, dürfte durch das Argument zu gewinnen sein, dass in Sachen Demokratie heute mehr möglich ist. Die Rede ist von einer «Intensivierung», «Stärkung» bzw. «Vertiefung» der Demokratie, die mit unterschiedlichen Begründungen, Anregungen und Perspektiven gefordert wird. Bislang hat sich davon vor allem die Kommunal- und die Landespolitik inspirieren lassen.

(6) Die oft vorgebrachte Sorge, dass eine solche Demokratiedebatte die Substanz repräsentativer Demokratie bedrohen könne, ist unbegründet. Es geht um ihre Stärkung und Entlastung von überbordenden Erwartungen. Bereits heute haben wir es im Alltag mit einer Mischung vielfältiger demokratischer Formen zu tun, die erst in ihrer Kombination wirksam werden. Verschiedene Gesetze und Vorhaben haben das demokratische Gefüge bereits in den letzten Jahrzehnten verändert, z.B. Referenden auf kommunaler Ebene oder die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement auf allen föderalen Ebenen.

Gerade die Qualität der Repräsentation, Transparenz und die Verantwortlichkeit der Regierenden steht seit den Mobilisierungen der «Mutbürger» am Stuttgarter Bahnhof und an vielen anderen Baustellen quer durch die Republik mehr denn je in Frage. Was zu ihrer Verbesserung beitragen könnte, verlangt besonders gründliche Überlegungen, weil unter heutigen Bedingungen kein demokratisches Gefüge vorstellbar ist, das auf starke Elemente von Repräsentation verzichten könnte.

Politischer Mut ist gefragt

(7) Dennoch verlangt eine Demokratie-Enquete politischen Mut, setzt sie doch die Bereitschaft der Mitglieder des Parlaments voraus, ihre Rolle und die der tragenden Parteien zu reflektieren. Immerhin gab und gibt es in allen Parteien seit einigen Jahren Reformdebatten, die z.B. in Richtung einer Aufwertung der Mitgliedschaft oder einer Öffnung für politisch Interessierte, aber Ungebundene geht.

Noch immer dominiert auch in den Oppositionsparteien die – selten offen geäußerte – Überzeugung, dass eine Stärkung demokratischer Beteiligung jenseits des eingespielten Betriebs, notwendig zu Machteinbußen bei Parteien, Parlamenten und Verwaltungen führen muss. Ob die jüngste Protestwelle und die erstaunliche öffentliche Resonanz auf die Mobilisierungen gegen «Stuttgart 21» für ein Umdenken ausreichen, um ein Umdenken auszulösen?

(8) Enquete-Kommission haben die Aufgabe, grundlegende und längerfristige gesellschaftliche und politische Problemlagen aufzuarbeiten und politische Lösungswege vorzuschlagen, die den Zeithorizont einer Legislaturperiode überschreiten. Zur Einsetzung wird die Unterstützung von einem Viertel der Bundestagsabgeordneten benötigt (gegenwärtig 156 Stimmen), d.h. sie erfordert zumindest eine gemeinsame Anstrengung der aktuellen Oppositionsparteien. Ob sie auch in den künftigen Regierungsparteien Unterstützung findet, sei dahin gestellt. Auch wenn der Aufwand einer mehrjährigen intensiven Mitarbeit weder für die Mitglieder des Bundestags noch für die von ihnen nominierten Sachverständigen unterschätzt werden sollte, liegt der mögliche Nutzen eines solchen Vorhabens auf der Hand. Enquete-Kommissionen ermöglichen und fördern u.a.

- eine längerfristige Themensetzung,
- eine breite gesellschaftliche Debatte (durch Anhörungen, Medienresonanz etc.),
- die vertiefte wissenschaftliche Beschäftigung (durch Gutachten und Studien),
- die Mobilisierung von zivilgesellschaftlichen Akteuren,
- themenbezogene Vernetzungen sowie
- die Ausarbeitung von politischen Handlungsstrategien bis hin zu konkreten Gesetzesvorlagen, die weit über die Bundesebene hinausreichen können.

Von den Enquete-Kommissionen des letzten Jahrzehnts ist dies zumindest der Enquete über die «Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements» in beachtlicher Weise gelungen. Aktuell hat der NSU-Untersuchungsausschuss gezeigt, dass interfraktionell erfolgreich zur Aufklärung beigetragen werden kann.

(9) Um diese Funktionen in überzeugender Weise auszufüllen, sollte gerade die Arbeit der Demokratie-Enquete partizipativ angelegt sein. Durch Demokratie-Audits, Demo-

kratie-Bilanzen und Bürgerforen könnte die Bevölkerung breit in die Debatte einbezogen werden. Dass dazu auch die intensive Nutzung neuer Medien gehören muss, versteht sich von selbst.

(10) Zu den Leitlinien der Enquete-Arbeit könnten folgende Orientierungen gehören:

- Demokratie ist keine Alles-oder-Nichts-Angelegenheit, sondern ein offener Prozess, in dem eine Gesellschaft ihren demokratischen Idealen näher kommt oder sich von ihnen entfernt.
- Es gibt kein universelles Modell von Demokratie. Historische und nationale Besonderheiten spielen eine wichtige Rolle. Aber es lassen sich unterschiedliche Entwicklungsniveaus identifizieren. Neue Erfindungen und Designs sind nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert.
- Ohne den Rückgriff auf explizite demokratische Normen und Werte (politische Gleichheit, Verantwortlichkeit der Regierung, Rechtsstaatlichkeit etc.) kann nicht sinnvoll von Demokratie gesprochen werden. Die Geltung dieser Normen, d.h. ihre institutionelle Umsetzung und alltagspraktische Bedeutung, kann erlebt, beobachtet und eingefordert werden. In diesem Sinne gibt es «schwache» oder «starke» Demokratien.
- Akzeptierte und gelebte demokratische Normen sind auf individueller Ebene, im Alltagshandeln, in zivilgesellschaftlichen Organisationen und politischen Zusammenschlüssen wie in der Regierungspraxis und im staatlichen Handeln von Bedeutung.
- Demokratisierung und Demokratieentwicklung sind offene Prozesse, Fortschritte und Rückschritte sind immer möglich. Da sich Demokratie in vielfältigen Institutionen, Praxisformen und Lebensbereichen manifestiert, kann es in einer Gesellschaft – je nach Bereich – unterschiedliche Entwicklungen geben. In einigen Lebensbereichen ist das demokratische Entwicklungsniveau weiter fortgeschritten als in anderen.
- Gute und gefestigte Demokratien zeichnen sich durch eine Vielfalt von demokratisch geprägten und demokratieförderlichen Institutionen und Prozessen in allen gesellschaftlichen Bereichen aus. Ihre Grundlage ist die möglichst intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an allen öffentlichen Angelegenheiten.
- Diese Vielfalt an Möglichkeiten sollte auch das Nachdenken über demokratische Vitalisierungen und Vertiefungen inspirieren. Es gibt nicht den *einen* Schlüssel und den *einen* Weg, der zum gewünschten Zustand führt. Nicht alle denkbaren Reformanstrengungen passen zueinander und in den jeweiligen nationalen und lokalen Entwicklungspfad. Oft wird die öffentliche Debatte durch Beiträge bestimmt, die ausschließlich auf eine demokratische Methode setzen, ohne Grenzen, Kosten und das notwendige Zusammenspiel mit anderen demokratischen Formen zu bedenken. Klassisch ist die reflexartige Verteidigung repräsentativer Formen (Wahlen, Parlamente) gegen jede demokratische Konkurrenz, aber auch Alternativen, wie z.B. Bürgerentscheide oder Bürgergutachten, werden zuweilen absolut gesetzt. Eine Vertiefung der Demokratie benötigt neue Gewichtungen und demokratische Formen. Ihre wechselseitige Verträglichkeit und erwünsch-

te Synergieeffekte werden sich oftmals erst im Reformprozess selbst erweisen.

- Nötig ist deshalb eine offene, fehlerfreundliche Grundhaltung, die Beteiligungserfahrungen und –bewertungen der Bürgerinnen und Bürger immer wieder als Anstoß für Veränderungen einbezieht. Programme zur Vitalisierung der Demokratie können ihren normativen Ansprüchen und Qualitätsvorstellungen nur gerecht werden, wenn sie möglichst vielfältige Formen partizipativer Rückmeldung und Evaluation einbauen, d.h. sich selbst dem Votum der Bürgerschaft aussetzen.
- Ein Meilenstein dieses Prozesses könnte jene Verfassungsreform in demokratischer Absicht sein, die von Bürgerbewegungen und Bürgerrechtsgruppen im Prozess der Vereinigung eingefordert wurde, aber keine Chance bekam. 65 Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes ist es an der Zeit, den Artikel 20,2 auszugestalten. Dort ist von Wahlen *und Abstimmungen* die Rede. Die Bürgerinnen und Bürger sind mündig und demokratisch genug, um endlich einen Anlauf zu nehmen, Bürgerbeteiligung auch jenseits von Wahlen auszugestalten.

Horst Heimann

Keine Zukunft ohne Geschichte

Peter Brandts und Detlef Lehnerts eindrucksvolle Studie über die Geschichte der Sozialdemokratie von 1830 bis 2010

2013 feiert die SPD ihren 150. Geburtstag als die älteste demokratische Partei Deutschlands. Wenn die SPD auf eine so lange Geschichte zurückblicken kann, dann auch aus folgendem Grund: Historisches Bewusstsein und Wissen war immer ein Bestandteil der demokratisch-sozialistischen Bewegung gewesen. Der Grundgedanke ihres historischen Bewusstseins – «Nur wer die Geschichte kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten» – wurde nicht nur in Feiertagsreden variiert, sondern er beeinflusste tatsächlich das politische Denken und Handeln vieler Sozialdemokraten.[1]

Wie zahlreiche andere Publikationen könnte auch das Buch von Peter Brandt und Detlef Lehnert nicht nur historisches Wissen vermitteln, sondern auch das – selbst in den Resten der intellektuellen und politischen Linken – weitgehend getilgte historische Bewusstsein wiederbeleben. Denn ohne ein erneuertes kritisches historisches Bewusstsein wird die resignierte und desorientierte Linke nicht ihre Fähigkeit für zukunftsgestaltendes Denken und Handeln zurückgewinnen.

Die ausgewiesenen Historiker Peter Brandt und Detlef Lehnert legen kein voluminöses Werk für Fachkollegen vor, sondern eine für alle an Politik und Geschichte Interessierten gut lesbare Zusammenfassung der Geschichte der Sozialdemokratie bis zum Jahr 2010. Ihre detaillierte und materialreiche Darstellung und Analyse der Geschichte der SPD, eingebettet in die deutsche Gesamtgeschichte, vermittelt nicht nur trockenes Faktenwissen, sondern auch Verständnis für die komplizierten Zusammenhänge und Wechselwirkungen eines offenen und durch Menschen zu beeinflussenden historischen Prozesses.

Im folgenden Beitrag geht es nicht darum, den Inhalt des Buches verkürzt nachzuerzählen, sondern auf Fakten, Probleme und Konflikte hinzuweisen, die für Gegenwart und Zukunft der SPD relevant und daher diskussionswürdig sind.

Das historische Bündnis von sozialistischen Intellektuellen und organisierter Arbeiterbewegung

Obwohl die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) 1863 durch Ferdinand Lassalle als die Geburtsstunde der als Partei organisierten Arbeiterbewegung gilt, behandeln die Autoren aus guten Gründen zunächst die drei Jahrzehnte von 1830 bis 1860 als intellektuelle und politische Vorgeschichte. Den Autoren geht es zwar nicht um eine spezifische Theorie- und Programmgeschichte der SPD, aber sie ver-

1 Der Beitrag ist eine Auseinandersetzung (und mit weiterführenden Überlegungen versehen) zu Peter Brandt/Detlef Lehnert, «Mehr Demokratie wagen» – Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010, vorwärts buch, Berlin 2012, 298 S., 20 €.

weisen deutlich auf die grosse Bedeutung von Theorie und damit die Rolle der Intellektuellen für die Entwicklung einer politischen und sozialistischen Arbeiterbewegung.

Als kennzeichnend für die Vorgeschichte zwischen 1830 und 1860 sehen sie «die Trennung zwischen sozialistischen Ideen und gesellschaftlichen Bewegungen der unteren Volksschichten.» (S. 10) Objektive Grundlage für diese «gesellschaftlichen Bewegungen der unteren Volksschichten» war die sozio-ökonomische Entwicklung in Richtung Industrialisierung. Die damit verbundene Zunahme sozialer Not und Ungerechtigkeit führte zu spontanen Protesten und ersten organisatorischen Zusammenschlüssen. Dabei spielten zunächst «berufsstolze Handwerksgesellen», vor allem auch wandernde Handwerksgesellen im benachbarten Ausland, eine besonders aktive Rolle. Dort begegneten sie politischen Emigranten. In den Zeiten der politischen Reaktion waren demokratisch, liberal oder sozialistisch orientierte «Hochschulangehörige, Juristen und Journalisten» aus Deutschland in weniger undemokratische Nachbarländer emigriert. Und so haben schon vor der Verbreitung der sozialistischen Ideen von Marx «Handwerksgesellen und Jungakademiker das historische Modell einer Synthese von Kopf und Handarbeit vorgelebt». (S. 21) Sie haben schon praktiziert, was Marx 1843 formulierte: «Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen.» (zitiert auf S. 21)

Von diesen im Exil entstandenen Gruppierungen gingen auch wichtige Impulse für die deutsche Revolution von 1848 aus, als zahlreiche Emigranten nach Deutschland zurückkehrten und politisch und publizistisch aktiv wurden, wie z.B. Karl Marx in der «Neuen Rheinische Zeitung» und als Verfasser zusammen mit Friedrich Engels die Agitationsschrift «Kommunistisches Manifest»; zu erwähnen wäre auch der heute weithin unbekannte Stephan Born mit der «Allgemeinen Deutsche Arbeiterverbrüderung». Fast zwei Jahrzehnte vor der Gründung der Arbeiterparteien in Deutschland «artikulierte sich während der 1848er-Revolution erstmals in freiem Wort die bislang ins Exil verbannte deutsche Arbeiterbewegung». (S. 29)

Das historische Bündnis von Intellektuellen und Arbeitern zeigte sich auch darin, dass in der Frühphase vor allem «Arbeiterbildungsvereine» entstanden, die die politische Bewusstseinsbildung der Arbeiter prägten. Bei der Herausbildung der Parteiorganisationen in den 1860er Jahren dokumentierten Intellektuelle wie Ferdinand Lassalle und Wilhelm Liebknecht und der Handwerksmeister August Bebel dieses Bündnis. Dieses Bündnis war die Voraussetzung dafür, dass in Deutschland und Europa, anders als in den USA, nicht nur eine gewerkschaftliche Arbeiterbewegung als ökonomische Interessenvertretung entstand, sondern eine politische und demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung: Eine Ideen- und Wertegemeinschaft mit gesellschaftsverändernder und emanzipatorischer Zielsetzung.

Sozialdemokratie gehört zu «‹linker› progressiver Politik» (S. 9)

In der Einleitung weisen die Autoren der Sozialdemokratie im Spektrum unterschiedlicher politischer Positionen und Richtungen einen eindeutig «linken» Standort zu: «Die Sozialdemokratie entstand aus der Zielsetzung, die Freiheitsbewegungen des 19. Jahrhunderts auf demokratischer Basis fortzuführen und mit Gleichheitsforderungen zu verbinden. ‹Mehr Demokratie wagen›

und allen Menschen die solidarische Teilhabe an materiellen und ideellen Fortschritten zu erschliessen, kann als Motto ‹linker› , progressiver Politik im Unterschied zu ‹rechten›, konservativen Tendenzen gelten.» (S. 9) Diese ausdrückliche Einordnung der Sozialdemokratie in das linke Spektrum ist heute und für die Zukunft der SPD deshalb aktuell, weil nicht wenige «moderne» SPD-Spitzenpolitiker die Unterscheidung zwischen rechts und links für überholt halten.

Für die Frühgeschichte der SPD war diese Unterscheidung noch wichtiger und grundsätzlich, weil «links und progressiv» identisch war mit demokratischen Ideen, die den herrschenden antidemokratischen und antiliberalen Kräften des «rechten und konservativen» Lagers entgegenstanden. (Erst nach dem Sieg der Alliierten über Nazideutschland akzeptierte auch die Mehrheit des rechten und konservativen Lagers die Demokratie.) Erst das intellektuelle und politische Wirken der Sozialdemokratie verhalf in Deutschland demokratischem Denken und Verhalten zu einer Massenbasis: «'Mehr Demokratie wagen'bedeutete also im historischen Lernzyklus von 1830 bis 1860: Es waren überhaupt einmal bescheidene Ansätze zu demokratischer Theorie und Praxis in aktiven Minderheiten zu verankern, um daraus erste Impulse solcher Vorbilder für eine künftige Massenbeeinflussung freizusetzen.» (S. 41)

Diese «aktiven Minderheiten ... für eine künftige Massenbeeinflussung» waren in Deutschland deshalb so wichtig, weil die linksliberalen bürgerlichen Demokraten sehr schwach waren und in der Revolution von 1848 eine vernichtende Niederlage erlitten hatten. Und da nach der Reichsgründung 1871 viele Liberale ihren Frieden mit Bismarck gemacht hatten, wurde «die Sozialdemokratie ... allmählich zur politischen Erbin der von den meisten Liberalen nicht fortgeführten 1848er Tradition».(S. 70) Diese Schwäche der liberalen bürgerlichen Demokraten war eine Ursache dafür, dass nicht nur die konservativen Machteliten die Demokratie ablehnten, sondern auch die Mehrheit des Volkes wenig Sinn für «Volksherrschaft» hatte. Da die Ausbreitung demokratischer Überzeugungen kein Produkt der natürlichen Evolution des Menschen ist, konnte nur die bewusste «Massenbeeinflussung» der Sozialdemokraten eine Massenbasis für die Demokratie schaffen.

Schon Ende des 19. Jahrhunderts hatte die Sozialdemokratie, selbst in der Zeit des Sozialistengesetzes von 1878 bis 1890, die Chancen des Wahlrechts (vor allem Nordeutscher Reichstag 1867 und Reichstag seit 1871) erfolgreich für die «Massenbeeinflussung» im Sinne der Demokratie genutzt. In zahlreichen Parteiveranstaltungen, in ihren Zeitungen und Zeitschriften, Büchern und Broschüren, in den Wahlkämpfen warb die SPD nicht nur um Wähler, sondern auch für die Ideen und Werte der Demokratie und des Sozialismus. Die fortschreitenden Wahlsiege der SPD dokumentierten daher nicht nur, wie die Zahl der SPD-Wähler ständig wuchs, sondern auch die Zahl der Demokraten.

Das Buch von Brandt und Lehnert dokumentiert anschaulich diesen Aufstieg der SPD und damit der Demokratie in Deutschland im Kaiserreich, und nach dem Triumph in der Novemberrevolution 1918 und bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 den schnellen Absturz in einen reichlichen Jahr bis 1920. Bei den Wahlergebnissen der SPD handelt es sich nicht nur um trockene und langweilige Zahlen, sondern um die Kennziffern für den Aufstieg, und auch für den Niedergang der Demokra-

tie in Deutschland. Schon 1867 wurden Bebel und Liebknecht in den Norddeutschen Reichstag gewählt. Bei den ersten Reichstagswahlen 1871 erhielten die Kandidaten beider Parteien zusammen nur 3,2 Prozent der Stimmen; neben Bebel wurde nur noch ein anderer gewählt. (S. 56) 1874 erhielten beide Parteien zusammen schon 6,8 Prozent (S. 61), und nach der Vereinigung 1875 erhielt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) 1877 schon 9,1 Prozent. (S. 61) Trotz Verfolgung und Unterdrückung in der Zeit des Sozialistengesetzes (1878–1890) wuchs die Zahl der SPD-Wähler, und damit der Demokraten, weiter an: 1884 = 9,7 Prozent, 1887 = 10,1 Prozent (S. 67f.), 1890 wurde die SPD mit 19,7 Prozent schon stärkste Partei. 1893 lag sie mit 23,2 Prozent.[2] (S. 89) Von 1898 mit 27,2 Prozent – in den Großstädten sogar 53,8 Prozent – erreichte sie 1912 sogar 34,8 Prozent und wurde mit 110 Mandaten auch zur stärksten Reichstagsfraktion.

Diese demokratische Massenbasis schuf gute Startbedingungen für eine politische Demokratie nach der Implosion des Obrigkeitsstaates in der Novemberrevolution 1918. Dem Einfluss der Sozialdemokraten war es zu verdanken, dass sich die Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 für die parlamentarische Demokratie aussprachen und für Wahlen zu einer Nationalversammlung im Januar 1919. Bei diesen ersten Wahlen, an denen auch die Frauen teilnehmen konnten, unterstützte die überwältigende Mehrheit von 83,3 Prozent der Wähler die demokratischen Parteien. Trotz dieser guten Startbedingungen wurde die erste deutsche Demokratie schon nach einem reichlichen Jahrzehnt mit überwältigender Zustimmung der vom Volk gewählten Repräsentanten zerstört und durch das brutale Terrorsystem der Nazis ersetzt.

2 Ironische Anmerkung: Knapp über den 23 Prozent von 2009.

Die Partei, die Partei, die hat NICHT immer Recht

Wie es zu diesem fatalen Niedergang der SPD und damit schon nach einem Jahrzehnt zum Scheitern der ersten Demokratie in Deutschland kommen konnte, ist in der kritischen Analyse von Brandt und Lehnert detailliert nachzulesen. Für den unaufhaltsamen Aufstieg der SPD waren natürlich die objektiven äußeren Rahmenbedingungen bis zum Zusammenbruch des Obrigkeitsstaates sehr günstig, während sie seit 1919 ungünstiger wurden und mit der Wirtschaftskrise fast ausweglos. Da sich die Autoren nie von dem Untertanenprinzip – «die Partei, die Partei, die hat immer Recht» – leiten lassen, analysieren und benennen sie auch Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Fehler von Sozialdemokraten als mögliche Ursachen für Misserfolge und Niederlagen.

In parteioffiziellen Erklärungen werden oft innerparteiliche Kontroversen, offen ausgetragene Meinungsverschiedenheiten, also mangelnde «Geschlossenheit» als Ursachen für mangelnde Erfolge oder Niederlagen genannt. Doch genauere Analysen zeigen nicht mangelnde «Geschlossenheit» als Ursache für eine Schwächung der SPD, *sondern im Gegenteil intolerantes Einfordern von «Geschlossenheit».* Auch heftige innerparteiliche Kontroversen, wie z.B. die Reformismusdebatte um die Jahrhundertwende, hatten den Aufstieg der SPD nicht aufhalten können, weil sie nicht zur organisatorischen Spaltung der Partei führten. Auch die bald nach der ersten Bewilligung der Kriegskredite im August 1914 aufbrechenden Meinungsverschiedenheiten schadeten

der SPD noch nicht wirklich, sondern erst die 1917 vollzogene Spaltung der Partei in Mehrheits-SPD (MSPD) und USPD.

Für diese folgenschwere Spaltung der Partei weisen die Autoren die Hauptverantwortung dem rechten Parteiflügel zu und kritisieren die «unzureichend gewährte innerparteiliche Meinungsfreiheit in der Kriegskreditfrage». (S. 109) Da die Mehrheit der Reichstagsfraktion von den Gegnern der Kriegskredite «Geschlossenheit» einforderte, wurden sie faktisch aus der Fraktion ausgeschlossen. Und der SPD-Vorstand entließ «die kriegsgegnerische Redaktion des ‹Vorwärts› im Herbst 1916. (...) Durch solche Praktiken der Entmündigung kritischer Minderheiten mit starkem Rückhalt an der Parteibasis wurden die linken Sozialdemokraten gegen ihre ursprünglichen Absichten gedrängt, ihre eigene Partei zu gründen». (S. 108)[3]

Diese organisatorische Spaltung der Sozialdemokratie, verbunden mit Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen beider Parteien, wurde zur schwersten Hypothek für eine stabile Entwicklung der Weimarer Republik und zur Ursache für die nachhaltige Schwächung des demokratischen Wählerpotenzials.

Obwohl mit dem Ende des Krieges der Streit über Kriegskredite gegenstandslos geworden war, blieb die organisatorische Spaltung in MSPD und USPD bestehen. Geschwächt wurde der Einfluss der Sozialdemokraten schon im Dezember 1918, als die Vertreter der USPD aus der Regierung der Volksbeauftragten austraten und in Opposition gingen. Fatal wirkte die Entscheidung Noskes («Einer muss der Bluthund werden»), im Januar gegen den politisch unsinnigen Spartakusaufstand nicht republiktreue Schutztruppen einzusetzen, sondern republikfeindliche brutale Freikorps: «Nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 wurden zugleich alle Hoffnungen auf eine spätere Annäherung des linken und rechten Flügels der Sozialdemokratie zu Grabe getragen.» (S. 117)

Trotz dieser Ereignisse erhielten die demokratischen Parteien bei den Wahlen am 19. Januar 1919 eine überwältigende Mehrheit von 83,7 Prozent: Sozialdemokraten 45,5 Prozent (MSPD = 37,8, USPD = 7,6), die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) = 18,5 Prozent, das katholische Zentrum = 19,7 Prozent. Die am 1. Januar 1919 gegründete KPD hatte nicht an den Wahlen teilgenommen, die in Opposition stehende linke USPD war noch schwach geblieben. Mit den Linksliberalen und dem Zentrum hatte die SPD schon während des Krieges im Reichstag zusammengearbeitet und die «Friedensresolutionen» verabschiedet. Nach den Wahlen im Januar 1919 bildeten die drei Parteien die «Weimarer Koalition», wählten Ebert zum Reichspräsidenten und Scheidemann zum Ministerpräsidenten. Auch ohne die oppositionelle USPD verfügten diese drei Parteien über eine solide Mehrheit von 76,1 Prozent, die allerdings ein reichliches Jahr später, bei den Reichstagswahlen im Juni 1920, auf eine Minderheit von 43,5 Prozent zusammengeschrumpft war und nie wieder eine Mehrheit wurde.

Die MSPD unterschätzte die Gefährdung der Demokratie durch die antidemokratische und republikfeindliche Rechte, die zwar nicht im Volk, aber in den Machteliten von Militär,

3 Nicht unbedingt ein Beweis für mehr innerparteiliche Demokratie wäre es, wenn dieses Problem nur deshalb gegenstandslos geworden wäre, weil es keine «kritischen Minderheiten mit starkem Rückhalt an der Parteibasis» mehr gibt, die man im Namen der «Geschlossenheit» der Partei «entmündigen» müsste!

Justiz, Verwaltung und Wirtschaft über eine überwältigende Mehrheit verfügte. Statt diese alten Machteliten zu entmachten, meinte man, mit diesen «Fachleuten» zusammenarbeiten zu müssen. Das Gegengewicht zu diesem bedrohlichen Einfluss der alten Machteliten war zunächst die starke Unterstützung der demokratischen Parteien durch die grosse Mehrheit des Volkes.

So wie die MSPD-Politiker die Gefahren von Rechts unterschätzten, so überschätzten sie die Gefahren, die der Demokratie von einer eher chaotisch-revolutionären Linken drohten. Sie erkannten nicht «die Gefahren ihres einseitigen Kampfes gegen die linksradikale Militanz», wodurch sie die «bewaffnete Konterrevolution» stärkten. (S. 121) Mit dem Kapp-Putsch hätte diese «bewaffnete Konterrevolution» die junge Demokratie fast schon im März 1920 zerstört. Nur die grosse demokratische Mehrheit des Volkes, die den politischen Generalstreik gegen die Putschisten aktiv unterstützte, rettete 1920 die Demokratie vor einer Militärdiktatur. Doch die demokratischen Politiker verspielten diesen starken Rückhalt im Volk. Durch Fehleinschätzungen linksradikaler Politiker «wurden Zehntausende ... in einen Bürgerkrieg hineingetrieben». (S. 123) Und die demokratische Regierung setzte gegen diese Aufständischen, die zuvor noch am Generalstreik zur Verteidigung der Demokratie teilgenommen hatten, auch «solche Truppenverbände» ein, «die zuvor den Kapp-Lüttwitz-Putsch getragen hatten». (S. 123)

Auch wegen dieser Fehlentscheidung verloren bei den bald folgenden Reichstagswahlen im Juni 1920 die drei demokratischen Regierungsparteien ihre solide parlamentarische Mehrheit für immer: MSPD von 37,9 Prozent auf 21,6 Prozent, Zentrum von 19,7 Prozent auf 13,6 Prozent, DDP von 18,5 Prozent auf 8,3 Prozent. Zweitstärkste Partei war die radikalisierte USPD mit 18 Prozent geworden, während die KPD mit 2 Prozent eine Splitterpartei ohne Rückhalt im Volk blieb. Erst als sich die Mehrheit der USPD-Mitglieder im Herbst 1920 der KPD anschloss, wurde diese zu einer Massenpartei mit über 400 000 Mitgliedern. (S. 124)

Die nächsten Reichstagswahlen im Mai 1924 zeigten zwar, dass nicht alle USPD-Wähler von 1920 (18 Prozent) die KPD gewählt hatten. Aber mit 12,6 Prozent aus dem linken Wählerpotenzial hatte sie doch die demokratische Linke nachhaltig geschwächt. Und 1932 war die KPD mit 16,9 Prozent fast so stark geworden wie die SPD mit nur noch 20,4 Prozent. Mit dem Hinweis auf die starke Sozialdemokratie in Österreich, neben der keine starke KPÖ entstanden war, deuten die Autoren an, dass die Spaltung in MSPD und USPD in Deutschland nicht nur «verhängnisvoll» war, sondern auch «vermeidbar». (S. 133)

Das Buch von Brandt und Lehnert schildert detailliert, dass nach der dramatischen Schwächung des demokratischen Wählerpotenzials im Jahr 1920 die politische Entwicklung nicht geradlinig verlief, auf Krisensituationen Phasen der Stabilisierung folgten und der Weg in die Katastrophe von 1933 nicht von vornherein unabwendbar war. Im Mai 1928 stieg der Stimmanteil der SPD wieder auf 29,8 Prozent. Die Politik der SPD schwankte immer wieder zwischen ihrer Rolle als Oppositionspartei und Staatspartei. Im Reich, in den Ländern und Kommunen erzielte sie durchaus auch Erfolge, an die sie nach 1945 wieder anknüpfen konnte. «Ihre Tradition einer milieuverdichteten Solidargemeinschaft» stärkte «ihren Charakter als Gegenkultur». (S. 131)

Auch das theoretisch-programmatische Selbstverständnis entwickelte sich weiter,

schon in Richtung Godesberger Programm von 1959. Das Görlitzer Programm von 1921, von Bernstein beeinflusst, war reformistisch, hielt aber am systemverändernden Ziel fest, «das kapitalistische System zu überwinden». (S. 125) Das Heidelberger Programm von 1925 war kein Rückfall in marxistischen Dogmatismus, sondern «Dokument eines demokratisch-marxistischen Reformsozialismus». (S. 135) Auch Hilferdings Theorie des «organisierten Kapitalismus» und Konzepte der «Wirtschaftsdemokratie» waren Bausteine für eine schrittweise Überwindung des Kapitalismus. (S. 136f.)

Für den Neuaufbau der SPD ab 1945 waren folgende Fakten von besonderer Bedeutung: In der Endphase der Weimarer Republik kam es zu weiteren Abspaltung von linken Gruppierungen von der SPD, wie z.B. SAPD (Willy Brandt), ISK, Neu Beginnen. (S. 153). Entscheidend war aber: in der Emigration fanden diese Gruppen in der SPD wieder zusammen, so dass – Kommunisten ausgenommen – die Sozialdemokratie wieder als einheitliche Partei die neue Demokratie ab 1945 mitgestalten konnte.[4]

4 Die Nachkriegsgeschichte der SPD mit ihrer Regierungsverantwortung von 1969 bis 1982 und mit ihrem bisher größten Wahlsieg von 1972 (45,8 Prozent), ist gewiss ein bedeutender Abschnittschnitt ihrer Geschichte, auf die alle stolz sein können. Aus Platzgründen soll diese Zeit dennoch ausgeklammert werden, weil die letzte, noch nicht abgeschlossene Phase von der Jahrtausendwende bis 2010 für die Zukunftschancen der SPD von besonderer Bedeutung ist. Im Buch wird dies dargestellt unter dem Titel: «'Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts' oder neue Umbruchszeit 1980–2010?»

Zukunftschance der SPD – «Mehr Soziale Demokratie wagen» (S. 278)

Von besonderer Bedeutung für eine produktive Diskussion über die Zukunftschancen der SPD ist das 6. Kapitel (1980 – 2010), das die historische Darstellung bis in die jüngste Vergangenheit und sogar Gegenwart heranführt, was sonst Historiker kaum wagen. Dieses Kapitel ist zwar nicht die endgültige und einzig richtige Antwort auf die Fragen nach der Zukunft der SPD. Aber es enthält eine Fülle von Informationen und Argumenten als Anregungen für eine offene Diskussion und die Suche nach glaubwürdigen Antworten, die nicht auf die jeweilige «Beschlusslage» der Partei eingeengt sind.

Das Kapitel analysiert den Abschied von der Regierungsverantwortung 1982 (S. 230 ff.), den «Fehlstart in die neue deutsche Einheit» (S. 236 ff.), die «Stolpersteine auf dem Weg in die rot-grüne Regierungsperiode» (S. 245 ff.) und den «Stufenweisen Machtverlust» (S. 254 ff.). Nachdem die FDP 1982 die SPD im Bund in die Opposition[5] geschickt hatte, waren ihre Erfolge in Bundesländern besonders wichtig, wie z.B. 1985 in Nordrhein-Westfalen die absolute Mehrheit der Stimmen unter Johannes Rau. (S. 231) Das schwierige und umstrittene Verhältnis zur neuen Partei Die Grünen entspannte sich im Zusammenhang mit den Diskussionen über ein neues Grundsatzprogramm («Idee der ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft»). (S. 232 ff.)

In der Analyse und Darstellung der Regierungszeit der SPD im Bund (1998–2009) geht es nicht um einen «Totalverriss», aber es fehlt jeglicher Hauch von Hofberichter-

5 Opposition ist – entgegen der Auffassung von Franz Münterfering – aber nicht immer nur Mist!

stattung («Stolz auf diese Zeit!»), was einige sicher ärgern würde, die meisten Leser aber begrüssen dürften. Nur weil die Autoren nichts aus dieser Zeit verschweigen oder beschönigen, sondern sachlich und kritisch analysieren, können Schlussfolgerungen für eine künftig wieder erfolgreichere Politik gezogen werden.

Die Ursache für die innerparteiliche Stärke Oskar Lafontaines lag damals in seinem «politischen Ansatz, mit dem er die international wirksame neoliberale Wende durch Kaufkraftimpulse und entsprechende Rahmensetzung in der Finanzpolitik aktiv bekämpfen wollte.» (S. 247) Dagegen wollte Bodo Hombach, mit Peter Mandelson Autor des sogenannten «Schröder-Blair-Papiers», dem «neoliberal eingefärbten Kurs von ‹New Labour›... und der stärker ‹angebotsorientierten› Wirtschaftspolitik folgen». (S. 249f.) Etliche sozialdemokratische Parteien (um die Jahrtausendwende waren von 15 Regierungschefs in der EU elf Sozialdemokraten) «verfingen sich in denselben Fallstricken wie die SPD», mit fatalen Folgen für die gesellschaftliche Entwicklung und «für die Wählerunterstützung». (S. 250)

Bei den Wahlen von 2002 «(rettete) vor allem die Kohlsche Spendenaffäre die Regierungsmacht der SPD». (S. 250) In der folgenden zweiten Legislaturperiode war einerseits Schröders Nein zum Krieg der USA gegen den Irak besonders populär, während ein «Großteil der SPD-Wähler» die Agenda 2010 heftig ablehnte. (S. 250) Der neue politische Kurs der SPD wurde auch begünstigt durch einen «wirtschafts- und sozialpolitisch erkennbaren Anpassungskurs ebenso bei den Grünen». (S. 251)

Die Agendapolitik schuf «politische Glaubwürdigkeitsprobleme der SPD», u.a. auch deshalb, weil Einschnitte «im Wahlkampf 2002 ... nicht einmal schonend angekündigt wurden». (S. 256) Auffällig widersprüchlich war auch Münteferings Verurteilung der Hedgefonds als «Heuschrecken», die doch von Rot-Grün erst zugelassen wurden.

Die Folgen dieser «Glaubwürdigkeitsprobleme» der SPD sind bekannt: Gründung der WASG und der Partei Die Linke, das schlechteste Wahlergebnis der SPD in der Nachkriegsgeschichte im September 2009 mit 23 Prozent. «Gemessen an 2005 hat die SPD 2009 (...) insgesamt 6,2 Millionen oder etwa 40 Prozent ihrer Stimmen verloren». (S. 255f.)[6]

Zur Enttäuschung der Wähler und der SPD Mitglieder habe neben der Agendapolitik auch der «Verlust an Diskussionsoffenheit und damit auch der Meinungsführerschaft» beigetragen, wie auch «die verstärkte Einflussnahme von Beratern und Medienexperten» und «die Verlagerung der politischen Willensbildung in die Medienöffentlichkeit und in partei- und parlamentsunabhängige Gremien». (S. 257)

Das Jahrzehnt der Regierungsverantwortung bescherte der SPD nicht nur dramatische Wähler-, sondern auch Mitgliederverluste, die allerdings schon in den späten 1970er Jahren begannen. Während die Partei 1989 noch rund 920 000 Mitglieder hatte, waren es «im Jahre 2010 ... aber nicht viel mehr als eine halbe Million». (S 258) (Inzwischen sind es etwas weniger als eine halbe Million.)

6 Noch dramatischer ist der Vergleich mit1998: Nach einem reichlichen Jahrzehnt in der Regierung hat die SPD rund die Hälfte ihrer Wähler von 1998 verloren, von 20 Millionen sind nur noch 10 Millionen übrig geblieben. Und bei einer Meinungsumfrage am Wahltag äußerten zwei Drittel der Befragten die Meinung, dass die Agendapolitik einen Bruch mit sozialdemokratischen Grundpositionen bedeute.

Im Abschnitt «Auf der Suche nach dem SPD-Milieu» verweisen die Autoren auf die sozialstrukturellen Veränderungen als ein Problem der SPD, Mitglieder und Wähler an sich zu binden. Sie übernehmen aber nicht die oft zur Entschuldigung genannte These, der SPD sei leider ihr traditionelles Wähler- und Mitgliedermilieu verloren gegangen. An die Verantwortung der SPD selbst für ihre Verluste erinnern sie, indem sie eine umgekehrte Wechselwirkung nennen, nämlich «die Entfernung der Sozialdemokraten von erheblichen Teilen ihrer früheren Wählerbasis». (S. 259)

Es ist gewiss nicht Aufgabe von Historikern, die Misserfolge in der jüngsten Vergangenheit dargestellt haben, auch ein detailliertes Konzept für eine künftige erfolgreiche Politik vorzulegen. Aber die bis in die jüngste Vergangenheit reichenden historische kritische Analyse macht deutlich: Ein trotziges «Weiter so, SPD!» weist nicht den Weg in eine erfolgversprechende Zukunft. Defizite der praktischen Politik waren verantwortlich für massive Wähler- und Mitgliederverluste in jüngster Vergangenheit. Und intellektuell-theoretische Defizite waren die Ursache, dass selbst das neue Grundsatzprogramm von 2007 «so wenig Strahlkraft nach außen (entwickelte) wie umfängliche programmatische Ausarbeitungen in Wahlkämpfen». (S. 259) Das hängt damit zusammen, dass die praktische Bedeutung «kritischer Gesellschaftsanalyse» unterschätzt oder ignoriert wurde, wie z.B. Müntefering demonstriert: Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung über soziale Milieus in Deutschland löste 2006 wegen des Begriffs «Prekariat» eine intensive öffentliche Debatte über eine «neue Unterschicht» und neue Armut aus. Nach seiner Meinung dazu befragt, antwortete Müntefering dem Sender N 24, jene Formulierung stamme von «lebensfernen Soziologen. Es gibt keine Schichten in Deutschland. ... ich wehre mich gegen die Einteilung der Gesellschaft». (zitiert S. 252)[7]

«Sich der kritischen Gesellschaftsanalyse zu verweigern», also die Existenz sozialer Schichten zu leugnen, wird von den Autoren ausdrücklich kritisiert. Das Stichwort «Zweidrittelgesellschaft» beschreibe dagegen «zunehmend die Realität». (S. 261) Ähnlich zutreffend realistisch sei «eine Dreiteilung der Bevölkerung ‹in eine privilegierte, eine nicht-privilegierte und eine unter-privilegierte Schichtungsstufe›». (S. 263) Diese «Schichten» zu erkennen, ist auch notwendig, um spezifische Wählerpotenziale zu erkennen: «Es dürften insgesamt diese ... nicht-privilegierten Teile der Bevölkerung (...) sein, die von einem solidarischen Gesellschaftsmodell profitieren und den sozialen Ausgleich schätzen». (S. 263) Denn vier Fünftel lehnen die neoliberale Politik ab. Aus diesen Erkenntnissen ließe sich die praktische Schlussfolgerung ableiten: Damit die SPD wieder stärker und bei Wahlen erfolgreicher wird, muss sie «Mehr Soziale Demokratie wagen».

Würde man den Inhalt dieses Kapitels mit den Positionen der gesamten SPD vergleichen, könnte man zu zwei unterschiedlichen Ergebnissen kommen: Der kritischen Bewertung der Regierungspolitik der SPD bis 2009 dürfte die Mehrheit der Parteibasis zustimmen, aber die Mehrheit der Führungskader dürfte die Kritik zurückweisen. Dagegen wird aber sowohl die Mehrheit der Basis als auch der Führungskader für Gegenwart und Zukunft der Grundsatzforderung «Mehr Soziale Demokratie wagen» prinzipiell zustimmen. Betrachtet man die

7 Klingt ähnlich wie «Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur noch Deutsche».

programmatische Entwicklung der SPD nach der Bundestagswahl im September 2009 und die Neuaufstellung für die Bundestagswahl 2013, dann kann man – nach all den Irrungen und Wirrungen – ein Happyend fast nicht mehr ausschliessen. Denn das Thema Soziale Gerechtigkeit, nach allen Meinungsumfragen für 70 Prozent bis über 80 Prozent der Wahlberechtigten der wichtigste Wert, wird wohl ein Hauptthema des Wahlkampfs der SPD werden.

Die Wahlerfolge der SPD 2011 in Hamburg und 2012 in NRW (S. 271), inzwischen auch in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, könnten ein Indiz dafür sein, dass es auch im Bund 2013 gelingen könnte. Doch auf einen Unsicherheitsfaktor müsste die SPD achten: Auch CDU und CSU haben die Soziale Gerechtigkeit wiederentdeckt. Der von der großen Mehrheit des Volkes bevorzugte höchste soziale Wert ist auch den Führungskräften der Volksparteien wertvoller geworden: Den einen, weil Soziale Gerechtigkeit ihren sozialdemokratischen (oder christdemokratischen) Überzeugungen entspricht, den anderen, weil sie sich davon Wählergewinne für die SPD (oder für CDU und CSU) versprechen.

Jeder Sozialdemokrat dürfte es begrüssen, wenn nach der Bundestagswahl 2013 die SPD im Interesse von mehr Sozialer Gerechtigkeit den Kanzler stellen könnte. Darüber hinaus dürfte Rot-Grün auch ein besserer Krisenmanager – oder Arzt am Krankenlager des Finanzkapitalismus – sein als Schwarz-Gelb mit dem Arzt Dr. Rösler. Ergo: endgültiges und nachhaltiges Happyend für alle Sozialdemokraten.

Wenn es aber einige Sozialdemokraten gäbe, die über den Wahltag und die kommende Legislaturperiode hinausdenken möchten, könnten sie, trotz Freude über einen (doch unwahrscheinlichen) Wahlsieg, darüber hinaus die extravagante Fage stellen:

War da nicht einmal noch etwas? Der Demokratische Sozialismus

Bezogen auf die Vergangenheit wird im Buch von Peter Brandt und Detlef Lehnert die SPD klar als sozialistische Partei dargestellt, die über tagespolitische Ziele hinaus mittel- und langfristig den Kapitalismus durch eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung überwinden wollte. Bis zur Revisionismusdebatte um die vorige Jahrhundertwende um 1900 glaubte man sogar: «Staat und Gesellschaft ... wachsen mit Naturnotwendigkeit in den Sozialismus hinein». (S. 64, zitiert aus einem Rechenschaftsbericht der Reichstagsfraktion vom September 1879.) Eine Formulierung in der Parteizeitung «Sozialdemokrat» im Jahr 1881, nämlich «Weg zum revolutionären, zum demokratischen Sozialismus», wird zutreffend kommentiert: «Dieser Begriff wurde also schon viele Jahrzehnte vor der Abgrenzung von der bolschewistischen Variante des Staatssozialismus zum Markenzeichen sozialdemokrastischer Vorstellungen geprägt.» (S. 65)[8]

Die Hoffnungen auf eine «sozialistische Neuordnung» nach der Novemberrevolution 1918 wurden enttäuscht. (S. 114 ff.) In der Emigration und nach 1945 wurde der

8 Diese Tatsachenfeststellung ist deshalb so wichtig, weil im Vorfeld der Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends auch der als anstössig empfundene Begriff «entsorgt» oder «abgewickelt» werden sollte. In «Leitsätzen» für die Programmdiskussion hieß es 2006 einmal, historisch habe der Begriff demokratischer Sozialismus einmal als Gegenmodell zum diktatorischen Kommunismus eine Rolle gespielt. Offensichtlich wollten sich manche von der «Erb- und Todsünde» reinigen, dass die SPD einmal für eine Alternative zum Kapitalismus gekämpft hatte.

Sozialismus auch demokratietheoretisch begründet: Nicht nur aus sozialen Gründen, auch zur Verteidigung von Demokratie und Freiheit ist es notwendig, den Kapitalismus durch demokratischen Sozialismus zu überwinden. Da der Kapitalismus eine Ursache für die Zerstörung der Weimarer Demokratie war, konnte nach Meinung Kurt Schumachers die Demokratie «erst in einem sozialistischen Deutschland gesichert» sein. (S. 166) Obwohl es auch nach 1945 nicht zu einer «sozialistischen Neuordnung» im Westen kam, hoffte die SPD in den fünfziger Jahren auf «ein SPD-geführtes, durch Wählerentscheid herbeigeführtes demokratisch-sozialistisches Gesamtdeutschland». (S. 181)

Paradigmatisch formuliert ist die demokratietheoretische Begründung des Sozialismus im Godesberger Programm von 1959: «In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.» (zitiert auf S. 186)

Wenn im letzten Abschnitt des Buches der Begriff Demokratischer Sozialismus, «Markenzeichen sozialdemokratischer Vorstellungen» (S. 65), nicht mehr auftaucht, dann ist das von der Faktenlage her sachlich durchaus objektiv und sachlich gerechtfertigt. Auch wenn der Ausdruck «demokratischer Sozialismus» im Hamburger Grundsatzprogramm noch erwähnt wird, wenn die Jusos in ihren Grundsatzbeschlüssen mit dem Begriff noch das systemverändernde Ziel Überwindung des Kapitalismus verbinden und wenn es sogar eine gemeinnützige «Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS)» gibt, so spielt dennoch die Überwindung des Kapitalismus durch Demokratischen Sozialismus im verdünnten theoretisch-programmatischen Selbstverständnis der SPD keine aktive Rolle mehr.

Bei der Fixierung im Wahlkampf auf die Ablösung von Schwarz-Gelb und die Rückkehr der SPD an die Regierung ist das auch verständlich und sogar gerechtfertigt. Denn im Wahlkampf sind Parteien die konkurrierenden Gegner, nicht der Kapitalismus, der gar nicht kandidiert und dem die SPD keine Stimmen abnehmen könnte. Daher kann und will die SPD den Wählern keine Alternative zum Kapitalismus anbieten, sondern nur zur schwarz-gelben Regierung. Sie versteht sich nicht als Totengräber des Finanzmarktkapitalismus, sondern als besserer Arzt an seinem Krankenlager.

Das Fehlen des Begriffs Demokratischer Sozialismus im letzten Abschnitt ist also historisch objektiv und sachlich gerechtfertigt, also keinesfalls als Mangel des Buches zu bewerten. Aber das Fehlen dieser emanzipatorischen Idee in den politischen Angeboten zur Bewältigung der Krise des Finanzkapitalismus dürfte durchaus ein folgenschwerer Mangel sein, wenn dieses System tatsächlich «Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit» gefährdet, wie es im Godesberger Programm heißt. (zitiert auf S. 186)

Dass dieses System aktiv zur Zerstörung der Weimarer Demokratie beigetragen hat, ist historisch kaum umstritten. Doch heute bejahen alle im Bundestag vertretenen Parteien die parlamentarische Demokratie mit einem Mehrparteiensystem. Daher besteht auch keine Gefahr mehr, dass eine antidemokratische Partei, vom Kapital massiv unterstützt, die demokratische Staatsform zerstört und eine brutale politische Diktatur errichtet. Wenn es also im 21. Jahrhundert nicht mehr die Gefahr gibt, dass «Kapitalismus zum Faschismus führt», warum soll-

te man dennoch für eine Renaissance der Ideen des Demokratischen Sozialismus aus dem 19. und 20. Jahrhundert plädieren? Da diese Frage hier nicht ausführlich beantwortet werden kann, soll nur stichwortartig zur Begründung an einen neuen Mainstream in den intellektuell-publizistischen Diskursen in Deutschland erinnert werden.

Antikapitalismus nicht als Randerscheinung, sondern als Mainstream

Etwa seit der Jahrtausendwende werden andere Gefahren registriert, analysiert und diskutiert, die vom real existierenden Kapitalismus ausgehen und die die politische Demokratie – bei Beibehaltung ihrer Institutionen – bedrohen und schon gravierend ausgehöhlt haben. Die Debatte über Postdemokratie, Politikverdrossenheit, Verlust des Vertrauens in Parteien und Politiker zeigt deutlich, dass die Bürger immer weniger an die Problemlösungsfähigkeit der Politik glauben. Vor allem seit der Finanzmarktkrise richtet sich politische Unzufriedenheit und Kritik nicht nur gegen die praktische Politik der jeweils regierenden Parteien, sondern immer mehr auch gegen den Kapitalismus. Kapitalismuskritische bis antikapitalistische Diskurse wurden von einer Minderheitenmeinung zum dominierenden Mainstream, von Gregor Gysi bis Frank Schirrmacher, von Oskar Lafontaine bis Edmund Stoiber.[9]

Dabei handelt es sich nicht um kapitalismuskritische Debatten in einem abgehobenen intellektuellen Milieu von «lebensfernen Soziologen» (um nochmals Münteferings abwertenden Begriff zu gebrauchen, aber natürlich nicht zu bestätigen), sondern um systemkritische Meinungen, die die große Mehrheit der Gesamtbevölkerung teilt. Meinungsumfragen im Sommer 2012 ergaben: 81 Prozent der Deutschen «wünschen eine neue Wirtschaftsordnung» und stimmen der Aussage zu: «Wir brauchen eine neue Wirtschaftsordnung, die auch den Schutz der Umwelt und den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft stärker berücksichtigt.» (Die Zeit vom 16. August 2012)

Der jüngste antikapitalistische Bestseller von FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher[10] diagnostiziert zugespitzt, dass der Finanzkapitalismus, den er auch «Informationskapitalismus» nennt, bereits ein weitgehend alles Menschliche auslöschendes totalitäres System errichtet hat. Obwohl seine kritische Diagnose schonungslos radikal ist, ergeben sich daraus keine Anregungen für eine Therapie, für eine politische Strategie zur Überwindung der angeklagten Übel. (Und das ist auch gut so! – Aber nur für den Kapitalismus!!) Die Kapitalismuskritik – und zwar aus allen politischen Richtungen – wird zwar theoretisch immer radikaler, aber praktisch immer hilfloser.

Der zitierte Beitrag in Die Zeit beurteilt die Wirkung des Systemkritik von 81 Prozent der Bürger als «eher resignativ als revolutionär». Aber sie könnte «einen grossen Spielraum für eine langfristig orientierte Politik (eröffnen) – wenn denn eine Partei dafür einträte». Und diese Partei – das steht zwar nicht in der Die Zeit – könnte die SPD sein, wenn sie durch progressiven Rückgriff auf ihr ungenutztes historisches Erbe des

9 Vergl. dazu Horst Heimann: Die Zweite Große Transformation – nicht ohne Alternative zum Kapitalismus (Teil II), in: *perspektiven* ds, 29 Jg., Heft1/2012, S. 96 ff., vor allem den Abschnitt: «Antikapitalismus, Antikapitalismus – über alles, über alles überall».

10 Frank Schirrmacher: Ego: Das Spiel des Lebens, München 2013.

Demokratischen Sozialismus wieder zu einer geistig-moralischen Grossmacht würde. Das wäre möglich, wenn es zu einer Erneuerung des historischen Bündnisses zwischen sozialistischen Intellektuellen und organisierter Arbeiterbewegung käme.

Thomas Assheuer kommentiert Schirrmachers «Kampfschrift gegen den Kapitalismus» zutreffend: «Schirrmacher versucht, die bürgerlich-konservative Intelligenz auf die Höhe der Zeit zu bringen.» (Die Zeit vom 14. 2. 2013) Diese «bürgerlich-konservative Intelligenz» könnte allerdings den Kampf gegen den Kapitalismus nur erfolgreich führen, wenn er ergänzt würde durch den Kampf einer wiedergeborenen «linken sozialistischen Intelligenz» für den Demokratischen Sozialismus.

Der pragmatische Realist dürfte diesem Zweckoptimismus mit dem Hinweis widersprechen: Selbst wenn sozialistische Intellektuelle wieder zu einem geistig-moralischen Machtfaktor werden könnten, dann gäbe es ja doch nicht mehr die für das historische Bündnis notwendige Arbeiterklasse. Faktisch gibt es tatsächlich nicht mehr die klassische Arbeiterklasse mit einem sozialistischen Klassenbewusstsein. Doch tatsächlich leben doch noch rund 90 Prozent der Bevölkerung von ihrer Arbeit, oder der vom Arbeitseinkommen abgeleiteten Rente. Erst oberhalb dieser 90 Prozent gibt es die überprivilegierte Schicht der Besserverdienenden. Zwischen 1999 und 2007 – als die Partei der Besserverdienenden in Opposition war – stieg das Haushaltsnettoeinkommen dieser obersten Einkommensgruppe um 14,5 Prozent, während es bei der Mehrheit von 60 Prozent trotz Wirtschaftswachstums zurückging. Und zwar um 8,7 Prozent und 8,2 Prozent bei den beiden untersten Gruppen, und um 6,2 Prozent bis zu 0,6 Prozent von der 3. bis zur 6. Gruppe. Auch bei den drei höheren Gruppen (7. bis 9. Gruppe), stieg es auch nur um bescheidene 0,4 Prozent bis 1,5 Prozent. (Die Zeit vom 1.9. 2011)

Die obersten 10 Prozent, die 14,5 Prozent mehr erhielten (ganz oben über 1000 Prozent!), erhielten nicht nur die gesamten Zuwächse dieser Zeit, sondern auch die beachtlichen Summen, die man den unteren 60 Prozent weggenommen hatte. Wenn diese massive Umverteilung von unten nach oben verlangsamt und sogar gestoppt werden könnte, dann wäre das nicht nur eine materielle, sondern auch eine eminent intellektuell-moralischen Veränderung in Deutschland.

Ein kurzfristig wirkender Politikwechsel durch eine rot-grüne Regierung in diesem Sinne wäre zum langfristigen Ziel des Demokratischen Sozialismus nicht alternativ, sondern komplementär. Wenn Rot-Grün zunächst erfolgreich am «Krankenlager des Kapitalismus» wirkte, könnte das bessere Voraussetzungen für seine Überwindung schaffen. Es läge durchaus im Interesse der von ihrer Arbeit lebenden grossen Mehrheit, zunächst die Krise des Kapitalismus zu managen, seine akuten Krankheitssymptome zu lindern. Denn den «Kapitalisten» bringt diese Krankheit nur höhere Profite, während die Arbeitnehmer die Schmerzen der Krankheit zu erdulden haben.[11]

Die SPD könnte für diese kurzfristigen und langfristigen Ziele erfolgreich arbeiten, wenn ihre Politik wieder eingebettet wäre in ein kreatives linkes intellektuelles Milieu, statt dass ausschließlich akademische Experten «embedded» in die Politik der SPD hineinwirken.

11 Ähnlich dachte Fritz Tarnow schon 1931 auf dem Parteitag in Leipzig.

Reinhard Hildebrandt

Staat, Markt, Individuum

Zivilgesellschaftliches Engagement und seine Begrenzungen

Politikern geht der Begriff der «Zivilgesellschaft» leicht von den Lippen. Scheint die Existenz der Zivilgesellschaft doch das Markenzeichen für die funktionierende Demokratie «des Westens» zu sein. Anderen Gesellschaften wird empfohlen, zur Überwindung demokratischer Mangelerscheinungen das zivilgesellschaftliche Engagement ihrer Bürger zu stärken.

Die Behauptung, wer sich zivilgesellschaftlich engagiert, entscheidet weitgehend selbst über Art und Ausmaß des Engagements, misst dem Handeln von engagierten Menschen, in welchem gesellschaftlichen Bereich es auch stattfindet, höchste Priorität zu. Für ein solches Engagement haben weder die Gesetze des Marktes noch die Machtgesetze staatlicher Tätigkeit sowie die dem zivilgesetzlichen Handeln zugeschriebene Gesetzlichkeit volle Geltung. Völlig ignorieren können die Engagierten diese Gesetze jedoch nicht – immerhin markieren die Handlungslogiken von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft den Rahmen für individuelles Engagement.

Wenn dies so ist, entsteht für die wissenschaftliche Analyse das Problem, widersprüchliche Verhaltenweisen von Menschen widerspruchsfrei darzustellen. Widerspruchsfreiheit ist eine unhintergehbare Forderung, wenn man deduktiv-empirisch oder induktiv-verallgemeinernd vorgeht. Man kann auch auf andere Weise widersprüchliche Phänomene methodisch in den Griff bekommen, z.B. indem man sie als solche benennt und nebeneinander stellt, wie in der Darstellung von Korpuskeln oder Wellen in der Quantentheorie. Zuerst ist jedoch das widersprüchliche Handeln von Menschen zu benennen.[1]

1. Selbstgesetzlichkeit und Eigennutz als Basis der Selbsterhaltung des Menschen

Begriffsbestimmung: Immanuel Kant beklagte lebhaft, dass Menschen dazu neigen, abwechselnd je nach Gelegenheit selbstgesetzlich oder eigennützig zu handeln. Sein «kategorischer Imperativ» ist Ausdruck dieser Klage. Kant definierte selbstgesetzliches Handeln als Handeln gemäß dem *Gesetz der Vernunft.* Dies war für ihn etwas anderes als das *geschichtlich Gewordene zum ehernen Gesetz der Vernunft* zu erklären, wie es in der Dreiklassengesellschaft praktiziert wurde. Letzteres lehnte Kant vehement ab, obwohl ihm dieser Fehler in der Definition des Bürgers noch unterlief.

Die Regeln der Vernunft, glaubte Kant, seien in den Verstandesbegriffen – den Kategorien – zu finden: «Raum» und «Zeit» als Formen der Anschauung sowie «Einheit», «Vielheit», «Allheit», «Relation», «Negation», «Limitation», «Inhärenz», «Kausalität», «Gemeinschaft», «Möglichkeit», «Dasein»,

1 Die folgenden Überlegungen wurden im Rahmen eines Vortrages am 4.12.2012 im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) präsentiert.

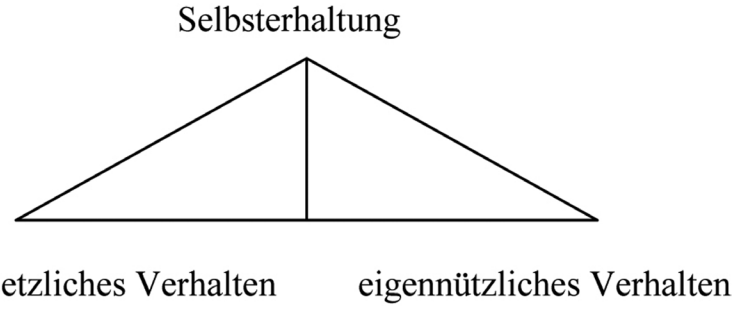

Abb. 1: Selbstgesetzliches Verhalten versus eigennützliches Verhalten

«Notwendigkeit».[2] Er entnahm sie dem Selbstbewusstsein, dem «Ich denke», das ihm als gegeben galt. «Darin, dass jeder Gedanke, den wir denken, als unser Gedanke erkannt wird, werden wir uns als selbstbewusste Denker transparent. Sowohl als selbstbewusste Denker wie als frei Handelnde können wir uns fragen, was wir denken können und was wir tun wollen», kommentierte Michael Hampe Kants Sichtweise.[3]

Das Kantsche «unbedingte Vernunftgesetz» beruhte auf dem die mathematische Analyse hofierenden Gesetzesbegriff Newtons über die Existenz eines absoluten Raums, einer absoluten Zeit und einer absoluten Bewegung. Dieser Gesetzesbegriff beanspruchte zur Zeit Kants noch umfassende Gültigkeit. Unter selbstgesetzlichem Handeln wird in der heutigen Zeit eher ein an Normen orientiertes Handeln verstanden.

Eigennütziges Handeln fragt hingegen nicht danach, ob Normen verletzt werden. Es orientiert sich ausschließlich am eigenen Nutzen, an der Befriedung des individuellen Bedürfnisses, ohne Rücksicht auf die Beeinträchtigung des Bedürfnisses anderer Individuen oder des Gemeinwohls der Gesellschaft. Unter eigennützigem Handeln wird üblicherweise egoistisches Verhalten verstanden.

2. Folgen des wechselhaften menschlichen Handelns für die Definition von Handlungslogiken

Wenn der Mensch weder ausschließlich selbstgesetzlich noch rein eigennützig handelt, sondern je nach Gelegenheit diese oder jene Verhaltensweise wählt (z.B. regelgerecht als Fahrer eines Autos und wenig später als Radfahrer auf dem Radweg regelwidrig entgegen der vorgeschriebenen Fahrtrichtung, um eigennützig das zeitraubende Überqueren der Straßenkreuzung zu vermeiden), entsteht für die Herausarbeitung einer alle Tätigkeitsbereiche gleichermaßen umfassenden Handlungslogik ein Problem.

In sich widerspruchsfreie Handlungslogiken können sich dann nur auf Teilbereiche seines gesamten Handlungsspektrums beziehen. Für Überlappungszonen wird entweder anerkannt, dass sich unterschiedliche Handlungslogiken überschneiden können, so dass für diese Bereiche keine

2 Michael Hampe: Propheten, Richter, Narren, Ärzte: Einführung in die Philosophie, ETH Zürich, Skript zur Vorlesung, S. 23.

3 Hampe, ebd. S. 24.

widerspruchfreie Handlungslogik verfügbar ist, oder der Überlappungsbereich wird auf eine einfache Grenzlinie reduziert, jenseits derer auf der einen Seite strikt nach der einen und auf der anderen Seite ausschließlich nach der anderen Logik gehandelt wird.

Denkbar ist auch, die Verhaltensweisen handelnder Menschen den strengen Bedingungen von Institutionen oder Organisationen zu unterwerfen. Den Institutionen und Organisationen deduktiv zugeschriebene Handlungslogiken werden dann zum Maßstab ihres Handelns. Voraussetzung für diese Festlegung ist jedoch, dass Individuen entsprechend der Systemtheorie Niklas Luhmanns vom vielfältig und widersprüchlich agierenden Individuum zur eindimensionalen Form-Person herabgestuft werden können, die in ihren Aktionen auf den vom System vorgegebenen Handlungsspielraum und auf die für das System deduktiv bestimmte Handlungslogik begrenzt sind. Luhmann haucht dem von ihm »autopoietisch» bezeichneten System das Quantum an Leben ein, das er den Individuen entzieht. Systeme werden jedoch von den in ihnen agierenden, in sie involvierten Menschen betrieben. Ohne sie sind sie leblose Konstrukte.

3. Definition zivilgesellschaftlicher Handlungslogik – die inhärente Grenze

Die zivilgesellschaftliche Handlungslogik enthält selbstgesetzliche wie eigennützige Anteile. Zivilgesellschaftlich tätige Bürger bemühen sich jedoch, in ihren wechselseitigen Anerkennungsverhältnissen den Eigennutz auf ein Minimum zurückzudrängen. Sie stoßen hierbei auf eine unüberwindbare Grenze.

Aus der Sensibilität über ihre eigene Verwundbarkeit und die des Anderen erwächst ihnen sowohl Verantwortung für den Anderen wie für sich selbst. Würde der eigennützige Anteil gegen null tendieren, wären Individuen bereit, ihre eigene Identität vollkommen mit der Identität des Anderen zu teilen. Sie würden nicht mehr nur «für-sich-selbst» existieren, dem das Andere als separates «Für-sich-selbst» gegenüber steht, sondern ersetzten in ihrem «Für-sich-sein» das «Für-sich» durch das «Für-den-Anderen». Sie wären fortan «bei sich selbst», indem sie zugleich «für-den-Anderen» sind.

In der Kombination «Für-den-Anderen-bei-sich-selbst» hätten sie die Verantwortung für den Anderen in die eigene Identität aufgenommen. Indem sie für sich selbst verantwortlich blieben, übernähmen sie zugleich Verantwortung für den Anderen außer ihnen und in sich selbst (als Teil ihrer selbst). In einem derart austarierten Beziehungsverhältnis würde die Grenzlinie zwischen «Für-sich» und «Für-den-Anderen» die Identität in vollkommen gleiche Teile zerlegen.

Wenn jedoch dem an selbstgesetzliches wie eigennütziges Handeln gebundenen Individuum die gleichgewichtige Aufteilung zwischen «Für-sich» und «Für-den-Anderen» versagt bleibt, ist sein Bestreben, die Grenzlinie exakt zu treffen, zum Scheitern verurteilt. Er läuft stets Gefahr, entweder bereits vor dieser Mittellinie anzuhalten oder sie unbedacht zu überschreiten.

Hält er vor ihr an, ist er nicht bereit, sein «Für-sich-sein» gleichgewichtig mit dem «Für-den-Anderen-sein» zu teilen. Sein Eigennutz richtet sich gegen den Anderen und verursacht ein Über- und Unterordnungsverhältnis, in dem der Andere die Position des Untergeordneten einnimmt; vorausgesetzt der Andere erduldet ein solches Verhältnis.

Überschreitet er unbedacht die Mittellinie, setzt er sich dem gegen ihn gerichteten Eigennutz des Anderen ungeschützt aus

und gerät selbst in die Position des potentiell Untergeordneten.

Sobald nicht nur zwei zivilgesellschaftlich engagierte Individuen an einem Arrangement beteiligt sind, sondern mehrere, ist das Bestreben, der Mittellinie so nahe wie möglich zu kommen, noch weniger erreichbar als in einem Zweierverhältnis. Die Definition zivilgesellschaftlichen Engagements stößt hier auf eine ihr inhärente Grenze, die angesichts des hohen Anteils an unterbewusstem und automatisiertem Verhalten der Menschen und der unterschiedlich ausgeprägten Artikulationsfähigkeit und Interessiertheit von bildungsnahen und bildungsfernen Bevölkerungsschichten auch nicht durch Regeln ausgehebelt werden kann. Als Schlussfolgerung ergibt sich, dass zivilgesellschaftlich engagierte Individuen zu jedem Augenblick bemüht sein müssen, den Ausgleich zwischen ihnen immer wieder herzustellen. Regeln können ihnen hierbei helfen und die Bereitschaft, für den Rest des nicht zu Regelnden offen zu sein und stets zu bleiben.

4. Geltungsanspruch gesetzlicher Vernunft in der Handlungslogik von Politik

Die Fragen lauten: Geschieht die Exekution von Macht im modernen Staat stets im Einklang mit der «praktischen Vernunft»? Was wird darunter verstanden?

Von den drei Bereichen moderner Staatlichkeit scheint insbesondere die *Exekutive* der Handlungslogik, die der Politik insgesamt zugeordnet wird (Exekution von Macht), am nächsten zu stehen. Sind gemäß Grundgesetz Handlungen der Exekutive Gesetz und Recht unterworfen, entsteht der Eindruck, dass eigennütziges Handeln eliminiert, selbstgesetzliches dominiert und Restbestände von Eigennützigkeit im verwaltungsgerichtlichen Verfahren vollständig getilgt werden können. Empirisch nachweisbar ist in der Exekutive dennoch Korruption. Wieso lässt sie sich nicht vollständig eliminieren?

Die *Legislative* schränkt ihre umfassende Kompetenz durch das Zugeständnis des Volksbegehrens und der Volksabstimmung auf regionaler und kommunaler Ebene ein, besteht aber in der Regel nach erfolgtem Bürgereinspruch darauf, dass erst durch den Erlass eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung das Ergebnis endgültig legitimiert wird. Der Abgleich von Interessen im Parlament und das daraufhin entstandene Gesetz wird als Ergebnis des Waltens «praktischer Vernunft»[4] gefeiert. Ob es aber dem erhobenen Anspruch in jedem Fall gerecht wird, kann bezweifelt werden. Warum ist es beispielsweise bisher im Bundestag nie gelungen, interessengeleitete Zuwendungen in finanzieller und sonstiger Art und Weise an Mandatsträger unter Korruptionsverdacht zu stellen?

Die *Judikative* begrenzt die ihr zugewiesene Handlungslogik, indem sie das in der Gesellschaft praktizierte Gewohnheitsrecht in der Rechtssprechung berücksichtigt. Laut GG kann sie bei fehlender Deckungsgleichheit von Gesetz und Recht den Gesetzgeber auffordern, das nicht mehr dem gewandelten Rechtsempfinden entsprechende Gesetz zu revidieren. Die Anerkennung des sich wandelnden Rechtsempfindens ist jedoch etwas anderes als die Auslieferung an den sogenannten Zeitgeist. Letzteres wäre beispielsweise die Nichtberücksichtigung des Existenzminimums in der Rechtsprechung zu Hartz-IV-Klagen.

4 Bonner Kommentar zum Grundgesetz (2013), Bd. 5, S. 24.

Schlußfolgerung I

Da demokratische Institutionen keine Systeme bilden, in denen Menschen nur noch systemkonform funktionieren, sind auch die in der Legislative, Exekutive und Judikative agierenden Menschen entgegen dem äußerlichen Anschein nach nicht frei von Eigennutz. Empirisch nachweisbare Korruption in der Exekutive, nicht unter Korruptionsverdacht gestellte interessengeleitete Zuwendungen an Mandatsträger in der Legislative und dem Zeitgeist ausgelieferte Akteure der Judikative sind nicht selten zu findende Verhaltensweisen im Alltag der Institutionen des modernen Staates.

Einige Begründungen für die Selbstgesetzlichkeit staatlicher Handlungslogik – Wie plausibel sind sie?

Stellt die der Politik zugeordnete Handlungslogik ausschließlich auf Thomas Hobbes Postulat der Selbstgesetzlichkeit herrschaftlichen Handelns ab, ist jeder Widerspruch der Machtunterworfenen gegen die Entscheidungen des Machthabers eigennützig und damit aus der Sicht des Herrschers unvernünftig. Dies gilt jedoch nur dann, wenn vom Herrscher entweder – analog zu Kant – selbstgesetzliches und dem Gesetz der Vernunft gemäßes Handeln identisch gesetzt werden, oder unter vernunftgemäßem Handeln die Anerkennung des geschichtlich Gewordenen als ehernes Gesetz verstanden wird.

Gemäß Hobbes lösen die Individuen im Willen zum Staatsvertrag ihren Konflikt zwischen der Fähigkeit zur Selbstgesetzgebung bzw. zur Vernunft einerseits und ihrem triebhaft gesteuerten nutzenorientiertem Handeln andererseits zu Gunsten der Selbstgesetzgebung auf. Wenn Hobbes fingiert, dass sich im Extremfall der drohenden Selbstzerfleischung die Selbsterhaltung der Individuen auf das Moment der Selbstgesetzlichkeit reduziert, ist in diesem Augenblick ihr eigennütziges Handeln zwar völlig inaktiv, aber nicht verschwunden. Würde es sich vollständig in sein gegensätzliches Moment selbstgesetzlichen Handelns auflösen, könnte es in der Folgezeit auch nicht mehr als eigenständiges Moment in Erscheinung treten und die Ausstattung des Staatsoberhaupts mit absoluter Gewalt über die ihm untertanen Individuen wäre widersinnig. In gleicher Weise inaktiviert die Konzentration der Selbstgesetzlichkeit auf den absoluten regierenden Souverän zwar während des Übertragungsakts sein eigennütziges Handeln, aber schon in der darauf folgenden Sekunde erweist es sich wieder als höchst lebendig. Hobbes *Idee* eines Staatsvertrages zerlegt mit Blick auf seine Beweisführung die handelnden Individuen nicht nur in lebensuntüchtige Kunstfiguren, sondern lässt außerdem unbeantwortet, ob dem Staatsoberhaupt trotz massivster Gewaltanwendung die Herstellung von Zivilität in einer Bevölkerung, in der ausschließlich der Eigennutz regiert, überhaupt gelingen kann.

Nach Jean-Jacques Rousseau, der die nahtlose Übereinstimmung zwischen Machthaber und Machtunterworfenen in der Bestimmung von Selbstgesetzlichkeit postuliert, ist eigennütziges Handeln ausgeschlossen. Der Gesellschaftsvertrag Rousseaus postuliert, dass sich die Gesetzgebung stets dem «Gemeinwillen» zu beugen hat.

Noch viel stärker als bei Hobbes bereits angedeutet, verschwindet bei Kant die Person des Herrschers völlig hinter seiner Funktion als «Oberhaupt der Staatsverwaltung, der alles Gute, was nach öffentlichem Gesetz möglich ist, bewirkt und erteilt (denn der Souverän, der sie gibt, ist gleichsam unsichtbar; er ist das personifizierte Gesetz

selbst, nicht Agent)».[5] Er sei kein Glied des Gemeinwesens, sondern «Schöpfer oder Erhalter desselben».

Entgegen diesem Postulat ist jedes Repräsentationsverhältnis laut Max Weber «primär dem Tatbestand» geschuldet, «dass das Handeln bestimmter Verbandszugehöriger (Vertreter) den übrigen zugerechnet wird oder von ihnen gegen sich als ‹legitim› geschehen und für sie verbindlich gelten gelassen werden soll und tatsächlich wird».[6] Hierbei bleibt offen, ob der Repräsentant seinen Eigennutz völlig hintan stellt und ausschließlich die Meinung der Repräsentierten vertritt oder in seine Funktion als Repräsentant auch seine eigene Meinungsbildung einfließen lässt und mehr oder weniger umfangreich zur Geltung bringt (Repräsentation der Repräsentierten plus Selbstrepräsentation des Repräsentanten im Verweis auf das sogenannte «Staatswohl»).

5. Übersetzbarkeit von Handlungslogiken – Die äußeren Grenzen zivilgesellschaftlichen Handelns

Als Ausgangsfrage muss das ideale Über- und Unterordnungsverhältnis als das notwendig gemeinsame Dritte zwischen der Handlungslogik der Politik und der Handlungslogik zivilgesellschaftlichen Engagements betrachtet werden.

Wenn man die *Exekution von Macht* als Handlungslogik der Politik definiert, entsteht ein *scharfer Gegensatz zur Macht ausschließenden zivilgesellschaftlichen Handlungslogik*.

Jede Herrschaft strebt ein ideales Über- und Unterordnungsverhältnis an. In einem solchen Verhältnis wird Macht unsichtbar. Zwischen den Herrschenden und den Beherrschten besteht vollkommene Harmonie. Herrschaft beruht in einem idealen Über- und Unterordnungsverhältnis darauf, dass das Maß der geforderten Unterordnung stets mit dem Maß an Dienst(bereitschaft) deckungsgleich ist. Hegel postuliert z.B. Deckungsgleichheit zwischen dem Maß an Fürsorge des Herrn gegenüber dem Knecht und dem Wunsch des Knechts nach Anerkennung, Schutz und Dankbarkeit durch den Herrn.[7]

Nicht anders behandelt Niklas Luhmann die Verhaltensweise des Machtunterworfenen: «Der Machtunterworfene wird erwartet als jemand, der sein eigenes Handeln wählt und darin die Möglichkeit der Selbstbestimmung hat...».[8] Sein antizipatives Handeln «bezieht sich nicht nur auf die Reaktionen des Machthabers im Falle der Nichtbefolgung seiner Wünsche, also auf die Vermeidungsstrategien, sondern auch auf die Wünsche selbst. Der Machthaber braucht gar nicht erst zu befehlen, auch seine unbefohlenen Befehle werden schon befolgt. Sogar die Initiative zum Befehl kann auf den Unterworfenen verlagert werden; er fragt nach, wenn ihm unklar ist, was befohlen werden würde.»[9]

Damit Deckungsgleichheit zwischen Fürsorge des Über- und Dankbarkeit des Untergeordneten besteht, müssten in den Betroffenen Unterordnungsrituale so stark verankert sein, dass sie sogar in ihr Unterbewusstsein und ihr automatisiertes Verhalten herabgesunken sind. Die Befehle des

5 Immanuel Kant: Schriften zur Geschichtsphilosophie, Stuttgart 1974, S.141.

6 Bonner Kommentar, ebd. S. 24.

7 Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Phänomenologie des Geistes, Frankfurt am Main 1973, S. 153f.

8 Niklas Luhmann: Macht, Stuttgart 1988, 2.Aufl., S. 21.

9 Luhmann, ebd. S. 36.

Machthabers würden dann nicht nur bewusst und freiwillig eingehalten, sondern erzeugten im Machtunterworfenen zusätzlich ein tiefes Gefühl der Dankbarkeit. Ein ideales Unterordnungsverhältnis errichtet lediglich «eine Reihe differentieller Positionen zwischen den sozialen Agenten».[10] Ein solches System von Differenzen, «das jede soziale Identität als Positivität konstruiert», kennt keinen Antagonismus. Es gleicht einem «genähten sozialen Raum».[11]

Ideale Unterordnungsverhältnisse sind empirisch nachweisbar. In ihnen wird Macht zwar exekutiert, aber sie erscheint nicht im Bewusstsein der Untergeordneten. Im Falle eines idealen Unterordnungsverhältnisses herrscht Gleichheit zwischen der auf Exekution von Macht basierenden Handlungslogik in der Politik und der Machtunterschiede ausblendenden zivilgesellschaftlichen Handlungslogik. Die eine Handlungslogik ist vollkommen in die andere übersetzbar.

Für unausgeglichene Unterordnungsverhältnisse ist die Übersetzbarkeit in einem kleinen Rahmen auch noch gegeben, wenn die zivilgesellschaftliche Handlungslogik zulässt, dass in wechselseitigen Anerkennungsverhältnissen die «Überzeugungskraft der Vorteile kooperativen Handelns» kleine Machtunterschiede toleriert. Ein nicht austariertes Unterordnungsverhältnis akkumuliert auf der Seite des Untergeordneten Unmut und auf der Seite des Übergeordneten Anmaßung, aber der Untergeordnete stellt das Verhältnis insgesamt nicht in Frage.

10 Ernesto Laclau / Chantal Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie, Wien 1991, S. 213.

11 Laclau/Mouffe, ebd. S. 213.

6. Gemeinsamkeit zwischen den Handlungslogiken von Politik und Wirtschaft – Geld als «zentrales Interaktionsmedium» der Wirtschaft

Dem Geld als «zentralem Interaktionsmedium» liegen Tauschverhältnisse zugrunde: z.B. Ware gegen Ware, Ware gegen Geld, Geld gegen Ware, Gebrauchswert gegen Gebrauchswert, Arbeitskraftangebot gegen Arbeitslohn, zahlungsfähige Nachfrage gegen quantitatives und qualitatives Warenangebot, Produktionskosten gegen erzielte Gewinne, Geld gegen mehr Geld. Auf welche Weise die unterschiedlichen Tauschverhältnisse in Theorien gegossen werden, entscheidet darüber, ob das Geld als alleiniges «zentrales Interaktionsmedium» angesehen wird. Diese Eigenschaft erlangt es nur, wenn die Tauschverhältnisse in den Rahmen eines ideal konzipierten Marktmodells eingepasst werden, in dem Macht- und Informationsunterschiede zwischen den Marktteilnehmern ausgeschaltet sind. In solchen Modellen kann sogar der Eigennutz zum Motor des wirtschaftlichen Engagements und zum «selbstgesetzlichen» bzw. «vernünftigen» Handeln in der Marktwirtschaft erhoben werden (z.B. bei Adam Smith und de Mandeville). John Locke postulierte z.B. in seinen «Zwei Abhandlungen über die Regierung» von 1690 sogar, dass starke private Eigentumsrechte das Gemeinwohl am besten sichern. Andere Theorien hingegen beklagen das eigennützige Streben nach Profit als unersättliche Gier, als Beseitigung der ursprünglichen Gleichheit der Marktteilnehmer, als herrschaftsorientiertes Streben nach Marktmacht und Herrschaft des Unternehmens- und Finanzkapitals über die Politik (z.B. Kritik am Shareholderkapitalismus). Oligopol- und monopoltheoretische Ansätze vertreten die Exekution von Macht als «zentrales Interaktionsmedium» der Wirtschaft.

Schlußfolgerung II

Ideale Marktsituationen existieren nur im Modell. Die Marktrealität hingegen ist machtdurchsetzt. Die Hypothese, dass Geld das «zentrale Interaktionsmedium» der Wirtschaft sei, bleibt dem Modelldenken verhaftet und behandelt die Exekution von Macht auf realen Märkten als zu vernachlässigende Randbedingung der Theorie. Auf vermachteten Märkten dominiert indessen die Exekution von Macht, und zwar in allen Formen eigennützigen Handelns, was nicht ausschließt, dass von den Marktteilnehmern auch Rechtssicherheit gefordert und mit Hilfe des Staates auch praktiziert wird.

7. Der ideale Markt als ausgeschlossenes Drittes zwischen der Handlungslogik der Politik und der Handlungslogik des Geldes

Verhalten sich Marktteilnehmer als homo oeconomicus und tauschen als kleine Produzenten und Händler auf dem idealen Markt Ware gegen Geld und Geld gegen Ware, besteht unter ihnen zur Exekution von Macht weder Anlass noch Bedarf. Das Geld als «zentrales Interaktionsmedium» der Wirtschaft schließt damit die Handlungslogik der Politik aus. Zwischen beiden Handlungslogiken existiert keine Übersetzbarkeit. Das gemeinsame Dritte zwischen beiden Handlungslogiken kommt erst ins Spiel, wenn das Marktgeschehen zunehmend von ungleichen Marktteilnehmern beherrscht wird und letztere zur Absicherung ihrer Marktvorteile Macht exekutieren. Je angebots- und nachfragemächtiger einzelne Marktteilnehmer werden, desto mehr muss auch der Staat mit Regeln in das Marktgeschehen eingreifen, um dem Verdrängungsprozess kleinerer Marktteilnehmer durch größere Einhalt zu gebieten. Die Übersetzbarkeit der Handlungslogik des Geldes in die machtorientierte Handlungslogik des Staates wird zunehmend unproblematisch.

8. Handlungslogiken in Wirtschaft und im zivilgesellschaftlichen Engagements

Existieren Berührungspunkte zwischen der Handlungslogik der Wirtschaft und der Handlungslogik des zivilgesellschaftlichen Engagements? – Worin besteht die Übersetzbarkeit der beiden Handlungslogiken?

Die Idee vom idealen Markt ist die Voraussetzung für die Handlungslogik des Geldes und deren Übersetzbarkeit in die zivilgesellschaftliche Handlungslogik. Wie bereits ausgeführt, funktioniert der ideale Markt ohne die Akkumulation von Macht unter den Marktteilnehmern. Auf ihm ist das Geld das «zentrale Interaktionsmedium». Es drückt die Anerkennung des Werts der untereinander getauschten Waren aus. Die Handlungslogik zivilen Engagements beruht auf wechselseitiger Anerkennung der Akteure und verzichtet auf die Akkumulation von Macht. Beide Handlungslogiken sind ineinander übersetzbar.

Auf dem realen Markt hingegen wird das Geld als «zentrales Interaktionsmedium» durch die Exekution von Macht verdrängt und zivilgesellschaftliches Engagement unterliegt stets der Gefahr, Über- und Unterordnungsverhältnisse zu schaffen. Letzteres ist ebenfalls eine Form von Machtausübung, um deren Vermeidung sich zivilgesellschaftlich Engagierte stets bemühen.

9. Sind Handlungslogiken untereinander anschlussfähig? – Die Kraft der Kommunikation

Außer im Falle der vollkommenen Übersetzbarkeit durch die Anwesenheit eines vermittelnden dritten Elements sind unterschied-

liche Handlungslogiken derart konzipiert, dass sie untereinander nicht anschlussfähig sein können. Sie werden es nur dann, wenn die handlungslogisch auf sie gepolten Menschen in die Diskussion über die Anschlussfähigkeit einbezogen werden, sie «kommunikativ anschlussfähig» machen. Unter der Voraussetzung, dass Menschen wahlweise selbstgesetzlich oder eigennützig handeln, jedoch ihre wechselhafte Verhaltensweise in der sie umgebenden Handlungseinheit nicht auf nur eine Verhaltensweise reduzieren, ist die Anschlussfähigkeit zwischen unterschiedlichen Handlungslogiken stets gewährleistet. Ihre Kommunikationsfähigkeit ermöglicht Politikern, die Handlungslogiken des Geldes und der Zivilgesellschaft zu verstehen und in ihnen zu agieren, Managern aus der Wirtschaft, in Gesprächen mit Vertretern des Staates und der Zivilgesellschaft Verständnis und Kompromissbereitschaft zu zeigen, Vertretern der Zivilgesellschaft, die Mechanismen der Exekution von Macht und des Geldes zu verstehen und danach zu handeln.

10. Überschneidung von Handlungslogiken im «Dritten Sektor» – ein exemplarisches Beispiel

Ein starker Staat kann zivilgesellschaftliche Einrichtungen in seine Obhut nehmen und ihnen Aktionsmöglichkeiten zubilligen oder verschließen. Einflussreiche Wirtschaftsverbände können Nichtregierungsorganisationen in ihrer Wirksamkeit begrenzen, sie stillschweigend aufkaufen und sie für ihre Interessen einspannen. Welche Auswirkung hat beispielsweise zunehmender Ökonomisierungsdruck auf die Identität zivilgesellschaftlicher Organisationen, die für lange Zeit als solidaritätsbasiert, normen- und wertorientiert bezeichnet wurden? Wie reagieren sie auf die abnehmende Finanzierung durch die öffentliche Hand (staatliche Administration auf örtlicher, regionaler oder zentraler Ebene)? Wie haben sie in der Vergangenheit auf Forderungen nach Verrechtlichung und/oder Bürokratisierung durch den Staat reagiert? Welche Verhaltensänderungen sind zu beobachten, nachdem Wirtschaftsunternehmen auf sie zugreifen? Welche Auswirkungen hat der zunehmende Ökonomisierungsdruck vor allem auf ihre Repräsentanten?

Folgende Fragen bedürfen der Beantwortung:

Was hat die staatliche Administration in der Vergangenheit bewogen bzw. aus welchen Gründen ist sie bereit gewesen, zivilgesellschaftliche Organisationen finanziell zu unterstützen, die sich in sozialen Aufgaben engagierten?

Welche Auswirkungen hatte die finanzielle Subventionierung auf das Verhältnis der Repräsentanten zu den Repräsentierten innerhalb der Organisation und auf Dritte?

Waren zivilgesellschaftliche Organisationen durch ihre rechtlich verankerte Autonomie bereits ausreichend davor geschützt, die für den Staat geltende Handlungslogik offen oder verdeckt zu übernehmen?

Konnte angesichts erheblicher staatlicher Finanzierungsbeihilfen von den Leitungspersonen sauber zwischen dem vornehmlich zivilgesellschaftlichen Stellenwert (Selbstorganisation, Gemeinwohlorientierung, Staatsunabhängigkeit und Fähigkeit zur Bindung bürgerschaftlichen Engagements) und der Tätigkeit als vom Staat bezuschusste Dienstleister für Mitglieder/Dritte und somit als Interessenvertreter des Staates unterschieden werden?

Überforderte nicht die Doppelfunktion handelnde Führungskräfte? Als vom Staat beauftragte/geduldete und/oder staatlich

alimentierte Dienstleister sollten sie vor allem Macht exekutieren, obgleich sie in ihrer Bindung an bürgerschaftliches Engagement dem konsensuellen gegenseitigen Anerkennungsverhältnis nach innen wie nach außen verpflichtet waren.

Mit der Ausnahme von Gesetzen, die dem Adressaten nur die Alternative von Befolgung oder Hinnahme der Sanktion lassen, reicht die Machtexekution auf Seiten des Staates von rigoroser Machtausübung über die Duldung des autonom handelnden Machtunterworfenen bis hin zur Annäherung an die Gleichstellung zwischen Machthaber und Machtunterworfenen, z.B. als Resultat einer im Machthabenden selbst verursachten oder von konkurrierenden Mächten herbeigeführten Machtreduktion. Für den Machtunterworfenen ist nicht in jedem Fall eindeutig feststellbar, wo er sich auf der Skala der differenzierten Machtausübung befindet, ob er einem klaren Abhängigkeitsverhältnis mit der diesem Verhältnis entsprechenden Handlungslogik unterliegt oder ob für ihn bereits gleichgewichtige Beziehungen nach zivilgesellschaftlicher Art vorliegen.

Als zivilgesellschaftliche Einrichtung herrscht zwar per definitionem die Handlungslogik selbstgesetzlich basierter gegenseitiger Anerkennung vor, aber auch dies beruht auf dem Ausgleich individueller Machtausübung sich selbstbestimmender Individuen, bei denen der Machtinstinkt nicht vollständig durch selbstgesetzliches Handeln ausgelöscht worden ist, und folgt der Einsicht, dass die Wahrnehmung der eigenen Freiheitsoptionen zur Be- und Verhinderung der Selbsterhaltungs- und Selbstverwirklichungsoptionen anderer führen kann. Je weniger Einsicht in den zwar überdeckten, aber deshalb nicht ausgelöschten Machtinstinkt vorherrscht, desto leichter kann sich ein auf bestehenden Differenzen in der Machtstellung der beteiligten Individuen basierendes egoistisch orientiertes Handeln unbemerkt oder verschwiegen einschleichen.

Schlußfolgerung III

Daraus ergibt sich folgender Schluss: Im Überlappungsbereich existiert auch für sich selbstbestimmende Individuen bereits ein Nebeneinander von Macht- und Wertorientierung und eine eindeutige Zuordnung zur einen oder anderen Seite ist nicht immer möglich. Das Zuordnungsproblem vergrößert sich, wenn auf der Seite der zivilgesellschaftlichen Organisation ein Repräsentationsverhältnis zwischen Repräsentanten und repräsentierten Mitgliedern sowie Dritten vorliegt (in Wohlfahrtsverbänden üblich). Hier repräsentiert sich der Repräsentant auch immer selbst. Indem er für den Anderen handelt, handelt er zugleich für sich selbst (Die Bewegung vom Repräsentierten zum Repräsentanten wird durch eine Bewegung vom Repräsentanten zum Repräsentierten (z.B. Beharren auf dem «Staatswohl») supplementiert.). Der Anspruch, für die Anderen zu denken und zu handeln, ist gegen seine Perversion, nur noch für sich zu agieren und den repräsentierten Anderen fremde Zwecke zu unterschieben, nicht immun. Es kann nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden, dass die Selbsterhaltung des Repräsentanten ausschließlich selbstgesetzlich gesteuert ist und immer nur als triebfreies «Bewusstseins-Überich» fungiert. Es kann deshalb nicht ausgeschlossen werden, dass der Repräsentant einer zivilgesellschaftlichen Einrichtung zur Erleichterung seiner Führungsaufgabe bzw. aus Karrieregründen die Handlungslogik des subventionierenden Staates ganz übernimmt. Wenn in einer solchen Situation der Staat den Anforderungs-

katalog an die Dienstleister erweitert, ohne zugleich deren Handlungsspielraum zu öffnen, wird das Führungspersonal geneigt sein, der weiteren Verrechtlichung und Bürokratisierung selbst dann *nur* hinhaltenden Widerstand entgegen zu setzen, wenn es in der Öffentlichkeit mit Protest auf die zivilgesellschaftlich einengenden Maßnahmen des Staates reagiert. Vom unterstellten Spannungsverhältnis im Wohlfahrtsstaat zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen bleibt jedoch in einem solchen Fall kaum etwas übrig.

Welche Auswirkungen hat der zunehmende Ökonomisierungsdruck auf die Identität zivilgesellschaftlicher Organisationen? Wer sich nicht darüber klar ist, warum es zuvor eine große Nähe zur Handlungslogik des Staates gab, der wird auch kaum Begründungen dafür finden, warum jetzt die Nähe zur ökonomischen Handlungslogik «Geld» gesucht wird. Die Übernahme der geldorientierten Handlungslogik geschieht auf dem bereits geschilderten Verhaltenshintergrund des Führungspersonals zivilgesellschaftlicher Einrichtungen und verläuft nach dem gleichen Muster wie bei der Staatsorientierung. In dem Maße, in dem Einrichtungen des Dritten Sektors verstärkt bemüht sind, Leistungen effizient und effektiv anzubieten, steigt die Nähe der Repräsentanten zur Handlungslogik «Geld» bis hin zu einer Umfunktionierung der zivilgesellschaftlichen zu erwerbswirtschaftlichen Einrichtungen.

11. Öffnung der hierarchischen Struktur des Staates

Im Neoliberalismus, in dem selbst der Staat zum Diener der Wirtschaft deklariert wird, bleibt der Zivilgesellschaft ebenfalls kein anderes Schicksal erspart. In einer Zeit, in der eine vom Unternehmenssektor finanzierte «Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft» zur hegemonialen Formation heranwächst und für die eigene hegemoniale Praxis in der Gesellschaft die unangefochtene Deutungshoheit beansprucht, unterliegt zivilgesellschaftliches Engagement einem erdrückenden Machtanspruch und läuft Gefahr, hilfesuchend zu machtdurchsetzten Handlungen zu greifen.

Wird das austarierte Verhältnis zwischen Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft durch ein hierarchisches ersetzt, ist letztlich jede Form von Gesellschaft gefährdet und ein Zusammenbruch aller demokratischer Lebensformen unvermeidlich. Wenn staatliche Einrichtungen ihre besondere Existenz gegenüber der Wirtschaft erhalten wollen, müssen sie Abschied nehmen von der Tendenz, staatlich finanzierte zivilgesellschaftliche Einrichtungen auf ökonomisch ausgerichtete Effizienz- und Effektivitätskriterien zu programmieren. Mit dieser Politik entkernen sie einen potentiellen Verbündeten und liefern ihn der ökonomischen Unterwanderung aus, was man an den zunehmenden meist kurzfristigen Projektvereinbarungen zwischen Unternehmen und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen, vermittelt von Freiwilligen-Agenturen auf künstlich geschaffenen Märkten, gut erkennen kann.

Würde jedoch die staatliche Administration ihre eigene aus dem Absolutismus überkommene hierarchische Struktur gegenüber zivilgesellschaftlichen Anforderungen öffnen, gewönne sie einen Verbündeten und stärkte sich selbst gegen weitere Übergriffe der Wirtschaft. Das Verhältnis zwischen Staat, Ökonomie und Zivilgesellschaft könnte aufs Neue austariert werden und die vielfältigen, nahe an der Lebenswelt angesiedelten zivilgesellschaftlichen Aktivitäten von selbstbestimmten Indivi-

duen erhielten einen staatlichen Ansprechpartner, der mit ihnen auf gleicher Wellenlänge sendet und empfängt.

12. Definition zivilgesellschaftlicher Handlungslogik bei Gosewinkel/Rucht

Gosewinkel und Rucht beginnen ihre umfangreiche Definition mit folgender Feststellung: «Auf der Grundlage wechselseitiger Anerkennungsverhältnisse, einschließlich des Respekts vor der Existenz und freien Entfaltung anderer Personen und Gruppen wird eine reibungs- und konfliktarme Koordination von interessengeleiteten Individuen, Gruppen und Assoziationen angestrebt. Sie findet ihre Grenze an der Verletzbarkeit eigener Rechte bzw. kollektiver Güter.»[12]

Festzuhalten ist nach diesem Definitionsanfang: Die wechselseitige Anerkennung von interessengeleiteten Individuen, Gruppen und Assoziationen akzeptiert sowohl deren selbstgesetzliches wie eigennütziges Handeln. Respekt vor der Existenz und freien Entfaltung anderer schließt nicht prinzipiell aus, dass Individuen abwechselnd selbstgesetzlich oder eigennützig handeln können. Selbst das Bewusstsein über die Verletzbarkeit der eigenen Rechte hält Individuen nicht davon ab, je nach Situation mal selbstgesetzlich und mal eigennützig zu handeln. Gleiches trifft für Beachtung kollektiver Güter zu. Hierbei bezieht sich Selbstgesetzlichkeit auf die Anerkennung dieser Güter als Konkretisierung des Gemeinwohls, eigennütziges Handeln ignoriert ihren Gemeinwohlcharakter.

Gosewinkel/Rucht lassen es nicht bei dieser Anfangsdefinition bewenden. Die wechselseitige Anerkennung, argumentieren sie, fuße auf der «Überzeugungskraft der Vorteile kooperativen Handelns (bis hin zur Figur des ‹Gesellschaftsvertrages›)». Ihrer Meinung nach resultiert aus der «abstrakten Einsicht in die Vorteile friedlicher Koexistenz und kompromissbereiter Kooperation» etwas Neues. Das Neue bezeichnen sie als «integrative Kraft».[13]

Dagegen ist einzuwenden, dass die Vorteile kooperativen Handelns zuallererst empirisch nachweisbar sein müssen. Die Überzeugungskraft kooperativen Verhalten kann nicht einseitig aus dem fiktiven Gesellschaftsvertrag Jean Jacques Rousseaus abgeleitet werden, der eigennütziges Handeln der Individuen völlig ausschließt. Gosewinkel/Ruchts enge Verknüpfung der «integrativen Kraft» mit selbstgesetzlichem Handeln hat zur Folge, dass in ihrer Definition zivilgesellschaftlicher Handlungslogik eigennütziges Handeln keinen Platz mehr findet und die «normative Kraft des Faktischen" nur noch unter dem Gesichtspunkt selbstgesetzlichen Handelns analysiert wird. Das faktische Handeln der Individuen besteht jedoch – je nach Gegebenheit – sowohl aus selbstgesetzlichen wie eigennützigen Verhaltensweisen, was Gosewinkel/Rucht auch eingestehen müssen, wenn sie feststellen, dass zivilgesellschaftliche Elemente und Tendenzen «möglicherweise lediglich als Enklaven»[14] zu lokalisieren seien. Diese Bemerkung verweist auf die Unangemessenheit ihres konstruierten utopischen Ideals gegenüber der empirisch feststellbaren Verhaltensweise von Menschen.

Legt man diesen utopischen Maßstab an, ist zivilgesellschaftliches Handeln empirisch nicht mehr auffindbar und man wun-

12 Dieter Gosewinkel/Dieter Rucht: WZB-Jahrbuch, Berlin 2003, S. 45.

13 Ebd. S. 45/46.

14 Ebd.

dert sich, in welchem Ausmaß Menschen zu eigennützigem Handeln fähig sind, obwohl doch ihre Tätigkeit zuvor eindeutig im zivilgesellschaftlichen Aktionsfeld lokalisiert wurde. In gemeinnützigen Organisationen, die als Kernbereich der Zivilgesellschaft beschrieben werden, können Repräsentanten je nach Gelegenheit sowohl eigennützig wie selbstgesetzlich handeln. Gemäß Gosewinkel/Rucht handeln sie dann «unzivil».

Gosewinkel/Rucht kehren am Schluss ihrer langen Definition zivilgesellschaftlicher Handlungslogik wieder zur wechselseitigen Anerkennung zurück und stecken den Bereich der Zivilgesellschaft ab. Sie schreiben: «Praktisch konkretisiert sich die wechselseitige Anerkennung in prozeduralen Regeln, also in der Akzeptanz bestimmter Verfahren des Umgangs miteinander. Die dadurch geregelte Interaktionssphäre kann als Bereich der Zivilgesellschaft bezeichnet werden.»[15] Wenn entgegen der Empirie zuvor eigennütziges Handeln aus der zivilgesellschaftlichen Handlungslogik ausgeschlossen worden ist, können prozedurale Regeln auch nur selbstgesetzliches Handeln regeln. Bereiche der Zivilgesellschaft, in denen eigennütziges Handeln unübersehbar ist, bleiben undefiniert.

Gosewinkel/Rucht belassen es beim Postulat und wandeln ihre normativ begründete Handlungslogik zivilgesellschaftlichen Engagements zu einem zu befolgenden Konzept des Handelns ab. Sie diskutieren nicht, welchen wechselnden Kräfteverhältnissen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in ihrem Verhältnis zueinander unterliegen.

15 Gosewinkel/Rucht, ebd. S. 46.

Lars Rensmann

Demokratie und Gerechtigkeit zwischen Partikularismus und Kosmopolitismus

Zur Rekonstruktion sozialdemokratischer Menschenbilder in Geschichte und Gegenwart

Fragen nach Möglichkeiten und Grenzen der praktischen Universalisierung von Menschenrechten und gesellschaftlicher Menschenwürde sind aktuell. Nicht minder aktuell und brisant ist die Frage, welche politischen Kräfte sie vorantreiben und auf welche Menschenbilder sie sich gründen. Globale und nationale Kontroversen um die spezifischen Geltungsansprüche von universellen individuellen und demokratischen Rechten sowie deren sozialen Voraussetzungen sind dabei beeinflußt von konkurrierenden gesellschaftlichen Menschenbildern und – mehr oder weniger reflektierten – anthropologischen Annahmen. Der im kleinen Marburger Schüren-Verlag erschienene, von Richard Saage, Helga Grebing und Klaus Faber edierte Band befasst sich vor diesem Hintergrund mit einem eigentümlich vernachlässigten ideengeschichtlichen Thema mit hoher politischer Relevanz: den Menschenbildern und anthropologischen Prämissen einer der wichtigsten globalen politischen Strömungen des 20. und 21. Jahrhunderts. Der Band liefert hierbei Beiträge sowohl zum ideenhistorischen Verständnis als auch zur politischen (Selbst-) Verständigung. Er reflektiert, und dies durchaus spannungsreich, die historischen und gegenwärtigen Grundlagen und Orientierungspunkte sozialdemokratischen Denkens und politischen Handelns seitens mit ihr verbundener Wissenschaftler, Theoretiker und Denker. Dies ist von besonderer Aktualität zu einem Zeitpunkt, an dem sich nicht nur politische, sondern auch sozialwissenschaftliche Analysen der internationalen Sozialdemokratie insbesondere ihrer politischen Transformation widmen (jüngst James Cronin, George Ross, James Shock, Hg., *What's Left of the Left: Democrats and Social Democrats in Challenging Times*, Durham: Duke University Press, 2011). Die Frage nach zugrunde liegenden Menschenbildern adressiert insofern Schlüsselaspekte sozialdemokratischer Kontinuitäten und Zukunftsperspektiven in Zeiten dramatischen sozialen Wandels in einer teils prekär globalisierten Welt.

Das Projekt der Herausgeber ist ebenso innovativ und relevant wie ambitioniert. Man muss nicht der These zustimmen, dass es sich bei der «anthropologischen Frage» um eine «Jahrhundertfrage» (6) handelt. Doch ist es mehr als plausibel, so wie die Herausgeber reklamieren, dass die umfas-

1 Besprechungsessay zu Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber (Hrsg.), *Sozialdemokratie und Menschenbild: Historische Dimension und aktuelle Bedeutung* (Marburg: Schüren, 2012 [=Schriftenreihe der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus Bd.30]).

sende Frage nach dem «Wert des Menschen und seiner Menschlichkeit» für historische und zukünftige Debatten über sozialdemokratische Politik und Ideen von großer Bedeutung ist, und dies die Frage nach anthropologischen Grundlagen einschließt. Für die Herausgeber geht es nicht zuletzt darum zu taxieren und zu bewerten, «auf welchem spezifisch sozialdemokratischen Menschenbild das Fundament einer emanzipatorischen Politik in Zukunft gegründet sein kann.» (6) Herausgeber und Autoren des Bandes sind sich bewußt, dass es hierbei um eine – historische und aktuelle – Pluralität von Menschenbildern und Aspekte einer *conditio humana*, nicht um «ein» axiomatisches sozialdemokratisches Bild geht; obschon man sich gewünscht hätte, dass zudem weniger ausschließlich von «dem» Menschen die Rede wäre als auch, mit Hannah Arendt formuliert, von «den» Menschen in ihrer individuellen und aufeinander bezogenen Pluralität. Eine normative Klammer bildet dabei die von Herausgebern und Autoren geteilte sozialdemokratische Prämisse, dass die Würde und Freiheit der Menschen auf soziale Gerechtigkeitsprinzipien angewiesen sind und sich gegenseitig bedingen (10). Die Autoren untersuchen vor diesem Hintergrund die (ideen) geschichtlichen Entwicklungen, Herausforderungen und Perspektiven sozialdemokratischer Menschenbilder, wobei dem Band die Balance zwischen historischem Bewußtsein und aktueller selbstreflexiver Analyse in hohem Maße gelingt. Allerdings laufen sie beim Versuch, ein neues Forschungsfeld zu strukturieren, auch Gefahr, die Thematik zu überfrachten und dergestalt nicht ausreichend zu konturieren. Der Rezensent zählt nicht weniger als 30 Fragen, welche die Herausgeber in einer knappen fünfseitigen Einleitung stellen und von denen viele im weiteren Verlauf des Buches nicht weiterverfolgt, geschweige denn beantwortet werden. Zudem finden sich, bei aller legitimen normativen Parteinahme, bisweilen idealisierende Vorstellungen, ja ein euphemistischer Klang gegenüber dem Gegenstand; etwa, wenn apodiktisch behauptet wird, die Sozialdemokratie sei seit je und generell die «einzige politische Kraft» gewesen, «welche allen Varianten des Rassismus eine klare Absage erteilte.» (7) Dies tut der teils außerordentlichen Qualität der Einzelbeiträge, die im Übrigen durch ihre unterschiedlichen Perspektiven und Akzente das Forschungsthema besser profilieren als die Einleitung, keinen Abbruch. Wie die Autoren des Bandes zeigen, waren etwa eugenische, rassistische und antisemitische Diskurse keineswegs von je her und stets der Sozialdemokratie äußerlich – so wenig Sozialdemokratie historisch und aktuell außerhalb gesellschaftlicher Prozesse und Widersprüche zu lokalisieren ist.

Insbesondere der vorzügliche, überaus kenntnisreiche Aufsatz des politischen Theoretikers Richard Saage begründet eine ideengeschichtliche Forschung zu sozialdemokratischen Menschenbildern. Saage analysiert anthropologische Annahmen der Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich vor dem NS (und schließlich der Zerschlagung sozialdemokratischer Parteien durch den Nationalsozialismus 1933 respektive den österreichischen Bürgerkrieg von 1934). Dabei richtet er sein besonderes Augenmerk auf die Rezeption der Darwinschen Evolutionstheorie, die u.a. in sozialdemokratischen Theoriezeitschriften der Zwischenkriegszeit einen hohen Stellenwert genoss. Saage konstatiert insgesamt eine «überragende Bedeutung» dieses Theorie-

musters, und damit der Auseinandersetzung mit biologischen Entwicklungstheorien, zum Verständnis anthropologischer Annahmen der Arbeiterparteien SPD und SDAP bis 1933. Saage unterscheidet dabei zwischen externen und internen Rezeptionsbedingungen der Darwinschen Evolutionstheorie. Zu ersteren ist die insgesamt politisch-kulturell herausgehobene, besonders breite bürgerliche Akzeptanz des biologistischen Sozialdarwinismus im deutschsprachigen Raum zu zählen. Jener begründete sowohl eine scheinbar naturwissenschafliche «Legitimation des ökonomischen Konkurrenzprinzips» (12) als auch rassistische und «rassenhygienische» Ideologien, vertreten u.a. von Chamberlain, Comte de Gobineau oder Hans Günther. Auf beides reagierte die Sozialdemokratie mit einer Gegenrezeption Darwinscher Entwicklungstheorien. Als interne Bedingungen versteht Saage den Kautskyschen Marxismus, der sowohl den Einfluss von Marx und Engels' Darwin-Rezpetion affirmierte als auch insgesamt eine «naturwissenschaftliche Fundierung des Fortschrittsgedankens» (14) reklamierte. Aufgrund der sozialdemokratischen Option für freie naturwissenschaftliche Forschung führte dies jedoch nicht zu einer parteidoktrinären Festlegung auf eine Evolutionstheorie; ja die Vorstellung vom «naturnotwendigen Fortschritt» selbst fand parteiinterne Kritik etwa durch Bebel, der praktisch vor einer Entsozialwissenschaftlichung sozialdemokratischen Denkens warnte.

Um das Feld näher zu beleuchten, untersucht Saage drei produktive Diskursstränge und -auseinandersetzungen, an denen sich anthropologische Konturen der Sozialdemokratie vor 1933 profilieren lassen. *Erstens* blickt er auf die sozialdemokratische Auseinandersetzung mit dem «rechten Sozialdarwinismus». Dabei konzentriert er sich auf die Repliken Kautskys und Otto Bauers. Diese insistierten, der Darwinsche «Kampf ums Dasein» sei nicht auf die Gesellschaft übertragbar, ja versage im Angesicht gesellschaftlicher Arbeit und Produktivität, obschon naturevolutionäre Vorstellungen anerkannt wurden und in der Arbeiterschaft auf fruchtbaren Boden fielen. Die Repliken opponierten insgesamt gegen eine «Verwandlung der sozialen Frage in eine biologische» (26), also die Ersetzung der sozialen Integration des Proletariats durch seine Ausgrenzung. Die mit solch sozialreaktionären Biologisierungen des Sozialen verbundenen Vorstellungen und Ängste vor einem Geburtenrückgang vermeintlich «genetisch hochwertiger» Menschenschichten sind indes weiterhin aktuell, wie Saage mit Verweis auf die Sarrazin-Debatte indiziert. *Zweitens* konzentriert sich Saage auf die Auseinandersetzung des «marxistischen Zentrums» mit dem sozialdemokratischen Linksdarwinismus, etwa bei Enrico Ferri. Saage betont, dass auch die (linksdarwinistische) soziale Analogie zu natürlichen Phänomenen durch das marxistische Paradigma des Mainstreams der Sozialdemokratie, getragen von sozioökonomischen Kategorienbildungen und historisch-materialistischen Argumentationsmustern, großenteils auf Ablehnung stieß. Trotz einer intensiven Diskussion kritisierten führende sozialdemokratische Vordenker ebenso die offene Flanke zur Rechtfertigung von Kolonialismus und zu rassenhygienischen Vorstellungen seitens der Linksdarwinisten. Zurecht betont Saage, dass sich die hegemoniale Differenz im Gothaer und Erfurter und schließlich im Görlitzer und Heidelberger Programm spiegele, welche die *gesellschaftliche* Emanzipation von Ausbeutung

und Unterdrückung, die kulturelle Imprägnierung der Menschen und das «absolute Primat der Bildung und Erziehung als interne conditio sine qua non der Emanzipation der Arbeiterschaft und der Gesellschaft insgesamt» (35) betonen. *Drittens* erforscht Saage Gemeinsamkeiten und Differenzen der sozialdemokratischen Anthropologie mit Varianten der Philosophischen Anthropologie von Scheler, Plessner und Gehlen. Relevante sozialdemokratische Thesen zur Verschränkung von biologischen und soziokulturellen Dimensionen messen dabei der stabilisierenden und emanzipativen Funktion von gesellschaftlichen Institutionen Bedeutung zu, ohne jedoch in den autoritären Institutionalismus und Fatalismus zu münden, der vor allem das Werk Gehlens prägte.

Saage taxiert so überzeugend und kenntnisreich «regulative Prinzipien einer Anthropologie» des demokratischen Sozialismus, die überwiegend eine Verpflichtung zu universellen Menschenrechten und das demokratische Postulat sozialstaatlich verbürgter Existenzsicherung sowie von Bildungschancen für alle begründen – in Absetzung zur Objektifizierung von Menschen im Rahmen des «Neuen Menschen» einer Diktatur des Proletariats oder rassistischer Eugenik.

Allerdings tendiert auch Saage dazu, die universalistischen Grundierungen sowie die «Immunität» der Sozialdemokratie gegenüber Rassismus und Antisemitismus zu überschätzen. Die «Historisierung» des Nationsbegriffs oder die explizite Kritik der «Rassenfrage» und eugenischer Maßnahmen der Sozialpolitik sind dafür keine hinreichenden Indikatoren. Auch wenn sie sich nur partiell mit metaphysisch aufgeladenem Nationalismus und ihm zugrundeliegenden Volksgeist-Ideen verbanden, so waren Minderheiten exkludierende kulturelle Homogenitätsvorstellungen und antisemitisch personifizierende Kapitalismus-Deutungen der Sozialdemokratie vor 1933 nicht konsequent äußerlich. Man denke auch an Kautsky selbst, der einst im Kontext seiner Religionskritik behauptete: «Je eher [das Judentum] verschwindet, desto besser für die Gesellschaft und die Juden selbst.» Und obschon sich die sozialdemokratische Mehrheit von kolonialistischen Projekten und Ideen der «Rassenhygiene» absetzte und statt dessen auf allgemeine materielle Verbesserungen zielte, so blieb die Kritik an RassenhygienikerInnen wie der deutsch-italienischen Sozialistin Oda Olberg (*Über die Entartung in ihrer Kulturbedingtheit,* München 1926) doch eher verhalten; Olberg hoffte bis zuletzt auf das «rassenhygienische Bewußtsein der Massen», das vom Nationalsozialismus lediglich instrumentalisiert werde. Nicht ganz überzeugend ist auch die scharfe Trennung, die Saage im Hinblick auf die politischen Implikationen der Darwin-Rezeption einerseits und die Offenheit gegenüber Vorstellungen von Rassenhygiene, Rassismus und Eugenik andererseits zu ziehen trachtet. Die Verbindungslinien sind nicht kausallogisch, sondern komplex; doch dass das ursprüngliche Paradigma der Evolutionstheorie «bis zur Unkenntlichkeit deformiert werden [musste], um es mit Rassenhygiene und Eugenik kompatibel zu machen» (18) und solch «sozialreaktionäre Umdeutung» (26) etwa von Austromarxisten wie Otto Bauer – selbst nicht frei von nationalistischen Ideen – dezidiert kritisiert wurde, verhinderte nicht, dass biologistische Adaptionen und die Biologisierung sozialer Differenzen mithin signifikanten Teilen des gesellschaftlichen Zeitgeistes entsprachen. Jene wirkten

bis hinein in die sozialdemokratischen Eliten und insbesondere ihre Wählerschaft. Rudolf Virchows früher Vorwurf, die sozialdemokratische Darwin-Rezeption ebne den Weg zu einem Terror-Regime, wiegt schwer, obschon jene Rezeption, wie Saage zeigt, äußerst vielschichtig und kontrovers war.

In einer historischen Skizze zu Kultur, Nation, Assimilation und Juden im austromarxistischen Diskurs zeigt Wolfgang Maderthaner seinerseits, insbesondere in der Auseinandersetzung mit Otto Bauer, dass sich die sozialdemokratische Bewegung in Österreich vor 1933 an einer «egalitäre[n] Utopie» im Sinne einer «Modernisierung und Zivilisierung der Massen» orientierte. (50) Das große wohlfahrtsstaatliche und sozialintegrative kommunale Projekt der regierenden Wiener Sozialdemokratie im *Roten Wien* der Zwischenkriegszeit, das soziale und kulturelle Grundlagen einer emanzipativen Vergesellschaftung und der Kulturalisierung des Individuums zu schaffen suchte, fand dabei breite Unterstützung und intellektuelle Solidarität seitens der Wiener Geistesgrößen der Zeit, von denen viele Juden waren. Maderthaner sucht das zeitweilig breite Bündnis von Arbeiterschaft, jüdischem Bürgertum, Sozialdemokratie und kritischer Intelligenz im *Roten Wien* zu deuten und fragt nach deren theoretischer Begründung insbesondere durch jüdisch assimilierte Sozialdemokraten. Die SDAP verstand sich dabei als «(gegen)kulturelle Bewegung», die sich «die ästhetische, wissenschaftliche und politische Moderne» zu ihrem Programm machte (50). Ihre Ideengebung war, wie andere Teile der sozialen und kulturellen Elite Wiens der Zeit, insbesondere geprägt durch jüdische Intellektuelle und Kreative. Maderthaner greift in seiner Untersuchung auf die wegweisende Arbeit von Jack Jacobs (*Sozialisten und die ‹jüdische Frage› nach Marx,* Mainz 1994) und den Begriff der «nicht-jüdischen Juden Wiens» zurück, den der Ideenhistoriker Malachi Haim Hacohen in seiner einflussreiche und instruktiven Arbeit zu Karl Popper und dem Wien der Zwischenkriegszeit geprägt hat (*Karl Popper. The Formative Years, 1902–1945: Politics and Philosophy in Interwar Vienna,* New York: Cambridge University Press, 2000). Geprägt waren die «nicht-jüdischen Juden Wiens» zu großen Teilen insbesondere vom kosmopolitischen und zugleich nationalistischen, vom Assimilationsdruck bestimmten Traum, dass die Juden zu idealen Bürgern der jeweiligen Nation wurden, in der sie lebten – wesentlich unter Preisgabe ihrer jüdischen Identität.

In Zentraleuropa und in Deutschland profitierten Juden zweifelsohne von der politischen Moderne im Sinne der Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftung – der Freisetzung der Ware Arbeitskraft – und rechtsstaatlicher Modernisierung. Dies führte zu einer praktischen Assimilation, die, wie Maderthaner treffend anmerkt, von einer «kollektiven Imagination» geleitet war, die wenig Entsprechung in der Realität besaß: einer idealisierten deutschen Kultur und eines Deutschtums, das «die Prinzipien der Aufklärung, der Emanzipation, des Fortschritts, des gleichen Rechts, der Freiheit, der Kultur und nicht zuletzt der Bildung verkörperte.» (62) Schon Mitte des 20. Jahrhundert sollte sich zeigen, dass dies eine Phantasmagorie darstellte, und dass man den Juden das gleiche Recht nur auf Zeit gewährt hatte. Dass sich wesentliche Teile des österreichischen Judentums an «ihre eigene Projektion» assimilierten, spiegelt sich auch – wenn nicht sogar exemplarisch – in der politischen The-

orie Otto Bauers. Maderthaners Beitrag erschließt hierbei das sozialdemokratische Menschenbild in der Zwischenkriegszeit und dessen Prägung, insbesondere in Österreich, durch jüdische Denker. Doch gerade am Beispiel Bauers zeigt sich, dass es das vielfach Imaginäre, die kollektive Selbstprojektion ist, nicht primär die reale gesellschaftliche Interaktion, die seitens des Judentums erst den fragilen Komplex «jüdisch-deutscher Kultur» produzierte. Mit der nationalsozialistischen Verfolgung wurde schließlich auch Bauers hoch problematische, vom darwinistischen Argumentationsmodus beeinflußte politische Ideologie, Anthropologie und «integrative Nationstheorie» vollständig obsolet. Danach sei eine aus dem Prozess der Modernisierung eine kausale «Notwendigkeit» zur Assimilation abzuleiten, wobei die jüdische Nation den Charakter einer vormodernen, «geschichtslosen Nation» außerhalb des europäischen Zivilisationskanons aufweise und deshalb ihre überlebte kulturelle Identität «zunehmend an Integrationskraft einbüße.» (59)

Helga Grebing wendet sich in grundlegender Weise dem bestimmenden Menschenbild der deutschen Sozialdemokratie nach dem Holocaust zu. So rekonstruiert sie sowohl die entscheidenden Debattenstränge und Konfliktlinien innerhalb der Sozialdemokratie seit Beginn der Nachkriegszeit, als auch insbesondere die jeweiligen prägenden Parteiprogramme, die auf ihre politisch-anthropologischen Prämissen hin befragt werden. Dabei macht Grebing deutlich, dass gerade in der ersten Phase nach dem Holocaust eine widersprüchliche Mischung und heterogene Diskursstränge die rudimentären Konturen eines sozialdemokratischen Menschenbildes prägten, zwischen dem Festhalten an Marxscher Methode der Weltdeutung und dem Versuch der umstandslosen «Rückbesinnung» auf die «Kraft der Arbeiterbewegung» und ihr «Gemeinschaftsgefühl» einerseits und dem kritischen Bezug auf die NS-Diktatur andererseits. Stärkere Konturen bekamen Menschenbilder wieder mit dem Godesberger Programm, das die Auffassung spiegelt, dass Menschen das Produkt von Kultur sind, ihre Kultur in Wechselwirkungen aber auch prägen; dabei wird die Kantische Maxime betont, dass der Mensch nie nur Mittel ist oder sein darf – wie im totalitären Bolschewismus, der die Menschen zum bloßen Objekt von Sozialutopien des ‹neuen Menschen› machte. Aber auch in das Godesberger Programm fließen nachhaltige anthropologische Kontroversen ein, insbesondere zwischen einem von Otto Stammer und Waldemar von Knoeringen bestimmten sozialwissenschaftlichen Zugang und einem humanistisch-philosophiegeschichtlichen Ansatz, repräsentiert durch Willi Eichler und Grete Henry-Hermann. Der allgemeine gemeinsame Godesberger Nenner ist die These, dass Freiheit als vernünftige Selbstbestimmung bzw. Persönlichkeitsentfaltung und Gerechtigkeit, die auf den Sozialcharakter menschlicher Existenz verweise, einander bedingen.

Erst später wurden allerdings spezifische Fragen im Hinblick auf das Menschenbild der Sozialdemokratie angegangen, die sich aus der «nie verheilenden Wunde» Auschwitz (142) ergaben – etwa die Frage nach der Macht irrationaler Kräfte, die bis tief hinein in die Arbeiterbewegung wirkten und das spekulative Marx'sche Menschenbild grundsätzlich hinterfragten und reklamierten, «dass der Mensch viel mehr als der durch seine Bedürfnisse bestimmte homo oeconomicus» ist, grundsätzlich hinterfrag-

ten. (145) Das Berliner Programm schließlich, so Grebing, betont unter dem Einfluß der Arbeiten Erhard Epplers den «unaufhebbaren Wert des einzelnen Menschen» (147) eingedenk der solidarischen Verantwortung von Freiheit und der Grenzen von Gerechtigkeit. Dabei wird nun auch die Überwindung patriarchalischer Herrschaft zum sozialdemokratischen Ziel ohne jegliche Qualifizierungen in Bezug auf vermeintliche «psychologische und biologische Eigenarten der Frau» (Godesberger Programm). Grebing argumentiert triftig, dass heute zugleich die Marxsche Frage nach der Bedeutung menschlicher Arbeit für das Menschsein und die Frage ihrer Verteilung für Ideen der Gerechtigkeit im globalen Kontext post-industrialisierter und industrieller Menschenrechte eher an Bedeutung gewonnen denn verloren hat. Die politische Verortung, die anthropologische Begründung und der Stellenwert des Kampfes um globale Solidarität und universelle Menschenrechte, insbesondere gegenüber nationalstaatlichem Partikularismus, bleiben indes sowohl im Berliner Programm als auch bei Grebing weitgehend ausgespart. Doch handelt es sich hier um eine der Kernfragen für das Verhältnis von Menschenbildern und die Zukunft sozialdemokratischer Politik.

Man hätte sich zudem noch kritischere Fragen an die sozialdemokratische Nachkriegsgeschichte gewünscht, obschon Grebing indiziert, dass die scharfe Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus den «Willen zu einer Klärung der Bedeutung und der Rolle des nationalsozialistischen Rassenantisemitismus [verdrängte].» (135) So rezipiert Grebing etwa unkommentiert die «allgemeine Meinung» der frühen Nachkriegssozialdemokratie, dass die deutsche Kollektivschuldthese abzulehnen sei und diese einen «umgekehrten Nazismus» darstelle (134); ohne darauf hinzuweisen, dass diese Kollektivschuldthese in der Realität praktisch von niemandem erhoben wurde und der Bezug auf sie vornehmlich ein Entlastungsideologem darstellte, das auch die Sozialdemokratie politisch bemühte. Die Phantasmagorie vom Kollektivschuldvorwurf, fast omnipräsent in der frühen deutschen Nachkriegssozialdemokratie im Spiegel der Gesamtgesellschaft, hatte damals wie heute kaum die Funktion, ein kritisches Menschenbild zu entwickeln. Sondern die Zurückweisung jenes kollektiven Vorwurfs, der selbst nicht ernsthaft erhoben wurde, erlaubt(e) sozialpsychologisch das kollektive Sich-ins-Recht-Setzen einer vielfach verstrickten Gesellschaft, zu der auch Sozialdemokraten gehörten; ja die Zurückweisung implizierte zudem eine kollektive Opferstilisierung, die sich gerade in der Wendung vom «umgekehrten Nazismus» Bahn bricht, durch die man die deutsche Gesellschaft ideell mit den Opfern des Nationalsozialsmus' auf eine Stufe stellt und damit das historische Verhältnis von Tätern und Opfern nivelliert.

Mit den Beiträgen von Ansgar Beckermann und Klaus Faber wechselt die Untersuchungsperspektive von der historischen Rekonstruktion zur primär analytischen Diskussion, ohne geschichtliche Dispositive und Kontroversen aus dem Blick zu verlieren. Beckermanns Beitrag hat den etwas irreführenden Titel «Die Linke und das wissenschaftliche Bild vom Menschen.» In Wirklichkeit wird dieses umfassende Großthema hier nicht verhandelt, und würde zweifelsohne auch den Rahmen eines wissenschaftlichen Aufsatzes sprengen. Viel spezifischer diskutiert Beckermann einige spezielle wissenschaftstheoretische Diskursereignisse

und sich daraus ergebene Konfliktlinien im Kontext der Kontroverse um den Logischen Positivismus der 1920er Jahre und Kritische Theorie in den 1960er Jahren einerseits, und die aktuelle epistemologische Diskussion um neurowissenschaftliche Befunde und ihre Bedeutung für das «wissenschaftliche Bild des Menschen» (78) andererseits. Insbesondere kritisiert Beckermann Habermas, der als Akteur der frühen epistemologischen Diskussion und der gegenwärtigen Debatte als Bindeglied einer «linken» sozialwissenschaftlichen Haltung fungiert, welche die positivistische Vernaturwissenschaftlichung sozialer Phänomene und die schrankenlose Übertragung naturwissenschaftlicher Welterschlüsselungsmodi auf die Sozialwissenschaften moniert. Beckermann kritisiert vor allem Habermas' Kritik an der «szientistischen These», die die Welt als einen naturgesetzlich determinierten Kausalzusammenhang darstellt und meint, das Universum auch intersubjektiver Beziehungen und subjektiven Begründens und Handelns in toto erfassen zu können. Habermas, und mit ihm viele andere linke Geistes- und SozialwissenschaftlerInnen seit dem Positivismusstreit der deutschen Soziologie, affirmiere damit selbst einen Dualismus zwischen Natur- und Sozialwissenschaften, gegen den er eigentlich theoretisch opponieren müsste, und falle in eine schlechte Metaphysik zurück, die sich naturwissenschaftlichen Befunden schlicht entziehe.

Beckermanns interessanter und informativer, aber leider nicht ganz unpolemischer Aufsatz endet mit einigen eher kursorischen Bemerkungen zur vermeintlichen (Natur-) Wissenschaftsfeindlichkeit ‹der› Linken: «Auch die Linke sollte akzeptieren, dass die Naturwissenschaften zurecht darauf bestehen, gezeigt zu haben, dass auch Menschen rein natürliche Wesen sind, deren Verhalten durch komplexe neuronale Verschaltungen gesteuert wird.» (90) Nachdem Beckermann den konventionellen Antagonismus zwischen naturwissenschaftlichen Befunden zu neuronalen Grundlagen menschlichen Handelns und gesellschaftlich begründetem Handeln verantwortlicher Subjekte in Frage gestellt hat, scheint er an diesem Punkt selbst in eine naturdeterministische neuronale Steuerungsrhetorik zurückzufallen, die anschlußfähig ist an eine Fetischisierung von Natürlichkeit und Naturbegriff. Eben eine solchen Naturdeterminismus hat Beckermann zuvor als Mißverständnis der sozialwissenschaftlichen Kritiker gegenüber naturwissenschaftlichen Logiken dekonstruiert, um plausibel aufzuzeigen, dass die Perspektiven, aus der wir als natürliche Wesen oder als verantwortliche Personen erscheinen, deren Handeln auf Gründen beruht und durch Argumente beeinflußt werden kann, durchaus kompatibel sind. (88) Indes rät Beckermann ‹der Linken› durchaus auch dazu, gegenüber der Selbstinterpretation mancher Naturwissenschaftler darauf zu bestehen, «dass Menschen Wesen sind, die nach Gründen handeln,...dass sie Unrecht als Unrecht erkennen können, dass sie in der Lage sind, auch komplexe Verblendungszusammenhänge zu durchschauen, und dass sie darüber hinaus ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können, um gemeinsam für ein menschenwürdigeres Dasein zu streiten.» (90)

Klaus Faber befasst sich in seinem Aufsatz mit dem Spannungsfeld von kollektiver Identitätsbildung und anthropologischem Menschenbild – sowie insbesondere den politischen Implikationen einer kritischen Rekonstruktion dieses Verhältnisses. Auch das ist, mit Theodor Fontane gesprochen,

«ein weites Feld». Obschon Faber dieses einzugrenzen sucht, führt die von ihm selbst konzedierte Vielschichtigkeit und Komplexität des Themas zu zahlreichen interessante Thesen, wissenschaftlichen Argumenten (etwa zu Sprachräumen und Kontroversen der europäischen Anthropologie) und empirischen Befunden, wobei ein stärker gewichteter Fokus mithin hilfreich gewesen wäre. Die Lektüre des Beitrages ist indes überaus erkenntnisreich und strukturiert die Debatte. Neben grundlegenden und komparativen Einsichten in kollektive Identitätsbildungsprozesse und den sozialhistorischen Wandel von anthropologischen Menschenbildern richtet Fabers Aufsatz besonderes Augenmerk auf die deutsche kollektive Identitätsbildung und gesellschaftliche Entwicklung vor und nach dem Holocaust sowie die hohe Bedeutung, die das Verhältnis zur jüdischen Minderheit dabei spielt (94)—nicht zuletzt als entscheidender Gradmesser von Demokratisierung und post-konventioneller Selbstverständigung.

Nicht jeder von Fabers insgesamt gut begründeten und differenzierten These ist uneingeschränkt zuzustimmen. Während er einräumt, dass die Sozialdemokratie während der NS-Zeit im Exil der Bedrohung der Juden durch den NS-Staat «keine größere Aufmerksamkeit» widmete, könne in der «Gesamtbewertung» der SPD bei der Antisemitismusbekämpfung 1933 und danach «im historischen Rückblick kein Vorwurf» gemacht werden (97), da Art und Ausmaß auch international unterschätzt worden seien. Dieser Verweis auf den internationalen Kontext scheint mir nicht hinreichend, um die SPD vor 1933 und im Exil, auch eingedenk all ihrer Verdienste, von ihrer historischen Verantwortung freizusprechen. Auch ist es richtig, dass Faber die Komplexität ineinander greifender Entwicklungspfade bei der Herausbildung kollektiver Identitäten und ihrer politischen Mobilisierung betont, auch auf dem deutschen Weg in den NS-Staat und den Holocaust. Faber opponiert dagegen, einen Faktor zu isolieren. Doch erscheint es nicht gänzlich historisch triftig, dass vor allem eine ungesicherte und schwache reichsdeutsche Identitätskonstruktion im autoritär geführten Bismarck-Staat «kompensatorische Neigungen zur ideologischen Radikalisierung mit einer biologisch-rassistischen Argumentation» evoziert hätten (95). Wie Faber zurecht betont, gab es die hegemonialisierende Entwicklung zum rassistischen Antisemitismus schon lange vor dem Ersten Weltkrieg. Was er indes unterschätzt ist, dass eine erhebliche kompensatorische antisemitische Ideologisierung, gekoppelt an die Phantasmagorie einer kollektiv überhöhten und überlegenen deutschen «Kulturnation» der Reichsgründung, und damit der politischen Einheit mit ihrer schließlich schwächlichen bürgerlichen Repräsentanz, selbst vorgelagert war. Die breite antisemitische Kulturalisierung intellektueller, sozialer und politischer Räume reicht mindestens an den Anfang des 19. Jahrhunderts zurück, verkörpert u.a. in bürgerlichen Gruppen wie der Christlich-Deutschen Tischgesellschaft mit ihrer dezidiert antijüdischen Ausrichtung.

Faber zeigt anhand historischer Beispiele auf, dass kollektive Identitätskonstruktionen und –narrative einerseits in den meisten nationalen Erzählungen ein problematisches Verhältnis zur Wahrheit haben und sinnvoller Weise «dekonstruiert» werden sollten, andererseits aber solche Identitätskonstruktionen mitsamt ihren exkludierenden Mechanismen auch im post-industriellen, globalisierten Zeitalter des

21. Jahrhunderts Wirkungsmacht besitzen. Beispiele hierfür sind neue globale Antisemitismusbewegungen, neue Nationalismen, oder auch nationalpopulistische Parteien, die im Zuge der Eurokrise «fröhlich Urständ» feiern. Doch kollektive Identitätsbezüge, so reklamiert Faber, können auch und gerade im globalen Migrationszeitalter immer auch positiv beeinflußt und gesellschaftlich gestaltet werden, u.a. durch (geschichts-)politische Entscheidungen und Distanzierungen gegenüber «allzu groben Einseitigkeiten und Geschichtsverfälschungen zugunsten des eigenen Kollektivs.» (104)

Welche Bedeutung jene politische Beeinflußung kollektiver Identitätskonstruktionen hat, zeigt Faber insbesondere am Beispiel der komplexen Nachwirkungen «der rassenpolitischen Feindbestimmung und des daraus abgeleiteten Völkermords» (120) des NS in der deutschen Demokratie. Faber profiliert dabei eine wissenschaftliche Kritik der biologistischen Sarrazin-Thesen über muslimische Immigranten ebenso wie kollektivistischer antiwestlicher Konstruktionen bis hinein in aktuelle postkoloniale Debatten und Thesen, in denen die Dritte Welt kollektiv idealisiert und westliche Normen mithin pauschal des Orientalismus bezichtigt werden. Politisch nehmen in solchen identitätspolitischen Narrativen die USA und Israel zumeist a priori die Täterrolle und Länder der Dritten Welt mitsamt ihrer Regime kollektiv die Opferrolle ein. Antiwestliche kollektivistische Ideologeme, die sich oft auch als progressiv stilisieren, greifen dabei Dispositive auf, die mindestens bis auf das Kaiserreich zurückgehen.

Faber kritisiert zudem politische Defizite in der deutschen und europäischen Demokratie- und Menschenrechtspolitik, die, trotz eines verfassungsmäßig konstitutiven, am Begriff der Menschenwürde ausgerichteten Menschenbilds, teils mit eigenen problematischen Identitätsnarrativen verbunden sind. Sie zeigen sich auch daran, dass in Europa die Notwendigkeit der Antisemitismusbekämpfung nicht in angemessener Weise in Medien und (internationaler) Politik erkannt werde. Dabei werde Antisemitismus aus diplomatischen und taktischen Erwägungen häufig nicht als solcher benannt, selbst wenn Regime solchen staatlich fördern. In öffentlichen Debatten um deutsche Schuld und Politik spiegelt sich dies etwa in der antisemitischen These, dass Israel selbst schuld am Antisemitismus sei. Genauso wenig «könnte antiafrikanischer Rassismus mit der Existenz von schwarzafrikanischen Diktatoren erklärt werden. Es gibt grundsätzlich keine Rechtfertigung für Antisemitismus oder Rassismus, ebenso wenig wie etwa für Kindesmißbrauch oder Sklaverei.» (129f) Insgesamt münden Fabers Reflexionen im mehr als überzeugenden Plädoyer auch an die SPD, verstärkt neue Formen von Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus sowie andere antipluralistische, antidemokratische Formationen global und regional ernst zu nehmen und nicht als bloßen Ausdruck kultureller oder religiöser Eigenheiten zu reifizieren oder zu verharmlosen.

Instruktiv für den Blick auf die politische Rekonstruktion von Menschenbildern in gegenwärtigen politischen Prozessen sind zudem die den Band abschließenden Beiträge von Hans Misselwitz und Klaus-Jürgen Scherer, die Analysen von verschiedenen Teilaspekten des gegenwärtigen sozialdemokratischen Menschenbildes und aktueller Debatten beisteuern. Misselwitz erörtert kritisch die wirkungsmächtige Ideologie des Neoliberalismus im Sinne eines marktradikalen Gesellschaftsverständnis-

ses, das die Ökonomisierung aller Aspekte gesellschaftlichen Lebens «weit über das eigentlich ökonomische Feld hinaus» (167) vorantreibt. Misselwitz befasst sich insbesondere mit Legitimierungsstrategien des Neoliberalismus und seiner unterschiedlichen Vertreter im gesellschaftlichen Diskursfeld. Dabei richtet sich Misselwitz nicht nur kritisch gegen das neoliberale Model des *homo oeconomicus* als ungebundenes, verabsolutiertes Marktsubjekt. Sondern er diskutiert auch spezifische Angriffe auf die Legitimation des Sozialstaates und sozialer Gerechtigkeit, die Ungleichheit als Naturkategorie rehabilitieren – insbesondere die antiegalitarischen Rezepte der «Postliberalen», die selbst mit klassischen liberalen Menschenbildern brechen. Besonders bemerkenswert ist Misselwitzs Kritik an «Sloterdijks Anti-Egalitarismus», der in der offenen Aufkündigung des Sozialstaates mündet, oder die Kritik an Paul Noltes Begrenzung des Gerechtigkeitsbegriff, dem Nolte zufolge keine zentrale gesellschaftliche Rolle mehr zugestanden werden soll und der dabei allenfalls auf formale rechtliche Gleichheit reduziert wird. Dabei werde Ungleichheit als «gerecht» umdefiniert. Für Misselwitz ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie, auf diese ideologischen Kämpfe und die Folgeprobleme des Neoliberalismus eine konturierte Antwort zu geben. Anders als im Folgenden Klaus-Jürgen Scherer betont Misselwitz dabei einen signifikanten Unterschied zwischen dem Berliner Programm, das individuelle Verantwortung hervorhebt, und dem Hamburger Programm von 2007, in dem der Primat der Politik reüssiert und das explizit gegenüber der «Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische» opponiert – und damit der Ökonomisierung der Menschen ausdrücklich widerspricht, die der Kantischen Maxime, den Menschen niemals nur zum Mittel zu machen, entgegensteht.

Ein instruktiver Beitrag von Klaus-Jürgen Scherer über gegenwärtig konstitutive Dimensionen und aktuelle Debatten zum Menschenbild im Kontext der Sozialdemokratie schließt den Band ab. Scherer bezieht sich in seiner Darstellung von Facetten des sozialdemokratischen Menschenbildes vor allem auf Grundsatzprogramme und prägende Köpfe der Partei, von Erhard Eppler, Johannes Rau zu Peter Glotz und Wolfgang Thierse. Scherer reklamiert, dass die SPD zwar bereits im Erfurter Programm von 1891 einen entscheidenden Schritt vollzog zur Kritik von jeglicher Art von Ausbeutung und Unterdrückung und – durchaus im Sinne vor allem des jungen Marx – jeglicher Verhältnisse, in denen der Mensch ein unterdrücktes und geknechtetes Wesen ist, also nicht nur der Ausbeutung der Lohnarbeiter. Jedoch, so Scherer im Anschluß an Erhard Eppler, eine präzise Ausformulierung eines sozialdemokratischen Menschenbildes finde sich erst im Berliner Programm von 1989. Dem diesem zugrunde liegenden «Begründungspluralismus» und Grundwertebekenntnis wird der Mensch im Berliner Programm als individuiertes und gesellschaftliches Wesen beschrieben, das lern- und vernunftfähig ist. Dabei richtet sich das Berliner Grundsatzprogramm gegen ein «pseudowissenschaftlich begründetes, extrem pessimistisches oder naiv optimistisches Weltbild, wie es Diktaturen bevorzugen.» (172) Eine der Menschenwürde dienende verbesserte Ordnung rückte vollends ins Zentrum, was indes in den Programmbeiträgen in der SPD «der neunziger Jahre zumeist weder problematisiert noch unterfüttert, meistens gar nicht besonders er-

wähnt» wurde (173). So sei das sozialdemokratische Menschenbild seither in seinem Kern «unstrittig», wenn auch dessen Diskussion meist auf Vereins- und Universitätspublikationen (wie die vorliegende) beschränkt geblieben ist. Mehr und neue öffentliche Aufmerksamkeit erhielt allerdings die Frage nach dem kulturellen Selbstverständnis der Partei. Dergestalt wurden die anthropologisch beeinflußten Grundwertevorstellungen bereichert um eine explizierte «Kultur der Anerkennung» – im Kontrast zur «Deutschen Leitkultur» – und die Berufung auf die «jüdisch-christliche Tradition, den Humanismus, die europäische Aufklärung und die Marx'sche Geschichts- und Gesellschaftslehre» sowie seit dem Hamburger Grundsatzprogramm von 2007 auch die «arabische Kultur.» (175) Dies nun auch in der Hoffnung auf einen Dialog der Weltkulturen, der über die globale Vernetzung zu einem erweiterten Konsens über universale Grundwerte und Menschenrechte führen könne.

Die Debatte zu Kultur, so zeigt Scherer in plausibler Weise auf, ist exemplarisch dafür, dass zwar eine grundsätzliche, gesellschaftlich verankerte Programmdebatte zum sozialdemokratischen Menschenbild bisher ausgeblieben ist, sich die SPD allerdings gerade im neuen Jahrtausend an politisch-kulturellen Debatten und Konflikten beteiligte oder durch sie herausgefordert sah, die sowohl das sozialdemokratische Menschenbild affizierten als auch zur—nicht selten umstrittenen—konkreten Positionsbestimmung sozialdemokratischer Politik beitrugen. Vier Debatten greift Scherer heraus: Erstens, der marktbestimmte Modernisierungsdiskurs und das entsprechende Primat der Ökonomie unter der Regierung Schröder. Der damit verbundene politisch-diskursive Wandel führte letztlich, so Scherer, zu einem signifikanten, ja nachhaltigen Vertrauensverlust bei den Wählern. Die «neue SPD» der «Neuen Mitte», anfangs elektoral erfolgreich, distanzierte sich dabei unter dem Druck der mainstream-Diskurse zu Globalisierung und den Zwängen der Ökonomie implizit ein erhebliches Stück von der lebendigen, anthropologisch fundierten Kritik an der libertär-demokratischen Vorstellung vom Individuum als reinem Marktwesen, das nur als rational kalkulierender Egoist agiert. Auch Scherer prononciert hierbei wie Misselwitz die Kritik am «utilitaristischen» Menschenbild des *homo oeconomicus* (wobei die Verwendung des Utilitarismus-Begriffs sowohl bei Scherer als auch bei einigen Vordenkern der Sozialdemokratie Fragen aufwirft). In jedem Fall führte die Abkehr von sozialen Rechten und solidarischer Verantwortung als zentrale Begründungsmuster sozialdemokratischer Politik Scherer zufolge zur «Verunklarung des sozialdemokratischen Menschenbildes.» (182) Zweitens zeigten sich in innersozialdemokratisches in Kontroversen zur Biopolitik und Gentechnik wertebasierte Konflikte zwischen christlichen und säkularen Flügeln und Deutungsfolien. Diese Konflikte überlagerten mithin, dass eine Kritik der «Verbetriebswirtschaftlichung» der Genforschung ein gemeinsamer politischer Ansatzpunkt im Sinne eines sozialdemokratischen Menschenbildes sein könnte.

Drittens rückt zuletzt die Spannung zwischen programmatischen sozialdemokratischen Grundüberzeugungen und ihrer Wählerschaft erneut in den Blickpunkt, und dies insbesondere im Hinblick auf rechtsextreme, antisemitische und xenophobe Einstellungen. Jüngere Studien zeigen, dass ein signifikanter Anteil auch der SPD-Wähler «kein Bollwerk gegen Menschendiskriminierung» (188) ist, sondern autoritär-national-

protektionistische, anti-kosmopolitische und rechtsextreme Einstellungen teilt, die kaum von den Einstellungen im Bevölkerungsdurchschnitt abweichen. Zwar sind laut einer Studie von Oliver Decker, Elmar Brähler und Norman Geißler bei SPD-Sympathisanten Diktatur-Befürwortung, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des NS-Regimes unterdurchschnittlich repräsentiert, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus jedoch nicht. Fast jeder vierte SPD-Anhänger stellt sich mit einem deutschnationalen und autoritätsgebundenen Menschenbild in expliziten Widerspruch zu sozialen und universalistischen Normen, einschließlich demokratischer Prinzipien und universeller Menschenrechte. Schließlich gerieten Fragen des Menschenbildes der SPD ungewollt ins öffentliche Interesse durch die Debatte um den SPD-Politiker Thilo Sarrazin und dessen biologistische Thesen zu «nicht integrationsfähigen» muslimischen Immigranten. Zugleich ermöglichte die Kontroverse indes der SPD, so Scherer, in der Abgrenzung von Sarrazin ihr Menschenbild am Beginn des 21. Jahrhunderts öffentlich zu artikulieren, namentlich die Betonung «gleiche[r] Würde und Rechte für *alle* Menschen ohne Unterschied der Abstammung und unabhängig von ihrer Leistung und Nützlichkeit.» (192) Scherers Beitrag erhellt die letztlich konfliktreiche Profilierung eines sozialdemokratischen Menschenbildes im Kontext von Regierungshandeln und tagespolitischer Auseinandersetzungen, in denen es sich politisch zu bewähren hätte, dabei aber auch auf erhebliche Widerstände und Probleme stößt. Auch deshalb bedürfte es einer vertieften sozialdemokratischen und gesellschaftlichen Selbstverständigung über das Bild vom Menschen, wie Scherer zurecht betont.

So sehr menschenrechtliche, soziale und demokratische Ansprüche heute im globalen Kontext artikuliert werden und an Geltungskraft gewonnen haben mögen, ja zu unhintergehbaren politischen Referenzpunkten geworden sind und selbst von autoritären Regimen nicht mehr schlicht ignoriert werden können, so werden indes Menschlichkeit und Menschenwürde zugleich politisch-praktisch vielerorts fortwährend untergraben und verletzt; das globalisierte Zeitalter einer zunehmend weltweiten Sensibilisierung gegenüber Menschenrechten – als universalisierte, von einer großen Pluralität lebendiger Subjekte getragene Geltungsansprüche – bleibt somit zugleich ein Zeitalter ihrer tatsächlichen Mißachtung und kollektiver Verfolgungen von Minderheiten. Mehr noch: Selbst in postindustriellen konstitutionellen demokratischen Gemeinwesen ist die Betonung des individuellen «Wertes des Menschen» auch weiterhin immer wieder neuen Anfeindungen ausgesetzt. Dies zeigt sich u.a. in der Renaissance von naturalistischen und biologistischen Thesen, die sich u.a. im Aufstieg neurobiologischer Diskurse und der gesellschaftlichen Verallgemeinerung von verkürzt popularisierten Thesen der «Life Siences» kristallisieren, wie die Herausgeber des Bandes betonen; aber auch in der Mobilisierung kollektivistischer Differenzdiskurse und der Ethnisierung des Politischen und Sozialen. Jene reüssieren in verdinglichten Bildern von homogenisierten Kulturen, die offen abwertenden Charakter haben und nationalistische Exklusion legitimieren sollen, oder auch, wie Klaus Faber zeigt, in progressiv stilisierten Bildern vom «edlen Wilden» und einem damit verknüpften umgekehrten Orientalismus, der «die Anderen» als idealisierte Projektionsflä-

che konstruiert. Schließlich wird die Entsolidarisierung gegenüber unveräußerlichen mensch(enrecht)lichen Ansprüchen nicht zuletzt durch die ökonomische und ideologische Reduktion von Menschen auf reine Marktsubjekte im kapitalistischen Verwertungsprozeß befördert.

Auch vor diesem Hintergrund gewinnt die Diskussion über Menschenbilder und ihre Grundlagen neue politische Aktualität, und deren Reflexion in einer der bedeutendsten historischen und aktuellen gesellschaftlichen Strömungen der politischen Moderne an Gewicht. Im Angesicht der Leistungen und Fehler der europäischen Sozialdemokratie in Geschichte und Gegenwart wird sich ihre Zukunft nicht zuletzt daran entscheiden, welche Menschenbilder in ihr vorherrschen, welche Maßstäbe sie setzt, und welchen praktischen Beitrag sie zur Entfaltung freiheitlicher, demokratischer und solidarischer Subjektivität und Vergesellschaftung leistet, soll heißen: zur Befriedung militarisierter Konflikte, zur Bändigung eines global entfesselten Kapitalismus, zur Verteidigung menschenrechtlicher Ansprüche und zur Unterstützung demokratischer Bewegungen, Verfassungen und Institutionen. Obschon sich dabei einerseits kollektive demokratische Ansprüche und andererseits universalistische Rechts- und Gerechtigkeitsansprüche künftig weiterhin in einem konstitutiven Spannungsfeld bewegen dürften, wird der politische Ertrag sozialdemokratischer Akteure wesentlich davon abhängen, inwieweit sie in der Lage sind, ihr im Grunde universalistisches Menschenbild und eine solidarische Gesellschaftsvorstellung nicht bloß als nationale, sondern als globale, als kosmopolitische Aufgabe zu begreifen.

Der vorliegende Band beleuchtet in eindrücklicher, zumeist kritischer Weise historische und theoretische Facetten dieser Herausforderung. Er liefert Einblicke in die politischen Auseinandersetzungen um anthropologische Kategorien, die den individuellen Wert des Menschen ins Zentrum rücken und ihn zugleich als soziales und politisches Wesen (an)erkennen, und die keineswegs eine historische Selbstverständlichkeit darstellen. Das Buch fügt sich dabei zu einer heterogenen, vielfältigen und doch ineinander greifenden, beredten Studie zusammen. Dem Band ist jedenfalls eine breite Leserschaft zu wünschen, und zwar auch (aber nicht nur) unter denjenigen, die zu sozialdemokratischer Politik und ihren ideengeschichtlichen Grundlagen forschen.

Yves Clairmont

Vom Neoliberalismus zu viel und immer das Gleiche

Die Autoren des «Kulturinfarkt» fordern mehr Markt statt Musikschulen

«Der Markt wird's schon richten» ist einer der zentralen Glaubensgrundsätze neoliberaler Ideologie. Alle Lebensbereiche, die Deckung des Bedarfs an Waren und Dienstleistungen aber auch der Daseinsvorsorge des Menschen, wie die Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen würden besser organisiert, wenn sie durch die *unsichtbare Hand* des Marktes gelenkt würden, so das Credo. Doch sehen wir nicht erst seit der weltweiten Krise des Finanzmarktkapitalismus: Die *unsichtbar lenkende Hand* des Marktes ist nur deshalb unsichtbar, weil sie nicht existiert. Der Glaube an sie führt zu Katastrophen und Chaos, zu ökologischer Zerstörung, zu Spekulationsblasen, Wirtschaftskrisen und Hunger.

Neoliberale Eliten predigen uns zudem seit einigen Jahrzehnten schon einen ökonomisch definierten Individualismus, nach dem ein freier Markt unter Zurückdrängung staatlichen Einflusses auch dem einzelnen Menschen die persönliche freie Entfaltung garantiere. Die Voraussetzungen echter Freiheit des Individuums werden von den neoliberalen Ideologen dabei ignoriert, bedeutet Freiheit doch, unbedrängt von Zwang entscheiden und handeln zu können. Ohne die Sicherung der materiellen Existenz des Menschen aber, die Gewährleistung eines Lebens mit einem Minimum an sozialer Sicherheit und der Möglichkeit von Teilhabe an der Gesellschaft, kann individuelle Freiheit nicht gelebt werden. Freiheit zu predigen, die nicht auch den Schutz des Einzelnen vor den sozialen Zwängen, die ihn bedrängen, berücksichtigt, ist ein hohler Fetisch. Wer, wie die Neoliberalen, Deregulierung in Demokratien als Wert an sich fordert, schränkt sukzessive auch die regulativen Möglichkeiten ein, Menschen vor Zwängen, namentlich auch sozialen Zwängen, zu schützen. Das marktzentrierte neoliberale Freiheitsverständnis führt daher nicht zur Emanzipation des Individuums, sondern fördert lediglich (nicht mehr durch staatliche Hemmnisse gehinderte) Egoisten, die sich legitimiert sehen, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern.

Noch nie in der Menschheitsgeschichte ist es wohl in einem so schamlosen Ausmaß zu der Ausplünderung der Allgemeinheit gekommen, wie angesichts der derzeitigen Krise des Finanzmarktkapitalismus: Ein kleiner Kreis von Profiteuren hat es vermocht, ohne Gegenleistung die durch Finanzmarktspekulation verursachten Billionen-Verluste zu sozialisieren und auf die Staaten abzuwälzen. Heute tragen die Arbeitnehmer, die Rentner und die wachsende Zahl der Arbeitslosen – besonders schmerzhaft in Europas Süden – diese Lasten. Die Staatsfinanzen sind zerrüttet, die Refinanzierungsmöglichkeiten vieler Länder gefährdet. Die Profiteure des neoliberalen Mainstreams haben ihr Spiel schamlos überreizt. Man würde also denken, die gegenwärtige Krise hätte die neoliberale Ideologie endgültig und dauerhaft diskreditiert.

Doch markthörige Publizisten sind schon wieder in der Offensive und werben dafür, die Gestaltungsmöglichkeiten der demokratischen Staaten noch weiter zu Gunsten des Marktes zu reduzieren. Ist in den Demokratien aber das Volk der Träger der Staatsgewalt, so dominieren am Markt die großen Kapitaleigner mit ihren privilegierten Durchsetzungsmöglichkeiten. Mit ihrer besseren Kapitalausstattung können sie sich jegliche kaufbare Ressource sichern, die ihnen einen Vorsprung gegenüber anderen verschafft; sei es besseres Know-how, modernste Technologie oder der beschleunigte und bevorzugte Zugriff auf lukrative Investitionen. Die immer stärkere Zurückdrängung des Staates zugunsten des Marktes ist somit nicht nur eine soziale und ökonomische Gefahr, sie bedingt auch einen schleichenden Prozess der Entdemokratisierung und Oligarchisierung. Politische Freiheit nimmt durch die wirtschaftliche Liberalisierung und Entfesselung des Marktes sukzessive ab, weil sie zu einer einseitigen Konzentration der Gewinne und Macht bei ökonomischen Eliten führt.

Nationenübergreifende europäische demokratische Regulation kompensiert die Verluste an (national-)staatlicher Handlungsmacht zugunsten des Marktes bislang nicht. Im Gegenteil, die jüngste Offensive neoliberaler Ideologie trägt gerade auf der Ebene der derzeit durch Mitte-Rechts-Regierungen dominierten Europäischen Union realpolitische Früchte: Der Europäische Fiskalpakt soll nun zur *Beruhigung der Finanzmärkte* gar den demokratisch legitimierten Volksvertretern ihr Budgetrecht nehmen.

Colin Crouch bezeichnet die Zustände, in welche die westlichen Demokratien durch die Vorherrschaft der Neoliberalen mittlerweile eingetreten sind, bereits mit dem Terminus der «Postdemokratie».

Nur scheinbar harmlos ist es daher auch, führt man sich diesen Generalangriff neoliberaler Ideologen vor Augen, wenn der Staat kulturpolitisch zurückgedrängt werden soll, wie es nun ein Reigen markgläubiger Unternehmensberater und Kulturmanager in ihrem Buch «Der Kulturinfarkt – von allem zu viel und überall das Gleiche» fordert. Die vier Autoren Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel und Stephan Opitz verlangen einen weitgehenden Rückzug des Staates aus der gegenwärtigen Kulturförderung. Ihre kulturpolitische Losung lautet Privatisierung und Angebotsverknappung; so solle Deutschland genau die Hälfte seiner bisher öffentlich geförderten Kulturinfrastruktur aufgeben. (Warum die Zahl der Kultureinrichtungen ausgerechnet halbiert werden müsse und nicht besser nur ein Drittel, gleich zwei Drittel oder gar neun Zehntel wegfallen solle, erweist sich indes als von den Autoren willkürlich festgelegt.)

Dass Alleinstellungsmerkmale Deutschlands als Kulturnation – wie die aus deutscher feudalistischer Kleinstaaterei und bürgerlichem Bildungsenthusiasmus erwachsene einmalige Theaterlandschaft – schlagartig zusammenbrechen würden, bekümmert die Verfasser ebenso wenig wie die Tatsache, dass die öffentlichen Kultureinrichtungen in den letzten Jahren schon einem enormen Spardruck ausgesetzt waren und es der Position, in der Kulturförderung Mittel zu streichen, vor diesem Hintergrund gänzlich an Originalität mangelt. Die Autoren diffamieren die öffentliche Kulturförderung als eine «Couch», auf der privilegierte kulturelle Einrichtungen es sich bequem machen könnten; ein grobes Zerrbild, sieht man sich das Engagement der meisten Kulturschaffenden an, die häufig für ihre künstlerischen Anliegen unter

Sparzwängen zu einer enormen Selbstausbeutung bereit sind. Was hier von den Autoren mit der Attitüde des mutigen Tabubruches vorgetragen wird, ist nichts weiter als der alltägliche langweilige Mainstream der Markthörigkeit, hat jedoch mit den Realitäten im Kulturbetrieb herzlich wenig zu tun.

Sie suggerieren, *das Alte* müsse zerstört werden, damit Neues entstünde, als gäbe es neben den öffentlichen Kultureinrichtungen nicht in ideeller Nähe und wechselseitiger Befruchtung immer auch eine funktionierende freie Szene. Der freien Theatergruppe wird es nicht besser gehen, wenn man das große Schauspielhaus am Ort schließt; ist das Schauspielhaus aber erst einmal geschlossen, ist es ein für alle Mal weg und die Kunstform Theater dauerhaft geschwächt.

Haselbach, Klein, Knüsel und Opitz meinen, die staatliche Kulturförderung sei «angebotsfixiert» und orientiere sich nicht an den «Konsumenten» von Kulturangeboten. Sie wünschen hingegen nachfrageorientierte Wertschöpfung am (Kultur-)Konsumentenmarkt. Kulturelle Bildungsangebote vorzuhalten – Musikschulen, Bibliotheken, Staatstheater etc. – erachten sie gar als «vordemokratisch», weil diese angeblich nicht von dem vorhandenen Publikum ausgingen, sondern *Konsumenten* an ein – den Autoren suspektes – staatlich erwünschtes Kulturangebot heranführen sollen.

Mit dem gleichen Argument jedoch könnte man auch das gesamte Schulwesen und die noch dem *humboldtschen Bildungsideal* verpflichteten Universitäten als «vordemokratisch» brandmarken. Schließlich versuchen diese in viel stärkerem Maße noch als staatliche Kulturangebote, Menschen an ausgewählte Bildungsinhalte heranzuführen und im besten Fall so zu prägen, dass sie zu selbstbewussten und gesellschaftlich urteilsfähigen Bürgerinnen und Bürgern werden. Würde der Staat nicht in dieser Weise Verantwortung für die Bildung seiner Bürgerinnen und Bürger übernehmen, würden wir zweifelsfrei zivilisatorisch in sehr kurzer Zeit schon auf vorgeschichtliches Niveau herabsinken. Die Verteilung von Bildungszugängen wäre von den sozialen Ausgangsbedingungen her so asymmetrisch, würde der Staat nicht durch seine Angebote ausgleichend wirken, dass Analphabetismus innerhalb kürzester Zeit wieder ein Mehrheitsphänomen wäre.

In eben diesem Auftrag, Verantwortung für die Bildung seiner Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen, damit diese ihre Talente als reflektierte Citoyens in das Gemeinwesen einbringen können, liegt auch die große Bedeutung der staatlichen Kulturpolitik: Sie soll Bürgerinnen und Bürgern Teilhabe an der geistigen Welt ermöglichen und sie ermutigen, nicht zu schlichten, unkritischen und marktgängig funktionierenden Chargen herabzusinken. Sie schafft Orte für das lebenslange Lernen und dem Denken Freiräume von der dogmatischen Logik der Mehrwerterzeugung.

Und der Staat ist in seinem eigenen Interesse gut beraten, mit seinen staatlichen Bildungs- und Kultureinrichtungen Orte zu fördern, und zu erhalten, wo das Denken jenseits stromlinienförmiger Marktdiktate möglich ist: Die Universitäten, Museen und Theater sind Foren der gesellschaftlichen Entfaltung; sie sind geistige Labore des menschlichen Zusammenlebens. Sie geben den Raum, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu verhandeln – Fortschritt zu denken. Zöge der Staat sich aber hier aus der Verantwortung zurück, würden viele Angebote für die Nutzer nicht mehr bezahl-

bar. Brächen die kulturellen Einrichtungen gar gänzlich weg, würden unsere Städte zu öden Shopping-Malls und gesellschaftlich herrschte bloße Fantasielosigkeit.

Den staatlichen Bildungs- und Kulturinstitutionen einen Mangel an Demokratie vorzuwerfen, ist schon deshalb unzulässig, weil diesen ja keine politischen Direktiven vorgegeben werden, sondern der Staat lediglich für sie materielle Freiräume schafft. Es wird auch keiner gezwungen, diese Angebote wahrzunehmen. Zu dem Urteil, es sei «vordemokratisch», wenn eine Demokratie Orte der Zusammenkunft, gemeinschaftlicher Kreativität und Verständigung fördert, kann in dieser Weise nur kommen, wer Demokratie mit grundsätzlicher Staatsfeindlichkeit verwechselt. Demokratie aber entsteht gerade dadurch, dass die Bürgerinnen und Bürger sich in die Gemeinschaft einbringen, und sie stirbt, wenn staatliche Institutionen des Ideen-Austausches, der Debatten und gemeinschaftlichen Kreativität abgelehnt oder bekämpft werden. Anders als es etwa in Margaret Thatchers neoliberaler Losung zum Ausdruck kommt, nämlich «there is no such thing as society. There are individual men and women, and there are families", bedarf ein demokratisches Gemeinwesen der sozialen Verbundenheit der Menschen, die in ihm leben. Eine Gesellschaft begegnet sich selbst in seiner Kultur und findet in ihr Zusammenhalt. Vereinzelung im Egoismus hingegen ist keine Voraussetzung von Demokratie, sondern ihr Ende. Es braucht für die Demokratie den Willen großer Teile der Bevölkerung, an den Diskursen der Gesellschaft teilzunehmen, ihre Bereitschaft das eigene Lebensumfeld mit zu gestalten und auf diese Weise Demokratie zu leben. Die durchgängigen Ressentiments der Kulturinfarkt-Autoren gegen den Staat hinterlassen vor diesem Hintergrund einen äußerst bitteren Beigeschack.

Die wirkliche Entdemokratisierung der Kulturförderung schlagen vielmehr die Kulturinfarkt-Autoren selber vor. Sie fordern, private Spenden sollten an die Stelle der bisherigen Kulturförderung treten. Als Anreiz für die privaten Spender sollten die Ausgaben steuerlich absetzbar sein. Vermögende Einzelpersonen, statt des demokratischen Staates, sollen also entscheiden, was an Kultureinrichtungen bewahrt wird, was wegfallen soll, was neu entsteht. Finanzieren soll die öffentliche Hand die private Kulturförderung durch Steuernachlässe, aber Einfluss nehmen dürfe sie nicht mehr. Die demokratisch gelenkte öffentliche Hand zu kastrieren und fortan Oligarchen zu überlassen, was kulturell noch stattfinden darf, mag dann in der Tat nicht mehr «vordemokratisch» sein – es ist jedoch vollkommen *postdemokratisch*.

Geförderte Kultur soll, anders als die vier Polemiker es wünschen, nicht allein existierende Nachfragen bedienen, sondern sie soll gerade auch einen Gegenpol zu konsumistischen Heilsversprechen bieten und Prozesse der Nachfrageerzeugung selbst auch kritisch hinterfragen können. Stimmt deshalb aber das Argument, dass die «angebotsorientierte» öffentlich geförderte Kultur sich nicht an den Bedürfnissen des Publikums orientieren würde? Durchaus nicht: Erreichten die unbestritten populäre erste und zweite Fußball-Bundesliga 2008/2009 zusammen einen Besucherrekord von rund 17,5 Mio. Stadionbesuchern, so gingen mehr als 26,5 Mio. im gleichen Jahr ins Theater und davon rund 20 Mio. in die von den «Kulturinfarkt»-Autoren geschmähten Häuser in öffentlicher Trägerschaft. Ein Theater zu besuchen, ist in Deutschland eine popu-

lärere Freizeitbeschäftigung als die Arenen des hochbezahlten Profifußballs zu nutzen – auch wenn sich dieses in den Medien in der Regel anders abbildet. Dieses wäre wohl kaum möglich, wenn die öffentlichen Theater in der Weise an den Bedürfnissen des Publikums vorbei ausgerichtet wären, wie es die Autoren des «Kulturinfarktes» glaubhaft machen wollen.

Auch Fußball verschlingt dabei öffentliche Mittel – allein die Polizeieinsätze bei Spielen kosten den Staat einen dreistelligen Millionenbetrag. Womit wir bei einem weiteren Scheinargument der Infarkt-Diagnostiker wären: Sie behaupten, das System öffentlicher Kulturförderung sei nicht mehr finanzierbar und stünde «vor dem finanziellen Zusammenbruch».

Man kann sicherlich beklagen, dass viele Kultureinrichtungen unterfinanziert sind. Dass aber der Staat immer größere Schwierigkeiten hat, seine Aufgaben in diesem Bereich zu finanzieren, liegt nicht daran, dass diese Pflichten des Staates zu kostspielig wären, sondern daran, dass sich im Finanzmarktkapitalismus auf Kapitalseite ein parasitärer Stand entwickelt hat, der die Allgemeinheit nicht an Gewinnen partizipieren lässt, aber seine Verluste sozialisiert. Die Behauptung, kulturelle, bildende und soziale Leistungen der Staaten seien nicht mehr finanzierbar, ist angesichts der Billionen-Summen, mit denen die verrotteten Strukturen des Finanzmarktkapitalismus am Leben gehalten werden, nur noch obszön.

Es wäre zu begrüßen, wenn Haselbach, Klein, Knüsel und Opitz angesichts der beobachteten Unterfinanzierung über die Einnahmeseite des Staates – zum Beispiel eine substanzielle Finanztransaktionssteuer – diskutieren würden. Blanker Unsinn ist es hingegen, aufgrund des verschwindend geringen Anteils der öffentlichen Kulturausgaben an den Staatsfinanzen, diese zusammenzukürzen, um die Haushalte zu sanieren. Allein über die in letzter Zeit sinkenden Zinsen für deutsche Staatsanleihen spart Deutschland eine weitaus höhere Summe ein, als die öffentliche Hand insgesamt für die Kultur aufwendet.

Das Argument der Kulturinfarkt-Autoren, staatliche Kulturausgaben wären nicht mehr finanzierbar, ist aber in der Tat perfide, angesichts der Tatsache, dass immer größere Teile der Bevölkerung von der Nutzung der Kulturinstitutionen ausgegrenzt werden: Sie sehen sich mit dem parallel erschallenden Schlachtruf, *der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar*, in die Enge getrieben und finden aus materiellen oder – aufgrund ihrer Benachteiligung bei Bildungszugängen – soziokulturellen Ursachen oft nur schwer Zugang zu den kulturellen Angeboten. In einem Land, das in so starken Maße die sozialen Lasten den schwachen Schultern auferlegt, wie Deutschland, mag manchem – der zum Beispiel Transferzahlungen beziehen muss, gleichwohl er voll arbeitet – in der Tat Kulturförderung als *sinnloser* Luxus erscheinen. Die alte Arbeiterbewegung, welche als die historisch bedeutendste soziale Emanzipationsbewegung in dieser Frage wertvolles Erfahrungswissen bietet, hat sich jedoch immer auch als eine Kulturbewegung verstanden. Die Position der sozialdemokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung war nie, kulturelle Institutionen zu zerstören, nur weil das Bürgertum einen privilegierten Zugang zu ihnen hatte. Ihr ging es vielmehr darum, den Zugang zu diesen Institutionen und die Freude an ihnen diskriminierungsfrei jedem zu ermöglichen und so der Arbeiterschaft echte Teilhabe an der Gesellschaft zu eröffnen. Es gilt die

Ausgrenzung von der Teilnahme an den kulturellen Leistungen unserer Gesellschaft zu überwinden und nicht deren Einrichtungen. Haselbach, Klein, Knüsel und Opitz bekennen jedoch ganz offen, dass es ihnen darum geht, den Anspruch «Kultur für alle» zu Grabe zu tragen.

Dass die geförderten Kultureinrichtungen eine ausgrenzende Wirkung hinsichtlich der außerhalb der Förderung stehenden kulturellen Akteure hätten, wie es die Autoren meinen, ist ebenfalls unzutreffend: Schaut man sich zum Beispiel die öffentlichen Theater an, absorbieren diese vielmehr immer wieder und begierig das herausragende Personal der Freien Szenen und die am *Rand des Betriebes* entstehenden Formen und Innovationen. Die vorgebliche Stagnation, in die Kultureinrichtungen angeblich automatisch bei einer Förderung durch die öffentliche Hand verfallen, bleibt eine bloße, unbewiesene Behauptung der Kulturinfarkt-Autoren.

Selbstverständlich ist es nicht so, dass durch die öffentlich geförderte Kultur automatisch auch Qualität entstünde – die Autoren unterstellen deren Befürwortern fälschlich, sie gehorchten der Logik: «Weil wir fördern, ist etwas gut». Die Förderung ermutigt jedoch dazu, ästhetische Risiken einzugehen, und erlaubt (im ungünstigsten Fall) auch einmal an den eigenen künstlerischen Ansprüchen oder denen des Publikums zu scheitern. Dass die Kulturschaffenden in dieser Weise durch die öffentliche Förderung ermutigt werden, bedeutet ganz und gar nicht, dass sie sich nicht darum bemühen würden, für ihre Kunst ein Publikum zu finden; wie oben bereits ausgeführt wurde, finden sie dieses auch durchaus. Kein Kulturschaffender bei Verstand denkt, wie es die *Kulturinfarkter* behaupten: «Veranstaltungen, die ihr Publikum finden, können eigentlich gar nicht gut sein!» Nicht zuletzt die öffentliche Hand verlangt auf langfristige Sicht immer neben der Erfüllung eines künstlerischen Geltungsanspruches auch eine der Förderung angemessene Besucherzahl, andernfalls *wackeln* die Intendanten- und Direktoren-Sessel. Am Markt jedoch unterdrückt die Gefahr des materiellen Ruins ästhetischen Mut: Der Markt wirkt in dieser Weise als eine *Gehorsamsmaschine*. Wie fehl liegen daher die Autoren, wenn sie meinen, Kultureinrichtungen müssten vollkommen dem Markt ausgesetzt werden, denn «nur so» könnten diese «innovativ» sein. Marktradikal verseuchtes Denken ist nicht die Lösung, sondern bleibt die Ursache für den schwierigen Stand der Kultur in Deutschland.

Denis Newiak

Das Ende des Mangels

Warum der technologisch-wissenschaftliche Fortschritt ein neues Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell einfordert

«Seit etwa einem Jahr beschäftige ich mich mit dem Gedanken des mechanischen Gehirns», schrieb der deutsche Ingenieur Konrad Zuse am 20. Juni 1937 in sein Tagebuch.[1] In den folgenden Jahren entwickelte er mit der ersten durch Lochstreifen programmierbaren und auf dem Binärsystem aufbauenden Rechenmaschine, dem Z3, den Prototypen des modernen Computers. Die mechanische Apparatur monströser Ausmaße ermöglichte mathematische Berechnungen, von denen man bis dahin nur träumen konnte.

Diese technologische Revolution liegt nicht einmal ein Jahrhundert zurück. Heute befinden sich Rechner, deren unheimlich anmutenden Speicher- und Rechenkapazitäten bis vor Kurzem noch jede Vorstellungskraft sprengten, in fast jeder Hosentasche und dienen zugleich als multifunktionales Arbeitsinstrument und Unterhaltungszentrale mit unbegrenzten Einsatzmöglichkeiten von der Kinofilmproduktion bis zum weltweiten Forschungsprojekt. Zusammengeschaltet tauschen Computer riesige Informationspakete untereinander aus und bilden ein dynamisches Netz, das wie ein globales Gehirn immer mehr das Handeln und Denken der Menschen auf der Welt strukturiert. Diese Technologien ließen die menschliche Arbeitsproduktivität explosionsartig vervielfachen und ermöglichten so den Wohlstand und Lebenskomfort, den wir heute in den Industrieländern genießen. Und die Entwicklung scheint eben erst an Fahrt aufzunehmen, ein Ende des technologischen Fortschritts ist nicht absehbar.

Das «Mängelwesen» gegen den Mangel

Die Geschichte des Computers ist eine Geschichte vom Menschen, von seiner Kultur und seiner Wirtschaft. Der Soziologe Arnold Gehlen bezeichnet den Menschen in seiner philosophischen Anthropologie als «Mängelwesen», welches «innerhalb *natürlicher*, urwüchsiger Bedingungen [...] inmitten der gefährlichsten Raubtiere schon längt ausgerottet sein» müsste.[2] Zugleich befähigt aber die besondere Architektur des Gehirns den Menschen zu besonderen Sinneswahrnehmung, komplexen Bewegungsvorgängen und Assoziationsketten, die ihm in einer feindlichen Umgebung dazu geholfen haben, Werkzeuge, also Technologien, zu entwickeln, die den *strukturellen Mangel* an allem bewältigen können – nicht nur den eigenen Mangel an tierischer Kraft, sondern den Mangel an Nahrung, Wissen und Fortschritt, was erst menschliche Kultur ausmacht. Der Mensch ist ein «tool ma-

1 Konrad Zuse: Der Computer – mein Lebenswerk, Berlin/Heidelberg 2010, S. 38.

2 Arnold Gehlen: Philosophische Anthropologie und Handlungslehre, Frankfurt am Main 1983, S. 86.

king animal», ein Werkzeugwesen, welches Apparaturen erfunden und gebaut hat, um seine Bedürfnisse immer besser zu befriedigen und sich so von den Härten des Lebens im Naturzustand zu befreien.

Ökonomisch gesehen war der Mensch bis zur Moderne im Wesentlichen damit beschäftigt, seine Nahrung herzustellen. Durch die Nutzung immer kreativerer Technologien auf dem Land und im Handwerk konnte die Menschheit in weiten Teilen der Welt ihre Produktivität immer weiter steigern und so mehr produzieren, als sie zum Überleben dringend benötigte. Erst die so angelegten Nahrungsvorräte ließen hunderttausende Arbeitskräfte als menschliche «Megamaschine» (Mumford) Hochkulturen aufbauen, bevor der Mensch sein Glauben an die Götter aufgab und ihn in der Hoffnung auf ein Leben frei von den Zwängen des Mangels an Nahrung, Sicherheit und Erfüllung durch den (ebenso religiösen) Glauben an die Maschine ersetzte. Diese menschengemachten Maschinen dienen dem Menschen heute, um die Nahrungsmittelproduktion zur bloßen Formsache zu machen, Gebrauchsgüter des täglichen Lebens beinah ohne jedes menschliche Zutun vollautomatisch herzustellen – und seit der Entwicklung des Computers sukzessive selbst Denkprozesse zu automatisieren.

Die Geschichte des Menschen ist die Geschichte davon, wie der Mensch mit den von ihm produzierten Überschüssen, die sein Leben immer lebenswerter und komfortabler machen, lernt umzugehen. Dabei ist die Geschichte des Menschen eine Geschichte von Machtverhältnissen, welche Ausdruck dessen sind, wer über diese kollektiv erwirtschafteten Produktionsüberschüsse verfügt. Diese Geschichte ist eine Geschichte von Bemächtigungsverhältnissen, in welchen die gigantischen Überschüsse von einer bemächtigten Klasse angeeignet werden, die von der entmächtigten Klasse produziert werden, während die Produzierenden selbst nicht oder so gut wie nicht auf das von ihnen Erwirtschaftete zugreifen können.

Diese Geschichte ist nicht zu Ende – sie steht heute an einem Wendepunkt, an welchem menschliche Kultur eine grundsätzliche neue Form annehmen kann. Die historisch gewachsene, heute alle Vorstellungen übertreffende Arbeitsproduktivität aufgrund von Wissenschaft und Forschung lässt den Mangel, der seit Jahrtausenden den Mensch zum Wirtschaften zwang und den Kapitalismus unserer Tage rechtfertigen soll, zunehmend verschwinden und lässt zugleich den Ruf nach eine neuen Wirtschaftssystem, welches den neuen Anforderungen der hochproduktiven Gegenwart gewachsen ist, laut werden.

Veraltete Machtstrukturen

Während im Jahr 1800 noch neun von zehn Menschen der amerikanischen Bevölkerung damit beschäftigt waren, Nahrungsmittel zu produzieren und so das zentrale Grundbedürfnis der Menschen nach Nahrung zu befriedigen, waren im Jahr 1900 nur noch 41 Prozent der Bevölkerung im primären Wirtschaftssektor tätig.[3] Zum Jahrtausendwechsel waren es gerade noch 1,2 Prozent.[4] Doch der Nutzen dieses Fortschritts hält sich für die meisten Menschen in Grenzen – bis heute: Während eine relativ kleine Gruppe

3 Erik Brynjolfsson; Andrew McAfee: Race Against The Machine, Lexington 2011, S. 49.

4 Die Welt in Zahlen 2011, Anteil der drei Wirtschaftssektoren am BIP (Schätzwerte 2009), Hamburg 2010, S. 9.

von Menschen den Wohlstand der hochentwickelten Länder genießt, lebt der Großteil der Menschen in einer Armut, die angesichts der Möglichkeiten der Weltwirtschaft unserer Tage absurd anmutet: Eine Milliarde Menschen hungern, allein zwei Millionen Kinder sterben jährlich an Unterernährung,[5] «obwohl die Weltlandwirtschaft schon heute ohne Gentechnik problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren könnte», so der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler.[6]

Dieses Paradoxon hat seinen Ursprung in dem Wirtschafsmodell, welches zur Organisation der ersten Industrialisierungswelle und ihrer enormen Überschüsse seit einigen hundert Jahren Anwendung findet. Wirtschaft bedeutet im Allgemeinen zunächst das Eingeständnis, dass natürliche und produzierte Güter knapp sind und ihr Besitz und ihre Verteilung daher aufgrund einer Übereinkunft koordiniert werden muss. Während noch vor nicht allzu langer Zeit die erwirtschafteten Güter nur die unmittelbaren Lebensbedürfnisse stillen konnten, konnte der Mensch seine Produktivität im Laufe seiner Geschichte auf ein solches Niveau befördern, dass die erzeugten Güter sein Dasein förmlich *überschwemmten* – seitdem bestimmen Besitzklassen über das Prinzip des Wirtschaftens: zur Zeit der Sklavereien und Hochkulturen Könige und Herren, im Feudalismus die Eigentümer des Bodens und im bis heute bestehenden Kapitalismus die Besitzer von Produktionsmitteln – Maschinen und Kapital.

Dabei sind die Gegensätze zwischen den Interessen der Bemächtigten und denen der Entmächtigten unauflöslich – das gesamte menschliche Dasein leidet unter dem Antagonismus des Besitzes: Während das Kerninteresse der Eigentümer der gesellschaftlich relevanten Produktionsanlagen darin besteht, ihr Kapital zu vervielfältigen, indem sie ihre Produktionspotentiale – Maschinen und Arbeitende – zur größtmöglichen Auslastung bringen und die erzeugten Produkte auf dem sogenannten «Markt» gegen möglichst viel Geld tauschen, müssen die Beschäftigten diese von ihnen selbst produzierten Güter von ihrem stets möglichst minimalen Lohn vom «Markt» wieder zurückzukaufen. Umso knapper die Güter auf dem Markt, desto stärker steigen die Preise, und desto größer sind auch die Gewinne der Bemächtigten. Der Kapitalismus als Machtverhältnis des Wirtschaftens braucht also den Mangel, der eine Koordination der Güter aufgrund von Preisen und Märkten erst rechtfertigt. Verschwindet der Mangel, verschwindet auch die Daseinsberechtigung für den Kapitalismus.

Denn wo es keinen Mangel gibt, kann es kein Wirtschaften geben. So verwundert es nicht, dass die Weltwirtschaft ausgerechnet immer nach den Weltkriegen, in Zeiten des allumfassenden Mangels, zu unerwarteten Höhenflügen aufstieg, welche nur von erneuten Kriegen oder Krisen zunichte gemacht werden konnten. Die großen technologischen Erfindungen der Neuzeit waren stets Erfindungen für die militärische Megamaschine. Die Kriegsmaschinerie bindet damit nicht nur die für die Mangelverwaltung gefährliche Produktivität während der Produktion des Vernichtungsgeräts, sondern zerschlägt vor allem den Wohlstand, der im Anschluss wieder ressourcenintensiv

5 Welthungerhilfe: Zahlen zu Hunger und Armut, 13. Oktober 2010.

6 Jean Zielger: «Ein Kind, das heute verhungert, wird ermordet.», Interview aus der Germanwatch-Zeitung 4/2005.

aufgebaut werden muss. Diese Logik mündete Mitte des vergangenen Jahrhunderts in die verheerenden Menschheitskatastrophen, welche sämtliche kulturelle Entwicklung dauerhaft in Frage stellten.[7]

Ende des Mangels

Ernst Ulrich von Weizsäcker hatte den Anstieg der Arbeitsproduktivität im Vergleich zur Industrialisierung auf das Zwanzigfache beziffert, d.h. wofür ein Arbeiter vor 150 Jahren zwei Arbeitstage benötigte, kann er nun in einer Stunde erledigen. Seit Ende des zweiten Weltkrieges steigt die Produktivität der menschlichen Wirtschaft in Folge der Fortschritte in den Wissenschaften, dem Ingenieurswesen und der elektronischen Datenverarbeitung unaufhörlich: Hätte beispielsweise in der BRD im Jahre 1980 mit der gleichen Produktivität wie zu 1960 gewirtschaftet werden müssen, wären rechnerisch 25,5 Millionen mehr Menschen erforderlich gewesen, um das gleiche Produktionsvolumen zu erreichen (siehe Grafik «Technologisch bedingte Freisetzungseffekte»).[8]

Hauptverantwortlich für diese enormen Produktivitätsgewinne sind in erster Linie die dicht aufeinanderfolgenden technologischen Errungenschaften: Einst mechanisch betriebene Rechenmaschinen wie die von Zuse entwickelten sich zunehmend zu Superrechnern, welche ihre Leistungsfähigkeit alle 18 Monate verdoppeln und heute so wiederkehrende hochkomplexe Rechen- und Verarbeitungsvorgänge selbstständig durchführen; die qualitativen und quantitativen Entwicklungen im Flug- und Schienenverkehr sowie der individuellen Personen- und Warentransporte machen einst Wochen in Anspruch nehmende Reisen zur Formsache, lassen Transportkosten beinah gänzlich verschwinden und vertilgen den Raum zwischen den zu bereisenden Orten; auch die hypermobile Telefonie und der beinah in Echtzeit stattfindende Datenaustausch mit dem Internet an der Spitze der allumfassenden Informationserfassung und -vernetzung überbrücken nicht nur die räumlichen Distanzen, sondern automatisieren Wirtschaft und Gesellschaft als Ganzes; die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien machen die Menschen mittelfristig von fossilen Energieträgern unabhängig und bieten das Potential für die Erzeugung von Elektroenergie in theoretisch unbeschränktem Maße. All diese Entwicklungen bergen große Potentiale – doch unter den heutigen Wirtschaftsbedingungen könnten sie sich, wie die Geschichte gezeigt hat, zu neuen Menschheitsalpträumen entwickeln.

Armut statt Wohlstand

Diese endlose Liste der technischen Errungenschaften ließe sich noch mit Beispielen aus dem Bereich der Medizin, Architektur, Unterhaltungsindustrie etc. fortsetzen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in Folge des technologischen Fortschritts führt zu einer Freisetzung von menschlichen Arbeitskräften, welche zu einer historischen Angst der arbeitenden Bevölkerung vor der zunehmenden Mechanisierung führte. Dabei hätten doch die neuen Produktivitätsschübe das Potential, die Arbeitszeit der Menschen zunehmend zu verkürzen, die Belastung mit harter körperlicher und geistiger Arbeit zu verringern und so Freiräume für Freizeit

7 vgl. Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus, Frankfurt am Main 2009, S. 498–516.

8 Gerhard Mussel/Jürgen Pätzold: Grundfragen der Wirtschaftspolitik, München 2008, S. 75

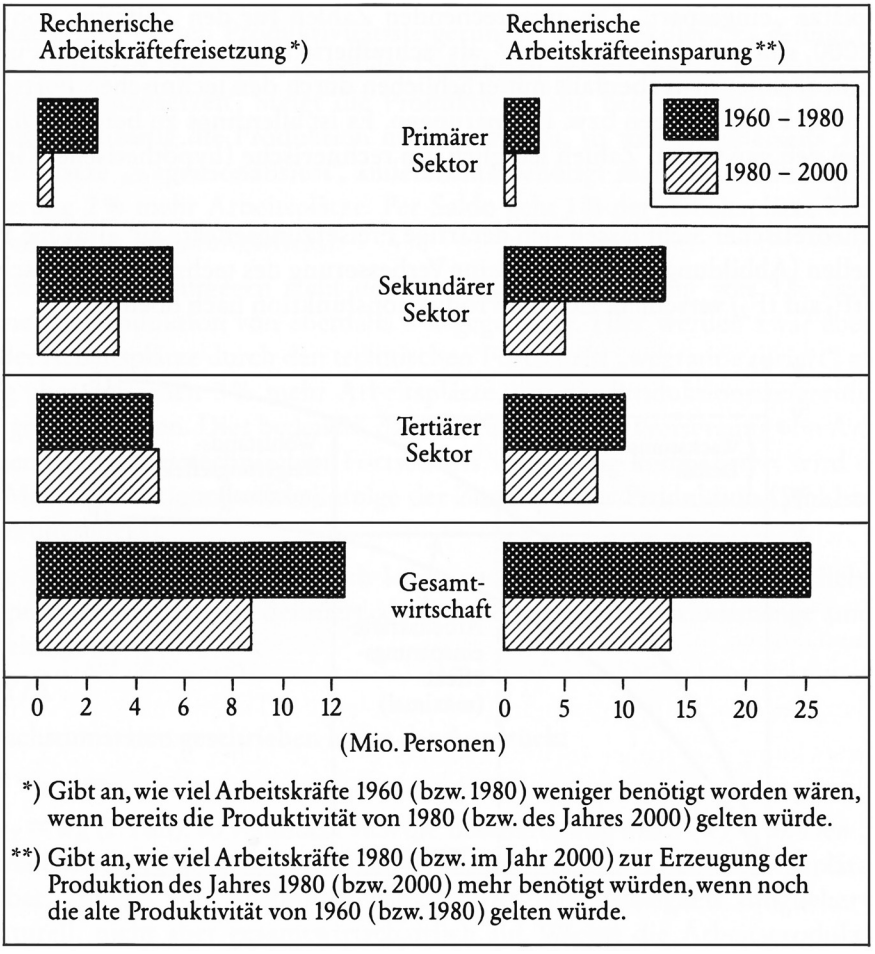

Abb. 1: Technologisch bedingte Freisetzungseffekte

und Freizeit, Menschlichkeit und Solidarität, Kunst und Kreativität zu schaffen.

Tatsächlich aber zeigt die historische Erfahrung das genaue Gegenteil: Laut einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 27. September 2007 ist die «gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität» in Deutschland innerhalb von 15 Jahren je Erwerbstätigenstunde zwar um 32,4 Prozent gestiegen, die Arbeitszeiten verkürzten sich hingegen um nur 7,4 Prozent, die Reallöhne sanken sogar um zwei Prozent.[9] Auch als 2011 die Wirtschaft «boomte», konnten

9 Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 27. September 2007.

die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger davon nicht profitieren, im Gegenteil: ihre Löhne schrumpften erneut.[10] Außerhalb der privilegierten «Wohlstandinseln» der Industriestaaten sind die Lebensverhältnisse ungleich erschreckender: Mindestens 2,5 Milliarden Menschen haben pro Tag weniger als zwei US-Dollar zur Verfügung.[11] Mehr als 215 Millionen Kinder werden weltweit zur Arbeit gezwungen,[12] während etwa die gleiche Anzahl erwachsener Arbeitssuchender arbeitslos ist.[13]

Die meisten Menschen auf der Welt müssen heute länger und härter arbeiten, als sie es noch zu vorkapitalistischen Zeiten mussten.[14] Zwar hat sich der Lebensstandard rechnerisch in vielen «hochentwickelten» Ländern zahlenmäßig erhöht, doch wer und in welchem Maße tatsächlich auf das «Bruttoinlandsprodukt» und das «Bruttonationaleinkommen» zugreifen kann, wer also in den gleichmachenden Statistiken von «Durchschnittseinkommen» tatsächlich zu den Siegern und Verlierern gehört, wird von den kapitalistisch Bemächtigten verschwiegen – die kürzlichen Streichungen zur «wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich» im Armutsbericht der Bundesregierung sind ein typisches Beispiel.

Tatsächlich profitiert vom technologischen Fortschritt und den mit ihm verbundenen Produktivitätsgewinnen nur die Klasse der Bemächtigten, während der Großteil der produzierenden Bevölkerung noch ärmer wird: Während sich beispielsweise in Deutschland 2007 das ärmste Zehntel noch tiefer verschulden musste als 2002 und weniger als nichts besaß, stagnierte das Eigentum bei 90 Prozent aller Menschen – einzig und allein das reichste Zehntel konnte sich über einen Vermögenszuwachs von 57,9 auf 61,1 Prozent aller Privatvermögen innerhalb von fünf Jahren freuen.[15] Armut und Reichtum wachsen ungebremst – und natürlich nicht nur in den Industriestaaten: Gerade die modern kolonialisierten «Entwicklungs- und Schwellenländer», die gegen den Tausch von Devisen die von uns verbrauchten Konsumgüter unter erbärmlichsten Lebensbedingungen produzieren müssen, sind nicht etwa souveräner oder reicher geworden, sondern werden von den kapitalistisch Bemächtigten in perfider Weise in Abhängigkeit und so in mörderischen sklavenähnlichen Verhältnissen gehalten. Die sich wiederholenden Brände in der fernöstlichen Textilindustrie, die allein im letzten Jahr tausende Menschen töteten, sind nur die sichtbarsten Symptome, die unzähligen Opfer von Arbeitsunfällen, Krebserkrankungen und Unterernährung bleiben in der Regel anonym. Die jahrzehntelang ausgezahlten hochverzinsten Kredite – getarnt als «Entwicklungshilfe» – haben die ärmsten Länder der Welt noch tiefer in Armut zurückgestoßen und die Abhängigkeit maximiert – so erweist sich selbst der Handel mit Armut, Krieg und Tod als profitables und renditesicheres Geschäft. Zumin-

10 Vgl. Karl Brenke/Markus Grabka: «Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt» in: DIW Wochenbericht 45/2011, S. 3-15.

11 The World Bank: World Development Indicators 2008, Poverty data, Washington 2008.

12 International Labour Organization (ILO): Accelerating action against child labour, Genf 2010.

13 International Labour Organisation (ILO): Arbeitslosigkeit bleibt weltweit auf Rekordhoch – trotz Konjunkturaufschwung, Pressemitteilung vom 25. Januar 2012.

14 vgl. Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus, Frankfurt am Main 2009, S. 34–41.

15 DIW Berlin: Wochenbericht vom 21. Januar 2009.

dest der Verzicht auf die Zinsen kann diesen Trend allmählich umkehren, ein Schuldenerlass würde für die betroffenen Länder die Chance auf wirkliche Souveränität bedeuten.

Die Entwicklung der ökonomischen Rahmenbedingungen und ihrer Institutionen hat mit dem wissenschaftlichen Fortschritt und der Erhöhung der Produktivität unseres Wirtschaftens nicht Schritt gehalten.[16] Der arbeitende Mensch wird zu einem historischen Verlierer, da er zunehmend nicht mehr in der Lage ist, seine Arbeitskraft auf dem übersättigten «Arbeitsmarkt» zu verkaufen. Wir denken intuitiv, dass die «freigewordenen Hände», die nicht mehr in der Lebensmittelproduktion oder Industrie benötigt werden, sich nun in logischer Schlussfolgerung der neuen technologischen Gegebenheiten anderen zweckmäßigen Aufgaben widmen können, beispielsweise einer Verbesserung der Bildungs-, Gesundheits- und Pflegesysteme, einer Stärkung von Kultureinrichtungen -programmen oder der zukunftsgewandten Forschung. Doch die Vertreter dieses rückständigen Wirtschaftssystems, mit dessen veralteten Mechanismen und Ansichten, werden das verhindern, solange es existiert.

Denn der totalitäre Kapitalismus unserer Gegenwart folgt genau zuwiderlaufenden Grundprinzipien: Während die Wirtschaft aufgrund der technologischen Entwicklung inzwischen einen immer größeren Bedarf an sehr gut ausgebildeten Fachkräften hat, die neue fortschrittliche Technologie entwickeln und bedienen können, sind die ökonomisch Bemächtigen dennoch nicht bereit, sich im erforderlichen Maße an den Kosten der oft staatlich organisierten Ausbildung zu beteiligen; weil keine politische Instanz die kapitalistisch Bemächtigten dazu verpflichtet, werden die Arbeitszeiten – wie kürzlich wieder bestätigt wurde, vor allem durch Überstunden, die aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes entgeltfrei geleistet werden müssen – wieder länger statt kürzer, Löhne stagnieren oder schrumpfen, statt zu wachsen. Bei einer wachsenden Arbeitslosigkeit wächst zugleich die Arbeitsbelastung unter der erwerbstätigen Bevölkerung, «Burn-Out» und Depression sind die neuen Volkskrankheiten. Die Bemächtigten selbst werden allumfassende Verbesserungen für die Produzierenden niemals freiwillig bewirken, weil das ihren Mehrheitsanteil an den Produktivitätsüberschüssen schmählern und den Mangel verkleinern würde. Profit und Mangel sind die Existenzvoraussetzung für das ökonomische System unserer Tage – und zugleich Geißelungen der Menschen, die ihn ihm Leben müssen. Der Kapitalismus dient dem Kapital, das heutige Wirtschaften den Machtinhabern der Wirtschaften, und niemandem anderes – damals, heute und in Zukunft.

Staatliche Versuche, den kapitalistischen Kernwidersprüchen zum Trotz, der Gemeinheit dennoch den Zugang zu zumindest einem Teil der Überschüsse durch die Schaffung öffentlicher Einrichtungen wie Schulen und Hochschulen, Gesundheits- und Altersvorsorge oder Kulturinstitutionen zu gewähren, werden bereits, bevor sie richtig gewirkt haben, unter der kapitalistischen Maxime einer «Verschlankung des Staates» zugunsten schuldenfreier öffentlicher Haushalte abgewürgt. Während der Reichtum der Bemächtigten bis ins Absurde wächst, wird der produzierenden Be-

16 Erik Brynjolfsson/Andrew McAfee: Race against the machine, Lexington 2011, S. 51.

völkerung eingeredet, sie hätte mit einem «Leben über ihren Verhältnissen» die Verschuldungskrisen selbst verursacht. Großangelegte mediale Hetzkampagnen gegen die «schwarzen Schafe» des Wirtschaftens wie Griechenland oder Spanien und eine allgegenwärtige Ideologisierung des gesellschaftlichen Alltags bewirken, dass sich mörderische Einschnitte in die mühselig erkämpften Sozial-, Kranken- und Rentenversicherungssysteme nun als Allheilmittel der «Haushaltskonsolidierung» verkaufen lassen, die doch nur darauf abzielt, selbst die letzten kläglichen Reste, die den Produzierenden an den Produktionsüberschüssen gewährt wurden, wieder den Bemächtigten, Banken und Großinvestoren zuzuführen.

Die globale Staatsschuldenkrise ist dabei symptomatisch für die Krise des staatlichen Handelns: Die zahlenmäßig monströse Ausmaße annehmende Verschuldung ist letztlich nur ein Versuch, zumindest einen Bruchteil der verschleppten gesellschaftlichen Produktivitätsgewinne der produzierenden Bevölkerung zugänglich zu machen – ein Agieren, das in der heutigen «Staatsschuldenkrise» zum Scheitern verurteilt wird. Zugleich traut sich kein Staat, die Bemächtigten, wenn sie schon nicht entmächtigt werden, wenigstens angemessen zu besteuern, also die Produktivitätsgewinne der Produzierenden zugunsten der Produzierenden selbst zumindest zum Teil «abzuschöpfen» – schließlich müsse ja auf die «Wettbewerbsfähigkeit» der «Wirtschaftsstandorte» geachtet werden. So sind Regierungen Marionetten der Bemächtigten des Kapitalismus, und die Produzierenden verbleiben ohne Zugriff auf das, was sie selbst erschaffen.

Die Perversionen der Mangelwirtschaft kennen noch mehr hässliche, unmittelbar erblickbare Gesichter: So werden wöchentlich Millionen Tonnen verzehrbarer Lebensmittel vernichtet; tüchtige Elektronik landet auf dem Schrottplatz oder wird als «Entwicklungshilfe» in weniger produktive Länder verschifft, um zu Lasten von Umwelt und menschlicher Gesundheit die Recyclingkosten zu sparen und neue Bedürfnisse zu erzeugen; Großunternehmen versuchen mit an Panik grenzenden aufdringlichen Werbe- und Marketingkampagnen, ihre den Markt überschwemmenden Produkte zu verscherbeln oder die Menschen mit Knebelverträgen zum Konsum zu zwingen; Kartelle entwickeln gezielt Produkte, die den technologischen Möglichkeiten der Zeit weit unterlegen sind, nur um kurz nach Einführung neue Konsumpotentiale zu generieren; Elektronikkonzerne berauben ihre Produktionsgüter pünktlich nach Ablauf der gesetzlichen Gewährleistungsfrist ihrer Funktionalität. Die Erkenntnis dieser beliebig verlängerbaren Liste kapitalistischer Absurditäten verstärkt sich zunehmend durch ein grassierendes berechtigtes Misstrauen gegenüber den stark bemächtigten ökonomischen Institutionen wie Großbanken, Hedgefonds, Großkonzernen und Wirtschaftsberatern – den Institutionen der Profitwirtschaft, in welcher nur die gewinnen, die Mangel vergrößern, und die verlieren, die produzieren.

Degradierung der «Nutzlosen»

Am Ende jedes Monats verkünden die Sprecherinnen und Sprecher der «Tagesschau» die aktuellen offiziellen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit. Im Februar 2013 waren diesen offiziellen Angaben zufolge etwa 3,2 Millionen Menschen «arbeitslos», etwa 18.000 mehr als im Vormonat und fast 46.000 mehr als vor einem Jahr. Da-

mit seien etwa 7,4 Prozent der Menschen in Deutschland ohne Arbeit. Tatsächlich spiegeln diese Zahlen die realen Lebensverhältnisse nicht wider. Statt der besagten drei Millionen bezogen nämlich zu diesem Zeitpunkt weit über sieben Millionen Menschen Arbeitslosengeld I, II, Sozialgeld oder Grundsicherung nach SGB XII[17], obwohl die meisten von ihnen sogar als «beschäftigt» gemeldet waren. Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse werden für die «Arbeitgeber» durch steuerfinanzierte Sozialleistungen subventioniert – zugunsten einer Arbeitslosenquote, die weniger schockiert. Weitere Millionen verschwinden als chronische Kranke, aufgrund von Arbeitslosigkeit verfrüht Pensionierte oder während sie von einer Arbeitsgelegenheit zur anderen rennen, aus den Statistiken.

Viel fataler aber als das monatliche «Lifting» der aktuellen Zahlen durch die Bundesagentur für Arbeit und die Massenmedien ist, dass diese Werte so gut wie nie in einen langfristigen Zusammenhang gestellt werden. Dass die Arbeitslosigkeit seit dem Nachkriegsaufschwung 1960 von einst einem Prozent stetig auf noch kürzlich 13 Prozent angestiegen ist[18] und auf diesem hohen Niveau stagniert, wird so gut wie nie reflektiert. Dabei lässt sich dieser allgemeine Trend auf der ganzen Welt nachweisen: In fast allen Ländern steigt die Arbeitslosigkeit seit Jahrzehnten kontinuierlich an. Statt in der Öffentlichkeit über die tatsächlichen Ursachen dieser Entwicklung zu debattieren, werden immer wieder die gleichen Ausreden und verunglimpfenden Erklärungen herangezogen. Menschen ohne Arbeit sind heutzutage die von den ökonomischen Entscheidungsträgern als «nichtsnutzig» und «überflüssig» Degradierten. Ihnen mangele es angeblich an «Eigeninitiative», «Durchsetzungsvermögen» und «Verantwortungsbereitschaft», sie seien meist nur «Sozialschmarotzer» und seien schlicht zu «faul» zum Arbeiten. Massenmedial werden Menschen ohne Arbeitsverhältnis als dumm, ungepflegt, asozial und gemeingefährlich inszeniert, um ihre Bestrafung durch die kapitalistischen Mechanismen gesamtgesellschaftlich zu rechtfertigen – die inflationären «Scripted Reality»-Formate unter Titeln wie «Mitten im Leben» und die sie ausstrahlenden Sender leben von solchen Verunglimpfungen.[19] Damit werden Menschen ohne Arbeit zunehmend nicht nur den Institutionen der staatlichen Armutsverwaltung wie den Arbeitsämtern gegenüber zur ständigen Rechenschaft verpflichtet, sondern müssen auch die harten Sanktionierungen des sozialen Umfeldes in Kauf nehmen. Aufgrund dieser systemischen Arbeitslosigkeit künstlich verarmte Menschen werden zu dauerhaften Bittstellern und finden sich – trotz der Bereitschaft zur Arbeit, einer guten Ausbildung oder einer beeindruckenden Biografie am Lebensabend – in der Rolle von Bettlern wieder, die um ihren gerechten Anteil am Produktivitätszuwachs geprellt werden. Dass die verschwindend kleine Minderheit unter diesen arbeitslosen Menschen, die zu einem Leben ohne Arbeit als Idealtypus bewusst steht und so provo-

17 Bundesagentur für Arbeit: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Februar 2013.

18 Bundesagentur für Arbeit: Der BA gemeldete Arbeitsstellen und Arbeitslosigkeit in Deutschland, 1950–2010.

19 Vgl. Denis Newiak: Mitten im Leben? Eine Analyse zu Ursprung, Formen und Folgen der Inflation von Factual-Entertainment-Formaten im deutschen privatwirtschaftlichen Fernsehprogramm am Beispiel des RTL-Formats Mitten im Leben. Seminararbeit an der Universität Potsdam 2011.

kativ auf die dramatisch veränderte Lebensrealität in einer hochproduktiven Wirtschaft mit ihren enormen auf Produktivitätsgewinnen fußenden Reichtümern und Überflüssen hinweist, im Rahmen massenmedialer und politischer Hetzkampagnen lauter werdende Forderungen ihrer Entfernung aus der Gesellschaft über sich ergehen lassen muss, weckt düsterste historische Assoziationen. Auf diese Weise werden Menschen, die von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind und ihren historischen Anspruch auf Wohlstandbeteiligung nicht einfordern können, von den kapitalistisch Bemächtigten zur neuen Klasse der gesamtgesellschaftlichen «Sündenböcke» erniedrigt, welche sich auf subtile Art in der historisch bekannten Rolle der allseitig Verfolgten und Verachteten wiederfinden müssen.

Angesichts der heutigen wirtschaftlichen Möglichkeiten, den perversen Einzelvermögen einer kleinen Elite von Superreichen und der Überschwemmung mit Konsumgütern, erscheinen die unzähligen an Pfändungen, Räumungen und Einschüchterungen zerbrochenen Existenzen als unerträglicher Zynismus unserer in sich widersprüchlichen Epoche. Der Wunsch wächst, dass diese historische Phase auf Grundlage einer extremen Produktivität, die nicht mehr zu unterschlagen oder zu leugnen ist, endlich überwunden werden kann. Und so wächst auch die Sehnsucht nach einer Zukunft, in der ein abgewirtschaftetes Wirtschaftssystem endlich ersetzt wird durch eines, welches unserer Zeit angemessen ist.

Ein neues Wirtschaften

Der Kapitalismus hat sich historisch erledigt; die in sich widersprüchliche «soziale Marktwirtschaft» ist bereits tot, bevor sie wirklich gelebt hat. Weil der Mangel sich nur noch unter größten Mühen aufrechterhalten lässt und die weltwirtschaftliche Produktivität so gestiegen ist, dass alle zentralen Bedürfnisse der Menschen auf Verpflegung, Sicherheit und Erfüllung gestillt werden können, hat der Kapitalismus keine Existenzberechtigung mehr – seine «Marktwirtschaft» ist am Ende. Doch damit ist nicht das «Ende der Geschichte», also der denkbaren technologischen und damit der gesellschaftlichen Entwicklung erreicht, wie es uns etwa Francis Fukuyama 1992 weismachen wollte. Im Gegenteil – das Wesentliche steht uns noch bevor.

Die Gegenwart, in welcher aufgrund von hochleistungsfähigen Maschinen und Verfahren die menschliche Arbeitskraft immer weniger benötigt und früher oder später gänzlich obsolet wird, ruft nach einem Wirtschaftsmodell, das unseren heutigen Zeiten angemessen ist und die Herausforderungen des Daseins bewältigen kann. Selbst unter kapitalistischen Bedingungen ließe sich das Leben durch spürbare Arbeitszeitverkürzungen, einen früheren statt späteren Renteneintritt, garantierte Lohnerhöhungen statt -kürzungen, ein ausgebautes statt verschlanktes Gesundheits- und Pflegesolidaritätssystem und eine leistungsstarke statt eingestampfte öffentliche Daseinsvorsorge mit günstiger genossenschaftlich oder öffentlich-rechtlich organisierter Energieversorgung, Wohnungserrichtung und Nahversorgung und kostenlosen, aus Steuermitteln finanzierten Bildungseinrichtungen vom Kleinkindalter bis zum Promotionsstudium noch wesentlich lebenswerter gestalten (die skandinavischen Länder könnten hier ein Vorbild sein). Das bereits vor seiner Erprobung von rechtskonservativen abgestrafte Konzept eines «bedingungslosen Grundeinkommens» würde

nicht all diese Probleme lösen, aber selbst in unserer widersprüchlichen Zeit für ein wenig mehr Gerechtigkeit sorgen. Doch selbst «linke» Regierungen rund um den Erdball konnten ihre begrenzten Machtressourcen gegenüber den kapitalistischen Bemächtigten nicht nutzen, um die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung spürbar und der neuen Produktivität entsprechend angemessen zu verbessern. Daher braucht es ein neues Wirtschaftssystem, welches die historischen unauflöslichen Kernwidersprüche des Kapitalismus hinter sich lässt und die Chancen der neuen Produktivität nutzt, damit wir endlich in einer wahren *sozialen Demokratie* leben dürfen.

Das «sozialistische Experiment» des 20. Jahrhunderts stellt sich dabei aus heutiger Perspektive als die zwangsläufige Auslebung der berechtigten Sehnsucht nach einem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem das, welches der so plötzlich eingetretenen Hochproduktivität gewachsen sein könnte. Die frühe Erkenntnis der arbeitenden Bevölkerung darüber, dass die kapitalistische Marktwirtschaft nicht dazu geeignet wäre, im Bewusstsein der Fortschrittsgeschichte auf die neuen Fragen einer rasant wachsenden Produktionswirtschaft zu antworten, war letztlich doch nicht stärker als die damals noch zu geringe Produktivität und des zu großen Mangels an allem in einer Industriekultur, die eben erst eine geworden war und auf ihre neuen Möglichkeiten noch nicht mit den geeigneten Instrumenten reagieren konnte. Die rasanten Veränderungen der menschlichen Kultur weckten berechtigte Begehrlichkeiten, ohne Mechanismen ihrer Verwaltung parat zu haben. Der Rückfall in den Staatskapitalismus in der DDR und der Sowjetunion sowie in den vielen unterentwickelten Ländern (die heute fataler Weise als «kommunistisch» bezeichnet werden, obwohl sie definitorisch genau das Gegenteil darstellen) sind die traurigsten Zeugen einer frühen menschlichen Sehnsucht nach einem Leben, das den hochproduktiven Verhältnissen angemessen ist. Dass sich diese rückständigen Gesellschaftssysteme zugleich eines fortschrittlichen Vokabulars bedienen und dieses beinah gänzlich «verbraucht» haben, macht es für Menschen heute schwieriger, ihren Ideen und Sehnsüchten nach einer lebenswerteren Zukunft geeignete Namen zu geben.

Doch was damals aufgrund einer zu geringen Arbeitsproduktivität nicht in Erfüllung gehen konnte, hat heute das Potential, eine neue menschliche Gesellschaft zu begründen: Die hochproduktive Gesellschaft braucht Mechanismen, die die Produktivitätsgewinne denjenigen zugänglich macht, die sie erwirtschaften. Diese Idee, was klassischerweise als Auflösung des Privateigentums zugunsten einer Umwandlung in Volkseigentum bezeichnet wurde, ist das Konzept eines *gemeinschaftlichen Wirtschaftens*, wobei die Produzierenden zugleich auch die Produktionsbemächtigten sind und sich so die Klassenantagonismen schrittweise auflösen. Die gestiegene Wirtschaftsleistung und die damit verbundene bessere Bildung erlauben es, heute erstmalig, diesen historischen Menschheitstraum endlich in Realität aufgehen zu lassen. Es wäre höchste Zeit.

Die Befreiung – eine Vision

«Dieses Säugetier kann aufgrund seiner kognitiven Fähigkeiten in den Kultur- und Gesellschaftszustand übertreten.» So könnte ein Rätsel in der berühmten US-amerikanischen Quizsendung «Jeopardy!» lauten. Die Antwort ist einfach. Vor allem, weil wir selbst Menschen sind: Unser Gehirn bewäl-

tigt ohne größere Schwierigkeiten komplexe Zusammenhänge, entwickelt in Bruchteilen einer Sekunde Szenarien zur Problemlösung und ist in der Lage, dem Menschen Selbstbewusstsein, Intelligenz und Kreativität zu verleihen.

Während bei den meisten Frage-und-Antwort-Spielen lediglich Faktenwissen abgefragt wird, sind die Anforderungen in der Sendung «Jeopardy!» höher: Komplexe Umschreibungen müssen die drei Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sendung mit einer passenden Frage beantworten. Während diese Sendung seit 50 Jahren unterhält, fragt sie mit jeder Ausstrahlung auf ein Neues: «Was ist der Mensch?»

Die Antwort auf diese Frage, die uns bis vor Kurzem noch so leicht gefallen wäre, wird uns zunehmend vor eine Herausforderung stellen. So stellte der IT-Hersteller IBM im Februar 2011 einem Live-Millionen-Fernsehpublikum vor, was nach Science-Fiction klingt: Ein Supercomputer, der mit menschlicher Stimme und ohne Zugang zum Internet die besten Spieler von «Jeopardy!» haushoch schlagen würde. «Watson» sollte der bessere Kandidat sein, ein in dieser Disziplin «besserer Mensch». Am Ende der dreiteiligen Sondersendung mit dem digitalen Mitspieler konnte «Watson» etwa 77.000 US-Dollar auf seinem Konto verbuchen. Seine lebenden Kontrahenten kamen nicht einmal auf ein Drittel dieser Summe. Die Maschine hatte den Menschen in einen dunklen Schatten gestellt.

Intelligenzbestie «Watson» beweist, was in diesem Artikel gezeigt werden sollte: Was einst waghalsiger Futurismus war, ist längt etabliertes Leben – zugleich werden die absurdesten Zukunftsutopien heute Realität. «Watson» ist nur ein Vorbote für hochintelligente Maschinen, die sich schon in naher Zukunft in ihrem Verhalten kaum merklich von einem Menschen unterscheiden werden, dafür aber keine Fehler machen und uns den Rest der verbleibenden Umformungs- und Denkarbeit auf der Welt abnehmen. Forschungseinrichtungen haben bereits Technologien entwickeln, mit welchen sich Übersetzungen vollautomatisiert innerhalb von 60 Fremdsprachen umsetzen lassen können, ohne dass ein merklicher Unterschied zu der Übersetzung eines Menschen herauslesbar wäre. Und das vollautomatische Auto wird wohl innerhalb von 20 Jahren Millionen von Personen- und Lastkraftwagenfahrern von ihren Aufgaben entbinden und damit nicht nur Transportkosten, sondern auch die Unfallquote auf ein Minimum drosseln – nach weltweit insgesamt 100 Millionen Verkehrstoten würde Transport endlich sicher werden. Bisher dienen diese Technologien noch den kapitalistisch Bemächtigten, indem sie den Hochgeschwindigkeitshandel mit «Wertpapieren» koordinieren, komplexe Kriegstaktiken ausführbar machen oder Arbeitsplätze vernichten, statt die Arbeitsbedingungen an die neuen Gegebenheiten anzupassen.

Doch zugleich bieten all diese Technologien die Möglichkeit, dass das erbärmliche «technologische Teenageralter», in welchem wir uns bis heute noch befinden – in welchem so viel möglich ist, ohne dass sich die Welt grundlegend «zum Besseren gewendet hat» –, endlich zu Ende geht. In einem menschlichen Wirtschaftssystem werden die menschlichen Erfindungen auch den Menschen selbst dienen, und nicht die Menschen den Bedürfnissen Einzelner.

Uns steht schon bald eine technologisch-gesellschaftliche Revolution bevor, die alles Bekannte umwälzen wird. Wenn der Kapitalismus einst gestorben sein wird und die Produktivität der Menschheit end-

lich wieder wachsen darf, ohne künstlichen Mangel erzeugen zu müssen, wird ein neues Wirtschaftssystem der Gemeinschaftlichkeit Zukunftsträume Wahrheit werden lassen: Entwicklungen im Bereich der Medizin und eine bessere Gesundheitsfürsorge werden die Lebenszeit der Menschen immer weiter verlängern, heute als «unheilbar» geltende (körperliche und psychische) Krankheiten schrittweise überwinden und das Leben für Junge und Alte lebenswerter machen; die Befriedigung aller Grundbedürfnisse, soziale Sicherheit und ein hohes Bildungsniveau werden die heute aus Armut, Hoffnungslosigkeit und Tristesse erwachsenden gesellschaftlichen Perversionen wie Kriminalität, Hass und Vereinsamung verschwinden lassen und den Menschen wirklich *menschlich* machen; schon heute erledigen Roboter komplexe Arbeitsvorgänge schneller, zuverlässiger und präziser als Menschen – schon bald werden uns humanoide Roboter nicht mehr nur alle ermüdenden und abstumpfenden Handgriffe abnehmen, sondern uns auch beim Erfinden und Nachdenken unterstützen. Die durch diese extreme Produktivität ermöglichten Entwicklungen in der Grundlagenforschung werden unser Verständnis unseres Daseins auf der Erde und im Universum auf eine neue Ebene stellen, bisher unbevölkerte Planeten beleben und uns sogar Expeditionen jenseits unseres Sonnensystems ermöglichen. Zugleich werden wir Menschen endlich mehr *leben* dürfen: *gemeinsam, füreinander.* In einer Zeit, in welcher wir nicht mehr zum Arbeiten genötigt werden, können Träume wahr werden, die man uns heute noch als berechtigte Hoffnungen verbieten möchte.

«Wenn die wirtschaftliche Frage gelöst ist, wird die Menschheit eines ihrer herkömmlichen Zwecke beraubt sein. [...] Müssen wir nicht einen allgemeinen ‹Nervenzusammenbruch› erwarten?», fragt John Maynard Keynes, der die abendliche Röte der Arbeitsgesellschaft bereits 1930 am Horizont erahnen will.[20] Tatsächlich lebte der Mensch einige Jahrtausende lang unter der obersten Prämisse, sich selbst als *homo faber*, als arbeitendes Wesen zu verstehen. Nun ist die Zeit gekommen, mit dem Ende des Mangels und dem so ermöglichten Ende des Arbeitens – des Zwangs zum Produzieren von Konsumgütern und Dienstleistungen – auch das *Ende des Wirtschaftens* einzuläuten. Das ist keine Frage von übermorgen, aber die Frage wird sich stellen.

Norbert Wiener, der Begründer der Kybernetik, wusste schon 1948, dass ein Mensch unter kapitalistischen Bedingungen in einer Welt ohne Arbeit nichts mehr haben wird, was er verkaufen kann, weil er nur seine Arbeitskraft hat und nichts anderes. «Die Antwort ist natürlich, dass wir eine Gesellschaft haben müssen, die auf menschliche Werte gegründet ist und nicht auf Kaufen und Verkaufen»[21] – eine Gesellschaft also ohne Zwang zum Tausch, ohne Zwang zum Arbeiten. Dem Menschen, der vom ersten Tag seines Lebens an weiß, dass er zum Arbeiten bestimmt sein soll, kann es schwer fallen, diese als ewig gültig anmutenden, sakrosankten Prinzipien einfach abzustreifen. «[D]iese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde»,[22] befürchtet Hannah Arendt – und tatsächlich werden die Menschen erst lernen

20 John Maynard Keynes: Die Zukunft, Tübingen 1956, S. 267ff.

21 Norbert Wiener: Kybernetik, Düsseldorf 1992, 49f.

22 Hannah Arendt: Vita activa oder Vom tätigen Leben. München 1989, S. 11f.

müssen, wofür es sich jenseits des Arbeitszwangs tatsächlich lohnt, zu leben. Doch sie werden es lernen – und erst durch die Befreiung vom Arbeitszwang wirklich freie Menschen werden.[23] Wir werden arbeiten *dürfen*.

Die Menschen, die das Prinzip des Wirtschaftens endlich abschaffen und die Epochen des Mangels den Geschichtsbüchern überlassen möchten, werden mit beachtlichen Herausforderungen zu kämpfen haben: Zu groß und mühselig geraubt ist das, was für die kapitalistisch Bemächtigten heute auf dem Spiel steht, und sie werden eher eine dritte Menschheitskatastrophe in Kauf nehmen, als sich von dem zu trennen, was sie zuvor genommen haben. Doch unabhängig davon, ob dieser logische und unabwendbare Schritt einer unüberblickbar langen Menschheits- und unfassbar kurzen Kulturgeschichte, unserer «jungen Welt», in zwanzig oder erst einhundert Jahren gegangen wird: das Wirtschaften wird enden. Und das Leben wird beginnen.

23 Karl Marx: Das Kapital, Bd. III, MEW 25, Berlin 2005, S. 828.

Tobias Kühne

Eine kleine Ergänzung zu den Anmerkungen und Fragen des lesenden Sozialisten Horst Heimann

In seiner Rezension[1] zu dem von Sigmar Gabriel herausgegebenen Lesebuch zur großen Idee der Sozialen Demokratie weist Horst Heimann auf den Mangel an «Potential für die programmatische Konzipierung und praktische Umsetzung einer systemverändernden Reformstrategie» hin und fordert «einen kontroversen und solidarischen Ideenwettstreit für neue Erkenntnisse.» Das rezensierte Werk kann diesen Anspruch ganz offenkundig nicht einlösen. Man muss Horst Heimann nicht in jedem Punkt seiner kapitalismuskritischen Analyse folgen und nicht jeder demokratische Sozialist wird sich mit oder ohne Ironie «als einen erfahrungsresistenten, unbelehrbaren Illusionisten» verstehen wollen. Gleichwohl wird man ihm Recht geben müssen, dass bei *Die Kraft einer großen Idee* «kein Bauplan zu erahnen [ist], nach dem ein attraktives Bauwerk errichtet werden könnte». Für «ein ungewöhnliches Buch», das uns von Gerhard Schröder als «ein Lesebuch für Vor- und Nachdenker» (S. 8) empfohlen wird, ist dies zu wenig. Der von Horst Heimann angeregte Ideenwettstreit ist natürlich wichtig, aber es erscheint fraglich, ob dieser überhaupt auf der Grundlage des Lesebuchs geführt werden kann. Es ist, um bei der Metapher zu bleiben, eben nicht nur ein Bauplan, der dort fehlt. Auch einige der Baumaterialien werden sich in das Bauwerk eines demokratischen Sozialismus oder einer sozialen Demokratie kaum einfügen lassen.

Dabei sind viele der Beiträge lesenswert und informativ. Lale Akgün (Zusammenleben) etwa skizziert die Defizite der Integrationsdiskurse ebenso hellsichtig wie sie einen spezifisch sozialdemokratischen Gegenentwurf formuliert. Das hätte man sich auch von Heinz Buschkowsky (Integration) gewünscht, aber von Neukölln aus betrachtet dient Integrationspolitik wohl vor allem der Wohlstandsmehrung und nicht dem Gewinn des «Mutter-Teresa-Preis». (S. 142) So bösartig kann man also die *Kraft einer großen Idee* umschreiben. Julian Nida-Rümelin hingegen (Aufklärung) schafft es auf gerade einmal eineinhalb Seiten, die Vielschichtigkeit des Begriffs «Aufklärung» darzulegen und als Teil des sozialdemokratischen Erbes zu reklamieren – und dies ganz ohne Alleinvertretungsanspruch. Wenn Wolfgang Thierse (Menschenwürde), Gesine Schwan (Lebensqualität), Hans-Jochen Vogel (Werte) und Johano Strasser (Fortschritt) zur Feder greifen, dürfte jedem Leser noch einmal klar werden, dass das ethische Fundament der sozialen Demokratie tragfähig ist. Die Liste an anregenden Beiträgen ließe sich fortsetzen.

Wenn aber in dem Lesebuch die «große Idee» mit Politikfeldern verknüpft wird, geht

1 Mein Beitrag nimmt Bezug auf Horst Heimann: Anmerkungen und Fragen eines lesenden Sozialisten, in: *perspektiven* ds, 29 (2), 2012, S. 125–138. Heimanns Rezension bezieht sich auf Sigmar Gabriel (Hg.): Die Kraft einer großen Idee. Europäische Moderne und Soziale Demokratie. Ein politisches Lesebuch, vorwärts buch, Berlin 2012.

es schief und das häufig gründlich. Dies zeigt sich zum Beispiel in der inflationären Verwendung des Begriffs «Chancengleichheit». «Die Aufgabe der Sozialdemokratie», so formuliert es Thorsten Schäfer-Gümbel (Gleichheit) normativ, «ist die Herstellung fundamentaler Chancengleichheit.» (S. 112) Ein Blick in die Wikipedia hätte ausgereicht um festzustellen, dass Chancengleichheit ein hochgradig problematischer und tendenziöser Begriff ist, der nicht einfach mit einer sozialdemokratischen oder gar sozialistischen Vorstellung von Gleichheit oder Gerechtigkeit gleich gesetzt werden kann. Fast schon absurd wird diese begriffliche Indifferenz, wenn Doris Ahnen (Bildung) für mehr Chancengleichheit im Bildungswesen plädiert und am Ende ausgerechnet Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron zitiert. Titel des Buches: *Die Illusion der Chancengleichheit*. Das war ja so und genau so gemeint wie es von beiden geschrieben wurde und *Die feinen Unterschiede* von Bourdieu ist ja nicht umsonst zum soziologischen Klassiker geworden. In diesem Beitrag zeigt sich dann auch, dass eine zukunftsweisende Politik schnell in eine Sackgasse führt, wenn Sozialdemokraten allzu schnell historische Analogien bemühen, die objektiv falsch sind. Wenn sozialdemokratisch inspirierte Bildungsreformen in der alten Bundesrepublik als Vorbild für die Bewältigung der derzeitigen Bildungsmisere dienen sollen, dann ruht man sich auf nicht existenten Lorbeeren aus. Die funktional absolut notwendige Bildungsexpansion hat praktisch keinen Effekt auf die Sozialstruktur gehabt, Michael Vester bezeichnete diesen Fahrstuhleffekt als *ständische Kanalisierung der Bildungschancen*. Wohlgemerkt: ständisch! Bildung hat sich in den letzten Jahren ja zu einer (nicht nur) sozialdemokratischen «Wunderwaffe» entwickelt, mit der man fast ohne Kosten und Umverteilung gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen glaubt. Man wird kaum einen sozialdemokratischen Bildungspolitiker treffen, der nicht mit dem Hinweis auf die eigene Bildungsbiografie gleich einen ganzen Gesellschaftsentwurf daraus machen möchte. Das wird nicht funktionieren, weil es nicht funktionieren kann, und eine Abiturienten- oder Akademikerquote von 50% oder mehr wird dann eben den MBA oder die Promotion zum Regelabschluss der Arrivierten machen. Die zahlreichen Plagiatsaffären zeigen ja sehr schön, wie sich viel Distinktion mit wenig Bildung erzielen lässt. Auch im Bildungswesen ist Umverteilung nötig und möglich, und der Begriff Chancengleichheit ist da eher kontraproduktiv. Zudem: Möchte ein Verfechter der sozialen Demokratie wirklich in einer *Meritokratie* leben?

Das Problem, Gerechtigkeit nur noch in Teil-Gerechtigkeiten zu denken, zeigt sich auch deutlich im Beitrag von Elke Ferner (Emanzipation), der mit «Frauenemanzipation» treffender überschrieben worden wäre. Emanzipation bedeutet da unter anderem gleiche «Teilhabe am beruflichen Aufstieg bis in die Führungspositionen», «die Hälfte des Himmels, die Hälfte der Erde und die Hälfte der Macht»! (S. 57) Da war schon August Bebel weiter, der sein weltberühmtes Buch ja nicht *Die Emanzipation der Frau im bürgerlichen Klassenstaat führt zum Sozialismus* betitelte, er hatte es wohl eher umgekehrt gemeint. Bedeutet soziale Demokratie nur noch, Ungerechtigkeit gerecht auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen bzw. Geschlechter zu verteilen – und für je 45% Männer wie Frauen bleibt dann viel Erde und wenig Himmel übrig? Und diese Denkweise könnte man auch beliebig auf

sexuell, ethnisch oder anders definierte Gruppen ausweiten. Es bleibt dann im Ergebnis: Die mehrfach quotierte Klassengesellschaft. Soziale Demokratie ist das eher nicht.

Bündig zusammengefasst wird die wenig ertragreiche Hinwendung zur Chancengleichheit von Andrea Nahles (Sozialstaat), die das ganze Dilemma und die Orientierungslosigkeit vieler Beiträge auf den Punkt bringt: Den Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, so die Generalsekretärin der SPD, «entspricht dem ursozialdemokratischen Versprechen des individuellen Aufstiegs durch Chancengleichheit und eigene Leistung.» (S. 280) War da nicht einmal die Emanzipation einer Klasse? Oder eine gerechte Gesellschaft? Vielleicht sogar eine *neue* Gesellschaft? Dass jedenfalls der individuelle soziale Aufstieg in einer offenkundig ungerechten Gesellschaft jemals ein oder vielleicht sogar das «ursozialdemokratische» Anliegen gewesen sein soll, wird für viele demokratische Sozialisten inner- und außerhalb der Sozialdemokratie doch eine beunruhigende Neuigkeit sein. Es ist übrigens nicht uninteressant, dass der inhaltlich verschleiernde und politisch falsche Begriff Chancengleichheit im Hamburger Programm von 2007 exakt einmal auftaucht und zwar unter der Überschrift *Menschen mit Behinderung*. Das sagt schon einiges über die programmatische «Weiterentwicklung» der letzten Jahre aus.

Vielleicht ist das Haus der sozialen Demokratie so schwer zu errichten, weil auf der Baustelle babylonische Sprachverwirrung herrscht. Oder anders gesagt: Bei allen kritischen Anmerkungen zum gesellschaftlichen Ist-Zustand, bei allen Beschwörungen von Gleichheit und Gerechtigkeit und der immerhin in allen Beiträgen durchscheinenden Gewissheit, dass es eine bessere Gesellschaft geben *könne*, haben sich schon längst Diskurse und Wertvorstellungen in die Debatte geschlichen, die nachdenklich stimmen. Sind denn Bildungsausgaben wirklich «Investitionen in das größte Kapital» (S. 31), das wir haben, also die hier lebenden Menschen? Müssen wir in militärischer Sprache alles «mobilisieren, was an Potenzialen brachliegt, bei den Frauen, den Jüngeren, den Älteren», nur um 2050 ein diffuses «Wohlstandsland» (S. 38 f.) zu sein? Müssen Sozialdemokraten ihre Familienpolitik damit begründen, dass andere Modelle «ökonomisch [...] unvernünftig» sind und zum Beispiel die Ganztagsbetreuung auch «gut für die Wirtschaft [sei], die auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen ist»? (S. 72) Ist die Integration von Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund vor allem deswegen geboten, weil es sonst «kein Leben in Wohlstand in Deutschland mehr geben» (S. 142) wird? Wie soll die von Sigmar Gabriel ja richtig diagnostizierte «Krise der liberal gewendeten Marktwirtschaft» (S. 12) überwunden werden, wenn die liberale marktwirtschaftliche Logik ganz selbstverständlich die innersozialdemokratischen Diskurse schon sprachlich durchdringt und offenbar auch kaum noch reflektiert wird? Und ist, man denke vielleicht nur an Eva Illouz oder Richard Sennett, der Kapitalismus nicht schon so tief in die Körper und Seelen der Menschen eingedrungen, dass es mit ein paar Schönheitsreparaturen am Sozialstaat oder der Wirtschaftsordnung, oder, nun ja, Chancengleichheit nicht mehr getan ist? Man muss dann vielleicht nicht zuallererst darüber nachdenken, ob «der Kapitalismus» nun gezähmt, verändert oder überwunden werden müsste, wie Horst Heimann es vorschlägt. So lange wir unsere Sprache verloren haben und unsere Traditionen nicht

kennen oder verstehen, müssen wir uns über die Herausforderungen des «neuen Kapitalismus» nun erst einmal gar keine Gedanken machen, sondern bei uns selbst anfangen. Einer der letzten Sätze in einem tatsächlich so genannten «Ausblick» lässt den Rezensenten dann aber fast resigniert zurück: «Wir werben bei den Bürgerinnen und Bürgern für die Erneuerung dieses Modells, das in den 1970er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts unter dem Begriff ‹Modell Deutschland› zur erfolgreichsten Epoche der Nachkriegszeit wurde.» Ein imaginiertes «sozialdemokratisches Jahrzehnt» als Zukunftsperspektive? Das ist nicht die Lösung, sondern das Problem.

BERICHTE UND REZENSIONEN

Joachim H. Spangenberg

Bericht vom Internationalen Kongress der IG Metall «Kurswechsel für ein gutes Leben» in Berlin vom 5.–7.12.2012

Die IG Metall ist eine große, starke und insbesondere traditionsreiche Organisation. So war es denn auch nicht überraschend, dass schon in der Einladung durch den Ersten Vorsitzenden, Berthold Huber, eine ungebrochene Traditionslinie vom Oberhausener IG Metall-Kongress 1972 zum Nachfolgekongress 40 Jahre später gezogen wurde.

Der Kongress 1972 war in der Tat richtungsweisend für die deutsche Debatte. Unter dem Motto «Aufgabe Zukunft: Qualität des Lebens» hatte sich die IG Metall als erste Gewerkschaft von einer reinen Wachstumsorientierung verabschiedet und die Lebensqualität in den Mittelpunkt ihrer Zielsetzungen gerückt. Es ging um qualitatives, statt um quantitatives Wachstum, um «besser» statt «mehr», um das Aufgreifen der noch jungen ökologischen Debatte und eine Konzeption der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft. Dadurch versprach man sich gesellschaftliche Verbesserungen ebenso wie zukunftssichere Arbeitsplätze und gesicherte Einkommen.

«Aufgabe Zukunft» – diesem Anspruch ist die deutsche Gesellschaft bis heute weder sozial noch ökologisch gerecht geworden. Die Konzepte von 1972 sind heute bei Oppositionsparteien und Zivilgesellschaft Gegenstand von Programmen bzw. Diskussionen – was einerseits ihre Bedeutung zeigt, aber andererseits auch deutlich macht, dass die Forderungen bis heute nicht umgesetzt, sondern nahezu unverändert Gegenstand der politischen Auseinandersetzung sind. Umso wichtiger ist es, dass nach langen eher zurückhaltenden Äußerungen zum Thema die IG Metall auf den Druck der Verhältnisse reagiert und die Gunst der Stunde genutzt hat, um mit einem neuen Kongress unter dem Motto «Kurswechsel für ein gutes Leben» vom 5. bis 7. Dezember in Berlin erneut ein Zeichen zu setzen.

Der Druck von außen ist weitgehend bekannt und wurde während des Kongresses immer wieder benannt: lange Zeit stagnierende oder sogar sinkende Reallöhne, insbesondere in Branchen mit niedrigem Organisationsgrad wie den neuen Technologien (auch die Umwelttechnik zeichnet sich nicht unbedingt durch humane Arbeit und gute Bezahlung aus), eine immer weiter auseinanderklaffende Einkommensschere, wie selbst der von der FDP zensierte Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung noch deutlich zeigt, und die Zunahme irregulärer Beschäftigungsverhältnisse (Minijobs, befristete Beschäftigungsverhältnisse, Leiharbeit, unfreiwillige Teilzeitarbeit und ein Niedriglohnsektor, der Normalarbeitsplätze ersetzt und ein «Jobwunder» vortäuscht). Die Arbeitslosigkeit einschließlich Dunkelziffer ist immer noch unakzeptabel hoch, und dank der «Reformen» der rot-grünen Koalition, die den größten Sozialabbau der deutschen Geschichte durchführte, steigt die Anzahl der «working poor» und die Altersarmut ist zurückgekehrt. Weit stärker

als vor 40 Jahren (wo die grundlegenden Probleme schon bekannt waren – ein Thema des Oberhausener Kongresses war die Bericht an den Club of Rome zu den «Grenzen des Wachstums») bewegt heute die Umweltdebatte die Gemüter, allem voran der Klimawandel. Wenn der Erste Vorsitzende aber erklärt, das Ausmaß der ökologischen Herausforderungen werde in der IG Metall seit jeher ernst genommen, dann ist das zumindest für Außenstehende eine her euphemistische Sichtweise. Umso wichtiger waren dann die klaren Bekenntnisse zur Notwendigkeit einer ökologischen Gestaltung der Wirtschaft auf dem Kongress – auch wenn die meist dem Paradigma der ökologischen Modernisierung verhaftet blieben.

Grenzen des Wachstums spielten keine relevante Rolle, der Strukturwandel der Wirtschaft muss sein, um Ressourcen zu schonen und das Klima zu schützen, darin waren sich Wissenschaftler/innen, Gewerkschafter/innen und Umweltschützer/innen auf dem Kurswechselkongress einig. Auch die Chancen für langfristig sichere und gute (eine Gestaltungsaufgabe!) Arbeit und neue Arbeitsplätze wurden einhellig gesehen und begrüßt. Aber: nicht alles, was Arbeit schafft, ist auch sozial: Arbeitskraft wird zunehmend entwertet; sie unterliegt dem Trend zur Kommodifizierung aller Lebensbereiche. Damit muss Schluss sein, forderten die Teilnehmenden die IG Metall auf; es sei Zeit für einen Kurswechsel, gegen Entdemokratisierung, gegen die Vermarktung der Natur (zwei große Anliegen der Umweltverbände), für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt (das zentrale Anliegen der Gewerkschaften),für eine gerechtere Verteilung von Einkommen (häufig angesprochen – für Detlef Wetzel war die Einkommenspolarisierung *die* Krisenursache) und Vermögen (eher selten erwähnt, z.T. von Kirchenvertreter/inne/n). Das Kernziel ist mehr Gerechtigkeit (zwischen Arm und Reich, Geschlechtern, Generationen, international) in einer Marktwirtschaft, der Grenzen gesetzt werden: Menschliche Arbeitskraft und Umwelt sind nicht einfach Marktgüter, sondern aus ethischen wie sozialen Gründen zu schützende Existenzgrundlagen; sie müssen zumindest teilweise den Spielregeln und der Willkür des Marktes entzogen, also entkommodifiziert werden. Weil Spielregeln aber keine unabänderlichen ‹Gesetze› sind, müssen Märkte auch durch politische Rahmensetzung und Eingriffe gestaltet werden. Der Wettbewerb muss um das «besser» statt um «billiger und mehr» geführt, eine Kreislaufwirtschaft – mit der Zwischenetappe Ressourceneffizienz – angestrebt werden, auch weil soweit wie möglich geschlossene Kreisläufe neue qualifizierte Arbeitsfelder und Arbeitsplätze schaffen. Zur Frage, welche Änderungen der Produktion das erfordern würde, und wie sich diese auf die internationale Position der Bundesrepublik auswirken würden, wurde auf die Notwendigkeit von Branchenkonzepten verwiesen.

Es geht der IG Metall also ums Ganze, um ein positives Gegenmodell «zum gescheiterten, aber dennoch triumphierenden Modell des neoliberalen Kapitalismus», ein neues Fortschrittsverständnis, einen Kurswechsel nicht um wenige Grad, sondern darum, «dem Pendel der Geschichte eine neue Richtung zu geben».

Was ist unter diesen Umständen und angesichts dieser Herausforderungen «die Gunst der Stunde»? Zum einen, dass im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise der Glaube an die Segnungen und die Alternativlosigkeit des herrschenden Wirtschaftssystem bröckelt. So betonte Detlef Wetzel,

dass über die Hälfte der Menschen nicht mehr an einen sozialen Aufstieg glaubt, und viele einen Abstieg fürchten. Diese Hoffnungslosigkeit nutzten Bauernfänger, die mit einfachen Antworten komplexe Probleme lösen wollen: insofern sei ein Kurswechsel überfällig, auch zur Stärkung, wenn nicht gar zur Rettung der Demokratie. Der bröckelnde Rückhalt für neoliberale Konzepte – so sie denn als solche erkannt werden – und die mangelnde Glaubwürdigkeit ihrer Vertreter nur in Bank- und FDP-Vorständen (auch die CDU wurde gerügt, SPD und Grüne deutlich seltener), in Medien und Wirtschaftsforschungsinstituten eröffnen zumindest ansatzweise Räume für Alternativen. Dass das BIP-Wachstum die durchschnittliche Familie nicht reicher macht, ist eine Erfahrung des letzten Jahrzehnts, in dem die Wachstumsgewinne ausschließlich den obersten 10% der Einkommensbezieher zufielen – Wachstum um jeden Preis ist keine mehrheitsfähige Option mehr. Zudem fand der IG Metall-Kongress ein halbes Jahr nach und an gleicher Stelle wie der gemeinsame Kongress von Gewerkschaften (DGB), Einrichtungen der evangelischen Kirche (EKD) und den Umwelt- und Naturschutzverbänden (DNR) statt, der bereits einen Richtungswechsel des deutschen Entwicklungsmodells, eine «große Transformation» gefordert hatte. Erst in diesem Umfeld wird verständlich, warum nicht nur Gewerkschafter/innen und Politiker/innen auf den Podien vertreten waren, sondern auch Vertreter/innen der Umweltverbände und anderer gesellschaftlicher Gruppen. Ein Zeichen für zunehmend besseres gegenseitiges Verstehen und die Hoffnung auf weitergehende Kooperationen setzte denn auch Hubert Weiger, der Vorsitzende des größten deutschen Umweltverbandes BUND, als er in der Diskussion mit Berthold Huber und Rainer Dulger, dem Präsidenten des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, die Umweltverbände klar auf Seiten der Gewerkschaften verortete. Weiger erklärte, ihm sei klar geworden, dass ohne die Lösung der sozialen Frage die Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele nicht zu erreichen seien. Für ihn ist notwendig, dass die Sensibilität der Umweltorganisationen in dieser Hinsicht zu schärfen ist.

Ist das schon ein neuer Aufbruch? Wohl noch nicht; die Stimmung war eher nüchtern, eher realistisch denn euphorisch (ein Teilnehmer: «ein Realist ist ein Optimist mit schlechten Erfahrungen»). Nur einmal gingen die Wogen der Emotionen hoch. Bei der Rede Lula da Silva, Gewerkschaftsführer und Ex-Präsident Brasiliens. Der zeigte,wie man unter schwierigen Umständen mit klarer Sprache zwar nicht makroökonomische Transformationsszenarien, wohl aber deren politische Ziel und die Sinnhaftigkeit von Maßnahmen breit vermitteln und neoliberalem Gegenwind die Stirn bieten kann. Auch die Berliner Erklärung der IG Metall «Kurswechsel – für ein gutes Leben» und der Abschlussvortrag von Berthold Huber waren noch nicht Zündfunke, der das große Umsteuern auslöst, aber sie weisen nach vorne, treiben die Diskussion (wohl auch im DGB) voran, ermöglichen Kooperationen und bieten Anknüpfungspunkte für konkrete Planungen und Aktionen auf Branchen wie auf Regionalebene.

Inhaltlich spezifischer (aber oft dennoch oft in den Zielen klarer als in den Maßnahmen) waren naturgemäß die Workshops. Das gilt nicht nur für die Neuordnung des Finanzsystems, die globale Ungleichheit, die Revitalisierung der Demokratie oder die Zukunft Europas, sondern auch für die

Zukunft der Arbeitsgesellschaft, soweit dies über Arbeitsbeziehungen und Sozialsysteme hinausgeht. Dagegen zeigten die Arbeitsgruppen über gute Arbeit, Energiewende und Zukunft der Mobilität anhand zahlreicher konkreter Beispiele sowohl die schon heute gegebenen Umsteuerungsmöglichkeiten auf, als auch die Grenzen, die Rechtslage und Machtverhältnisse diesen heute setzen. Dabei wurde die Notwendigkeit deutlich, immer wieder über den Tag hinaus zu denken, sich nicht mit dem Möglichen zufrieden zu geben, sondern dieses umzusetzen und zugleich neue Möglichkeiten zu eröffnen. Ohne Perspektive hat der Weg keine Richtung. Soweit die Teilnehmenden repräsentativ für die IG Metall sind, sind auch Fragen wie «Ist Wachstum die Lösung der Probleme» (Thema der AG «Wachstumsdiskurs») oder in der AG «Industrie auf ‹grünen› Wegen – Wachstumsmotor oder Jobkiller?» längst entschieden: ein Umbau der Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit bietet Chancen für mehr und gute Arbeit, bei neoliberalen Wachstumsstrategien ist das aber nicht der Fall (aber auch keynesianische sind heute keine Lösung mehr). Der Kompass ist also vorhanden, der Kurs gesetzt – aber bisher wird in vielen Feldern eher mit dem Atlas, als mit der Straßenkarte navigiert. Diese Lücken zu schließen, erfordert Kooperation – IG Metall, andere Gewerkschaften, die «Transformations»-Partner, und ebenso die Wissenschaft.. Wenn der Kongress dazu als Startschuss dient, dann wird er ebenfalls in die Geschichte eingehen – nicht wegen seiner neuen Ideen, sondern als Ausgangspunkt, von dem aus die Oberhausener Ziele endlich in praktische Politik umgesetzt wurden.

Eine kleine informative Nachbemerkung

Noch eines ist heute anders als vor 40 Jahren: man kann nicht nur die Dokumentation erhalten (http://www.igmetall-kurswechselkongress.de/wp-content/uploads/2013/03/Kurswechsel-Brosch%C3%BCre_alle_Seiten_einzel.pdf), sondern auch einen Teil der Vorträge in Bild und Ton erleben (auch Lula), unter http://www.igmetall-kurswechselkongress.de/. Ähnliches gilt für den Transformationskongress (http://transformationskongress.de/?id=27); zu den Debatten dort gibt es Zusatzmaterial in dem gewerkschaftlichen Debattenmagazin ‹Gegenblende›, frei verfügbar unterhttp://www.gegenblende.de/++co++f552b168-62ad-11e1-7187-001ec9b03e44.

Helga Grebing

Rezension zu Willy Brandt: Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte. Herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven. Willy-Brandt-Dokumente, Band 2, J.H.W. Bonn: Dietz Verlag 2012, 858 S., € 36,-.

Dieses Buch – eine Sammlung (vor allem) von Reden Willy Brandts zur deutschen Geschichte des 19.und 20. Jahrhunderts – ist eindrucksvoller und spannender zu lesen als manches Werk der Zeitgeschichtsschreibung. Es ist durch und durch sozialdemokratisch, getragen von dem intensiven Bemühen um Aufklärung, Einordnung, Schlussfolgerungen und Orientierung und verknüpft mit der Absicht des Redners, seine sozialdemokratischen «Grundüberlegungen» mit seinen «emanzipatorischen Zielvorstellungen» zu verbinden. Immer wieder kommt in den Reden Brandts dessen traumatische Betroffenheit besonders von der «verfehlten Revolution» 1918/19

und von der «kampflosen Selbstpreisgabe der deutschen Arbeiterbewegung» im Frühsommer 1933 zum Ausdruck. Bei diesen Themen nimmt er direkt oder indirekt von den Ergebnissen der historischen Forschung Abstand. Hier wird deutlich, wie das Fundament Brandts für sein Geschichtsverständnis seine Zeitzeugenschaft gewesen ist. Er will und kann gar nicht vermeintlich ‹objektiv› sein. Dies gelingt ja auch professionellen Historikern nur begrenzt; sie könnten jedoch am Beispiel Brandts erkennen, wie stark hochreflektierte Zeitzeugenschaft differenzierte Erkenntnis ermöglichen kann.

Der Herausgeber und Kommentator Klaus Schönhoven vermag einleuchtend nachzuvollziehen, wie stark bei Brandt «Erinnerung, die der Aufklärung der Vergangenheit dient, eine Schlüsselrolle bei der individuellen und kollektiven Identitätsfindung besitzt» und er macht folglich verständlich, warum die Edition als ein Beitrag zu Brandts Biografie verstanden werden kann. Schönhovens Einleitung und die Kommentare zu den einzelnen Reden in den jeweiligen Fußnoten sind von herausragender Qualität. Mag auf den ersten Blick die eine oder andere Anmerkung zu voluminös ausfallen, so erkennt man schnell, dass sie den Wert der Texte noch erhöhen, sozusagen als Erklärungsverstärker zu wirken vermögen.

Da bekannt sein dürfte, dass und wie Brandt trotz breiter wissenschaftlicher und / oder journalistischer Zuarbeit Herr über seine Worte blieb, wird man auch ermessen können, mit welch intellektueller Leistung Brandts man es zu tun hat. Man versteht auch, welche Bedeutung seine Überlegungen für die programmatische Wegführung des demokratischen bzw. freiheitlichen Sozialismus gehabt haben. Denn der zentrale Wert, der Brandts Denken und Handeln beherrschte, hieß «Freiheit», und deshalb trägt die Sammlung von Brandts Reden in Anlehnung an eine Äußerung von ihm in seiner Abschiedsrede als Parteivorsitzender den Titel «Im Zweifel für die Freiheit».

Brandts Freiheits-Begriff war gebunden an sein Sozialismus-Verständnis; Freiheit, die er meinte, war nur durch Sozialismus, so wie er ihn verstand, erreichbar. Sein Verständnis von Sozialismus war dem, was sich so nannte und keiner war, diamental entgegengesetzt. Sozialismus war für ihn kein System, das irgendwie irgendwann (und schon gar nicht mit terroristischer Gewalt) vollendet sein würde, sondern eine dauernde Aufgabe im jeweiligen Horizont von gleich gültig bleibenden Wertvorstellungen.

49 Reden, ein Rundfunkvortrag, fünf in Zeitungen oder Zeitschriften erschienene Artikel, insgesamt also 55 Dokumente enthält das Buch, jeweils ohne Kürzungen. Letzteres ist für die professionelle Nutzung der Dokumente besonders hervorzuheben. Die Anmerkungen stehen jeweils auf der Textseite, der sie zugehören. Die Dokumente sind nicht chronologisch geordnet, d.h. nicht nach dem Datum ihrer Entstehung oder Verwendung, sondern folgen, wie der Herausgeber schreibt, der «wo immer das möglich ist – historischen Chronologie» innerhalb der themenbezogenen Anordnung. Diese erstreckt sich auf fünf Kapitel: I. Vordenker und Vorkämpfer des demokratischen Sozialismus; II. Wegmarken der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik; III. Das andere Deutschland: Exil und Widerstand während der NS-Zeit; IV. Programm und Perspektiven der Sozialdemokratie nach 1945; V. Nachdenken über das eigene Land. Eine solche Einordnung erscheint einsehbar, hat aber einen schwerwiegenden Nachteil: Das Gewicht der Aus-

sagen von Brandt wäre noch präziser zu bestimmen, wenn man jeweils einiges über die Motivation erfahren würde, warum Brandt nicht nur anlassbezogen ein bestimmtes Thema aufgegriffen und ausgeführt hat, sondern welche grundsätzlichen politischen Erwägungen dabei mit im aktuellen Spiel waren. Denn reden und gehört werden – auch wo und vor wem – war ein Teil seiner politischen Arbeit, und in diesen Teil investierte er viel Zeit und Kraft, wie man leicht erkennt, wenn man seine Tagebucheintragungen zur Kenntnis nimmt: mit der Rede z.B. zum 20 Todestag von Kurt Schumacher, die er im August 1972 hielt, beschäftigte er sich zwei lange Wochenenden.

Es stellt sich aber auch die Frage, ob nicht Aussagen von Brandt in Diskussionen und Interviews, die Brandts Positionen noch schärfer und zugespitzter erscheinen lassen, in die Dokumentation hätten aufgenommen werden können. Auf eine verweist Schönhoven (auf Seite 260, Fußnote 22). Auf der DGB-Tagung am 2./3. Mai 1983 ging es im Schwerpunkt um das widerstandslose Hinnehmen der Machtübergabe an Hitler und die falschen Hoffnungen, die einige Gewerkschaftsführer meinten, daran noch knüpfen zu können. Wissenschaftler hatten dafür viele erklärende Gründe, Brandt aber, der Mitdiskutierende, blieb davon unbeeindruckt und stellte fest: «Es kann eine Situation geben, wo es für die Würde und die Zukunft derer, die nach uns kommen, besser ist, mit der Flagge unterzugehen, als sich einem politischen Verwesungsprozess auszusetzen.» Die gleiche Frage nach der Ergänzung der Reden stellt sich angesichts des Gesprächs Willy Brandts mit Birgit Kraatz («...wir sind nicht zu Helden geboren», 1986), in dem große Teile dem gleichen Thema gewidmet sind. Aber die Rezensentin gibt zu: das hätte den ohnehin schon großen Rahmen von über 850 Seiten gesprengt.

Die Edition gibt viele Möglichkeiten, im 150. Geburtstagsjahr der Sozialdemokratischen Partei 2013 viele Einsichten darüber zu gewinnen, welche Bedeutung die historische Reflexion für politische Entscheidungen hat, haben kann: «Man muss eine Vergangenheit *haben*, um aus dieser Vergangenheit *lernen* zu können.», sagte Brandt 1963 aus Anlass des 100. Gründungsjubiläums (S. 470). Er hat dabei auch gezeigt, dass es ihm bei diesem Lernen nicht um einfältige Konstruktionen von problematischen Parallelen geht, sondern um die Erkenntnis, wer man ist und was man will. Klaus Schönhoven aber hat in überzeugender Weise dazu beigetragen, Willy Brandt in diesem Lernen folgen zu können.

Helga Grebing

Rezension zu: Timm Genett, Der Fremde im Kriege. Zur politischen Theorie und Biographie von Robert Michels 1876–1936. Politische Ideen, Bd. 20, hrsg. von Herfried Münkler. Berlin: Akademie Verlag 2008, 852 S., € 89,90.

Wer bislang Robert Michels in die Politische Ideengeschichte einordnen wollte, fand schnell in der monografischen Literatur die notwendigen Charakteristika: aus reichem rheinischen Bürgertum stammend, in seiner Jugend demokratischer Sozialist, dann in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts Anhänger des italienischen Faschismus und begeisterter Mussolini-Verehrer. Mit Max Weber befreundet und weiteren Protagonisten der modernen Soziologie gut bekannt, sind von seinen Werken allenfalls noch präsent geblieben seine Studie über «Die deutsche Sozialdemokratie im internationalen

Verband. Eine kritische Untersuchung» aus dem Jahre 1907 und allgemein als Hauptwerk betrachtet «Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens» (1911, verändert und erweitert 1925, zugänglich mit der 4. Aufl. Stuttgart 1989).

Timm Genett hat nun nach intensivsten, fast möchte man sagen leidenschaftlich betriebenen Michels-Forschungen ein anderes Bild der intellektuellen Biografie von Michels entwerfen können, das einer Revision der bisherigen Deutungen gleich kommt. Robert Michels war der 1876 in Köln geborene Spross einer reichen Unternehmerfamilie, die – im Rheinland eher ungewöhnlich – zum ‹prussifizierten› Teil des deutschen liberalen Bürgertums zählte. Das ging sogar so weit, dass Michels sich auf eine Offizierskarriere einzulassen schien. Doch es kam anders: im Zusammenhang mit einem typischen Vater-Sohn-Konflikt schloss sich Michels, inzwischen ein radikaler Liberaler und Republikaner, um 1900 der SPD an. Nichts Besonderes meint man zunächst, da es eine ganze Reihe von Intellektuellen in der SPD vor 1914 gab, die sich dem Bernstein-Flügel angeschossen haben. Michels jedoch stand zunächst an der Seite Bebels und Kautskys, den mehr oder weniger dogmatisierten Zentristen; dazu hatte Bebels Bestseller «Die Frau und der Sozialismus» beigetragen, denn der junge Kölner war auch feministisch und sexualreformistisch eingestellt. Die ‹Liebe› zu Bebel dauerte nicht lange, und Michels verteidigte Bernstein, dem er eben nicht, wie die Mehrheit der Sozialdemokraten damals, einen reformistischen Opportunismus unterstellte, anderen, wie den Gewerkschafsführern, allerdings mit einigem Recht schon.

Als seit 1904, dem Jahr der Auseinandersetzung zwischen Bebel und Jaurès über eine offensive Strategie der Internationale, keine antimilitaristische Mobilisierung vor allem von den deutschen Sozialistenführern in Gang gesetzt wurde, trennte sich Michels 1907 von der SPD und auch der italienischen sozialistischen Partei, der er gleichzeitig angehörte. Nun saß er zwischen allen Stühlen, zumal er auch noch den Syndikalisten den Platz eines moralisch notwendigen revolutionären Kollektivs im Rahmen der «vielgestaltigen sozialistischen Einheit» zuwies. Michels wählte nun den Rückzug nach Italien, das schon immer sein eigentliches Heimatland gewesen war, nachdem ihm auch noch eine akademische Karriere in Deutschland verwehrt wurde (niemand wollte ihn habilitieren). Nach einer Privatdozentur in Turin hoffte er vergeblich auf einen akademischen Aufstieg auch in Italien und nahm dann 1913 eine Professur für Nationalökonomie in Basel an.

1914, nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, galt er in Deutschland als ein Verräter, in Italien blieb er ein Fremder und in der Schweiz ein Außenseiter. Alles brach dem ursprunghaft radikal-demokratisch geprägten Liberalen weg: sein Demokratie-Verständnis musste er revidieren durch den von ihm definierten oligarchischen Mechanismus der Partei- und gewerkschaftlichen Führungsapparate; sein demokratisches Projekt «Aufklärung, Emanzipation und Selbstbestimmung» war «erledigt», die Internationalität des Sozialismus tot (wie Michels Rosa Luxemburg nahe formulierte), und schließlich brachte ihn der Krieg um seinen Glauben an die «Vernunft im Menschenleben». Alle seine Äußerungen in dieser Zeit waren jedoch, wie Genett überreich beweisen kann, frei von der Möglichkeit, sie als prä-faschis-

tisch zu kennzeichnen. Michels wurde auch kein «Frühfaschist», wie immer noch gerne überliefert wird. Zwar erhielt er 1921 die italienische Staatsbürgerschaft, aber erst 1928 wurde er Mitglied der faschistischen Partei im Zusammenhang mit seiner Berufung an die Parteihochschule in Perugia (der ersehnte Ruf nach Turin erfolgte nie).

Michels Weg, so die überzeugende These von Genett, zum Faschismus ergab sich nicht durch die Kontinuität seines Denkens, war nicht die zwingende Fortentwicklung eines demokratischen Systems, sondern es war der «Nachkriegszeitgeist», der ihn sich dem Faschismus nähern ließ, und es war vor allem sein ganz persönlicher «charismatischer Führerglaube» und Mussolinis charismatische Herrschaft, der ihn zu der positiven Bewertung der Nachkriegspolitik der Faschisten führte und ihn zum «akademischen Botschafter» des italienischen Faschismus werden ließ. Dies aber hatte, auch hierin kann man den Schlussfolgerungen von Genett folgen, entschieden zu tun mit der «Erosion des politischen Liberalismus»; dies stand «exemplarisch für die Auflösung liberaler bürgerlicher Kultur in den 20er Jahren». Hierin spiegelt sich der Kampf des Liberalismus gegen sich selbst, wie er uns auch in Deutschland bekannt ist.

Die 804 Seiten ‹Roberto Michels› (zuzüglich 48 Seiten Quellenangaben und Register) stecken über diesen hinaus voller tiefgreifender Einsichten in die europäische Geistesgeschichte in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts – Timm Gernett sei Dank für die wahren «Fundgruben oft vergessener Quellen der europäischen Ideengeschichte».

AUTORINNEN UND AUTOREN

Edelgard Bulmahn (*1951), MdB, Bundesministerin a.D., von 1998 bis 2005 Bundesministerin für Bildung und Forschung, derzeit als MdB Mitglied im Auswärtigen Ausschuss; Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuss Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit; Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion in der Enquetekommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» des Deutschen Bundestags.

Yves Clairmont (*1974), MA, Historiker, Wiss. Mitarbeiter an der FU Berlin.

Christian Demuth (*1971), Dr., ist zuständig für die Strategie und Konkurrenzbeobachtung für die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und ebenso als Politischer Berater (Konkurrenzbeobachtung) für den SPD-Parteivorstand.

Ursula Engelen-Kefer, Prof. Dr., Honorarprofessorin an der Hochschule der Bundesagentur für Arbeit für europäische und internationale Beschäftigungspolitik; lehrt auch am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin sowie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (Berlin); Vorsitzende des Arbeitskreises Soziale Sicherung im Sozialverband Deutschland, ehemalige Stellvertretende Vorsitzende des DGB. Letzte Buchveröffentlichung: Stoppt die Spaltung der Gesellschaft – Schwarz-Gelb auf dem Prüfstand, vorwärts|buch, Berlin 2011, Kämpfen mit Herz und Verstand (Autobiografie), Fackelträger Verlag, Köln 2009.

Klaus Faber, Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt in Potsdam; Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Kuratoriumsmitglied des Moses-Mendelssohn-Zentrums für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam sowie des Zentrums für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg. Publikationen zu juristischen und bildungspolitischen Fragen, zu Nahost-, Islam- und Antisemitismusthemen; u.a.: Peter Glotz/Klaus Faber, Grundgesetz und Bildungswesen, in: Benda/Maihofer/Vogel, Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Berlin, New York, 1995; Neu-alter Judenhass, Berlin, 2. Aufl. 2007, Mitherausgeber und Koautor.

Helga Grebing (*1930), Prof. Dr., Professorin (em.) für die vergleichende Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und die soziale Lage der Arbeiterschaft, Mitglied der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand. (Mit-)Herausgeberin der perspektiven ds. Veröffentlichungen u.a.: Freiheit, die ich meinte. Erinnerungen an Berlin. Verlag für Berlin-Brandenburg: Berlin 2012;Willy Brandt. Der andere Deutsche; Wilhelm Fink Verlag: München 2008 und Die Deutsche Revolution 1918/19, vorwärts|buch: Berlin 2008.

Horst Heimann (*1933), Dr., Politikwissenschaftler und HDS-Vorstandsmitglied. Zahlreiche Beiträge zu Begründung über den «Demokratischen Sozialismus».

Reinhard Hildebrandt (*1940), Dr., Publizist, mitverantwortlich für das Diskussionsforum «Spree-Athen» mit zahlreichen Veranstaltungen im Berliner Haus der Literatur zu philosophischen, politischen und literarischen Themen. Im Peter Lang Verlag erschienen zuletzt Staat und Zivilgesellschaft (2011) und Globale und regionale Machtstrukturen – Globale oder duale Hegemonie, Multipolarität oder Ko-Evolution (2013).

Tobias Kühne (*1974), MA, Historiker und Wissenschaftlicher Bibliothekar. Bereitet derzeit ein Promotionsvorhaben zur Geschichte der Berliner Nachkriegs-SPD vor.

Michael Müller (*1948), von 2005 bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in der SPD/CDU-Bunderegierung. Derzeit Vorsitzender der «Grünen Roten» – Bundesvorsitzender der NaturFreunde und seit 2011 Sachverständiger in der Enquete-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» des Deutschen Bundestages.

Denis Newiak (*1988), Bachelor der Medienwissenschaft, studiert derzeit Filmwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, Chefredakteur der Studierendenzeitschrift «speakUP» an der Universität Potsdam. Seit 2007 SPD- und Juso-Mitglied. Siehe auch www.denis-newiak.de.

Lars Rensmann (*1970), Prof. Dr., seit 2012 Professor für Politikwissenschaft an der John Cabot University in Rom, von 2006 bis 2012 DAAD Assistenzprofessor an der University of Michigan/Ann Arbor. Letzte Veröffentlichungen: Gaming the World: How Sports Are Reshaping Global Politics and Culture (Princeton UP, 2010; mit Andrei S. Markovits), Politics and Resentment: Antisemitism and Counter-Cosmopolitanism in the European Union (Brill, 2011; Hrsg. mit Julius H. Schoeps); Arendt and Adorno: Political and Philosophical Investigations (Stanford UP, 2012; Hrsg. mit Samir Gandesha) and The Frankfurt School and Antisemitism (SUNY Press, im Erscheinen).

Roland Roth (*1949), Prof. Dr., Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendhal. Veröffentlichung: Bürgermacht: Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg: Edition Körber Stiftung 2011.

Hans-Joachim Schabedoth (*1952), Dr., Politikwissenschaftler, arbeitet beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt im FB Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen, leitete von 2001 bis 2009 die Abteilung Gesellschaftspolitik bei DGB-Bundesvorstand und ist Bundestagskandidat der SPD im Wahlkreis Hochtaunus/Oberlahn. Letzte Veröffentlichung: Angela Merkel verwaltet – Deutschland verliert. Chronik und Bilanz schwarzgelber Politik, Marburg 2013.

Klaus-Jürgen Scherer (*1956), Dr., Geschäftsführer des Kulturforums der Sozialdemokratie; Redakteur der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte; Geschäftsführer der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus (HDS).

Oliver Schmolke (*1969), Dr., Leiter der Planungsgruppe beim Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Bei vorwärts buch ist soeben erschienen: Zur Freiheit. Ein linksliberales Manifest, Berlin 2013.

Joachim H. Spangenberg (*1956), Dr., Volkswirt mit einem akademischen Hintergrund in Biologie und Ökologie, arbeitet beim «Helmholzzentrum für Umweltforschung» (UFZ) und ist stv. Vorsitzender des «Sustainable Europe Research Institute Deutschland». Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Ökonomie der Ökosystemdienstleistungen, die Makroökonomie des Postwachstums und die Bewertung der biologischen Vielfalt.

Wolfgang Schroeder (*1960), Prof. Dr., Professor an der Universität Kassel für das Fachgebiet Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und Staatlichkeit im Wandel; Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg; bei vorwärts|buch erschien zuletzt Vorsorge und Inklusion. Wie finden Sozialpolitik und Gesellschaft zusammen?, Berlin 2012.

Andrea Wicklein (*1958), für die SPD Mitglied des Bundestags seit 2002; direkt gewählt im Wahlkreis Potsdam und Umgebung. Mitglied im BT-Ausschuss für Wirtschaft und Technologie. Stellvertretendes Mitglied im BT-Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Beauftragte für Mittelstand und Freie Berufe der SPD-Bundestagsfraktion; Sprecherin der Landesgruppe Brandenburg der SPD-Bundestagsfraktion; Mitglied des SPD-Landesvorstandes Brandenburg.